Wie müsste ein Internet für Kinder funktionieren? › Feuilleton

Süddeutsche Zeitung

MÜNCHNER NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

WWW.SZ.DE | HM2 | MÜNCHEN, DONNERSTAG, 5. DEZEMBER 2024 | 80. JAHRGANG / 49. WOCHE / NR. 281 / 3,90 EURO

Das Streiflicht

(SZ) Der Fußball ist nur noch Geschäft. Sagen viele, nicht nur die Nicht-Fußballer. Aber ihn deshalb per Gesetz als erste Amtshandlung der neuen Bundesregierung komplett abzuschaffen, wäre der falsche Weg. Er hätte fatale Folgen für unsere ohnehin nur notdürftig durchlüftete gesellschaftliche Kommunikation. Sobald Politiker, Schriftsteller, Künstler sich nicht nur an ihre Nischengruppe wenden, sondern zu allen Menschen im Land sprechen und ihre Gedanken in starke Bilder übersetzen wollen, müssen sie auf das letzte Thema zurückgreifen, von dem fast alle gerade genau so viel verstehen, um zu kapieren, dass der Ball ins Tor muss, wenn man gewinnen will. Die Fußballer als Wegbereiter für die Ausflüge in ballfertige metaphorische Welten kommen dabei über die Rollen von Statisten leider nicht hinaus. Nur ganz selten gelingt es ikonischen Figuren wie Otto Rehhagel, allgemeingültige Worte zu formulieren, die es aus der Gedankenwelt des Spiels bis in den gesunden Menschenverstand schaffen – zum Beispiel: „Die Wahrheit liegt auf dem Platz."

2012 war das. Es hat lange gedauert, bis nun wieder ein Trainer Worte gefunden hat, die aus den Tiefen des Raums ins Allgemeingültige finden wie ein Pass von Franz Beckenbauer auf den listigen Gerd Müller. Hansi Flick, der ehemalige Bundestrainer und jetzige Trainer des großen spanischen Vereins FC Barcelona, hat endlich ausgesprochen, was viele Menschen denken, aber in dieser kantigen Klarheit einfach nicht über die Lippen bringen: „Wir sind glücklich, dass der Scheiß-November vorbei ist und jetzt der Dezember beginnt."

Sensible Menschen werden jetzt einwenden, dass eine rohe Sprache wenig geeignet ist, gerade jungen Menschen Freude und Weisheit nahezubringen. Aber Rehhagel trägt als ehemaliger Vordenker des griechischen Nationalteams nicht umsonst den Ehrennamen Rehakles. Wenn man wie Barcelona nach drei sieglosen November-Spielen hintereinander gleich zu Beginn des Dezembers eine Partie gewinnt, hat eben jene Rehhagel'sche Wahrheit auf dem Platz triumphiert. Derart bestätigt, konnte Flick dem elenden Schlotter- und Fröstel-November die Wahrheit ins nasskalte Gesicht sagen. Zu der auch die menschliche Wahrheit gehört, dass nichts mehr hilft, mit niederschmetternden Niederlagen umzugehen, als einen allseits anerkannten Sündenbock dafür verantwortlich zu machen. Welcher Ausredenausweg hätte Flick denn offengestanden, wenn die Sieglosigkeit sich im Oktober abgespielt hätte? Endlich ist der goldene Oktober vorbei? Nein. Der traurige Monat November, um mit Heinrich Heine zu sprechen, ist der ideale Buhmann. Er ist schuld daran, dass die Tage immer kürzer werden, es schneller dunkel wird und das Wetter immer schlechter. Und selbst Regierungskoalitionen haben gegen den vermaledeiten November keine Chance.

HEUTE

Die Seite Drei
Adel und Verschwörung: Wie Prinz Reuß sich vor Gericht verteidigt 3

Meinung
Syrien wird erst zur Ruhe kommen, wenn Assads Regime fällt 4

Panorama

FOTO: IMAGO IMAGES

Interview: Extrembergsteiger Kílian Jornet bestieg in drei Wochen 82 Viertausender 8

Wirtschaft
Gegen den Österreicher René Benko wird in Italien ermittelt 14

Sport
Manuel Neuers Foul passt zu einem Muster, mit dem der FC Bayern zu überwinden ist 21

Medien, TV-Programm 19, 20
Rätsel 19
Rätsel-Lösungen 20
Traueranzeigen 14

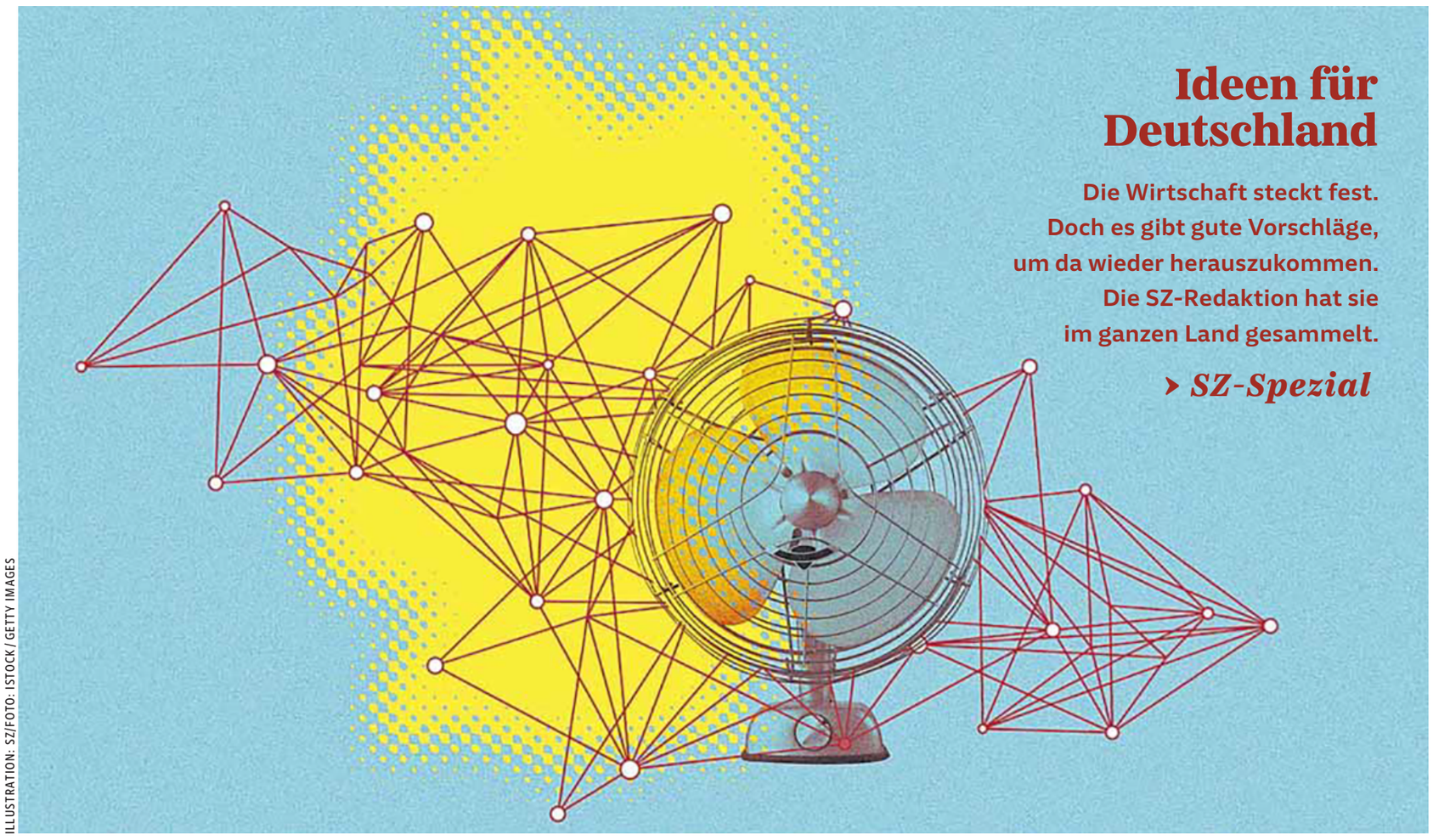


ILLUSTRATION: SZ/FOTO: ISTOCK / GETTY IMAGES

Frankreichs Premier Barnier gestürzt

Eine deutliche Mehrheit im Parlament stimmt gegen die Minderheitsregierung. Jetzt hoffen radikale Linke und ganz Rechte auf Chaos in Paris – und setzen Präsident Macron unter Druck.

Von Oliver Meiler

Paris – Michel Barnier ist den Franzosen als stolzer Mann bekannt, und als formidabler Mittler. Der 73-jährige Savoyarde war in seiner langen politischen Karriere oft Minister. Und für Brüssel hat er die Umsetzung des Brexits verhandelt, nicht gerade ein Spaziergang. Doch seine jüngste Rolle, die des Premierministers seines Landes, gleichzeitig seine bisher wichtigste, war am Ende wohl einfach objektiv zu schwierig.

Am Mittwoch hat eine Mehrheit im Parlament Barnier und seine Minderheitsregierung aus Zentristen und konservativen Republikanern nach nur drei Monaten im Amt gestürzt. Seine Gegner von links und von ganz rechts haben gemeinsam für einen Misstrauensantrag der radikal linken La France insoumise gestimmt – 331 insgesamt, ein deutliches Votum. Nötig waren mindestens 288.

Barnier hatte bis zuletzt gekämpft. Am Dienstagabend hatte er die Nachrichtenmoderatoren von TF1 und France 2 ins Büro seines Amtssitzes eingeladen, ins Hôtel de Matignon. Es wurde ein für Barniers Verhältnisse leidenschaftlicher Auftritt. Noch einmal appellierte er an seine Gegner, sie möchten ans „höhere Gut der Nation" denken, die Lage sei „schwierig, gravierend".

Doch da er natürlich ahnte, dass diese letzte Offensive verpuffen würde, griff er sie auch an. Marine Le Pen vom extrem rechten Rassemblement National, die ihn in den vergangenen Monaten passiv mitgetragen hatte und nun mit ihm brach, rief er zu, ihre Wähler verstünden nicht, dass sie mit der „extremen Linken" stimme. Und dasselbe warf er umgekehrt der Linken vor.

Doch eigentlich ging es Barnier vorwiegend darum, mit erhobenem Haupt aus dieser viel zu kurzen Erfahrung hervorzugehen. Kein Premier der Fünften Republik, also seit 1958, war weniger lang im Amt als er. Er ist auch der erste Premier seit Georges Pompidou 1962, der vom Parlament gestürzt wurde. Die Franzosen sollten bei diesem letzten großen Auftritt Barniers also erfahren, dass er Opfer eines „Balls der Egos" geworden war, dass die Politik noch immer nicht gelernt habe, Kompromisse zu machen. „Das Volk ist viel vernünftiger als gewisse Politikerinnen und Politiker."

Er würde dem Land gern weiterhin dienen, sagte er. Doch wenn es nicht mehr sein solle, dann sei das auch okay. Ihm seien nämlich Vergoldungen, Privilegien und Dienstautos egal. Da drang wieder sein verletzter Stolz durch.

Vordergründig ging es den Oppositionen um Barniers Sparhaushalt für 2025. 60 Milliarden Euro sollten eingespart werden, um das hohe Staatsdefizit zu verringern. Mit mehr als sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts ist der Fehlbetrag im laufenden Jahr gerade besonders hoch. Die französischen Staatsschulden, so erinnerte Barnier während der Debatte warnend, belaufen sich auf 3228 Milliarden Euro – eine Rekordmarke in der Geschichte des Landes.

Dennoch forderten die Oppositionen den Premier dazu auf, geplante Steuern wieder aufzugeben und Kostensenkungen zurückzunehmen. Marine Le Pen pochte so lange auf immer neue Zugeständnisse, bis Barnier den Dialog entnervt abbrach.

Hintergründig bewegt Le Pen und Jean-Luc Mélenchon, Chef der France insoumise, jedoch ein ganz anderes Ziel. Beiden kann das politische Chaos gar nicht groß genug sein. Sie hoffen, Emmanuel Macron komme entgegen allen bisherigen Bekundungen irgendwann doch zu dem Schluss, dass nur noch sein Rücktritt als Präsident die politische Blockade lösen könne.

Bisher war Macron entschlossen, bis zum Ende seiner zweiten und letzten Amtszeit weiterzumachen, bis 2027. In diesen Tagen beschrieb er alternative Gedankenspiele als „politische Fiktion". „Ich wurde zweimal vom französischen Volk gewählt. Das macht mich extrem stolz, ich werde diesem Vertrauen mit meiner ganzen Energie bis zur letzten Sekunde entsprechen."

Aus der Entourage Macrons erfuhr die französische Presse, dass der Präsident bereits nach Profilen für das Amt eines neuen Premiers sucht. Theoretisch könnte er Barnier einen neuen Regierungsauftrag erteilen, doch sehr wahrscheinlich ist das nicht. Ebenfalls eher unwahrscheinlich erscheint die Option, dass Macron einen parteilosen, technokratischen Premier berufen könnte: Bisher fehlt es an passenden Namen für eine solche Rolle.

Als mögliche Nachfolger Barniers aus der Minderheitskoalition gelten unter anderem: der Zentrist François Bayrou; der Macronist und bisherige Verteidigungsminister Sébastien Lecornu; der Republikaner und bisherige Innenminister Bruno Retailleau; und François Baroin, ein früherer Wirtschafts- und Finanzminister des ehemaligen Präsidenten Nicolas Sarkozy.

Möglich wäre auch, dass der Sozialdemokrat Bernard Cazeneuve wieder ins Gespräch kommt: Cazeneuve war schon einmal Premier. Doch da er inzwischen den Parti socialiste verlassen hat, ist er bei der Linken längst nicht allen genehm. Solange Macron sucht, führt Barnier die Geschäfte weiter. Sehr lang sollte das Vakuum diesmal aber nicht dauern, da sind sich alle einig. Im Sommer benötigte der Präsident zwei Monate für Barniers Nominierung.

Kein Premier der Fünften Republik war kürzer im Amt als er: Michel Barnier bei seiner Abwahl in der Pariser Nationalversammlung. FOTO: SARAH MEYSSONNIER/REUTERS

Der gläserne Gast

Zahlungsdaten, Verwandtschaftsverhältnisse: In Spanien müssen Hotelgäste deutlich mehr Daten preisgeben als bisher.

„Sie haben eine Reservierung? Wunderbar, dann bräuchten wir nur noch folgende 31 Angaben zu Ihrer Person." So könnte sich künftig der Empfang in spanischen Hotels anhören.

Von dieser Woche an müssen Spanien-Reisende in Hotels oder Ferienwohnungen sowie beim Abholen eines Mietwagens deutlich mehr Daten preisgeben als bisher. Ein neues Gesetz schreibt vor, dass Übernachtungsgäste mehr als zwei Dutzend Angaben zur eigenen Person sowie zu allen Mitreisenden machen. Hoteliers und Mietwagenfirmen müssen diese und weitere Daten der Polizei übermitteln, wo sie drei Jahre lang gespeichert werden. Betriebe, die sich daran nicht halten, müssen mit Strafen zwischen 100 und 30 000 Euro rechnen.

Zu den bislang üblichen Angaben wie Name, Ausweisnummer und Heimatadresse kommen künftig Details hinzu wie die gewählte Zahlungsmethode (somit Kreditkartennummer oder IBAN) sowie zwei Telefonnummern, Festnetz und Mobil, E-Mail-Adresse und die genaue Uhrzeit der An- und Abreise. Im Fall minderjähriger Mitreisender müssen zudem die Verwandtschaftsverhältnisse erklärt werden. Wer also als Patchwork-Familie unterwegs ist oder die eigenen Kinder samt deren Freund oder Freundin dabeihat, sollte künftig für den Check-in Zeit und Geduld einplanen.

Der erhöhte Aufwand (inklusive der Datenübertragung an die Behörden, für die Hotels und Airbnb-Betreiber ein digitales Zertifikat brauchen) ist einer der Gründe, warum auch das Hotelgewerbe Unmut äußert. Spaniens Reisebüro-Verband nennt das Gesetz „inakzeptabel". Der Verband der Hotels und Ferienunterkünfte Cehat weist zudem auf mögliche Konflikte mit den europäischen Datenschutzbestimmungen hin und hat angekündigt, gegen das „verwirrende und unangemessene" Gesetz vor Gericht zu ziehen.

Spaniens Innenminister Fernando Grande-Marlaska hält die umfangreiche Datenerfassung hingegen für ein wichtiges Werkzeug im Kampf gegen Organisierte Kriminalität und Terrorismus. Auch andere Länder versuchen, das Übernachten unter falscher Identität zu verhindern. Italien zum Beispiel will das in kleinen Hotels und Ferienwohnungen gängige Online-Einchecken plus Schlüsselbox abschaffen. Gastgeber müssen künftig ihre Gäste persönlich in Empfang nehmen. Doch mit der schieren Datenmenge, die Spanien einfordert und speichert, setzt sich das Land in Sachen „gläserner Gast" europaweit an die Spitze.

Einige spanische Medien nennen das neue Gesetz „gran hermano" (großer Bruder) und fordern, die Hotellerie nicht als Hilfspolizei zu benutzen. Auch werden kritische Äußerungen von Touristen zitiert, insbesondere aus Großbritannien, die das neue Gesetz als Inquisition bezeichnen und Spanien künftig meiden wollen.

Seit 2021 war das Gesetz in Arbeit, die Einführung wurde mehrmals verschoben. Als es am Montag in Kraft trat, war die eigens dafür geschaffene Datenplattform des Innenministeriums einen Tag lang unerreichbar. Kein gutes Signal für Reisende, die sich womöglich fragen, ob ihre Daten in den Netzwerken der Behörden auch sicher sind. **Patrick Illinger**

Präsident Yoon droht Amtsentzug

Die Opposition will Südkoreas Staatschef entmachten. Proteste in Seoul gehen weiter.

Seoul – Die südkoreanische Opposition hat am Mittwoch beantragt, den Präsidenten Yoon Suk-yeol seines Amtes zu entheben. Damit reagierte sie auf dessen Versuch, das Kriegsrecht über Südkorea zu verhängen. Über den Antrag soll in den kommenden Tagen im Parlament abgestimmt werden. Für die Annahme ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit der 300 Abgeordneten nötig. Zwar verfügen die sechs Oppositionsparteien mit 190 Sitzen über eine Mehrheit – sie wären aber auf Stimmen aus Yoons Partei angewiesen. Die größte Oppositionspartei hatte zuvor dem konservativen Staatsoberhaupt Verfassungsbruch vorgeworfen und ihn zum sofortigen Amtsverzicht aufgerufen. Mehrere Minister aus Yoons Kabinett wollen einem Medienbericht zufolge zurücktreten und damit die Verantwortung für Yoons Handeln übernehmen, der am Dienstagabend zunächst das Kriegsrecht über Südkorea verhängt und dieses Stunden später nach massivem politischem Widerstand wieder aufgehoben hatte. DPA › Seiten 2, 4

Grundschüler in Mathe laut Test im Mittelfeld

Berlin – Deutschlands Grundschüler liegen im internationalen Kompetenzvergleich in Mathematik und Naturwissenschaften im breiten Mittelfeld. Im alle vier Jahre vorgelegten Vergleichstest Timss (Trends in International Mathematics and Science Study) waren Viertklässler aus Deutschland besser als der internationale Durchschnitt, aber schlechter als der Schnitt der OECD-Staaten. Am stärksten schnitten Schüler aus Singapur, Taiwan und Südkorea ab. DPA, SZ › Seiten 4, 6

Zwischenfall in Ostsee mit russischem Schiff

Berlin – In der Ostsee ist es vor mehr als einer Woche zu einem Zwischenfall zwischen einem Hubschrauber der Bundeswehr und einem russischen Schiff gekommen. Die Besatzung des Schiffs habe mit Signalmunition geschossen, erfuhr die *Süddeutsche Zeitung* aus Regierungskreisen. Der Hubschrauber sei zur Aufklärung unterwegs gewesen. Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) hatte den Vorfall am Rande eines Nato-Treffens in Brüssel erwähnt. DPA, SZ › Seite 6

VW-Chef Blume rechtfertigt Sparpläne

Frankfurt – Im Tarifkonflikt bei Volkswagen haben Betriebsrat und Konzernführung am Mittwoch einander aufgefordert, sich zu bewegen. Konzernchef Oliver Blume bekräftigte auf einer Betriebsversammlung in Wolfsburg, die Arbeitskosten müssten wegen des großen Konkurrenzdrucks, vor allem in China, sinken. „Die aktuelle Situation ist ernst", sagte er vor mehr als 20 000 Beschäftigten, die ihn immer wieder auspfiffen. REUTERS › Wirtschaft

Dax ▲	Gaspreis ▼	Gas-Speicher ▼
Xetra Schluss	Börse TTF Schluss	Ø Füllstand
20232 Punkte	47,05 Euro/MWh	90,27 Prozent
+1,08%	-3,11%	-0,37

DAS WETTER

TAGS 7° / -2° NACHTS

Neue Regenwolken aus Westen ziehen mit Schneeregen zur Ostsee, nach Thüringen und an den Neckar. Minus ein bis plus sieben Grad. › Seite 16 und Bayern

Mittwoch-Lotto (4.12.2024)
Gewinnzahlen: 5, 14, 18, 29, 36, 41
Superzahl: 3
Spiel 77: 8 4 5 9 8 0 1
Super 6: 5 6 3 9 9 9 (Ohne Gewähr)

Die SZ gibt es als App für Tablet und Smartphone: sz.de/zeitungsapp

Süddeutsche Zeitung GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München; Telefon 089/2183-0, Telefax -9777; Redaktion: redaktion@sz.de, Leserbriefe: forum@sz.de
Abo-Service: Telefon 089/21 83-80 80, www.sz.de/abo, aboservice@sz.de
Anzeigen: Telefon 089/2183-1010 (Immobilien- und Mietmarkt), 089/2183-1020 (Motormarkt), 089/2183-1030 (Stellenmarkt, weitere Märkte).

A, B, F, GR, I, L € 4,40; SFr. 5,60

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

Staatskrise in Südkorea Es sollte offenkundig ein Putsch von oben werden: Präsident Yoon Suk-yeol verhängte in der Nacht zum Mittwoch das Kriegsrecht, Soldaten stürmten die Nationalversammlung. Doch die Parlamentarier widersetzten sich und hoben den Ausnahmezustand nach wenigen Stunden wieder auf. Tausende gingen in Seoul auf die Straße. Was passiert nun?

Von Thomas Hahn

Am Tag nach dem abgewehrten Angriff des Präsidenten Yoon Suk-yeol auf Südkoreas Demokratie herrscht Heiterkeit vor der Nationalversammlung in Seoul. Zumindest auf der kleinen Verkehrsinsel gegenüber der Zufahrt zum Parlament, denn dort hat das linke Medienunternehmen Voice of Seoul einen Kleinbus geparkt, Anti-Yoon-Banner aufgehängt und die Musik aufgedreht. Im Takt koreanischer Songs schwenken Mitstreiter fröhlich Pappplakate mit einer weniger fröhlichen Aufforderung: „Lasst ihn uns des Amtes entheben."

Gemeint ist natürlich Präsident Yoon von der konservativen Regierungspartei People Power Party (PPP), der am späten Dienstagabend überraschend das Kriegsrecht ausgerufen hatte, weil er seine Regierung von der starken Opposition im Parlament ausgebremst sah. Eilig mussten die Abgeordneten zusammentreten, um Yoons Entscheidung per Abstimmung rückgängig zu machen. 190 der 300 Abgeordneten waren dabei, als das Plenum das Kriegsrecht am frühen Montagmorgen gegen ein Uhr mit einem einstimmigen Votum wieder aufhob und Yoon letztlich zum Einlenken bewegte.

Nirgends steht geschrieben, dass Protest keinen Spaß machen darf. Außerdem sind die Vertreter von Voice of Seoul erfahrene Protestierer gegen alles, was konservativ ist in Südkorea. Sie sind also gute Laune bei ernsten Themen gewohnt. Allerdings war jene Aktion von Yoon Suk-yeol am Dienstag doch mehr als ein üblicher Aufreger. Sie schreckte Demokraten auf der ganzen Welt auf. Sie verunsicherte sogar kurz den großen Südkorea-Partner USA, zu dem Yoon ein enges Verhältnis pflegt; „Wir waren besorgt", sagte Philip Goldberg, der US-Botschafter in Seoul. Und vor allem war die Aktion ein Schock für alle, die sich im Tigerstaat ihrer Freiheit und Mitsprache eigentlich sicher sind, seitdem dort vor 37 Jahren Bürgerproteste eine jahrzehntelange Ära autoritärer Präsidenten beendet hatten. Yoons Vorgehen erinnerte an einen gekränkten Alleinherrscher, der unter einem Vorwand seine Kritiker zum Schweigen bringt.

Tausende forderten in Seoul am Tag nach der versuchten Verhängung des Kriegsrechts vor dem Parlament die Amtsenthebung des Präsidenten. FOTO: WALLACE/AFP

Nie wieder!

Nach dem Versuch, das Kriegsrecht über das Land zu verhängen, sind viele Südkoreaner einfach nur froh, dass die Schatten der Vergangenheit so schnell wieder verjagt werden konnten. Doch sie alle wissen, dass ihr Präsident es durchaus ernst gemeint hatte – und wollen nun Konsequenzen.

Einen Moment lang sah es so aus, als hätte die Demokratie erst mal Pause

Seit der Parlamentswahl im April hält die Demokratische Partei (DP) 130 Sitze in der Nationalversammlung und damit eine deutliche Mehrheit. Natürlich nutzt die DP diese Mehrheit, um die Regierung auszubremsen. Sie tat das auch bei den Haushaltsverhandlungen. Sie kürzte den Etatentwurf der Regierung und brachte das gestutzte Budget durch den parlamentarischen Haushaltsausschuss. Das und zwei Amtsenthebungsverfahren der DP gegen einen staatlichen Rechnungsprüfer und den Generalstaatsanwalt ärgerten Yoon anscheinend so sehr, dass er zur Notstandsgesetzgebung griff. Seit 1980 war das in Südkorea nicht mehr vorgekommen.

Nach Südkoreas Verfassung darf der Präsident das Kriegsrecht verhängen, wenn durch Krieg oder nationalen Notstand eine ernste Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung besteht. Und die bestand aus Yoons Sicht wohl wegen des Verhaltens der Opposition. Sie behindere mit ihren Amtsenthebungsverfahren die Exekutive, sagte er in seiner Fernsehansprache am Dienstagabend. Und mit den Budgetkürzungen unterwandere die DP unter anderem den Kampf gegen Drogenkriminalität und Maßnahmen zur allgemeinen Sicherheit. Yoon Suk-yeol erklärte: „Das Kriegsrecht zielt darauf ab, pronordkoreanische Kräfte auszurotten und die verfassungsmäßige Ordnung der Freiheit zu schützen."

Bald nach dieser Ansprache verkündete Viersternegeneral Park An-su, was dieses Kriegsrecht bedeutete. Per Erlass seien ab 23 Uhr Ortszeit „alle politischen Aktivitäten, einschließlich solcher im Zusammenhang mit der Nationalversammlung, regionale Versammlungen, politische Parteien, politische Organisationen, Kundgebungen und Proteste verboten". Medien und Verlage stünden unter staatlicher Kontrolle. Die Freiheit in Südkorea schien erst mal Pause zu haben. Oder war sie sogar abgeschafft? Rund 200 bewaffnete Soldaten rückten an. Sie betraten das Parlament. Es sah so aus, als wollten sie eine Abstimmung verhindern. Aber sie kamen nicht in den Plenarsaal, weil Mitarbeiter der Abgeordneten die Türen verbarrikadierten. Das Parlament konnte Yoons Vorstoß kippen, und der Präsident erklärte wenige Stunden später, dass er dem Willen des Parlaments folge und das Kriegsrecht wieder aufhebe. Yoon Suk-yeol war gescheitert. Aber die Geschichte dieser Nacht ist noch längst nicht zu Ende. Yoon Suk-yeol steht schon lange in der Kritik für seine kompromisslose Politik gegen alles, was links und kritisch ist. Machtworte und Anzeigen gegen Oppositionspolitiker, Journalisten und Gewerkschafter prägten die erste Phase seines Schaffens. Schon vor seinem Amtsantritt im Mai 2022 waren viele fassungslos über seine Allüren. Yoon wollte auf keinen Fall das sogenannte Blaue Haus im Seouler Bezirk Jongno beziehen, die traditionelle Residenz des südkoreanischen Präsidenten. Er bestand vielmehr auf dem teuren Umzug nach Yongsan ins Gebäude des Verteidigungsministeriums. Angeblich für mehr Volksnähe. Aber die meisten Südkoreaner glauben, dass Yoon unter dem Einfluss des rechten Schamanen Cheongong steht, eines prominenten Internetpredigers mit Miraculix-Bart. Es gab über die Beziehung Yoons zu Cheongong schon vorher Gerüchte, hartnäckig hält sich im Volksmund die Ansicht, Cheongong habe Yoon vor der Aura des Blauen Hauses gewarnt. Yoon hat das bestritten.

Yoon ist aus vielen Gründen eine Reizfigur für liberale Landsleute und auch sonst kein besonders beliebter Staats- und Regierungschef. Seine Zustimmungsrate lag in einer jüngsten Umfrage vor wenigen Tagen bei 25 Prozent. Die Parlamentswahl im April, die auch als Test für die Yoon-Regierung galt, endete mit einem Erdrutschsieg der DP. Dabei hätte Yoon eine starke PPP gebraucht, um endlich mehr tun zu können, als den Stillstand zu verwalten. Und nun? Nach diesem verzweifelten Versuch von Dienstagnacht, endlich Stärke zu zeigen, sieht Yoon schwächer aus denn je. Denn so richtig entschuldigen konnte diesen plötzlichen Griff nach dem Kriegsrecht niemand. Selbst Parteifreunde, Kabinettsmitglieder und führende Mitarbeiter wirkten überrascht davon. Zum Beispiel PPP-Chef Han Dong-hoon. Er nannte es „falsch" von Präsident Yoon, das Kriegsrecht auszurufen, und stimmte dann im Parlament dagegen. Am Mittwoch bot eine zehnköpfige Mannschaft aus hochrangigen Yoon-Mitarbeitern ihren Rücktritt an, wie das Präsidialamt mitteilte. Darunter Yoons Stabschef Chung Jin-suk, Politik-Stabschef Sung Tae-yoon und der Nationale Sicherheitsberater Shin Won-sik, ein wichtiger Vertreter der harten Yoon-Linie gegen Nordkorea.

Die DP und fünf weitere kleine Oppositionsparteien reichten am Mittwochnachmittag einen Antrag auf Yoons Amtsenthebung im Gesetzesbüro der Nationalversammlung ein. Den Antrag haben insgesamt 190 Abgeordnete unterzeichnet, allerdings keine aus der Regierungspartei. Schon am Freitag oder Samstag soll darüber abgestimmt werden. Um den Antrag durchzubringen, muss eine Zweidrittelmehrheit dafür sein. Das bedeutet, dass die Opposition für einen Erfolg acht Stimmen von der regierenden PPP braucht.

Die Stimmung rund um Yoon Suk-yeol war am Tag nach der unruhigen Nacht im Parlament so schlecht, dass Yoon sich nicht sicher sein kann, ob er bei dieser schicksalhaften Abstimmung noch die komplette PPP-Fraktion auf seiner Seite haben wird. Sollte der Antrag durchgehen, müsste Südkoreas Verfassungsgericht entscheiden, ob Yoon tatsächlich gehen muss. Bis zur Entscheidung würde Yoon seine Befugnisse als Präsident verlieren und sein Stellvertreter, der Premierminister Han Duck-soo, ihn vertreten.

Die DP hatte noch zwei weitere Politiker aus dem Yoon-Kabinett als Mittäter des Kriegsrechtskomplotts im Visier: Innenminister Lee Sang-min sowie Verteidigungsminister Kim Yong-hyun. Letzterer übernahm dann auch prompt die Verantwortung, weil alle Soldaten, die an der Notstandsaktion beteiligt waren, „auf meine Anweisung hin" gehandelt hätten, wie er sagte. Er trat zurück. Und nicht nur das. Wie die *Korea Times* berichtete, bestätigte am Mittwoch ein Beamter des Verteidigungsministeriums, dass es Kim war, der Yoon aufforderte, das Kriegsrecht auszurufen. Kim, 65, wurde erst vor drei Monaten Verteidigungsminister. Nun steht er da wie der mutmaßliche Kopf hinter der Notstandserklärung, für die es offenkundig keine belastbare Rechtsgrundlage gab. Wenn sich das bestätigt, droht ihm eine Verurteilung wegen Hochverrats. Die könnte Kim lebenslang ins Gefängnis bringen.

Yoon Suk-yeol wirkt aus der Ferne jedenfalls nicht sehr schuldbewusst

Oder wollte Kim Yong-hyun nur seinen Präsidenten schützen? Yoon Suk-yeol wirkt aus der Ferne jedenfalls nicht sehr schuldbewusst. Nachdem die Opposition den Antrag auf Amtsenthebung eingereicht hatte, traf er sich im Präsidialamt mit Stellvertreter Han Duck-soo, PPP-Chef Han Dong-hoon und PPP-Fraktionschef Choo Kyung-ho, um die Lage zu besprechen. Die hätten „ernsthaft über die aktuelle Situation diskutiert", teilte laut der Nachrichtenagentur Yonhap ein Präsidialbeamter mit. Es habe keine Meinungsverschiedenheiten gegeben.

Aber draußen im Land kamen die Menschen zusammen, um gegen Yoon Suk-yeol Stellung zu beziehen. Bürger- und Arbeitnehmergruppen veranstalteten Kerzendemonstrationen in mehreren Städten. Unter anderem auf dem Gwanghwamun-Platz in der Hauptstadt Seoul mit 2000 Menschen, aber auch in Gwangju, Suncheon, Yeosu und anderen Städten. Kerzendemonstrationen haben in Südkorea eine besondere Bedeutung, weil solche friedlichen Kundgebungen von 2016 an dazu beitrugen, die damalige konservative, von Korruptionsvorwürfen belastete Präsidentin Park Geun-hye zum Rücktritt zu bewegen. In Daegu und Pohang gaben Bürgeraktivisten und Gewerkschafter Pressekonferenzen, um den Rücktritt des Präsidenten zu fordern. In Busan, der zweitgrößten Stadt Südkoreas im Süden, wollen Bürgerrechtler bis Anfang nächster Woche jeden Tag eine Demonstration veranstalten.

Die politischen Lager im Tigerstaat sind sich so uneinig wie immer. Der Ärger über Yoon reicht sicher nicht, um die tiefen Gräben zuzuschütten. Und trotzdem konnte man an diesem Mittwoch erkennen, dass Südkoreas Demokratie dem Präsidenten die Grenzen seiner Macht aufzeigte.

Präsidenten gegen das eigene Volk

Die Liste der Staatsoberhäupter, die in Südkorea gewaltsam die Macht an sich rissen, ist lang – aber genauso lang ist die Geschichte massenhaften demokratischen Widerstands.

Es ist nicht so, als wären den Südkoreanern Präsidenten, die das Kriegsrecht verhängen und dem Land ihren Willen aufzwingen wollen, nicht vertraut. Ganz im Gegenteil. Diktatoren und Möchtegern-Autokraten hat es in der mehr als 75-jährigen Geschichte des Staates im südlichen Teil der koreanischen Halbinsel reichlich gegeben. Genauso richtig ist es aber auch, dass sich die Südkoreaner immer wieder gegen die Usurpatoren der Macht im Staat gewehrt haben: Die Geschichte der Massenproteste, auch des erfolgreichen Kampfs der Südkoreaner für ihre demokratischen Rechte, ist ebenfalls lang.

Am tiefsten dürften sich indes die Studentenproteste von Gwangju ins kollektive Gedächtnis eingebrannt haben – und ihre blutige Niederschlagung durch das Militär im Jahr 1980. Die traumatische Erinnerung daran tauchte wie ein Menetekel in der Nacht zum Mittwoch sofort wieder auf, als Präsident Yoon Suk-yeol das Kriegsrecht verhängte und sich Tausende auf die Straße begaben, um den Staatsstreich von oben und den Rückfall des Landes in die Diktatur zu verhindern. „Wir haben schon viel zu viele Menschen durch das Kriegsrecht verloren", zitierte die *Washington Post* eine 60 Jahre alte Demonstrantin, die sich an die damaligen Vorgänge selbst noch erinnerte und vors Parlament in Seoul geeilt war, als sie in den Nachrichten vom Präsidentendekret gehört hatte. „Ich musste hierherkommen, um zu verhindern, dass sich die Geschichte wiederholt."

Damals protestierten in der Provinzstadt Gwangju Studenten gegen das herrschende Militärregime, forderten Meinungsfreiheit und demokratische Rechte. Als sich Zehntausende mit den Studenten in einer Massenkundgebung solidarisierten, schickte die Regierung Fallschirmjäger, die mit äußerster Gewalt gegen den zunächst friedlichen Protest vorgingen und in die Menge schossen – das sogenannte „Massaker von Gwangju". Es kam zu Straßenkämpfen, die Stadt war tagelang im Belagerungszustand. Am Ende rollten Panzer. Die Zahl der Menschen, die bei den Zusammenstößen ums Leben kamen, wurde nie ganz geklärt. Offiziell war von 160 Toten die Rede. Die Schätzungen reichen von einigen Hundert Todesopfern bis zu 2300 Toten. Seit den 1990er-Jahren ist der 18. Mai ein nationaler Gedenktag. Denn nach Jahrzehnten der Militärdiktatur hatte sich auch in Südkorea die Demokratie durchgesetzt, wenn auch unter Schmerzen – bis heute.

1979 wurde der Präsident vom Chef des eigenen Geheimdiensts ermordet

Von Anfang an standen demokratische Normen in der jungen Republik unter Druck, die nach dem Ende der US-Militärverwaltung und der Teilung des Landes 1948 im Süden Koreas entstanden war. Zwar war der erste Präsident, Rhee Syngman, von der amerikanischen Besatzungsmacht ins Land gebracht und von der Nationalversammlung mit überwältigender Mehrheit gewählt worden – ein Demokrat war er aber nicht. Von Anfang an unterdrückte er die politische Opposition – unter dem Vorwand, dass sie vom kommunistischen Norden gesteuert sei. Zehntausende fielen den Verfolgungen zum Opfer, bis der Krieg mit dem Norden 1950 ausbrach.

Auch nach dem Ende des Koreakriegs 1953 blieb Rhee an der Macht. 1960 aber kam es zu Studentendemonstrationen, der sogenannten April-Revolution. Rhee verhängte noch das Kriegsrecht, konnte sich aber angesichts der Massenproteste nicht halten und wurde vom amerikanischen Geheimdienst CIA per Hubschrauber ausgeflogen. Bei Wahlen siegte die demokratische Opposition. Deren Regierung wurde jedoch schon ein Jahr später vom Militär unter Führung des Generals Park Chung-hee weggeputscht. Er wurde anschließend Präsident – und regierte autokratisch.

Brutal unterdrückt: Im südkoreanischen Gwangju wurden 1980 Proteste gegen das Militärregime blutig beendet. Hunderte starben, Tausende kamen in Haft. FOTO: AP

Gut zehn Jahre später kam es landesweit erneut zu Protesten gegen die Militärherrschaft, Park verhängte im Oktober 1972 das Kriegsrecht, löste das Parlament auf und setzte die Verfassung außer Kraft. Für Jahre herrschte Friedhofsruhe, ehe die Südkoreaner erneut für ihre demokratischen Rechte auf die Straße gingen. Inmitten massiver Proteste wurde Park im Oktober 1979 von seinem eigenen Geheimdienstchef ermordet. Zwei Monate später putschte einmal mehr das Militär.

Zwei Staatsoberhäupter kamen wegen Bestechlichkeit in Haft

Der neue Präsident Chun Doo-hwan, selbst ein General, verhängte im Frühjahr 1980 das Kriegsrecht, löste – wie es seine Vorgänger getan hatten – wieder das Parlament auf und ordnete die brutale Niederschlagung der Demonstrationen in Gwangju an. Doch auch dieser Diktator musste 1987 nach neuen Protesten die Macht abgeben. Sein Nachfolger Roh Tae-woo, ebenfalls ein Mann des alten Regimes, leitete die Demokratisierung des Landes ein. In diese Zeit fielen die Olympischen Spiele von Seoul, die dem Land 1988 enormen Schwung verliehen – auch der politischen Opposition.

1992 wurde in freien Wahlen erstmals nach drei Jahrzehnten wieder ein Zivilist zum Präsidenten gewählt. 1998 zog schließlich der langjährige Oppositionsführer Kim Dae-jung nach einem knappen Wahlsieg in den Präsidentenpalast ein.

Seitdem bewiesen die Koreaner bei der Wahl ihrer Staatsoberhäupter nicht wirklich eine glückliche Hand. Kims Nachfolger nahm sich nach Korruptionsvorwürfen das Leben, dessen Nachfolger wiederum wurde später zu 17 Jahren Haft wegen Bestechlichkeit im Amt verurteilt. 2013 wurde Park Geun-ye, die Tochter des ermordeten Diktators Park Chung-hee, demokratisch zur ersten Präsidentin des Landes gewählt. Doch auch bei ihr kamen bald Korruptionsvorwürfe auf. 2017 gingen Millionen auf die Straße, es waren die bis dahin größten Proteste in der Geschichte des Landes. Park wurde von der Nationalversammlung des Amtes enthoben (und später ebenfalls zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt). Immerhin hatte sie nicht versucht, wie so viele ihrer Vorgänger, das Kriegsrecht zu verhängen und das Parlament aufzulösen. An diese traurige Tradition knüpfte nun erst wieder ihr Nachnachfolger Yoon Suk-yeol an. **Reymer Klüver**

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

Der feine Herr Reuß

Selbst vor Gericht hält Heinrich XIII. Prinz Reuß noch Hof und lächelt seinen Mitangeklagten huldvoll zu. Die Geschichte eines Mannes, der sich so verrannt hat in seinem Kampf gegen den Staat, dass er offenbar bis zum Äußersten gehen wollte.

Von Annette Ramelsberger und Benedikt Warmbrunn

Man spürt die Ehrfurcht noch. Als wehte selbst hinter grauem Beton und Stacheldraht noch immer ein Hauch jenes Zaubers, jener Autorität, die für viele Deutsche von altem Adel ausgehen. Frankfurt, Oberlandesgericht, eine Halle wie gefrorener Novembernebel, auf einer Brache am Stadtrand, extra erbaut für diesen Prozess. Nichts ist hier vornehm. Doch an manchen Tagen fühlt es sich an, als hielte der Angeklagte Heinrich XIII. Prinz Reuß noch immer Hof und sein Hofstaat wäre nur durch die Umstände verhindert, ihm seine Aufwartung zu machen.

Die angeklagte frühere AfD-Bundestagsabgeordnete in der Reihe vor ihm klingt schwärmerisch, wenn sie über ihn, den „Chef“, redet. Die angeklagte Kunsthistorikerin schräg hinter ihm fragt ihn gleich am ersten Verhandlungstag, ob sie und er noch ein Paar seien, sie jedenfalls sei nach wie vor in ihn verliebt. Reuß nickt huldvoll. Und links neben ihm findet der mitangeklagte Survival-Trainer, ein ehemaliger Soldat, für Reuß müssten andere Regeln gelten als für die übrigen männlichen Angeklagten: Leibesvisitationen seien „dem Prinzen“ nicht zuzumuten, genauso wenig wie „den Damen“.

Ein Herbstvormittag, Reuß wird in den Sitzungssaal geführt. Grauer Anzug, weißes Hemd, die Haare nach hinten gewellt. Die Sitzordnung will es so, dass er in der Mitte der neun Angeklagten platziert wird, zweite Reihe, zweiter Platz. Er dreht sich nach links, nach rechts, lächelt den anderen zu, nickt, hebt nur angedeutet die Hand. Die anderen Angeklagten grüßen respektvoll zurück.

Hier steht er, der mögliche Rädelsführer der bisher größten rechtsradikalen Verschwörergruppe in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, ein Mann, der meinte, er könnte die Regierung stürzen und sein altes Fürstentum Reuß wiedererstehen lassen. Ein Mann, dem die Vergangenheit näher ist als die Zukunft – falls er überhaupt noch eine hat. Vor genau zwei Jahren, am 7. Dezember 2022, nahm ihn ein Spezialeinsatzkommando der hessischen Polizei fest. Doch hier im Gerichtssaal hat Heinrich XIII. Prinz Reuß noch immer die Autorität, die er für seine Mitangeklagten lange Zeit verkörperte. Nicht weil er Unternehmer war, nicht weil er Diplomingenieur ist. Für sie war wichtig, dass er ein Adeliger ist.

Die Verschwörer suchten einen Adligen, da kam Reuß gerade recht

Nur mit einem Adeligen könne es ihnen gelingen, das System der Bundesrepublik Deutschland zu stürzen und eine neue politische Struktur aufzubauen. Nur ein Adeliger könne mit den alliierten Siegermächten einen Friedensvertrag aushandeln. Die Bundesanwaltschaft sieht die Gruppe als terroristische Vereinigung und in ihren Plänen eines der schwersten politischen Verbrechen: den Hochverrat. Seit dem Frühjahr laufen an drei Gerichten Prozesse gegen 26 Angeklagte.

Im Sommer 2021 hatten die ersten Verschwörer überlegt, wie sie einen Umsturz herbeiführen könnten, sie hatten den Bundestag ausgekundschaftet für einen möglichen Angriff, sie hatten Kontakt aufgenommen zu Bundeswehrgenerälen, denn ohne das Militär und ohne Gewalt, das war ihnen laut Anklage von Anfang an klar, könnte ihr Plan nicht gelingen. Die angesprochenen Bundeswehrgeneräle aber wollten mit der Sache nichts zu tun haben. Und so kamen sie auf die Idee, dass sie einen Vertreter des, wie sie es nannten, „weißen Adels“ benötigen für ihren Plan.

Zumindest von seinem Stammbaum her brachte Reuß alles mit, was sich diese terroristische Vereinigung erhoffte. Die Linie des Hauses Reuß lässt sich zurückverfolgen bis ins 12. Jahrhundert, als sich mehrere Urahnen als Vögte Macht und Einfluss sicherten. Die Adelsfamilie herrschte bis zur Novemberrevolution 1918 über mehrere souveräne Fürstentümer innerhalb des Kaiserreichs. Und dieses alte Deutschland aus dem Kaiserreich, für das das Haus Reuß bis 1918 stand, ersehnten sich die Verschwörer zurück. Manche glaubten schließlich, dass noch die Verfassung von 1871 gelte.

Das Kaiserreich aber war untergegangen, und das Haus Reuß hatte nicht nur an Einfluss verloren, sondern nach dem Zweiten Weltkrieg auch Grundbesitz und eine große Kunstsammlung. Die Sammlung bekam die Familie wieder zurück, vor Gericht erkämpft von Heinrich XIII. Prinz Reuß, geboren 1951, dessen Eltern nach dem Krieg nach Hessen geflohen waren. Den Rest bekam sie nicht. Darüber war Prinz Reuß immer verbitterter geworden, so sehr, dass er die Bundesrepublik irgendwann als Gegner sah.

Die Geschichte von Prinz Reuß ist daher auch die eines Mannes, der sich immer weiter verrennt in seinem Kampf, der sich verliert in Rechtsstreitigkeiten und irgendwann auch in Verschwörungserzählungen, über die noch geltende Verfassung von 1871, über angeblich in Tunneln gehaltene Kinder, über eine angebliche Allianz aus Geheimdiensten, die Deutschlands Regierung stürzen wollten. In dieser inneren Abwärtsspirale entfernte er sich immer weiter von der Wirklichkeit, so lang, bis er selbst zum Äußersten bereit war. Die Bundesanwaltschaft sieht es so, dass Reuß ein Terrorregime in Deutschland etablieren und diesem selbst vorstehen wollte.

Über die konkreten Vorwürfe der Anklage hat Reuß bislang nicht gesprochen vor dem Oberlandesgericht Frankfurt. Über seine Verbitterung hingegen schon.

Er hat ausgesagt, unter Tränen. Er zeichnete das Bild eines Mannes, der von seinem Vater den Auftrag erhalten hatte, die verlorenen Besitztümer im Osten zurückzugewinnen, und der diesem Auftrag sein Leben widmete und dadurch alles verlor. Erst seine Ehe, dann Geld und am Ende seine Freiheit. Eines ist ihm wichtig: „Natürlich lehne ich Gewalt ab. Auch wenn immer wieder durch die Anklage versucht wird, mir das Gegenteil zu unterstellen.“ Immer wieder bricht seine Stimme. „Ich bitte um Entschuldigung“, sagt Prinz Reuß. „Mein Zustand ist stabil, aber angegriffen.“ Er zückt sein weißes Taschentuch und setzt die Brille ab. Das Gericht macht kurz Pause. Reuß geht zur Glaswand, die das Gericht vom Besucherraum trennt. Dort steht seine Tochter Elena, eine junge Frau mit Downsyndrom. Sie legt ihre Hände an die Glasscheibe, er legt seine Hände an die Glasscheibe. Sie schauen sich in die Augen, minutenlang.

Vielleicht muss man von altem Adel sein, um die Gedankenwelt von Reuß zu durchdringen. Ein Herbstvormittag, die „Autorenbar“ im Frankfurter Hof, hier ist alles ein wenig aus der Zeit gefallen. Prinz Reuß würde hier gut hinpassen. Er ist ja verhindert, deswegen kommt sein Verteidiger Roman von Alvensleben, dessen Geschlecht sogar auf das Jahr 1163 zurückgeht. „Ich verstehe die Grundidee seines Gedankens“, sagt der Anwalt über Reuß. „Erst haben unsere Familien über Jahrhunderte Landstriche besessen, Menschen ernährt. Uns gibt es schon seit den Kreuzzügen. Und jetzt kommt etwas, das wir nicht kennen, diese Demokratie.“ Aus Alvenslebens Mund klingt das so, als könne man sich da schon mal im Jahrhundert irren oder in der gerade geltenden Staatsform.

Zum Verständnis für den Prinzen trägt bei seinem Anwalt vielleicht auch bei, dass beider Vorfahren schon früher miteinander gearbeitet haben: damals am Hof des russischen Zaren in Sankt Petersburg, als der eine Gesandter und der andere sein Vize war. 1871 war das, aber das ist für die Reußens und die Alvenslebens noch gar nicht lang her. Die Herren denken in anderen zeitlichen Zusammenhängen.

In Prinz Reuß jedenfalls wuchs nach dem Mauerfall der Gedanke, sein Fürstentum in Thüringen wieder selbständig zu machen, raus aus der für ihn gescheiterten Bundesrepublik. Dafür hat er alle möglichen Leute angeschrieben: Prinz Reuß meldete sich laut MDR-Informationen beim Direktor von Donald Trumps Golfklub Mar-a-Lago und schickte Handreichungen zur Souveränität Deutschlands. Auch zu Steve Bannon, Trumps früherem Vertrauten, suchte er in seiner Sache Kontakt. Dass einer der beiden sich für das Fürstentum Reuß eingesetzt hat, ist nicht bekannt. Und der Prinz berief sich auf die UN mit ihrer Charta zum Schutz indigener Völker – für ihn waren seine Reußen natürlich genau das: ein eigenständiges Volk. Im Herbst 2020 hatte er das Fürstentum Reuß dann auch für selbständig erklärt. Nützte nur nichts, die Bundesrepublik war ja immer noch da.

Letztlich geht es um die Ländereien seiner Ahnen, die er zurückhaben will

Ein ehemaliger Büropartner von Reuß, ein Kunsthistoriker, der ihm geholfen hatte, die enteignete Kunstsammlung vor Gericht zurückzugewinnen, sagte den Ermittlern, dass Reuß in den vergangenen Jahren zunehmend „mit seinen kruden Reichsbürger-Ideen“ angekommen sei, dass die Bundesrepublik eine GmbH sei, solche Geschichten. Sei Reuß früher „sehr weltoffen und hilfsbereit“ gewesen, sei er nun „verschlossen und unzugänglich“ geworden und überhaupt „sehr ich-fixiert“. An der Eingangstür zum Büro ließ er einen Panzerriegel und eine Überwachungskamera einbauen – ihm seien schließlich bereits Unterlagen geklaut worden, sagte er als Begründung. Für seinen Büropartner klang das alles „wahnhaft“.

Da kam die Idee gerade recht, dass eine herbeifantasierte „Allianz“ aus internationalen Militärvertretern und Geheimdiensten angeblich das demokratische System in Deutschland wegfegen wollte. Im Strudel dieser Ereignisse könnte man doch die alten Verhältnisse wiederherstellen. Im Herbst 2021 traten die Verschwörer an Reuß heran, über einen ehemaligen Oberst, der Reuß über Bekannte aus der Reichsbürgerszene kannte. Der Prinz musste wohl kaum überzeugt werden. Im Dezember 2021 schlug er seinen Mitverschwörern vor, einen „Rat“ zu gründen, der sich bis zur Festnahme der Verschwörer sechsmal traf, auf Schloss Waidmannsheil in Thüringen, einem Jagdsitz von Reuß. In diesem „Rat“ verteilten sie schon mal Ministerposten, den Vorsitz übernahm Prinz Reuß, auf seinen Namen wurde auch eine Verschwiegenheitserklärung verfasst: Wer etwas verriet, sollte erschossen werden. Als er von dieser Verschwiegenheitserklärung erfahren hat, soll Reuß sauer geworden sein. Sollte diese in die falschen Hände geraten, würde es das „Aus“ bedeuten, auch für ihn persönlich.

So sauer, dass er sich von der Gruppe und deren Planungen lossagte, wurde er jedoch nicht. Auch weil er sich wieder dem Einfluss so nahe fühlte, den seine adelige Familie knapp hundert Jahre davor verloren hatte? Und womöglich sogar den enteigneten Grundstücken?

Ein anderer Verschwörer, ein selbsternannter „Seher“, den Reuß oft um Rat fragte, sagte später über den Anführer, dass der beim Eintritt in die Vereinigung bereits „seit 30 Jahren gegen Windmühlen“ gekämpft habe – und dass er sich von den ersten Gesprächen mit Mitgliedern habe „überrollen“ lassen.

Der Wille, sein Fürstentum zurückzubekommen, führte auch zu Spannungen in der Verschwörertruppe. Denn Prinz Reuß überreichte dem angeblichen Verbindungsmann zur Allianz, dem unehrenhaft entlassenen Bundeswehroffizier Rüdiger von Pescatore, einen Brief an die nicht existente Allianz, in dem er auf seine Besitzansprüche verwies – danach kam es fast zum Bruch. Der Soldat warf Reuß vor, er verfolge nur seine „Partikularinteressen“. Und den Militärvertretern unter den Verschwörern war nicht an alten Fürstentümern gelegen, sie wollten mehr.

Für die Verteidiger ist das eine schöne Erzählung: der sentimentale Prinz, der nur seine alten Besitztümer zurückwollte, der ein gutes Herz hat und „schlecht Nein sagen kann“, wie von Alvensleben in der Bar sagt. Und der auf keinen Fall mitgemacht hätte bei Dingen wie dem Sturm auf den Reichstag. Alvensleben sagt, Prinz Reuß sei ein gefühlvoller und wertschätzender Mensch, kein Gewalttäter.

Da fügt es sich schön, dass auch die Angeklagte Birgit Malsack-Winkemann, die frühere AfD-Bundestagsabgeordnete, vor Gericht beteuert, was für ein feiner Mann der Prinz gewesen sei. Ein Mann, der sich für den Rennsport interessierte, sie zum Essen ausführte und angeblich einen roten Ferrari fuhr – erzählt hatte ihr das eine befreundete Astrologin, die vor dem Oberlandesgericht München angeklagt ist. Das mit dem Ferrari war dann leider nicht so, aber das tat der gegenseitigen Sympathie keinen Abbruch.

Vor Gericht sagt Malsack-Winkemann, Prinz Reuß habe sich bei einem Treffen der Verschwörer von einer Revolution oder einem Putsch distanziert. Der Vorsitzende Richter fragt nach: „Warum wurde das dann überhaupt thematisiert?“ Malsack-Winkemann, selbst ehemalige Richterin, sagt: „Der Prinz sagte: Mit mir ist so was nicht zu machen. Wenn, dann macht alles die ‚Allianz‘.“ Eine Allianz, die es nie gab, an die viele der Verschwörer aber glaubten. Und sie fügt hinzu: „Da ist der Prinz sogar richtig sauer geworden. Das Recht sollte eingehalten werden.“ Der Richter setzt nach: „Von welchem Recht sprach Prinz Reuß?“ Wieder weicht Malsack-Winkemann aus: „Auf jeden Fall keine Gewalttaten.“ Und überhaupt sei der Rat, in dem das alles erörtert wurde, eher ein „intellektueller Schwingkreis“ gewesen.

Adel verpflichtet: Die Vorfahren von Prinz Reuß und seines Anwalts Roman von Alvensleben (links) haben schon am russischen Hof zusammengearbeitet. FOTO: DPA

Durch Heinrich XIII. Prinz Reuß wird der Name des Adelsgeschlechts immer mit den Plänen einer Gruppe verbunden sein, die die Demokratie durch ein Terrorregime ersetzen wollte. FOTO: BORIS ROESSLER/DPA

Nur schwingt das Gericht da nicht mit, auch nicht intellektuell. Im Juli forderte einer der Verteidiger von Reuß, den Haftbefehl gegen diesen auszusetzen. Das Gericht nutzte den Beschluss dazu für ein paar Ansagen. Erstens: Die Gruppe hat nach bisheriger Überzeugung des Senats bis zum Frühjahr 2022 die Erstürmung des Reichstags geplant – ganz ohne irgendeine Allianz. Die sei erst später ins Spiel gekommen. Zweitens: Prinz Reuß habe davon gewusst und auch 50 000 Euro für die Beschaffung von Waffen für die Erstürmung gegeben sowie für die Befreiung angeblich in unterirdischen Folterkellern festgehaltener Kinder. Auch das natürlich nur eine Fantasterei der Verschwörer. Der Prinz habe Satellitentelefone für die Verschwörer beschafft und schon Geheimgespräche in Bratislava geführt – mit den Russen, die laut einem Mitangeklagten „grünes Licht“ für ihre Aktion gegeben hätten.

Dieser Beschluss des Gerichts war ein Tiefschlag für Prinz Reuß.

Für seine Verteidiger stellt sich jetzt die Frage, wie man an dieser Überzeugung des Gerichts rütteln könnte. Sie hat zwei Stoßrichtungen – eine davon ist sehr praktischer Natur. „Wie sollte man mit 30 Leuten den Bundestag stürmen können? Das ist allen klar, dass das nicht geht. Der Bundestag ist viel zu groß, viel zu viele Eingänge“, sagt Alvensleben. „Da richten Sie mit 30 Leuten nichts aus.“ Sieht das Gericht übrigens auch so. Die Erstürmung wäre „im Ergebnis wohl wenig erfolgversprechend“ gewesen, schreibt der Senat, aber dass die Verschwörer die Erstürmung überhaupt geplant hätten, beweise „das Vorliegen einer terroristischen Vereinigung“. Die Pläne seien bereits „hinreichend konkret gewesen“. Das Gericht kennt die Chats, in denen ein Verschwörer schreibt, wie stolz er sei, beim Einsatz in Berlin dabei sein zu dürfen – eine Mitverschwörerin antwortet ihm, während einer Abstimmung zu den Corona-Maßnahmen würden alle Abgeordneten im Plenarsaal „abgeräumt“. So viel zu den gewaltlosen Plänen.

Und auch Prinz Reuß hielt sich nicht zurück. In einem abgehörten Telefonat sagte er, er müsse nach Thüringen fahren, um die „Truppen“ zu organisieren: „Wir dürfen den Fuß nicht vom Gas nehmen. Wir machen sie jetzt platt. Jetzt ist Schluss mit lustig.“ Ein anderes Mal sagte er, dass sie jetzt „die Kalaschnikow laden“ müssten. Ein anderes Mal: „Ja, gut, dann legen wir einen nach dem anderen von den Typen um.“ Und weil er wegen nicht bezahlter Rundfunkbeiträge einen Schufa-Eintrag erhalten hatte, sagte er einmal, wolle er auch gegen das zuständige Amt vorgehen: „Ich nehme sie mir einzeln vor, glauben Sie mir.“ Sein Vertrauter, der „Seher“, sagte in einem abgehörten Telefonat, dass Reuß bewusst gewesen sei, dass er seine Ziele „nur über das Militär“ erreichen könne.

Nach einem Mann, der nur nicht Nein sagen konnte, klingt all das nicht.

Aber es gibt ja noch ein Argument für den Angeklagten. Der zweite Verteidiger von Reuß, der Frankfurter Strafverteidiger Thomas Tschammer, sagt, die Verschwörer seien selbst Opfer gewesen – Opfer von Betrügern. Denn die Militärvertreter um Rüdiger von Pescatore hätten ihnen ja nur vorgegaukelt, dass sie Kontakte zur „Allianz“ hätten und diese kurz davor sei, die Regierung zu stürzen. Diese Leute hätten die anderen hinters Licht geführt und nur das Geld abschöpfen wollen, das sie bei Reuß und den anderen vermuteten.

Und das stimmte ja: Nicht nur Reuß gab Zehntausende Euro, auch die designierte Gesundheitsministerin, eine Hausärztin, spendete 140 000 Euro. Ein anderer Angeklagter, ein selbständiger Unternehmensberater, löste sogar seine gesamte Lebensversicherung auf, 160 000 Euro. Anwalt Tschammer, erfahren in vielen Betrugsprozessen, sagt: „Wenn ich so was höre, rieche ich Betrug.“ Seinem Mandanten halte er manchmal vor: „Mein Prinz, Sie sitzen nicht wegen Verbrechen im Knast, sondern wegen Doofheit.“ Wer sei schon so naiv, an eine Allianz zu glauben?

Das Betrugsargument hätte einen netten Nebeneffekt. Wenn die Allianz ausgedacht war, ist sie nicht real. Und was nicht real ist, so die Logik der Anwälte, kann den Angeklagten nicht zugerechnet werden.

Das Gericht sagt aber auch hier, der Verlass auf die Allianz mache die Vorbereitungshandlungen für einen Umsturz nicht weniger strafbar. Und ein möglicher Verzicht auf Gewalt führe nicht zur Straflosigkeit des ganzen Unterfangens, sondern nur zu einer Milderung der Strafe. Aber auch nur, wenn man tätige Reue sehe. Die sei bei Prinz Reuß nicht zu erkennen. Im Gegenteil, er habe sich noch kurz vor der Festnahme, im Herbst 2022, bemüht, den militärischen Arm zu restrukturieren. Bei einem Treffen habe er zu seinen Vertrauten gesagt, man brauche „Militär, immer“.

Es läuft nicht so, wie er es will, die Truppe hört nicht mehr auf sein Kommando

Das Gericht befand: Es bestehe bei Prinz Reuß Fluchtgefahr durch umfangreiches Vermögen im Inland und die Verfügungsgewalt über Vermögen im Ausland, allein in der Schweiz lagert er nach Recherchen der Ermittler 120 Kilogramm Gold. Außerdem müsse man von einer hohen Strafe ausgehen. Den Haftbefehl auszusetzen, lehnte das Gericht im Juli ab.

Auch sonst entwickeln sich die drei Verfahren in Frankfurt, München und Stuttgart gegen die 26 Angeklagten nicht so, wie Reuß es gern hätte. Die Gruppe hört nicht mehr auf sein Kommando. In München hat die Astrologin, deren Rat Reuß eingeholt hatte, umfassend gestanden. Dort redet seit Wochen auch der Mann, den Reuß zum neuen Militärchef machen wollte. Er sagte unter anderem, dass nach einem Systemsturz ja vielleicht doch nicht alle einverstanden sein könnten mit der neuen Regierung und dass man dann mit „Waffengewalt“ vorgehen müsse, zum Beispiel gegen die Antifa.

Und so wird der Name Reuß, der einmal für ein mächtiges Adelsgeschlecht stand, für Ländereien und eine beachtliche Kunstsammlung, nun wohl nicht mehr zu lösen sein von den Plänen einer Gruppe, die die deutsche Demokratie ersetzen wollte durch ein Terrorregime.

Irgendwann, sagt Alvensleben, werde sich Reuß auch zu den Vorwürfen aus der Anklage äußern. Dass sein Mandant ein Reichsbürger sei, bestreitet der Anwalt. Und man müsse da genau sein, sagt Alvensleben: „Ich wehre mich dagegen, dass er ein Reichsbürger sei. Wenn, dann wäre er auch ohnehin ein Reichsprinz.“

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

SYRIEN

Der alte Unfrieden

Von Raphael Geiger

Sein Sieg war einer durch Erschöpfung. Wer noch im Syrien des Baschar al-Assad geblieben war, wer nach 13 Jahren Krieg noch am Leben war, der hatte nur noch eine Wahl für sich: Bin ich bereit, in einem Gefängnis zu verschwinden, gefoltert zu werden und vielleicht einen Tod zu sterben, der nichts ändern wird? Oder schweige ich? Und überlebe, hoffentlich.

Für einen neuen Aufstand gegen die Diktatur, so schien es, gab es in diesem Land schon lange keine Kraft mehr. Dann, jetzt am Wochenende, ging in den sozialen Medien ein Satz um: Du bist als Nächster dran, Doktor. Ein alter Satz, ein paar Jungen hinterließen ihn im Jahr 2011 an einer Hauswand in der Stadt Daraa. Damit hatte alles begonnen, im Jahr des Arabischen Frühlings. Du bist als Nächster dran – nach dem tunesischen Diktator Ben Ali, dem Ägypter Mubarak. Doktor, weil Assad gelernter Augenarzt ist.

Das Regime nahm die Teenager damals fest. Folterte sie. Draußen schoss es auf die Menschen, die für ihre Freilassung demonstrierten. Ein paar Tote waren einkalkuliert, als Warnung an den Rest des Landes. Damit, dass es mehr Tote wurden, hatte Assad kein Problem. Sie sollten doch neue Kinder machen, sagte ein Offizier den Vätern der Jungen, „wenn ihr es nicht könnt, schicke ich meine Männer, die werden es euren Frauen zeigen“.

An dem Zynismus, mit dem das Regime seinem Volk begegnet, hat sich nichts geändert. Jahrelang bombardierte es Wohnviertel, die sich erhoben hatten, in den Vororten von Damaskus, in Homs, in Aleppo. Die russischen Verbündeten flogen Luftangriffe gegen Kliniken. Ergaben sich die Gegner nicht, ließ Assad sie aushungern. Oder griff mit Giftgas an. Er tötete mehr als 200 000 Zivilisten.

Dabei war es ihm recht, dass sich die Opposition radikalisierte, dass sich im Häuserkampf von Aleppo bald Rebellen durchsetzten, die für den Islam kämpften. Assad ging davon aus, dass seine Chancen gegen Islamisten besser stehen würden als gegen Studenten. Dem Westen, der die Opposition anfangs unterstützte, wurde diese zu radikal, alles wurde zu kompliziert. Als 2014 der IS übers Land kam, ging es nur noch um dessen mittelalterlichen Terror.

Es waren dann die Kurden, die den IS niederkämpften. Assad ließ den IS hingegen gewähren, damit niemand mehr über die Verbrechen seines Regimes sprach. Er hat es immer verstanden, auch mit der Psyche des Westens zu spielen: War er nicht vielleicht die bessere Alternative, dieser in London ausgebildete Augenarzt? Sicher, solange man sich mit ihm arrangiert, darf man unter Assad im Café ein Glas Wein trinken. Und die Opfer des Regimes vergessen.

Andere Krisen übernahmen die Schlagzeilen, andere Kriege. Als die Rebellen unter der Führung des islamistischen Bündnisses Hayat Tahrir al-Sham, kurz HTS, vergangene Woche losschlugen, aus ihrer Provinz Idlib heraus, dürften weltweit viele ratlos gewesen sein. Wer sind diese Männer? Worum geht es in Syrien noch mal? Assads Sieg war nie nur militärisch, es war auch einer der Wahrnehmung: Er hatte die Welt überzeugt, dass der syrische Konflikt weitgehend vorbei sei, und war der Westen nicht froh darüber? Assads Erzählung war, dass es keine Alternative gäbe. Nur ihn und ansonsten islamistische Terroristen.

Auch wenn man nicht weiß, wohin der Aufstand der Islamisten in Aleppo führen wird, eine gute Nachricht gibt es schon jetzt: Noch hat der Kriegsverbrecher Assad nicht gewonnen

Die Kämpfer, die am Wochenende Aleppo erobert haben und weiter vorrücken, die sind nicht die jungen Menschen, die 2011 ihr Leben für einen Traum von Freiheit riskierten. Mit dem IS haben sie aber auch nichts zu tun. Sie regieren Idlib seit Jahren, nicht demokratisch und natürlich nicht säkular, aber es hat einen Grund, warum die Menschen aus dem Assad-Gebiet nach Idlib geflohen sind und nicht umgekehrt.

Es ist ein breites Bündnis, das jetzt kämpft, darunter sind, vorsichtig gesagt, nicht nur Sympathieträger. Man wird sehen müssen, wie sie sich den Kurden gegenüber verhalten. Es ist noch früh, die Offensive war überraschend erfolgreich. Also: Soll man sich freuen? Darf man?

Jedenfalls würde man sich damit vielen Syrerinnen und Syrern anschließen. Sie freuen sich über diesen Aufstand gegen den Zynismus, den Assad in den Köpfen platziert hat: Diktaturen sind da, um zu bleiben; wer Revolutionen beginnt, ist naiv, wird sowieso nichts. In Syrien nicht, in Iran nicht, nirgendwo. Der Fall von Aleppo zeigt jedoch, wie schwach Assads Regime ist. Und dass es keine eingefrorenen Konflikte gibt, auch nicht in einer erschöpften Welt. Syrien zeigt, dass Konflikte erst mit einem Frieden vorbei sind.

Es freuen sich gerade nicht nur Islamisten, sondern auch die Demonstranten von 2011. Für sie geht es darum, dass Assads Herrschaft wieder herausgefordert wird. Ihre Leben sind geprägt von diesem Krieg. Die Leben aller Syrer. Während ihr Diktator davon unberührt schien. Aber Syrien, das ist jetzt klar, wird erst zur Ruhe kommen, wenn es dieses Regime nicht mehr gibt.

SZ-Zeichnung: Sinisa Pismestrovic

AKTUELLES LEXIKON

Rote Karte

In 16 Jahren als Fußballprofi hat der mit Recht hochverehrte englische Mittelstürmer Gary Lineker Hunderte Einsätze für seine Klubs bestritten sowie 80 Länderspiele, aus denen er als nationaler Rekordschütze hervorging. Doch die größte Zahl in Linekers sportlicher Biografie ist eine 0 – keine einzige gelbe oder gar rote Karte ist in seiner Akte registriert. Der Weltverband Fifa zeichnete ihn dafür mit einem Verdienstorden aus. Mit einer ähnlichen Würdigung hätte sicher auch der nicht minder ehrenwerte langjährige Nationaltorwart Manuel Neuer rechnen können – wäre er nicht am Dienstag aus Übereifer in eine selbstgestellte Falle gelaufen. Bis dahin enthielt sein reiches Lebenswerk die Besonderheit, in 864 Partien für Schalke 04, den FC Bayern und die Nationalelf noch nie vom Platz gestellt worden zu sein, was in Anbetracht seines kühnen Torwartspiels umso beachtlicher ist. Und nun kam Neuer, 38, erstmals um jenen Moment zu spät, der dem Schiedsrichter keine Wahl ließ. Seit die rote Karte wegen grober Unsportlichkeit 1970 in der Bundesliga eingeführt wurde, gehört sie zum Fußball-Alltag. 1999 bekamen sie gleich vier Feldspieler des SSV Ulm – Ligarekord. PSE

SÜDKOREA

Putsch des Inkompetenten

Von Thomas Hahn

Der Angriff des südkoreanischen Präsidenten Yoon Suk-yeol auf die Grundfeste seines demokratischen Landes ist eine Mahnung für die gesamte freiheitliche Welt. Yoon von der konservativen People Power Party hat am Dienstagabend überraschend das Kriegsrecht ausgerufen, offensichtlich weil er es nicht mehr ertragen wollte, dass die oppositionelle Demokratische Partei (DP) mit ihrer Mehrheit im Parlament seine Regierung ausbremst. Er hat also einen Putsch versucht gegen die politische Konstellation, die das Ergebnis von freien Wahlen ist. Und zwar unter dem Vorwand, die Menschen vor staatsfeindlichen Kräften zu verteidigen. Das Parlament konnte Yoons Entscheidung aufheben. Aber den Schock, kurz in den Abgrund einer Diktatur geschaut zu haben, können bekennende Demokraten nicht so schnell aus ihren Gliedern schütteln.

Präsident Yoon hat die Aufgaben eines Staatschefs in der Demokratie nie begriffen

Obacht bei der politischen Führungspersonalwahl – das ist die Botschaft dieser Yoon-Anmaßung an alle Wähler und Parteien, die sich zu leicht einlullen lassen vom Blendwerk selbstsüchtiger Populisten. Solche Leute sind meist Laien der Demokratie. Sie sind nicht geeignet für Spitzenpositionen im Parlamentarismus, weil sie Wahlsiege missverstehen als Lizenz zum Durchregieren nach ihrer eigenen, vereinfachenden Auffassung von Welt. Sie begreifen nicht, dass Wählerinnen und Wähler sie mit einer Chefrolle beauftragen, in der sie mit Rücksicht auf Gegenmeinungen und größere Zusammenhänge möglichst gute Lösungen für alle anschieben müssen.

Der designierte US-Präsident Donald Trump ist natürlich das prominenteste Beispiel eines rücksichtslosen Vereinfachers, der eigentlich wenig von der Demokratie versteht. Aber Yoon Suk-yeol ist ein besonders schräges Exemplar des inkompetenten Politik-Quereinsteigers.

Bevor er für die Präsidentschaftswahl 2022 kandidierte, war Yoon Staatsanwalt. In anderen Ländern fürchten die Menschen die Macht des Militärs, in Südkorea gelten die Staatsanwälte als die Herrscher im Hintergrund, weil sie mit ihren Verfahren über Karrieren entscheiden können. Wenn nicht die vorige Regierung des liberalen Präsidenten Moon Jae-in mit einer Justizreform darauf abgezielt hätte, diese Macht etwas abzuschwächen, wäre Yoon wahrscheinlich gar nicht in die Politik gewechselt. Aber so war es eben. Yoon war wütend und fühlte sich herausgefordert. In der PPP reichten die Kräfte nicht, seine Kandidatur zu verhindern. Und nach seinem sehr knappen Wahlsieg im März 2022 zeigte er also bald, was er nicht kann: Kompromisse schließen, Arbeitskämpfe annehmen, gesellschaftliche Klüfte überwinden, mit der starken Opposition an drängenden Themen der Nation arbeiten wie dem extremen Geburtenmangel oder dem Umgang mit dem immer radikaleren Nordkorea.

Und nun hat Yoon also auch noch das letzte Mittel des Staatsschutzes für seine Interessen missbraucht. Südkoreas Menschen scheinen endgültig genug zu haben. Demonstranten fordern seinen Rücktritt, die Opposition will ein Amtsenthebungsverfahren. Wichtige Mitarbeiter gehen auf Distanz. Yoon ist nicht mehr zu halten. Mehr noch: Nach zweieinhalb Jahren mit ihm an der Spitze kann man endgültig feststellen, dass die PPP diesen Demokratie-Anfänger gar nicht erst hätte aufstellen dürfen. Das Beispiel von Yoon Suk-yeol zeigt, dass Parteien genauer prüfen müssen, ob ihre Spitzenbewerber überhaupt geeignet sind für die Welt der Demokratie.

ZERSTÖRTE DATENKABEL

Putins Gift wirkt

Von Alex Rühle

Als am Dienstagmorgen die Nachricht kam, dass ein Kommunikationskabel zwischen Schweden und Finnland an gleich zwei Stellen gebrochen sei, behauptete der schwedische Zivilschutzminister Carl-Oskar Bohlin, die finnische Polizei untersuche den Vorfall, aufgrund der Umstände bestehe der Verdacht einer Sabotage. Alle Nachrichtenseiten Nordeuropas machten mit dem Kabelbruch auf, in Schweden und Finnland sowieso, aber auch in Dänemark und Norwegen. Gut, diesmal waren die Schäden an Land entstanden, aber ansonsten erinnerte das Ganze doch an den jüngsten Vorfall in der Ostsee, bei dem zwei Unterseekabel beschädigt worden waren, vermutlich durch das chinesische Frachtschiff *Yi Peng 3*, das seinen Anker stundenlang hinter sich hergezogen hatte.

Sabotage oder doch nur Bagger? Europa wird bei Zwischenfällen nervös

Die finnische Polizei gab dann aber recht schmallippig bekannt, nein, man habe „keinen Grund zu der Annahme, dass hier ein Verbrechen vorliegt“. Wenig später kam aus Finnland die Nachricht, sowohl bei dem Schaden in Espoo als auch bei dem in Vihti 30 Kilometer weiter hätten Bagger bei Aushubarbeiten aus Versehen die Kabel verletzt.

Heißt das, es sei von vornherein lächerlich, hinter solch einem Geschehen Vorsatz und die neueste Variante hybrider Kriegsführung zu befürchten? Leider nein, es zeigt vielmehr dreierlei: Zum einen, wie nervös alle sind und wie schwer es geworden ist, im immer dichteren Nebel der Unsicherheit die Welt noch richtig zu deuten. Der Ausdruck vom Nebel des Krieges geht zurück auf Carl von Clausewitz, der schrieb, jeder Krieg gehe einher mit „einer großen Ungewissheit (...), weil alles Handeln gewissermaßen in einem bloßen Dämmerlicht verrichtet wird, was noch dazu nicht selten wie eine Nebel- oder Mondscheinbeleuchtung den Dingen einen übertriebenen Umfang, ein groteskes Ansehen gibt“. Der kleine Bagger, der nur seine Grube gräbt und dabei so übertrieben riesig wirkt, dass alle darauf hereinfallen, das ist schon ein starkes Belegbild für Clausewitz’ Beschreibung.

Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock und ihre finnische Amtskollegin Elina Valtonen schrieben nach der Beschädigung der Ostseekabel in einem gemeinsamen Statement: „Die Tatsache, dass ein solcher Vorfall sofort den Verdacht einer vorsätzlichen Beschädigung aufkommen lässt, spricht Bände über die Unbeständigkeit unserer Zeit.“ Das war als politisches Statement um vieles klüger als die haltlosen Behauptungen Bohlins. Was zweitens zeigt: Nie war es wichtiger, vorsichtig zu kommunizieren, einen stabilen Ruhepuls zu behalten und nicht über Verbrechen in Nachbarländern zu spekulieren, wenn diese selbst noch abwarten mit der Einschätzung.

Aber es zeigt eben auch, wie irrsinnig schwierig das geworden ist. Es gab verschiedene Einbruchsversuche in finnischen Wasserwerken, bei denen man nicht weiß, zufällige Häufung von Schülerstreichen oder doch ein staatlicher Akteur? Oder die beiden Entgleisungen auf der Eisenerzlinie zwischen Nordschweden und Norwegen, im Dezember 2023 und im Februar 2024. Wer will jenen einen Vorwurf machen, die darin Sabotage witterten, nachdem 2022 prorussische Hackergruppen die Verantwortung übernommen hatten für groß angelegte Cyberangriffe sowohl auf die rumänische als auch die litauische und die estnische Bahn? Bei den Zügen ist man sich nahezu sicher, dass sich die Gleise durch die extremen Winterbedingungen verformt hatten. Aber es hätte eben auch anders sein können. Die hybride Kriegsführung wirkt. Selbst dort, wo alles friedlich ist.

FRIEDRICH MERZ

Ein Ultimatum, das keines ist?

Friedrich Merz will mit einem Missverständnis aufräumen. Er habe, sagte er vor der Fraktionssitzung von CDU und CSU am Mittwoch, „zu keinem Zeitpunkt“ dem russischen Präsidenten ein Ultimatum gestellt. Nun ist es aber so, dass derselbe Friedrich Merz am 17. Oktober im Bundestag sehr wohl gesagt hat: Wenn Putin nicht innerhalb von 24 Stunden aufhöre, die Zivilbevölkerung in der Ukraine zu bombardieren, dann müssten aus Deutschland auch *Taurus*-Marschflugkörper an Kiew geliefert werden.

Und zwei Tage später wiederholte er in seiner wöchentlichen Mail an seine Anhänger diese Forderung sogar noch einmal: „Wenn der Kriegsterror gegen die Zivilbevölkerung nicht binnen 24 Stunden aufhört, werden die Reichweitenbegrenzungen der gelieferten Waffen aufgehoben. Wenn das nicht reicht, liefert Deutschland Taurus Marschflugkörper, um die Nachschubwege der russischen Armee zu zerstören.“ Was aber soll denn ein Wenn-dann-Satz anderes sein als ein Ultimatum? Vor allem, wenn er auch noch mit einer unmissverständlichen Frist versehen ist?

Es ist eine bekannte Schwachstelle von Friedrich Merz: Wenn er sich ungerecht behandelt und herabgesetzt fühlt, reagiert er bisweilen höchst empfindlich. Dass Kanzler Olaf Scholz, der die *Taurus*-Lieferung nach wie vor entschieden ablehnt, ihm vorgeworfen hat, in der Ukraine-Frage „russisches Roulette“ zu spielen, hat Merz empört. In der Tat gäbe es einiges zu sagen zur Wahlkampftaktik des Noch-Kanzlers, die Sorge der Bürger vor einer Eskalation des Ukraine-Kriegs für seine Inszenierung als Friedenskanzler zu nutzen. Merz fühlt sich aber von diesem Vorgehen offenbar derart provoziert, dass er eindeutige Aussagen von ihm nun rückwirkend umdeuten will – was die Wahlkampfmanager im Willy-Brandt-Haus mit großer Freude wahrnehmen dürften. Und ihre Kollegen im Konrad-Adenauer-Haus mit einer gewissen Sorge. **Henrike Roßbach**

BILDUNGSPOLITIK

Vorsicht bei der Elternwahl

Bei der Wahl seiner Eltern kann man nicht vorsichtig genug sein. Das gilt in Deutschland ganz besonders. Wer als Erwachsener einen guten Platz in der Gesellschaft und ein sicheres Auskommen haben will, der sollte am besten in eine Familie hineingeboren werden, in der es Geld, höhere Schulabschlüsse und einen deutschen Muttersprachler gibt. Auf den Staat hingegen sollte man sich nicht verlassen. Politiker betonen zwar ständig, dass Bildung die wichtigste Ressource des Landes sei, sie handeln aber nicht so. Das trifft die Einrichtungen hart, in denen man die unterschiedlich guten Startchancen von Kindern noch ausgleichen könnte: Grundschulen, vor allem aber Krippen und Kindergärten.

Die Folgen zeigen sich in diesen Tagen gleich mehrfach. Die Timss-Studie, nach Pisa der wichtigste internationale Bildungsvergleich, stellt nicht nur fest, dass ein Viertel der Grundschüler bloß sehr grundlegende Kenntnisse in Mathematik hat. Sie betont auch, dass Deutschland ein Problem mit der Bildungsgerechtigkeit hat: Kinder, deren Eltern im Ausland geboren sind, schneiden im Durchschnitt schlechter ab als Kinder deutscher Eltern. Diese Erkenntnis besteht seit mehr als 20 Jahren, ohne dass ernsthaft etwas dagegen unternommen wird.

Zusätzlich machen zwei Studien der Bertelsmann-Stiftung auf die katastrophalen Zustände in Krippen und Kindergärten aufmerksam. Immer weniger Kita-Beschäftigte sind ausreichend für die pädagogische Arbeit mit Kindern qualifiziert. Noch dazu sind erschreckend viele Erzieherinnen und Erzieher so am Ende, dass sie planen, einen neuen Beruf zu suchen.

Auch das ist keine Überraschung. Die Politik hat zuletzt trotzdem nur zaghaft versucht, die Kita-Krise zu entschärfen. Frühkindliche Bildung wird nicht ernst genommen – Hauptsache, jemand schaut auf die Kleinen. Darunter leiden alle Kinder. Am härtesten trifft es aber diejenigen, die bei der Bildung nicht auf ihre Eltern zählen dürfen. **Lilith Volkert**

PROFIL

Netumbo Nandi-Ndaitwah

Wahlsiegerin in Namibia, die große Hoffnungen weckt

Bisher gab es genau eine Frau, die als Siegerin aus einer Präsidentschaftswahl in Afrika hervorging: Ellen Johnson Sirleaf. Sie schaffte es sogar zweimal. 2005 wurde sie zur Präsidentin Liberias gewählt, 2011 im Amt bestätigt. Samia Suluhu Hassan aus Tansania, die aktuell einzige Präsidentin Afrikas, rückte 2021 an die Spitze des Staates, nachdem der Amtsinhaber gestorben war. Einer Wahl musste sie sich bislang nicht stellen, ebenso wie eine Reihe anderer Frauen, die in den vergangenen Jahren durch Ernennungen oder Todesfälle zu Präsidentinnen eines afrikanischen Landes geworden waren.

Es ist also ein exklusiver Klub, dem Netumbo Nandi-Ndaitwah durch ihren Wahlsieg in Namibia beigetreten ist. Und es ist nicht nur deshalb ein Sieg, auf den sich die 72-Jährige etwas einbilden darf. Zum einen holte sie mit 58 Prozent der Stimmen ein besseres Ergebnis als ihre Partei Swapo, die in der parallel abgehaltenen Parlamentswahl nur auf 53 Prozent kam. Zum anderen trotzte sie einer Wechselstimmung, die den regierenden Parteien in Südafrika und Botswana nach Jahrzehnten an der Macht zuletzt herbe Wahlniederlagen beschert hatte. Der Swapo, die Namibia seit 1990 regiert, bleibt dieses Schicksal erspart – dank NNN.

So lautet der Spitzname von Netumbo Nandi-Ndaitwah, aus dem manchmal sogar ein NNNN wird, es gibt ja noch den zweiten Vornamen Ndemupelila. Zugleich war es ihr Wahlkampfslogan für die Abstimmung am 27. November: Netumbo, November, Namibia. Dass sie eine Frau ist, stellte Nandi-Ndaitwah dagegen nicht in den Vordergrund. Die Qualität des Kandidaten oder der Kandidatin sei entscheidend, nicht das Geschlecht. In einer patriarchalisch geprägten Gesellschaft wie jener Namibias lässt sich aber auch daraus eine Forderung ablesen, die Forderung nach Gleichberechtigung.

Wenn Gott nicht für Gleichberechtigung wäre, sagte Nandi-Ndaitwah im April, dann hätte er die Frau nicht aus der Rippe des Mannes erschaffen, sondern aus seinem Fuß. Frauenrechte spielen auch eine große Rolle im Wahlprogramm der Swapo, die darauf verweist, dass sie die Frauenquote im Parlament seit 1990 von acht auf 50 Prozent angehoben habe. Doch eine Feministin im westlichen Sinne ist die gläubige Christin Nandi-Ndaitwah eher nicht. Sie gilt als Vertreterin eines konservativen Weltbildes, in dem Abtreibung oder Verhütung ebenso wenig Platz haben wie Homosexualität.

Geboren wurde Nandi-Ndaitwah 1952 als eines von dreizehn Kindern in einem Dorf im Norden des heutigen Namibia. Schon mit 14 trat sie der Swapo bei, die kurz zuvor als Untergrundbewegung gegründet worden war, um die Unabhängigkeit des Landes zu erkämpfen. Namibia, von 1884 bis 1915 deutsche Kolonie, stand damals unter südafrikanischer Verwaltung. 1974 floh Nandi-Ndaitwah nach Angola, nachdem sie mehrere Monate im Gefängnis verbracht hatte, und schloss sich dem Widerstand im Exil an.

Ende der Achtzigerjahre ging sie nach Großbritannien, wo sie öffentliche Verwaltung und internationale Beziehungen studierte. Nach der Unabhängigkeit Namibias 1990 kehrte sie zurück und gehörte von 2000 an allen Regierungen an: als Familien-, Informations-, Umwelt- und Außenministerin. Ob sie auch eine erfolgreiche Präsidentin wird, hängt vor allem von einer Frage ab: Kann ihre Regierung Jobs für die jungen Leute schaffen?

Der Frust der Jugend ist derzeit die größte Gefahr für afrikanische Regierungen, egal ob er sich auf der Straße oder an der Wahlurne entlädt. Auch in Namibia hat ein Drittel der 15- bis 24-Jährigen weder Arbeit noch Ausbildungsplatz. Im Wahlkampf hat Nandi-Ndaitwah nicht weniger als eine halbe Million neue Jobs angekündigt, in einem Land mit 2,6 Millionen Einwohnern. Gut möglich, dass dieses schwer einlösbare Versprechen bald zur Belastung für Namibias erste Präsidentin wird. **Paul Munzinger**

FOTO: SIMON MAINA/AFP

Süddeutsche Zeitung

HERAUSGEGEBEN VOM SÜDDEUTSCHEN VERLAG
VERTRETEN DURCH DEN HERAUSGEBERRAT

CHEFREDAKTEURE:
Wolfgang Krach, Judith Wittwer

STELLVERTRETENDER CHEFREDAKTEUR: Ulrich Schäfer

NACHRICHTENCHEFS: Dr. Alexandra Föderl-Schmid, Jens Schneider

POLITIK: Stefan Kornelius, Katharina Riehl
SEITE DREI: Karin Steinberger MEINUNG: Detlef Esslinger
INVESTIGATIVE RECHERCHE: Ralf Wiegand
KULTUR UND MEDIEN: Alexander Gorkow, Sara Peschke
WIRTSCHAFT: Alexander Mühlauer, Lisa Nienhaus
SPORT: Claudio Catuogno WISSEN: Dr. Marlene Weiß
PANORAMA: Dr. Hannah Wilhelm WOCHENENDE: Christian Mayer, Jochen Temsch MÜNCHEN, REGION UND BAYERN: Ulrike Heidenreich, René Hofmann; Katja Auer, Karin Kampwerth

VISUAL DESK: Wolfgang Jaschensky, Christian Tönsmann (Artdirector)
AUDIO UND VIDEO: Laura Terberl DATEN: Marie-Louise Timcke
SOCIAL MEDIA: Britta Schönhütl

CHEFS VOM DIENST: Fabian Heckenberger, Michael König

LEITENDER REDAKTEUR: Dr. Roman Deininger (Chefreporter)

Die für das jeweilige Ressort an erster Stelle Genannten sind verantwortliche Redakteure im Sinne des Gesetzes über die Presse vom 3. Oktober 1949.

ANSCHRIFT DER REDAKTION: Hultschiner Straße 8, 81677 München, Tel. (089) 21 83-0, Fax: 21 83-97 77

E-MAIL: Redaktion: redaktion@sz.de, Leserbriefe: forum@sz.de, Aboservice: aboservice@sz.de

BERLIN: Nicolas Richter; Henrike Roßbach, Französische Str. 48, 10117 Berlin, Tel. (0 30) 26 36 66-0
LEIPZIG: Iris Mayer, Hohe Straße 39, 04107 Leipzig, Tel. (0 341) 99 39 03 79
DÜSSELDORF: Christian Wernicke, Bäckerstr. 2, 40213 Düsseldorf, Tel. (02 11) 54 05 55-0
FRANKFURT: Meike Schreiber, Kleiner Hirschgraben 8, 60311 Frankfurt, Tel. (0 69) 2 99 92 70
HAMBURG: Ulrike Nimz, Poststr. 25, 20354 Hamburg, Tel. (0 40) 46 88 31-0
KARLSRUHE: Dr. Wolfgang Janisch
STUTTGART: Max Ferstl, Rotebühlplatz 33, 70178 Stuttgart, Tel. (07 11) 24 75 93/94

HERAUSGEBERRAT: Dr. Richard Rebmann (Vorsitz); Dr. Oliver Friedmann, Dr. Thomas Schaub

GESCHÄFTSFÜHRER:
Dr. Christian Wegner (Vors.), Johannes Hauner, Dr. Karl Ulrich

ANZEIGEN NATIONAL (ohne Trauer):
Jürgen Maukner (verantwortlich), Ingo Müller, REPUBLIC Marketing & Media Solutions GmbH, Mittelstraße 2–4, 10117 Berlin, www.republic.de
ANZEIGEN REGIONAL UND TRAUER:
Christine Tolksdorf (verantwortlich), Süddeutsche Zeitung GmbH, Hultschiner Str. 8, 81677 München

ANSCHRIFT DES VERLAGES: Süddeutsche Zeitung GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München, Tel. (0 89) 21 83-0

DRUCK: Süddeutscher Verlag Zeitungsdruck GmbH, Zamdorfer Straße 40, 81677 München

Die Süddeutsche Zeitung GmbH behält sich eine Nutzung ihrer Inhalte für kommerzielles Text- und Data-Mining (TDM) im Sinne von § 44b UrhG ausdrücklich vor. Der Erwerb einer TDM-Lizenz ist über das SZ Archiv möglich.

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

KURZ GEMELDET

Razzia gegen Schleuser

Düsseldorf/Berlin – Mit mehr als 500 Bundespolizisten sind Ermittler am Mittwoch einem von Kurden aus dem Irak betriebenen Schleusernetzwerk zu Leibe gerückt, das irreguläre Migranten in einfachen Schlauchbooten über den Ärmelkanal schickt. Schwerpunkte des internationalen Polizeieinsatzes waren Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Die gesuchten Tatverdächtigen sollen Migranten aus dem Mittleren Osten und Ostafrika „in kleinen minderwertigen Schlauchbooten" von Frankreich nach Großbritannien geschleust haben, wie eine Sprecherin der Bundespolizei sagte. Ausgangspunkt der Großrazzia waren laut Bundespolizei französische Ermittlungen. Die Haftbefehle stammen demnach von einem Gericht in Lille. DPA

Waldschutz verschoben

Brüssel – Nach heftigen Auseinandersetzungen im Europaparlament wird ein umstrittenes EU-Waldschutzgesetz um ein Jahr verschoben. Darauf einigten sich Unterhändler von Parlament und EU-Staaten. In einer neuen Erklärung sichert die EU-Kommission zu, weitere Vereinfachungen zu prüfen. Nach dem Gesetz dürfen Produkte wie Kaffee, Holz, Soja, Kakao und Palmöl künftig nur noch in der EU verkauft werden, wenn dafür nach 2020 keine Wälder gerodet wurden. EU-Parlament und EU-Staaten müssen die Verschiebung noch bestätigen, das gilt als Formsache. Es gab große Bedenken, dass viele Firmen die Vorgaben kaum fristgerecht umsetzen könnten. DPA

Rebellenvormarsch gestoppt

Amman – Massive Luftangriffe in der Nacht zum Mittwoch haben den Rebellenvormarsch in Syrien auf die viertgrößte Stadt vorerst gestoppt. Die islamistischen Aufständischen seien von den Randgebieten der strategischen Stadt Hama zurückgedrängt worden, teilten die Konfliktparteien mit. „Wir wurden durch schweres feindliches Bombardement aus der Luft zum Rückzug gezwungen", sagte ein Rebellenkommandeur. Die Einnahme von Hama würde den Druck auf Diktator Baschar al-Assad deutlich erhöhen. Angesichts des zuletzt raschen Vormarschs der Aufständischen erwägt Assads Verbündeter Iran nach eigenen Angaben, Truppen zu entsenden. REUTERS

Taktieren statt reformieren

Die rot-grüne Minderheitsregierung rangelt mit der Opposition um die steuerliche Entlastung von Bürgern und Betrieben. Es ist ein Spiel mit vertauschten Rollen – und mit nicht immer hehren Motiven.

Von Claus Hulverscheidt und Henrike Roßbach

Berlin – Es ist so einiges durcheinandergeraten seit dem Bruch der Ampel, und vielleicht wird das nirgendwo so deutlich wie beim Steuerfortentwicklungsgesetz. Hinter dem sperrigen Titel verbirgt sich ein Sammelsurium an Rechtsänderungen, mit denen SPD, Grüne und FDP Bürger und Unternehmen im nächsten und übernächsten Jahr finanziell entlasten wollten – von der Erhöhung der Grundfreibeträge und des Kindergelds über verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten für Betriebe bis zum Ausgleich rein inflationsbedingter Steuererhöhungen. Gesamtvolumen des Kunstwerks, für dessen Umsetzung Finanzminister Jörg Kukies (SPD) am Mittwoch im Finanzausschuss des Bundestags noch einmal eindringlich warb: 23 Milliarden Euro.

Viele Steuerzahler hätten im kommenden Jahr einige Hundert Euro mehr

Hauptverfechter des Gesetzes war eigentlich Kukies' Vorgänger Christian Lindner gewesen, dessen FDP der Koalition aber bekanntlich seit vier Wochen nicht mehr angehört und die es plötzlich gar nicht mehr so eilig hat mit der Umsetzung des Projekts. Umgekehrt gingen den Grünen Lindners Steuerpläne eigentlich zu weit – ausgerechnet sie sind es jedoch jetzt, die das Vorhaben trotz fehlender Bundestagsmehrheit noch durchboxen wollen und deshalb bei der Union um Zustimmung werben. CDU und CSU wiederum sträuben sich, obwohl sie weite Teile des Gesetzentwurfs eigentlich für richtig halten. Eine rasche Umsetzung würde allerdings den Staatshaushalt so stark belasten, dass für die ersehnte große Steuerreform nach einem Wahlsieg der Union kaum noch Geld da wäre. Kanzlerkandidat Friedrich Merz (CDU) steht damit vor der Frage, wem oder was er Vorrang einräumen soll: der Machttaktik oder der inhaltlichen Überzeugung?

Finanzminister Kukies warnte bei seinem ersten Besuch im Finanzausschuss davor, angesichts der Wirtschaftsflaute mit der Verabschiedung von Steuerentlastungen zu warten, bis eine neue Regierung im Amt ist. In einem solchen Fall könnten die Verbesserungen nicht vor Herbst kommenden Jahres in Kraft treten, sagte er nach Angaben von Sitzungsteilnehmern.

Kämpfen um das Steuerfortentwicklungsgesetz: Finanzminister Jörg Kukies (SPD) und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne). FOTO: KAY NIETFELD/DPA

Geldgerangel im Bundestag

Geplanten Steuerrechtsänderungen für 2025

Single, Steuerklasse 1

Bruttolohn Jährlich	Entlastung Lohnsteuer	Entlastung Solidaritätszuschlag	Erhöhung Kindergeld	Gesamtentlastung
30 000	91,00	-	-	91,00
60 000	168,00	-	-	168,00
90 000	276,00	241,21	-	517,21

Verheirateter Alleinverdiener mit zwei Kindern, Steuerklasse 3

Bruttolohn Jährlich	Entlastung Lohnsteuer	Entlastung Solidaritätszuschlag	Erhöhung Kindergeld	Gesamtentlastung
30 000		-	120,00	120,00
60 000	186,00	-	120,00	306,00
90 000	258,00	-	120,00	378,00

SZ-Grafik; Quelle: Bundesfinanzministerium

Mit dem Gesetz wollte Lindner das jährliche Existenzminimum für Erwachsene, das der Staat nicht besteuern darf, zunächst um 312 auf 12 096 Euro anheben. Der Kinderfreibetrag sollte zum Jahreswechsel um 60 auf 6672 Euro, das monatliche Kindergeld um fünf auf 255 Euro pro Kind steigen. Zudem wollte die Ampel mit einer Verschiebung des gesamten Steuertarifs verhindern, dass Beschäftigte nach einer Lohnerhöhung mehr ans Finanzamt überweisen müssen, obwohl sie sich wegen des Anstiegs der Preise gar nicht mehr Waren und Dienstleistungen leisten können. Laut Regierung kostet diese sogenannte kalte Progression jeden Steuerpflichtigen allein 2024 im Schnitt 273 Euro.

Entsprechend kann es den Bürgerinnen und Bürgern eigentlich nicht egal sein kann, ob das Steuerfortentwicklungsgesetz noch kommt oder doch den machttaktischen Spielchen der Parteien zum Opfer fällt. Das zeigen auch Berechnungen des Finanzministeriums, die die SPD-Bundestagsfraktion in Auftrag gegeben hatte und die der *Süddeutschen Zeitung* vorliegen. Demnach würde ein Single mit einem jährlichen Bruttoeinkommen von 30 000 Euro durch die geplanten Rechtsänderungen im kommenden Jahr rechnerisch um 91 Euro entlastet. Bei 60 000 Euro Verdienst wären es 168, bei 90 000 sogar 517 Euro.

Bei einem verheirateten Alleinverdiener mit zwei Kindern fiele die Entlastung bei der Lohnsteuer und beim Solidaritätszuschlag zwar geringer ins Gewicht, weil eine Familie von vorneherein deutlich weniger Steuern zahlen muss als ein Alleinstehender. Hier würde sich aber zusätzlich die geplante Kindergelderhöhung auswirken. Tritt das Steuerfortentwicklungsgesetz doch noch in Kraft, hätte besagte Familie mit zwei Kindern und einem Einkommen von 30 000 Euro im kommenden Jahr 120 Euro mehr in der Tasche. Bei einem Familienverdienst von 60 000 Euro wären es 306, bei 90 000 immerhin 378 Euro. Ohne Gesetz fielen sämtliche Entlastungen weg, während die mögliche Mehrbelastung durch die kalte Progression bliebe.

Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Michael Schrodi, sagte der SZ, die Anhebung von Freibeträgen und Kindergeld sei nicht nur sachlich richtig, sondern auch verfassungsrechtlich geboten. Auch würde bei einer Verschiebung der Reform auf den nächsten Herbst und einer rückwirkenden Inkraftsetzung der Wachstumseffekt verpuffen. „Das Geld steht den Menschen zu, und es ist nicht ihre Aufgabe, dem Staat über acht, neun Monate ein zinsloses Darlehen in Milliardenhöhe zu gewähren", so Schrodi.

Erster Ansprechpartner von SPD und Grünen müsste eigentlich die FDP sein, schließlich ist sie gewissermaßen die Urheberin des Gesetzes. Zum einen hat aber das Vertrauensverhältnis zwischen Rot-Grün und Liberalen durch das Ampel-Aus erheblich gelitten. Zum anderen machen führende Freidemokraten hinter vorgehaltener Hand deutlich, dass sie den einstigen Partnern nur dann die Hand reichen werden, wenn diese darauf verzichten, die Bekämpfung der kalten Progression mit anderen Projekten wie etwa der ebenfalls auf Eis liegenden Rentenreform zu verknüpfen.

Die Union will einige Aspekte selbst umsetzen. Aber wohl nicht jetzt

SPD und Grüne setzen deshalb eher auf die Union – obwohl von dort noch klarere Signale der Ablehnung kommen. Zwar dozierte CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt diese Woche, dass die Bekämpfung der kalten Progression „ganz selbstverständlich" ein Element im Unionswirtschaftsprogramm sein werde. Als „singuläres und herausgekoppeltes Element" aber werde man das jetzt nicht mitmachen.

Ähnlich Fraktionsgeschäftsführer Thorsten Frei (CDU): Die Reform müsse in die Haushaltsplanung für 2025 eingepasst werden, die aber noch gar nicht stehe, sagte er. Und überhaupt: Man habe schlicht kein Interesse, mit der „noch amtierenden Rumpf-Regierung" in aufwendige Gesetzgebungsverfahren einzusteigen.

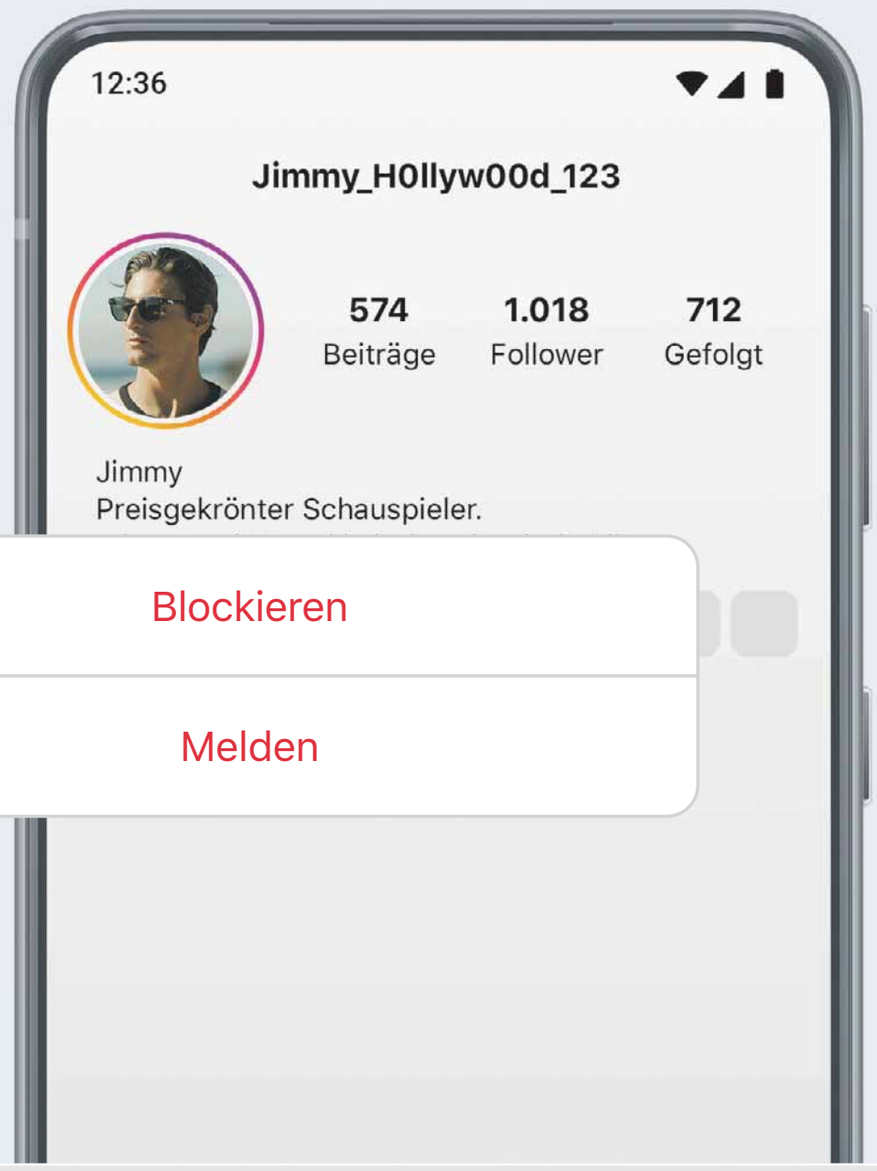
Druck auf die Union könnte noch am ehesten von den Wirtschaftsverbänden kommen, denn ohne das Gesetz würden auch die geltenden großzügigen Abschreibungsregeln – die bei Firmen äußerst beliebte, wachstumsfördernde sogenannte degressive AfA – vorerst weder verlängert noch weiter verbessert werden. Für sie würde dann das Motto gelten: erst weg, dann da, dann weg, dann womöglich wieder da. Es wäre das exakte Gegenteil jener Verlässlichkeit, das sich die Wirtschaft seit Jahren von der Politik wünscht.

Wie man Fake-Promis **einen Schritt voraus bleibt.**

Instagram setzt auf KI und menschliche Prüfteams, um gefälschte Accounts zu sperren und die meisten wenige Augenblicke nach ihrer Erstellung zu entfernen.

Fake-Accounts, die durch die Maschen schlüpfen, können auf Instagram blockiert werden, um Betrug zu verhindern.

MEHR ERFAHREN: IG.ME/BETRUG-ERKENNEN



DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

Warnschuss über der Ostsee

Ein russisches Schiff feuert Leuchtmunition in Richtung eines deutschen Marinehubschraubers. Außenministerin Baerbock bezeichnet den Zwischenfall als Teil von Moskaus hybrider Kriegsführung.

Von Christoph Koopmann, Paul-Anton Krüger, Hubert Wetzel

München/Berlin/Brüssel – Über der Ostsee ist es zu einem Zwischenfall zwischen einem russischen Schiff und einem deutschen Marine-Hubschrauber gekommen. Das sagte Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) am Rande eines Nato-Außenministertreffens am Mittwoch in Brüssel. Die Ministerin sprach vor der Sitzung davon, dass Russland seine hybride Kriegsführung in der Region verstärke. So würden dort Unterseekabel beschädigt, GPS-Signale gestört, zudem gebe es Öltanker, die an der illegalen Umgehung von Sanktionen beteiligt seinen. In diesem Zusammenhang erwähnte Baerbock Vorfälle mit „Hubschraubern, die auch aus Deutschland kommen“ und die dann „plötzlich von diesen Tankern aus beschossen werden“.

Fregatten wie die an dem Vorfall beteiligte Nordrhein-Westfalen *haben standardmäßig Hubschrauber vom Typ* Sea Lynx *an Bord (Symbolbild).* FOTO: THOMAS IMO/IMAGO

Marine und Luftwaffe sind schon länger in erhöhter Alarmbereitschaft

Nach Informationen der *Süddeutschen Zeitung* aus Regierungskreisen hatte sich bei dem Zwischenfall, der mehr als eine Woche zurückliegt, ein Hubschrauber der Marine einem russischen Öltanker genähert, der von einem russischen Kriegsschiff begleitet wurde. Der Hubschrauber war in einer Aufklärungsmission unterwegs und dem Vernehmen nach von einer Fregatte der Marine aus gestartet, der *Nordrhein-Westfalen*. Entgegen dem üblichen Verfahren meldete sich die Besatzung des russischen Schiffes nicht per Funk, sondern verschoss rote Leuchtmunition, als der Hubschrauber näherkam. Eine Gefährdung des Hubschraubers sei davon nicht ausgegangen, hieß es weiter.

Ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums wollte einen direkten Beschuss des Hubschraubers am Mittwoch in Berlin nicht bestätigen. Er sagte allerdings, es komme immer wieder vor, dass es Regelverstöße auf See oder im Luftraum gebe. Es komme dann darauf an, dass die Soldaten der Marine und der Luftwaffe besonnen und deeskalierend reagieren. Man könne darauf vertrauen, dass sie sehr professionell reagierten. Aus Nato-Kreisen hieß es: „Russland hält sich in der Ostsee selten an die Regeln.“ Regelmäßig kommt es zu gefährlichen Überflügen russischer Kampfjets über Schiffe und Begegnungen mit westlichen Flugzeugen. Nach SZ-Informationen hatte Baerbock den Zwischenfall auch bei einem Treffen mit ihren Kolleginnen und Kollegen der sogenannten NB8+2-Gruppe aus den nordischen und baltischen Staaten erwähnt, zu dem auch Polen und Deutschland als Ostseeanrainer eingeladen waren. Als Konsequenz aus der in ihrer Intensität zunehmenden hybriden Kriegsführung des russischen Präsidenten Wladimir Putin im Ostseeraum soll es laut Baerbock mehr Patrouillen geben, etwa um Pipelines und Datenkabel engmaschiger zu überwachen.

Nach Angaben aus deutschen Sicherheitskreisen könnte der Tanker zu einer sogenannten Schattenflotte aus mehreren Hundert Schiffen gehören, mit der Russland westliche Sanktionen zu umgehen versucht. Die EU und die G 7 haben nach Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine einen Importstopp und eine Preisobergrenze für russisches Öl verhängt, um Moskaus Kriegswirtschaft zu schwächen. Russland exportiert sein Öl trotzdem – mithilfe teils ausgemusterter und maroder Tanker, die unter fremder Flagge fahren.

Eine der klandestinen Exportrouten führt durch die Ostsee. Häufig werden die russischen Tanker auf ihrem Weg Richtung Nordsee und Atlantik von Kriegsschiffen eskortiert. Westliche Sicherheitsbeamte und Militärs berichten, dass die kleinen Konvois dabei regelmäßig ihre Ortungssysteme ausschalten. Dadurch steigt die Gefahr von Kollisionen in der viel befahrenen Ostsee – aber auch das Risiko von Konfrontationen mit den Marinen der Ostseeanrainerstaaten. Warum und wo genau sich in diesem Fall die deutsche Fregatte dem russischen Schiffsverband genähert hat, ist bisher nicht bekannt.

Die deutsche Marine sowie die Luftwaffe sind seit Monaten in erhöhter Alarmbereitschaft, was russische Schiffs- und auch Flugbewegungen in und über der Ostsee betrifft, auch in deutschem Hoheitsgebiet. Dabei geht es nicht nur darum, Sanktionen zu umgehen. Deutsche Nachrichtendienste und die Bundeswehr gehen davon aus, dass Russland auf diese Weise auch kritische Infrastruktur ausspioniert – Pipelines, Unterseekabel und Offshore-Windparks zum Beispiel. Die Bundesregierung wie auch die Nato sehen eine wachsende Bereitschaft Russlands, Sabotage-Aktionen zu unternehmen und Infrastruktur zu beschädigen.

Ein hochrangiger deutscher Sicherheitsbeamter sagte vor einigen Monaten: „Die Russen testen gezielt, wie wir reagieren.“ Etwa, wie lang deutsche Fregatten brauchen, bis sie ein fremdes Schiff erreicht haben, oder wann Jets der Luftwaffe ankommen, wenn sie ein fremdes Flugzeug entdeckt haben. „Und sie testen, wie weit sie gehen können, wo unsere roten Linien liegen.“ Unter anderem wegen der angespannten Sicherheitslage auf See plant das Bundesinnenministerium einen neuen Standort für die Eliteeinheit GSG 9 an der Ostseeküste in Schleswig-Holstein, wie erst im November bekannt geworden ist.

Einigung in Sachsen

CDU und SPD verständigen sich auf Themen für künftige Minderheitsregierung.

München – In Sachsen haben sich mehr als drei Monate nach der Landtagswahl CDU und SPD auf einen Koalitionsvertrag verständigt. Das 110-seitige Papier, das Vertreter der beiden Parteien am Mittwoch in Dresden vorstellten, sieht unter anderem ein sächsisches Pilotprojekt „Abschiebung“ vor. Ausreisepflichtige Menschen sollen demnach künftig zügiger den Freistaat verlassen. Dafür könnte es nun Ausreisezentren geben.

Der amtierende Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) sagte bei der Vorstellung des Vertrags, CDU und SPD seien sich einig, dass Sachsen Zahlungen für künftige Pensionen seiner Beamtinnen und Beamten kürzt. Damit sollen Investitionen in Millionenhöhe ermöglicht werden. Der SPD-Landesvorsitzende Henning Homann sagte: „Wir sehen, dass es Menschen gibt, die wir nicht alleinlassen dürfen, etwa Kinder, Jugendliche und Familien“. Zudem will das Bündnis Kommunen und Landkreise finanziell stärker unterstützen. Geplant sind auch eine sächsische Grenzpolizei und ein verpflichtendes kostenfreies Vorschuljahr. Kretschmer sagte, man wolle auch stärker in die Bildung investieren.

Der Landtag wählt voraussichtlich am 18. Dezember einen neuen Ministerpräsidenten. Einziger Kandidat ist bisher der amtierende Regierungschef Kretschmer. Für seine Wiederwahl im ersten Wahlgang fehlen ihm zehn Stimmen aus den Reihen der Opposition. Die CDU will nach eigenen Angaben auf andere Fraktionen zugehen und um Zustimmung werben. Sowohl die Grünen als auch die AfD haben angekündigt, Kretschmer nicht wählen zu wollen. Linke und BSW dürften ihre Wahl von möglichen Zugeständnissen vonseiten der CDU abhängig machen.

Dem sächsischen Landtag gehören 120 Abgeordnete an. CDU und SPD kommen zusammen aber auf nur 51 Sitze. Schwarz-Rot hat deshalb einen sogenannten Konsultationsmechanismus angekündigt, der die Opposition – inklusive AfD – frühzeitig bei Gesetzesvorhaben einbinden soll. Bei der Landtagswahl im September war die CDU mit 31,9 Prozent der Stimmen stärkste Kraft vor der AfD (30,6 Prozent) geworden. Da die Union eine Koalition mit AfD und Linken kategorisch ausschließt, kam nur ein Bündnis von CDU, Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) und SPD infrage, das jedoch in der Sondierungsphase scheiterte. Eine Koalition aus CDU, BSW und den Grünen wäre rechnerisch möglich gewesen, CDU und BSW aber lehnten eine Kooperation mit den Grünen ab. **EPD, DPA, ZAA**

Zaudern und zögern

In Österreich stehen die Koalitionsverhandlungen zehn Wochen nach der Wahl immer noch am Anfang. Und die FPÖ setzt weiter darauf, dass sie scheitern.

Wien – Am Mittwochmorgen liegen bei einigen Teilnehmern der Koalitionsverhandlungen in Wien die Nerven blank. Ende September bereits, am 29. September, war ein neuer Nationalrat gewählt worden, und knapp zweieinhalb Monate später ist nicht annähernd klar, ob ÖVP, SPÖ und die liberalen Neos tatsächlich zusammenkommen.

Das ist nicht ungewöhnlich für Regierungsverhandlungen. FDP-Chef Christian Lindner etwa ließ 2017 in Berlin die Gespräche mit dem Satz platzen: „Es ist besser, nicht zu regieren, als falsch zu regieren.“ In Wien allerdings hält sich hartnäckig das Gerücht, dass Teile der konservativ-bürgerlichen ÖVP lieber mit der Wahlsiegerin, der in Teilen rechtsextremen FPÖ, regieren wollen. Mit knapp 29 Prozent der Stimmen lag sie vor Konservativen, Sozialdemokraten, Neos und Grünen.

ÖVP-Kanzler Karl Nehammer hat aber eine Zusammenarbeit mit FPÖ-Chef Herbert Kickl ausgeschlossen. Seine politische Zukunft hängt mithin am Zustandekommen einer alternativen Mehrheit. Mit einer Wahrscheinlichkeit von 50 Prozent hatte Nehammer vor einigen Wochen die Aussicht eingestuft, dass 2025 eine schwarz-rot-pinke Regierung die Arbeit aufnimmt.

Aber Gespräche mit Teilnehmern diverser Untergruppen zeichnen ein teils düsteres Bild. Die Rede ist von Unprofessionalität und der Bedienung von Partikularinteressen bis zu dem Vorwurf, die ÖVP wolle die Verhandlungen am Ende scheitern lassen. „Warum sonst“, sagt ein Gesprächspartner, der wie alle anderen ungenannt bleiben möchte, „warum sonst würde sich die ÖVP vorbehalten, über die Budgetwirksamkeit einzelner Maßnahmen, also über Auswirkung und Finanzierbarkeit von Entscheidungen und Reformen auf den Haushalt, erst am Ende reden zu wollen?“ Angesichts einer hohen Staatsverschuldung von mehr als drei Prozent und drohenden Strafzahlungen aus Brüssel sei das doch „der zentrale Punkt, an dem alles hängt“.

Bündnisfähig? SPÖ-Chef Andreas Babler, Bundeskanzler und ÖVP-Chef Karl Nehammer (Mitte) und die Neos-Vorsitzende Beate Meinl-Reisinger in Wien. FOTO: IMAGO

Tiefe Gräben, nicht nur bei den Themen Steuern und Finanzen

Der österreichische Fiskalrat, ein unabhängiges Gremium zur Überwachung der Finanzdisziplin, geht für 2025 sogar von vier Prozent Defizit aus. Die Wirtschaftsleistung ist das sechste Quartal in Folge gesunken. Er halte es daher nicht für unwahrscheinlich, sagt ein anderer Verhandler, dass es am Ende langer Gespräche heißen könnte, die grundlegenden Reformen bei Bildung, Rente, Klimaschutz seien nicht finanzierbar. Die Neos lehnen Steuererhöhungen ab, die SPÖ hält sie zur Budgetsanierung und mit dem Argument der Verteilungsgerechtigkeit für unabdingbar.

Am Dienstagabend, sagt ein Teilnehmer der Untergruppe, die über Wirtschaftsfragen verhandelt, habe die SPÖ daher ohne Begründung ihre Verhandler aus der Budgetgruppe abgezogen und die Gespräche für den Folgetag vorerst abgesagt. Stattdessen sollte noch in dieser Woche die sogenannte Steuerungsgruppe aus Parteichefs und den obersten Vertretern von Gewerkschafts- und Arbeitgeberseite zusammentreffen, was sich aber aus Termingründen schwierig gestaltete.

Gleichzeitig hatte SPÖ-Chef Andreas Babler im TV-Sender Puls 4 gesagt, er wolle bei den Koalitionsverhandlungen zwar „keine roten Linien ziehen“, Vermögen- und Erbschaftsteuern seien aber nicht vom Tisch. Alle Wirtschaftsforscher sagten, ohne neue Steuern werde es „sich ausgabenseitig nicht ausgehen, selbst wenn wir die gesamten Gesundheitsversorgungen auf null stellen würden“.

Gerüchte über eine von der SPÖ erwogene grundsätzliche Verhandlungspause, um einen „Kassensturz“ zu erzwingen, sollen aber vorerst vom Tisch sein. Die ÖVP schließt die von den Sozialdemokraten im Wahlkampf geforderten Erbschaft- und Vermögensteuern grundsätzlich aus. Allerdings zeigte sich Parteichef und Kanzler Nehammer letztlich offen für Steuererhöhungen zur Budgetkonsolidierung.

Verhandelt wird über das künftige Regierungsprogramm in insgesamt sieben Gruppen, die wiederum aus Untergruppen bestehen. Mehr als 300 Personen sind involviert; wenn alles gut geht, sollen am kommenden Donnerstag erste Ergebnisse präsentiert werden.

Der Druck aus den Ländern reicht bis nach Wien

Aber auch jenseits von Steuer- und Finanzthemen tun sich tiefe Gräben auf. Ein Verhandler der Neos sagt, die Atmosphäre sei teilweise „quälend“, seit zwei Wochen werde nun schon über einen „Grundkonsens“ zu Reformen gestritten, mit dem alle Seiten leben könnten. Ein anderer findet, es gebe „inhaltlich durchaus Bewegung“, aber auch er stellt fest: „Der Knackpunkt ist und bleibt das Budget. Und da will die ÖVP, die den großen Schuldenberg mitverantwortet, nicht grundsätzlich ran.“

Während sich also in Wien die möglichen Koalitionspartner noch misstrauisch umkreisen, ist in den Bundesländern manches in Bewegung. Am 24. November wurde in der Steiermark gewählt; die FPÖ holte dort 34 Prozent, die ÖVP stürzte um ein knappes Drittel ab und kam auf 27 Prozent der Stimmen, die SPÖ stagnierte bei 21 Prozent. Anschließend nahm die FPÖ Regierungsverhandlungen mit der ÖVP auf. Die Steiermark könnte zum fünften Bundesland werden, in dem ÖVP und FPÖ gemeinsam regieren.

Der Druck aus den Ländern, heißt es, wirke sich auch auf die Verhandlungen in Wien aus. Die niederösterreichische Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner etwa, die 2023 nach massiven Stimmverlusten für die ÖVP überraschend mit der FPÖ zusammengegangen war, richtete den Kollegen in der Hauptstadt aus: „Wenn wir nicht deutliche, wirksame Maßnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft und strenge Strafen für Integrationsverweigerer setzen, dann braucht diese Regierung gar nicht erst anzufangen zu arbeiten.“ In Niederösterreich finden im Januar Kommunalwahlen statt.

Tatsächlich aber ist das Thema Migration, das Mikl-Leitner in den Mittelpunkt stellt, bisher in den Koalitionsverhandlungen kein zentraler Diskussionspunkt gewesen. Vor allem die FPÖ hatte im Nationalratswahlkampf stark mit der Forderung nach einem „Asylstopp“ und einer radikalen Abschottungspolitik gepunktet.

Cathrin Kahlweit

Schulisches Mittelmaß

Die Leistungen deutscher Viertklässler liegen in Mathematik und Naturwissenschaften nur im internationalen Durchschnitt, zeigt eine Studie.

München – Fast genau ein Jahr nach den alarmierenden Ergebnissen der letzten Pisa-Studie hält die nächste internationale Bildungsstudie Deutschlands Schulen den Spiegel vor: Für die Timss-Grundschuluntersuchung haben knapp 360 000 Viertklässler aus 58 Ländern Aufgaben aus den Bereichen Mathematik und Naturwissenschaften bearbeitet. Wie stehen deutsche Schülerinnen und Schüler diesmal da – setzt sich der Negativtrend von Pisa fort? Die vier wichtigsten Erkenntnisse.

1. Deutsche Schülerinnen und Schüler liegen im internationalen Durchschnitt.
In Mathe erreichten die deutschen Viertklässler einen Mittelwert von 524 Punkten, damit liegen sie leicht über dem internationalen Durchschnitt von 503 Punkten. Auch in Naturwissenschaften landeten sie mit einem Mittelwert von 515 Punkten über dem internationalen Durchschnitt (494) – aber unter dem Schnitt der OECD-Staaten (526). Am stärksten schnitten in beiden Fächern die Schülerinnen und Schüler aus Singapur, Taiwan und Südkorea ab.

In Mathe verfügt etwa jeder vierte Viertklässler nur über elementares Wissen, in Naturwissenschaften fast jeder Dritte. „Das ist eine Baustelle, um die sich Deutschland kümmern muss“, sagt Knut Schwippert, Professor für Erziehungswissenschaft an der Universität Hamburg und Leiter des deutschen Studienteils. Man könne nicht sehenden Auges einen erheblichen Teil der Schüler auf weiterführende Schulen lassen, im Wissen, dass sie dort nur schwer Anschluss finden werden.

2. Die Pandemie hat sich weniger stark ausgewirkt als befürchtet.
Die letzte Timss-Erhebung fand 2019 statt, also noch vor Ausbruch der Corona-Pandemie. „Um ehrlich zu sein, hatten wir einen Leistungsabfall befürchtet“, sagt Knut Schwippert. Anders als in anderen Studien aus den vergangenen Jahren haben sich die Leistungen der Schülerinnen und Schüler in der Timss-Studie aber zumindest im Durchschnitt nicht erheblich verschlechtert. In Mathe schnitten die Viertklässler ähnlich ab wie 2007 und 2019, in den Naturwissenschaften lag das Leistungsniveau zwar unter dem von 2007, war aber vergleichbar mit dem von 2019.

„Nach der verheerenden Phase der Pandemie ist das erfreulich“, sagt der Erziehungswissenschaftler Schwippert. Dass frühere Studien zu anderen Ergebnissen kamen, müsse kein Widerspruch sein, schließlich hätten die nun getesteten Kinder seit der Pandemie schon wieder länger Regelunterricht erhalten. Gerade in Mathe scheinen es die Lehrkräfte geschafft zu haben, sich so um die Kinder zu kümmern, dass ein Leistungsabfall ausblieb, sagt Schwippert. „Das ist eine Riesenleistung.“

3. Bildungsungerechtigkeit bleibt eines der größten Probleme.
Wie viele andere Bildungsstudien zeigt auch die Timss-Untersuchung, dass sich die Schülerschaft in den deutschen Klassenzimmern verändert hat. Der Anteil an Kindern mit besonderen Unterstützungsbedarfen ist zwischen 2007 und 2023 von drei auf sechs Prozent gestiegen. Der Anteil von Viertklässlern, deren Eltern beide im Ausland geboren sind, stieg von 17 auf 26 Prozent. „Wir müssen mit den Kindern klarkommen, die im System sind“, sagt Knut Schwippert. Das aber gelingt der Studie zufolge in Deutschland deutlich schlechter als in anderen Ländern.

Das Elternhaus spielt für den Bildungserfolg immer noch eine sehr große Rolle

Kinder, deren Eltern beide im Ausland geboren sind, schnitten sowohl in Mathe als auch in Naturwissenschaften schlechter ab als Kinder, deren Eltern beide in Deutschland gebürtig sind. Die Studie untersuchte auch, wie sich das Niveau von Schülern unterscheidet, wenn ihre Eltern zu Hause bis zu oder mehr als 100 Bücher haben. Ergebnis: In Deutschland wirkt sich der Unterschied so stark aus wie in nur wenigen anderen Ländern. „Wir haben nach Corona keine besonderen Gruppen von Verlierern“, sagt Schwippert, „aber das deutsche Bildungssystem schafft es nach wie vor nicht, die schon bestehenden Disparitäten abzubauen.“

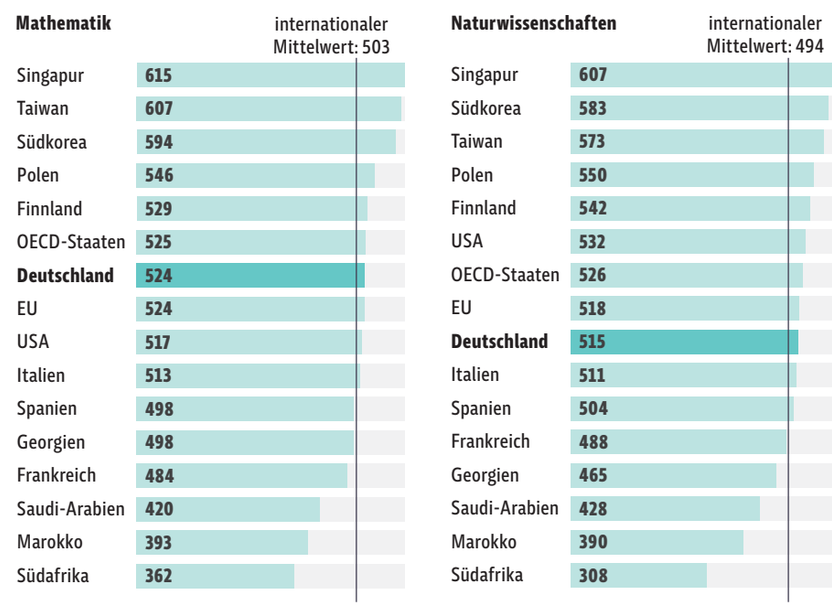
4. Die Digitalisierung schreitet voran – aber nicht genug.
Mit digitaler Technik sind deutsche Schulen der Studie zufolge inzwischen gut ausgestattet. In keinem anderen Land ist das Verhältnis von digitalen Geräten pro Viertklässler zwischen 2019 und 2023 so stark gewachsen wie hier. Das heißt aber nicht, dass die Technik auch oft genutzt wird: Ob in Mathe oder im naturwissenschaftlichen Sachkundeunterricht, Grundschulen setzen die Geräte oft nur ein- bis zweimal pro Woche oder sogar im Monat ein.

Bildungsexperte Schwippert hält es deshalb für sinnvoll, Lehrkräfte besser zu schulen und Personal bereitzustellen, das sich darum kümmert, die Geräte einzurichten und zu warten. Schließlich könne gerade die Digitalisierung dabei helfen, Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichen Leistungsniveaus gezielt zu fördern: „Um die Kinder da abzuholen, wo sie stehen.“

Kathrin Müller-Lancé › *Seite 4*

So schnitten die Schüler ab in Mathe und Naturwissenschaften

Durchschnittlich erreichte Punktezahl ausgewählter Länder im Schulvergleichstest TIMSS



SZ-Grafik: saru; Quelle: TIMSS 2023

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

Didier Reynders ist ein großer Name in der belgischen Politik, der Liberale diente viele Jahre als Finanz- und Außenminister. Umso tiefer wäre der Fall, sollte sich der Verdacht gegen ihn erhärten. FOTO: JOHN THYS/AFP

Verdacht auf Geldwäsche

Der Belgier Didier Reynders war bis 30. November EU-Kommissar für Justiz. Medien berichten nun von Ermittlungen gegen ihn, seine Häuser wurden durchsucht. Es geht um suspekte Transaktionen bei der Lotterie.

Von Josef Kelnberger

Brüssel – Der belgische Spitzenpolitiker Didier Reynders, bis vergangenen Samstag noch EU-Kommissar, steht unter dem Verdacht der Geldwäsche. Nach übereinstimmenden Medienberichten haben belgische Ermittler den 66-jährigen Politiker am Dienstag vernommen und seine Häuser in der Brüsseler Gemeinde Uccle sowie in der Nähe von Lüttich durchsucht. Die Ermittlungen betreffen demnach einen Zeitraum von mehreren Jahren und reichen bis mindestens ins Jahr 2023 hinein. Sollten sich die Vorwürfe erhärten, hätte Reynders als EU-Kommissar für Justiz kriminelle Handlungen begangen. Seine Amtszeit endete regulär am 30. November.

Die Brüsseler Zeitung *Le Soir* und die Rechercheplattform *Follow the Money* machten die Affäre am späten Dienstagabend publik. Die Brüsseler Generalstaatsanwaltschaft bestätigte die Ermittlungen am Mittwoch, wollte sich aber zu Details nicht äußern. Auch von Reynders selbst gab es zunächst keinen Kommentar. Woher das mutmaßliche Schwarzgeld stammen soll, blieb unklar. Reynders soll jedenfalls versucht haben, große Summen durch systematisches Glücksspiel bei der staatlichen belgischen Lotterie reinzuwaschen.

Als Finanzminister war Reynders verantwortlich für die staatliche Lotterie

Didier Reynders, ein Jurist, aufgewachsen in der Nähe von Lüttich, ist einer der bekanntesten Namen in der belgischen Politik. Er führte 2004 bis 2011 die im französischsprachigen Landesteil Wallonien beheimatete liberale Partei, genannt Mouvement Réformateur (MR). Von 1999 bis 2011 war Reynders Finanzminister, von 2011 bis 2019 Außenminister. Danach nominierte ihn die belgische Regierung für die EU-Kommission. Präsidentin Ursula von der Leyen vertraute ihm die Themen Justiz und Rechtsstaatlichkeit an. Federführend war Reynders mit den Rechtsstaatsverstößen in Ungarn vertraut, die dazu führten, dass die Kommission Fördergelder in zweistelliger Milliardenhöhe für die Regierung von Viktor Orbán sperrte.

In früheren Jahren war Didier Reynders als Minister selbst verantwortlich für die staatliche belgische Lotterie, die er nun für die Geldwäsche genutzt haben soll. Laut den Medienberichten liegt den Ermittlungen eine Meldung der belgischen Finanzaufsichtsbehörde zugrunde, die regelmäßig verdächtigen Transaktionen bei der staatlichen Lotterie nachgeht. Reynders soll über einen längeren Zeitraum hinweg Summen in beträchtlicher Höhe eingezahlt haben, einen Großteil davon in bar.

Reynders hat mit dem Geld angeblich sogenannte „E-Tickets“ gekauft, Gutscheine im Wert von einem bis zu 100 Euro, die in allen Verkaufsstellen in Belgien erworben und auf ein Spielkonto bei der Nationallotterie überwiesen werden können. Die angefallenen Gewinne sollen dann auf das Girokonto von Reynders überwiesen worden sein. Falls sich die Vorwürfe erhärten, hätte Reynders also große Verluste in Kauf genommen, um sein Schwarzgeld zu waschen. Das Online-Glücksspiel gilt als ein sehr beliebtes Mittel der Geldwäsche.

Laut der Zeitung *Le Soir* laufen die Ermittlungen gegen Reynders unter strengster Geheimhaltung bereits seit 2023. Die Generalstaatsanwaltschaft habe allerdings mit Vernehmungen und Hausdurchsuchungen gewartet, bis Reynders turnusmäßig aus dem Amt als EU-Kommissar ausscheidet. Damit habe man vermeiden wollen, dass Reynders frühzeitig von den Ermittlungen erfährt. Denn für Vernehmungen und Hausdurchsuchungen hätten die Beamten vorab das Einverständnis der Kommission einholen müssen.

Reynders zeigte sich zuletzt „tief enttäuscht“, dass er für keine zweite Amtszeit nominiert worden war. Die belgische Regierung schickte stattdessen Außenministerin Hadja Lahbib in die Kommission, die derselben Partei wie Reynders angehört. Vergeblich bemühte sich Reynders in diesem Jahr auch darum, zum Vorsitzenden des Europarats gewählt zu werden, also der wichtigsten Menschenrechtsorganisation in Europa mit Sitz in Straßburg.

Schon vor fünf Jahren kursierten Vorwürfe von Korruption und Geldwäsche gegen Didier Reynders. Ein Geheimdienstagent beschuldigte ihn laut Medienberichten, Bestechungsgelder im Zusammenhang mit öffentlichen Aufträgen erhalten zu haben. Das Geld habe er durch den Kauf von Kunstwerken und Immobilien gewaschen. Die Ermittlungen wurden nach kurzer Zeit ergebnislos eingestellt. Weil er mehrere Affären heil überstanden hat, wird Reynders in Belgien manchmal „Teflon-Didier“ genannt.

Der Nachricht über Didier Reynders überschattet den Amtsantritt der neuen EU-Kommission, die an diesem Mittwoch erstmals zu einer Sitzung zusammenkam.

Das belgische Parlament müsste die Immunität von Reynders aufheben

Eine Sprecherin erklärte hinterher, ihre Behörde habe keinerlei Kenntnis von den Ermittlungen gehabt, und es liege kein Antrag vor, die Immunität von Reynders aufzuheben. Diese Immunität, die vor strafrechtlicher Verfolgung schützt, gilt bei Kommissionsmitgliedern über das Ende der Amtszeit hinaus, bezieht sich allerdings ausdrücklich nur auf Amtshandlungen der Kommissare. Für Straftaten, die Reynders mutmaßlich in seiner Zeit als belgisches Regierungsmitglied begangen haben könnte, müsste das belgische Parlament die Immunität aufheben. Solange das nicht der Fall ist, kann Reynders nicht in Untersuchungshaft genommen werden.

Die belgische Justiz hat mit den Ermittlungen gegen Reynders nun einen zweiten spektakulären Kriminalfall, der sich auf die Institutionen der EU bezieht. Vor zwei Jahren erschütterte der Korruptionsfall namens *Katargate* das Europaparlament, im Zentrum stand die stellvertretende Parlamentspräsidentin Eva Kaili aus Griechenland. Eine Anklageschrift liegt bis heute nicht vor.

Scholz wirbt für Investitionen

Der Kanzler stellt hohes Wachstum in Aussicht, die Opposition hält ihm den Verlust Tausender Arbeitsplätze vor.

Berlin – Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat im Bundestag seine Wirtschaftspolitik verteidigt. Es gebe einen großen Bedarf an Investitionen, um das Land zukunftsfähig und klimafreundlich umzugestalten. Sollte es zu diesen Investitionen kommen, ermögliche dies Wachstumsprozesse im Land, „die viel größer sind als das, was wir in der Vergangenheit kennengelernt haben“, sagte der Kanzler am Mittwoch bei der Regierungsbefragung im Bundestag.

Die CDU-Abgeordnete Julia Klöckner hatte ihn damit konfrontiert, dass er ein Wirtschaftswunder während seiner Amtszeit versprochen habe – mit Wachstumsraten wie in den 1950er- und 1960er-Jahren. Stattdessen gingen nun Tausende Arbeitsplätze verloren. Scholz antwortete, er sei weiterhin fest davon überzeugt, dass Investitionen notwendig und richtig seien, damit Deutschland um die „Mitte des Jahrhunderts“ ein erfolgreiches Industrieland bleibe und klimaneutral wirtschaften könne. Diese Investitionen könnten ungekanntes Wachstum erzeugen.

Scholz gestand zu, dass das Land herausgefordert sei, unter anderem durch die Absatzschwäche auf den Exportmärkten, die hohen Energiepreise seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine sowie die Inflation. Deshalb sei es richtig, jetzt „das zu tun, was möglich ist“. Er habe einen Vorschlag gemacht für eine Entlastung bei den Strompreisen, die der Industrie dabei helfen würden, die Produktionskosten zu senken. Scholz bat das Parlament um Unterstützung für den entsprechenden Gesetzentwurf zu den Netzentgelten. Auch habe er vorgeschlagen, Investoren durch eine Prämie zu ermutigen und einen Deutschland-Fonds aufzusetzen – dieser solle „viel Wachstum finanzieren“.

Klöckner fragte Scholz, ob ihm bekannt sei, dass die SPD in 22 der vergangenen 26 Jahre an der Regierung beteiligt gewesen sei. „Das ist mir bekannt, und das war gut für unser Land“, sagte Scholz, was bei der SPD zu Applaus führte und bei den anderen Fraktionen zu Gelächter. Scholz merkte an, die CDU habe den Ausbau der erneuerbaren Energien jahrelang bekämpft.

Der Kanzler warb dafür, noch vor der Wahl Entlastungen für die Deutschen zu beschließen. So solle das Parlament einen Gesetzentwurf billigen, der die „kalte Progression“ eindämmt. Diese frisst Lohn- und Gehaltserhöhungen durch stärkere Besteuerung wieder auf. Ferner sprach sich Scholz dafür aus, Kindergeld und Kinderzuschlag zu erhöhen und das Deutschland-Ticket zu verlängern.

Die CDU hat aber angekündigt, keinen Vorschlag mehr zu unterstützen, der Einfluss auf den Bundeshaushalt hat. Scholz hat seit dem Bruch seiner Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP keine Mehrheit mehr im Parlament und ist auf die Union angewiesen. Die Neuwahl des Bundestags ist für den 23. Februar vorgesehen.

Der AfD-Abgeordnete Leif-Erik Holm machte vor allem Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) verantwortlich für die Wirtschaftsmisere. Ob Scholz ihn entlassen werde? Scholz verneinte dies. Habeck habe den Stillstand bei den erneuerbaren Energien und beim Ausbau der Stromnetze überwunden. Holm fragte, wer verantwortlich sei für die staatlichen Subventionen in Höhe von mehr als 600 Millionen Euro an den Batterie-Hersteller Northvolt, der inzwischen Insolvenz angemeldet hat. Der Bundeskanzler nannte es „sehr bedauerlich“, dass sich Northvolt nicht so entwickelt habe wie geplant. Dies bedeute aber nicht, dass Subventionen für Zukunftstechnologien falsch seien.

Will er Habeck entlassen? Der Kanzler verneint

Scholz weigerte sich abermals, der Ukraine den deutschen Marschflugkörper *Taurus* zu liefern. Der FDP-Abgeordnete Markus Faber fragte ihn, ob er Ausbildungen für den Gebrauch dieser Waffen anordnen werde. Diese dauerten vier Monate. Wenn Scholz jetzt damit beginne, habe sein Nachfolger gleich diese Handlungsoption. Scholz antwortete: „Ich will auch mein eigener Nachfolger werden.“ Er halte den Einsatz der *Taurus* für falsch, da sie sehr weitreichend seien und sehr präzise. Seine Linie sei es, „der stärkste Unterstützer sein, aber nicht alles zu machen“. Eine Entsendung deutscher Bodentruppen in die Ukraine komme „nicht in Betracht“. Scholz wandte sich gegen Spekulationen, welche Rolle deutsche Soldaten bei einer Friedenssicherung in der Ukraine spielen könnten. Es sei „ganz unangemessen, jetzt darüber zu spekulieren“.

Scholz will arbeitslose Ukrainerinnen und Ukrainer stärker zur Arbeitsaufnahme anregen. Der ukrainische Präsident Wolodimir Selenskij habe angekündigt, er wolle in Deutschland und Polen eine ukrainische Behörde mitgründen, „die die Ukrainerinnen und Ukrainer entweder bei der Rückkehr oder bei der Arbeitsaufnahme in Deutschland unterstützt“. **Nicolas Richter**

„Ich will auch mein eigener Nachfolger werden“: Olaf Scholz am Mittwoch im Bundestag. FOTO: LIESA JOHANNSSEN / REUTERS

Swapo bleibt in Namibia an der Macht

Die schon seit 34 Jahren regierende Partei gewinnt die Präsidentschaftswahl überraschend deutlich. Eine Zeitenwende wie in Südafrika und Botswana bleibt aus.

Kapstadt – In Namibia hat die Swapo-Partei, die das Land im Südwesten Afrikas seit dessen Unabhängigkeit vor 34 Jahren anführt, einen unerwartet deutlichen Wahlsieg errungen. Nach Auszählung von mehr als 99 Prozent der Stimmen kommt ihre Spitzenkandidatin Netumbo Nandi-Ndaitwah in der Präsidentschaftswahl auf 58 Prozent und erreicht damit bereits im ersten Wahlgang die nötige Mehrheit. Auch in der Parlamentswahl gewann ihre Partei mehr als die Hälfte der Mandate.

Die Partei siegt, obwohl es der Bevölkerung an Jobs und Perspektiven mangelt

„Die namibische Nation hat Frieden und Stabilität gewählt“, sagte Nandi-Ndaitwah am Dienstag laut einer Mitteilung.

Die Swapo hat sich damit erfolgreich gegen einen Trend im südlichen Afrika behauptet. In Namibias Nachbarländern Botswana und Südafrika erlitten die Parteien, die ihre Länder wie die Swapo in die Unabhängigkeit geführt und seitdem regiert hatten, zuletzt historische Wahlniederlagen. In Südafrika verlor der African National Congress (ANC) im Mai erstmals die absolute Mehrheit. In Botswana wurde die Botswana Democratic Party (BDP) kürzlich mit einem desaströsen Ergebnis abgewählt, nach 58 Jahren an der Macht.

Viele Beobachter hatten der Swapo in der Wahl am 27. November ein ähnliches Schicksal vorhergesagt. Die Partei war 1960 als South-West Africa People’s Organisation gegründet worden, als die einstige deutsche Kolonie unter der Herrschaft des südafrikanischen Apartheid-Regimes stand, und hatte in einem drei Jahrzehnte währenden Guerillakrieg 1990 Namibias Unabhängigkeit erkämpft. Seitdem reihte sie Wahlsieg an Wahlsieg. Doch wie der ANC in Südafrika oder die BDP in Botswana hat auch die Swapo keine Antwort auf die wichtigste Frage für die junge Bevölkerung ihres Landes gefunden: die Frage nach Jobs und Perspektiven. Die Arbeitslosenquote in Namibia liegt bei 19 Prozent, unter den 15- bis 24-Jährigen hat sogar fast ein Drittel weder einen Job noch einen Ausbildungsplatz. Für die junge Generation sind die historischen Verdienste der Befreiungsbewegungen häufig kein Grund mehr, sie bei Wahlen zu unterstützen.

Für die Swapo aber schlägt sich diese Unzufriedenheit nicht im Wahlergebnis nieder, was Beobachter vor allem auf ihre starke Basis in den ländlichen Regionen zurückführen. Die Partei konnte ihr Ergebnis im Vergleich zur Wahl 2019 sogar leicht verbessern. Damals hatte der amtierende Präsident Hage Geingob 56 Prozent der Stimmen gewonnen – ein historisches Minus von 31 Prozentpunkten gegenüber der Wahl 2014. Diesen Absturz konnte die Swapo nun aufhalten.

Vizepräsidentin Netumbo Nandi-Ndaitwah hat bereits im ersten Wahlgang etwa 58 Prozent der Stimmen erhalten. FOTO: AFP

Historisch ist das Ergebnis der Wahl trotzdem. Mit Netumbo Nandi-Ndaitwah, Spitzname NNN, wird erstmals eine Frau Namibia regieren. Die 72-Jährige war Vizepräsidentin und gehörte mehreren Regierungen als Ministerin an, unter anderem von 2012 bis Februar 2024 als Außenministerin. Im Wahlkampf hatte sie versprochen, eine halbe Million neue Jobs zu schaffen – ein kühnes Vorhaben in einem Land mit gerade mal 2,6 Millionen Einwohnern.

Panduleni Itula, der Kandidat der größten Oppositionspartei Independent Patriots for Change (IPC), kam als Zweitplatzierter nur auf 26 Prozent. Er schnitt noch schlechter ab als vor fünf Jahren. Jedoch hatte Itula bereits am Samstag angekündigt, das Wahlergebnis nicht zu akzeptieren, egal wie es ausfallen würde – wegen einer „Vielzahl an Unregelmäßigkeiten“, die beim Votum aufgetreten waren. Begonnen hatte die Wahl am Mittwoch, doch aufgrund technischer Probleme, und weil in einigen Wahllokalen nicht genug Papier vorhanden war, wurde die Abstimmung dort bis zum Wochenende verlängert.

Das sei „inakzeptabel, sowohl nach nationalen als auch nach internationalen Standards“, sagte Itula. Der IPC-Kandidat forderte, die Wahl für nichtig zu erklären und wiederholen zu lassen. Das werde man, wenn nötig, auch vor Gericht einfordern. **Paul Munzinger**

› *Seite 4*

Regierung greift hart durch

Die georgische Führung lässt Parteiräume der Opposition durchsuchen. Ein führender Oppositioneller wird nach Angaben der Partei geschlagen und festgenommen.

Tiflis – In Georgien gehen die Behörden mit zunehmender Härte gegen die Opposition vor. Der führende Oppositionspolitiker Nika Gwaramia ist nach Angaben seiner Partei bewusstlos geschlagen und von der Polizei festgenommen worden. Die größte Oppositionspartei des Landes teilte am Mittwoch ein Video auf dem Kurznachrichtendienst X, in dem mehrere Personen zu sehen sind, die einen reglosen Mann an Armen und Beinen halten und wegbringen. Den Angaben zufolge handelt es sich dabei um den Vorsitzenden der Oppositionspartei Koalition für den Wandel, Gwaramia. Er sei körperlich attackiert und bewusstlos von der Polizei in einen Wagen gezerrt worden, heißt es in dem Begleittext zum Video. Von der Polizei war zunächst keine Stellungnahme zu erhalten.

Der Premier sagt, es sei eher „Prävention als Repression“

Georgische Medien berichteten außerdem, dass eine Reihe von Büroräumen und Wohnungen der Opposition in Tiflis und anderen Städten durchsucht worden sei. Darunter sei eine Jugendorganisation der Partei Vereinte Nationale Bewegung. Fünf ihrer Mitglieder seien festgenommen worden. Parteichefin Tina Bokutschawa sagte, dass Iwanischwilis „russische Omon in unsere Häuser und Wohnungen eindringt“. Sie meint damit den Chef der Regierungspartei, Bidsina Iwanischwili, der hinter dem autoritären und russlandfreundlichen Kurs der Regierung steht. Omon ist der Name der russischen Spezialkräfte.

Die georgische Präsidentin Salome Surabischwili, die sich auf die Seite der Opposition geschlagen hat, rief auf X „dringend unsere Partner“ dazu auf, Druck auf die Regierungspartei Georgischer Traum auszuüben. „Seid nicht zu spät“, schrieb sie. Ministerpräsident Irakli Kobachidse rechtfertigte am Mittwoch dagegen das Vorgehen der Sicherheitskräfte. Es handele sich eher um „Prävention als Repression“, sagte er.

Die Kaukasusrepublik Georgien steht nach der Parlamentswahl Ende Oktober vor einer Zerreißprobe zwischen pro-russischen und pro-europäischen Kräften. Die Regierung hatte in der vergangenen Woche die EU-Beitrittsgespräche bis Ende 2028 ausgesetzt und damit anhaltende Massenproteste ausgelöst, gegen die die Polizei auch gewaltsam vorgeht. Die Europäische Union hatte Georgien vor einem Jahr den Status eines Beitrittskandidaten zuerkannt, ihn jedoch im Juni wegen mehrerer umstrittener Gesetze eingefroren. Mehrere US-Senatoren bezeichneten die Entscheidung der georgischen Regierung, für mehrere Jahre keine Beitrittsverhandlungen mit Brüssel zu führen, einen „Verrat an der Bevölkerung“.

Georgiens Präsidentin Salome Surabischwili hat sich auf die Seite der Regierungsgegner gestellt. FOTO: DPA

Der Patriarch fordert ein Ende der Gewalt, aber bezieht keine Position

Bei der Wahl im Oktober hatte die Regierungspartei Georgischer Traum überraschend deutlich gewonnen. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) stellte allerdings ein Klima der Einschüchterung fest und sprach auch von Stimmenkauf und Betrugsfällen. Die Bündnisse der Oppositionsparteien erkennen die Wahlergebnisse nicht an und boykottieren das Parlament. Präsidentin Surabischwili fordert, dass die Abstimmung innerhalb eines Jahres wiederholt wird.

Der georgisch-orthodoxe Patriarch Ilia II. forderte ein Ende der Gewalt. An Demonstrierende wie auch an die Sicherheitskräfte appellierte er, die Gesetze zu achten, wie das Portal Orthodox Times am Mittwoch berichtete. Politische Position bezog der Patriarch nicht. Er äußerte sich aber in der Vergangenheit durchaus positiv zu einem EU-Beitritt des Kaukasuslandes. So hatte er vor einem Jahr betont, die Beziehungen zwischen Georgien und der EU könnten eine gegenseitige Bereicherung darstellen und Georgien seine reichen christlichen Traditionen in die europäische Gemeinschaft einbringen. **REUTERS, KNA, SZ**

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

LEUTE

Alex Consani, 21, Model, ist eine Pionierin. Als erste trans Person wurde sie am Montag in London als „Model of the Year“ ausgezeichnet. In ihrer Dankesrede sagte sie laut CNN, dass die Auszeichnung ein „großer Schritt in die richtige Richtung“ sei. „Heute, mehr als jemals, ist es eine wichtige Debatte, wie man sich gegenseitig wirklich unterstützt und bestärkt, ganz besonders diejenigen, denen das Gefühl gegeben wurde, unbedeutend zu sein.“ Auf Tiktok und Instagram folgen Consani 3,9 Millionen und 1,5 Millionen Accounts.

Johannes B. Kerner, 59, Moderator, vermisst einen alten Freund. Nach wie vor sei er ein großer Bewunderer des vor zehn Jahren gestorbenen Udo Jürgens. „Ein unglaublicher Mensch, eine außergewöhnliche Persönlichkeit. Mir wird das Herz schwer, wenn ich an die letzten Gespräche mit ihm und seiner Lebensgefährtin denke“, sagte Kerner der Deutschen Presse-Agentur. „Nach seinem großen Konzert in der O2 World Arena in Hamburg war ich mit ihm und einem etwas größeren Kreis noch essen im Fischereihafenrestaurant am Hafen. Ich habe die Rechnung übernommen, weil mir das ein Anliegen war“, sagte Kerner. „Da hat er mich noch in der Nacht angerufen und gesagt, das nächste Mal zahle aber ich.“

Familienplanerin

Ricarda Lang, 30, Politikerin, will Kinder haben. „Grundsätzlich gerne, Mutter sein ist was Wunderschönes“, sagte sie auf die Frage nach ihrem Kinderwunsch der *Bunten*. Den Zeitpunkt wolle sie aber mit ihrem Ehemann Florian Wilsch besprechen. Der Mathematiker sei der richtige Mann für die Familienplanung. Unabhängig von ihrer eigenen Familienplanung wünscht sich Lang aber mehr Sensibilität beim Thema Nachwuchs: „Ich würde mir wünschen, dass sich Frauen weniger rechtfertigen müssen, wenn es ums Kinderkriegen geht.“ Auch Frauen, die keine Kinder wollen, sollten nicht immer die Frage hören: „Wann wirst du endlich schwanger?“ FOTO: MICHAEL KAPPELER/DPA

Stefan Oster, 59, Bischof von Passau, haut einen raus. Bekannt war er bislang dafür, den Gläubigen stets an Ostern einen Witz zu erzählen. Das Ritual dehnt er nun auf die Vorweihnachtszeit aus. In einem von der Mediengruppe Bayern veröffentlichten Video sieht man Oster, wie er sich an seine Hörerschaft wendet: „Kurz vor Weihnachten. Der Papa sagt zu seinem Sohn: ‚Weißt, das allerschönste Geschenk wäre, wenn du nächstes Jahr ein guter Schüler bist.‘ Sagt der Bua: ‚Papa, ist blöd gelaufen – jetzt hab ich dir schon eine Krawatte gekauft.‘“

Christian Kohlund, 74, Schauspieler, hat Mitleid mit Gleichaltrigen. „Leider gibt es nicht so viele tolle Rollen für Männer meines Alters“, sagte er der Deutschen Presse-Agentur. „Es gibt viele Kollegen, die hervorragende Schauspieler sind, aber leider nichts mehr zu tun haben. Da ist man froh, dass man in so einem Alter noch arbeiten darf.“

Die meiste Zeit war Extrembergsteiger Kílian Jornet (unten, rechts im großen Bild) bei seiner Alpen-Tour auf sich selbst gestellt und genoss die Einsamkeit. Nur ab und zu stießen Freunde zu ihm und halfen bei Logistik und Verpflegung. FOTO: DAVID ARIÑO/ALPINE CONNECTIONS; JOEL BADIA

„Geduld ist nicht mehr in Mode“

Kílian Jornet hat innerhalb von 19 Tagen alle 82 Viertausender in den Alpen bestiegen. Wie hat er diese Anstrengung bewältigt? Ein Gespräch über Höchstleistung in den Bergen.

Interview: Nadine Regel

Der Katalane Kílian Jornet, 37, hat im Sommer etwas geschafft, was vor ihm noch keinem Bergsteiger gelungen ist: Innerhalb von 19 Tagen hat er alle 82 Viertausender der Alpen bestiegen, ohne zwischendurch ein Auto oder ein sonstiges motorisiertes Fahrzeug zu benutzen. Er legte dabei 1206,97 Kilometer zurück, bewältigte 75 344 Höhenmeter und war insgesamt 267 Stunden und 45 Minuten in Bewegung. 87 Prozent der aktiven Zeit war er zu Fuß oder kletternd unterwegs, für den Rest nutzte er das Fahrrad. Sein Projekt startete er am 13. August in St. Moritz in der Schweiz, danach folgten die Gipfel im Wallis, bis er ins Mont-Blanc-Massiv wechselte. Auf den letzten Etappen folgten die Gipfel im Gran-Paradiso-Nationalpark in Italien, bis er auf einer langen Radetappe den Parc National des Écrins in Frankreich erreichte und sein Projekt mit den letzten Viertausendern abschloss.

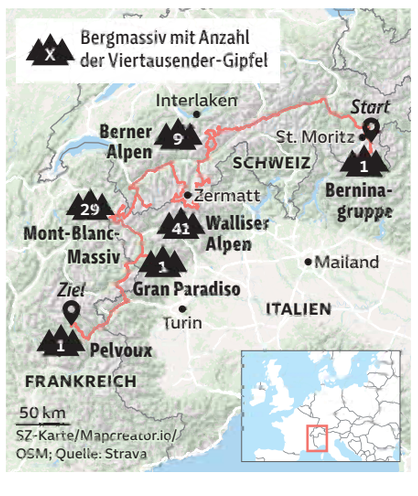
SZ: Herr Jornet, was war das für ein Gefühl, als Sie am 31. August auf dem 4102 Meter hohen Barre des Écrins standen, Ihrem 82. und letzten Gipfel?
Kílian Jornet: Es war seltsam. Körperlich ging es mir überraschend gut, ich hatte kaum an Gewicht verloren. Anders als letztes Jahr, als ich acht Tage in den Pyrenäen unterwegs war, quasi ohne Pause. Dabei hatte ich sieben Kilogramm abgenommen und war am Ende wie ein Zombie. Bei meiner Alpen-Tour konnte ich mein Gewicht gut halten und fühlte mich auch auf den letzten Kilometern noch stark. Die größte Erleichterung habe ich aber nicht auf dem letzten Gipfel verspürt.
Sondern?
Als ich die Etappe in der Mont-Blanc-Gruppe abgeschlossen hatte.

Diese Etappe bestand aus 28 Gipfeln in vier Tagen.
Im Mont-Blanc-Massiv war es von den Bedingungen her am härtesten. Am ersten Tag lief es an den Grandes Jorasses noch gut, aber am zweiten Tag traf ich auf extrem schlechte Bedingungen am Mont Dolent. Ein Freund, der sich in den Bergen gut auskennt, warnte mich, dass das Gelände durch die Witterung sehr instabil sei. Ich dachte, dass ich es wohl nicht schaffen würde – aber ich ging trotzdem los. Rückblickend bin ich nicht sicher, ob ich in dieser Situation die besten Entscheidungen getroffen habe, da ich über meine eigenen Sicherheitsgrenzen hinausgegangen bin. Das hat mir mental sehr viel abverlangt.

Da waren Sie natürlich erleichtert, als Sie das Mont-Blanc-Massiv hinter sich gebracht hatten.
In diesem Moment wusste ich, dass ich jetzt nur noch körperlich durchhalten musste. Die letzten Tage meines Projekts konnte ich etwas entspannter angehen. Der Übergang zurück in den Alltag war jedoch nicht einfach. Während der Tour war mein Leben völlig auf die Gegenwart fokussiert – zurück im normalen Leben brauchte es eine Weile, um mich wieder an die Routine zu gewöhnen.

Der bisherige Viertausender-Rekord in den Alpen lag bei 60 Tagen, aufgestellt von den Italienern Franco Nicolini und Diego Giovannini im Jahr 2008. Wie konnten Sie diesen derart unterbieten?
Das lag an meiner Routenwahl. Mein Ziel war es, nie ins Tal abzusteigen, sondern oben in den Bergen zu bleiben, bis ich alle Gipfel einer Bergkette erreicht hatte. Ich habe also eine Route gesucht, die die Gipfel in den verschiedenen Gebirgsketten logisch miteinander verbindet.

Und das war alles?
Ich habe bei der Planung noch die Wetter- und Schneebedingungen berücksichtigt. Auf einer so langen Tour sind die Bedingungen nie überall ideal. Die Mont-Blanc-Region zum Beispiel ist im Frühling oft sicherer, weil man weniger Probleme mit dem auftauenden Permafrost hat. Andererseits können in anderen Regionen die Spalten auf Gletschern durch Schnee verdeckt sein, was wiederum gefährlicher ist. Letztlich entschied ich mich für das Ende



des Sommers, um die Schneemassen zu vermeiden – wohl wissend, dass es in Chamonix dann mehr Steinschlag geben könnte. Unter idealen Bedingungen wären sogar 14 oder 15 Tage möglich gewesen.

Wie jetzt? Sie wollten eigentlich noch schneller sein?
Ich hatte einen Tag mit schlechtem Wetter, an dem ich pausieren musste, und an anderen Tagen musste ich Umwege gehen. Andererseits konnte ich bei gutem Wetter lange Strecken Tag und Nacht durchlaufen. So habe ich schlussendlich nur ein paar Tage mehr gebraucht als das Optimum.

Wie muss man sich das vorstellen, wenn Sie nicht einmal nachts Pause machen?
Manchmal war ich bis zu 42 Stunden unterwegs, bevor ich in einer Hütte schlief und dann wieder für viele Stunden weiterkletterte. Es gab keine festen Schlafrhythmen. Wenn ich in Reichweite einer Hütte war, habe ich die Gelegenheit genutzt, aber ich habe nie extra Zeit investiert, um gezielt eine Herberge aufzusuchen. In den Dörfern am Ende eines langen Abschnitts konnte ich dann aber gut essen und schlafen.

Ein solches Projekt kann man aber niemals allein stemmen, oder?
Während der Tour fühlte ich mich oft völlig allein, auch wenn die Alpen voll von Menschen sind. Ich sah tagelang niemanden, und dieses Abenteuergefühl war genau das, was ich suchte. Mein Team war sehr klein, meine Mutter und eine gute Freundin waren die zentralen Personen. Ein befreundeter Arzt begleitete mich in den ersten zwei Wochen und machte Tests, wenn ich im Tal war. Und dann hatte ich ein Foto- und Filmteam, das an einzelnen Tagen auf die Gipfel kam. Zusätzlich gab es Freunde, die sich mir an bestimmten Tagen anschlossen. Es war wichtig, nur Leute dabei zu haben, die die Berge gut kennen und meine Art, in den Bergen zu sein, verstehen. Auf den technisch herausfordernden Abschnitten war ich lieber allein unterwegs, da man schneller und effizienter ist.

Wie haben Sie sich zu dem Rekordbergsteiger entwickelt, der Sie heute sind?
Ich bin auf 2000 Metern in den Pyrenäen aufgewachsen und war schon immer viel in den Bergen unterwegs. Nach der Schule sind wir oft zum Klettern und Skilanglaufen in den Wald gegangen. Mit fünf Jahren stand ich auf meinem ersten Dreitausender und mit sechs auf meinem ersten Viertausender, mit etwa 13 Jahren habe ich angefangen, an Wettkämpfen teilzunehmen und strukturiert zu trainieren. Später habe ich zehn Jahre in Chamonix gelebt, ich ging Alpinklettern und Skifahren, es folgten Expeditionen in den Himalaja und nach Alaska. Und in Norwegen, wo ich mit meiner Partnerin und unseren zwei Kindern lebe, begann ich, sehr lange Touren von 30 bis 50 Stunden zu machen.

Es liegt also in Ihrer Natur, in den Bergen sein zu wollen. Aber woher genau kommt Ihre Lust darauf, Höchstleistungen zu erbringen?
Eigentlich ging es mir nie darum, ein großes Ziel zu erreichen, sondern eher darum zu schauen, wie weit ich gehen kann. Natürlich hatte ich auch mal kleine Ziele, wie ein Rennen zu gewinnen, aber das war nie mein Hauptfokus. Es ging mir immer mehr um den Prozess – darum rauszugehen, zu trainieren, Fortschritte zu machen und zu sehen, wohin das führt. Für mich war es immer wie eine Entdeckungsreise.

Dafür, dass es Ihnen nicht um große Ziele ging, haben Sie ganz schön viele Rekorde aufgestellt: Sie haben zum Beispiel schneller als jeder andere den Aconcagua bestiegen, den Denali und den Mount Everest. Was bedeutet Ihnen das?
Vor allem in den Bergen sind Rekorde schwer zu bewerten, weil die Bedingungen ständig wechseln. Rekorde sind für mich in erster Linie eine Motivation, ein Ziel, das mir hilft, mich zu fokussieren und mich zu pushen. Es ist schön, ein Ziel zu haben, das mich antreibt, aber letztlich ist der Rekord selbst weniger wichtig.

Körperliche Fitness, Ernährung, Fokussierung haben Sie schon erwähnt. Welche Voraussetzung braucht es noch für Höchstleistungen in den Bergen?
Man muss Geduld haben und sich Zeit nehmen, um die nötigen Fähigkeiten zu entwickeln. Geduld ist heute nicht mehr in Mode, es gibt Angebote, fast alles direkt zu erreichen, ohne den eigentlichen Lernprozess durchzulaufen.

Wie meinen Sie das?
Man kann sich Expeditionen „kaufen“, etwa auf den Everest. Aber um wirklich selbst etwas zu erreichen, muss man den langen Weg gehen und jahrelang üben. Man muss geduldig sein, um die Tiefe und Bedeutung der Erfahrung wirklich schätzen zu können. Im modernen Leben erwarten viele Menschen, ihre Ziele mit möglichst wenig Anstrengung zu erreichen.

Können Sie Ihre Berg-Ethik noch genauer erklären?
Wenn man den Berg nicht aus eigener Kraft erklimmen kann, zeigt das eine gewisse Unfähigkeit. Es geht darum, sich auf das Niveau des Berges zu begeben, statt ihn auf das eigene Können herabzusetzen. Beim Bergsteigen sollte man sich auf die grundlegenden Fähigkeiten verlassen, auf Hände und Füße. Der ideale Aufstieg wäre, so wenig wie möglich mitzunehmen. Ganz ohne Ausrüstung und Verpflegung auszukommen, ist für mich der Inbegriff des Kletterns. Das ist nicht immer möglich. Aber ich strebe danach, nur das Minimum an Ausrüstung mitzunehmen und so unabhängig wie möglich zu bleiben.

Sie klingen nicht so, als wollten Sie sich auf Ihrem Alpen-Rekord ausruhen. Was haben Sie noch vor?
Ich fände es interessant, einige der Strategien, die ich in den Alpen genutzt habe, auf den Himalaja zu übertragen, um dort anspruchsvollere Routen zu probieren und bessere Entscheidungen zu treffen. Im Himalaja bewegen wir uns in völlig anderen Dimensionen als in den Alpen. Wir wissen noch nicht genau, was passiert, wenn wir mehrere Tage auf über 8000 Metern unterwegs sind. Ich möchte das, was ich in den vergangenen Jahren gelernt habe, weiterentwickeln, etwa bei einer Begehung am Westgrat des Mount Everest. Allerdings wird das wohl nicht nächstes Jahr sein.

Warum nicht?
Wir erwarten noch einmal Nachwuchs. Da liegt mein Fokus auf meiner Familie.

Lebenslänglich für Ex-Freund

Die Studentin Giulia Cecchettin war vor einem Jahr in Norditalien brutal ermordet worden.

Das Schwurgericht von Venedig hat einen 22-Jährigen wegen Mordes an seiner Ex-Freundin Giulia Cecchettin zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Er wurde wegen schweren Mordes, Verbergens einer Leiche und Tragens einer Waffe verurteilt.

Damit ist einer der spektakulärsten Mordfälle der vergangenen Jahre in Italien gerichtlich geklärt, der Öffentlichkeit und Politik intensiv beschäftigt hatte. Obwohl es in Italien nicht mehr Femizide als in anderen EU-Staaten gibt, wird das Thema hier seit langem besonders intensiver diskutiert. Auf Giulia Cecchettin wird an vielen Hauswänden in Italien sowie in zeitgenössischen Kunstwerken hingewiesen, zahlreichen Politiker bis hin zu Ministerpräsidentin Giorgia Meloni äußerten sich betroffen und versprachen nach dem Mord verstärkte Maßnahmen zum Schutz von Frauen vor männlicher Gewalt – ohne dass allerdings bisher viel geschehen wäre. Der italienische Minister für Unterricht regte spezielle Schulstunden an, in denen die Kinder zu Respekt erzogen werden sollen.

Im Laufe des Prozesses drangen immer wieder Details in die Medien, zum Beispiel Video-Ausschnitte des Verhörs des Täters und Mitschnitte eines privaten Gesprächs zwischen ihm und seinen Eltern. Gegen einige Zeitungen wurden deshalb Ermittlungen eingeleitet. Die große Aufmerksamkeit hängt auch mit der besonderen Grausamkeit der Tat zusammen. Zudem haben die engsten Verwandten der getöteten Frau immer wieder den Weg in die Öffentlichkeit gesucht, um auf ihre eigene Trauer, aber auch auf das ungelöste gesellschaftliche Problem von Gewalt gegen Frauen hinzuweisen. Häufig geht die Gewalt dabei – wie in diesem Fall – von Partnern oder Ex-Partnern aus.

Giulia Cecchettin war 22 Jahre alt und lebte mit ihrer Familie in Vigonovo in der Region Venetien. Der Täter, ebenfalls 22 Jahre alt, lebte in einem Ort nicht weit entfernt, die beiden hatten eine Beziehung, die Cecchettin jedoch beendete. Beide studierten Ingenieurwissenschaften an der Universität Padua, Giulia wollte wegziehen und einen neuen Lebensabschnitt beginnen. Wie später ausführlich aufgearbeitet wurde, hatte sie dies ihrem früheren Freund immer wieder und auf eine einfühlsame Art und Weise nahe bringen wollen, dieser allerdings hatte sich eine Lösung der Beziehung nicht vorstellen können.

Am Abend des 11. November 2023 holte sie der Ex-Freund mit seinem Auto ab. Kurz vor 23 Uhr schickte die junge Frau eine letzte Nachricht an ihre Schwester. Ein Zeuge berichtete, einen Mann und eine Frau gesehen zu haben, die sich auf einem Parkplatz in Vigonovo stritten, nicht weit von Cecchettins Haus entfernt. Danach verlor sich die Spur. Als die Eltern ihre Tochter als vermisst meldeten, begann eine groß angelegte Suche. Die Staatsanwaltschaft Venedig leitete zunächst ein Vermisstenverfahren ein, das sehr schnell in ein Ermittlungsverfahren wegen versuchten Mordes umgewandelt wurde, nachdem ein Video vom Tag des Verschwindens aufgetaucht war, auf dem man sah, wie der junge Mann seine Ex-Freundin in einem Industriegebiet angriff, verletzte und gewaltsam in sein Auto zerrte. Die Ermittler konnten die Route vom Auto des Täters bis zur österreichischen Grenze und dann nach Deutschland verfolgen.

Die ermordete Studentin ist in Italien zum Symbol geworden. FOTO: LUCA BRUNO/AP

Die Leiche von Giulia Cecchettin wurde am 18. November am Fuße einer Klippe im Caltea-Tal in der Region Friaul gefunden. Am nächsten Tag wurde ihr Ex-Freund auf der Autobahn in der Nähe von Leipzig verhaftet, wo ihm das Benzin ausgegangen war. Der junge Mann gestand nach polizeilichen Informationen sofort, Cecchettin getötet zu haben. Einige Tage später wurde er an Italien ausgeliefert; seitdem befindet er sich im Gefängnis von Montorio in Verona. Bei der ersten Vernehmung am 1. Dezember letzten Jahres erklärte er detailliert, wie er sie getötet hatte. Er gab an, sie mit etwa zehn Messerstichen getroffen zu haben: Das später von der Staatsanwaltschaft vorgelegte Gutachten ergab, dass es sich um 75 Messerstiche gehandelt hatte. Die Staatsanwaltschaft hatte im November eine lebenslange Freiheitsstrafe gefordert.

Für sie galt es als erwiesen, dass der junge Mann die Tat von langer Hand geplant hatte. Die Verteidigung hatte versucht nachzuweisen, dass er in einer emotionalen Ausnahmesituation im Affekt gehandelt hatte. Die Verteidigung hatte sich von Anfang an kooperativ verhalten, so einigte sie sich mit der Staatsanwaltschaft darauf, keine Zeugen vorzuladen, weil der Tathergang nicht infrage gestellt wurde. Auch verzichtete sie auf die Möglichkeit, ein psychiatrisches Gutachten zu beantragen, um möglicherweise die Schuldfähigkeit des Angeklagten anzuzweifeln. Auf die Frage nach seinem Motiv sagte der jetzt Verurteilte: „Ich habe sie getötet, weil sie nicht zu mir zurückkommen wollte.“ **Marc Beise**

kaufdown

Die Plattform der kleinen Preise!

Jetzt mitmachen und tolle Erlebnisse sichern.
Auf kaufdown.de erhalten Sie täglich wechselnde und exklusive Artikel in limitierter Stückzahl.

Schnappen Sie sich das Angebot, bevor Ihnen ein anderer zuvorkommt.

Kaufdown.de –
ein Angebot der Süddeutschen Zeitung

Heute auf kaufdown.de

JAGDHOF ★★★★★ wellness & sport

825-Euro-Gutschein für das 5-Sterne Wellness- & Sporthotel Jagdhof

Im Jagdhof erwartet Sie Bayerns größte Wellness- & Wasserwelt auf 6.500 m²! 105 exklusive Zimmer und Suiten laden Sie ein, in Ihr eigenes Universum aus gediegenem Luxus einzutauchen, teils mit eigener 3-in-1-Kombisauna, überdachtem Whirlpool oder privatem Infinitypool ausgestattet.

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

Lasst sie spielen

Sind soziale Medien schlecht für Kinder? Diese Debatte bringt niemanden weiter. Besser sollten wir uns fragen: Wie müsste ein Internet für Kinder funktionieren?

Von Philipp Bovermann

Die australische Politik macht es sich leicht. Vorige Woche ist ein Gesetz durch das dortige Parlament gegangen, das Social Media für Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren verbietet. Expertinnen und Experten auf der ganzen Welt stellen seither Fragen: Ob das etwa bedeute, dass Whatsapp jetzt auch verboten wird für Jugendliche? Wie das denn bitteschön kontrolliert werden solle? Der australische Premier verwies auf das Verbot von Alkohol für junge Menschen, da gelange ja auch viel in die Kinderhände. Als „soziale Botschaft“ sei der Schritt richtig.

Ein merkwürdiger Vergleich. Ein besserer wäre, wenn man im Bild bleiben wollte: Die Schüler haben stets eine offene Flasche Limo mit Schuss im Rucksack, aber davon trinken dürfen sie jetzt nicht mehr.

Man verschiebt das Problem also in den Bereich der Strafverfolgung. „Soziale Botschaft“ hier: Was man verbietet, damit muss man sich nicht mehr beschäftigen. In Deutschland pflegt man eine andere Vermeidungsstrategie. Dort führt man die Debatten über Kinder und digitale Medien gern als ganz großen Meta-Diskurs, der so allgemein ist, dass daraus gar nichts folgen kann. So als sei eine Jugend ohne digitale Medien heute noch eine reale Option.

Nicht die sozialen Medien per se sind das Problem, sondern bestimmte Praktiken darin

Befürworter von Social-Media-Verboten verweisen gern auf angeblich gesicherte Erkenntnisse zu schädlichen Wirkungen der diversen Portale. Das deckt sich nicht mit dem tatsächlichen Forschungsstand. Es kann zwar halbwegs gesichert von einem negativen Effekt digitaler Medien auf Heranwachsende ausgegangen werden – der scheint aber gering zu sein. Viele der Ergebnisse, wie digitale Medien sich auf Heranwachsende auswirken, sind widersprüchlich. Alarmistische Stimmen wie etwa der Sozialpsychologe Jonathan Haidt, der von einer an die sozialen Medien verlorenen „Generation Angst“ spricht, haben viel mediale Aufmerksamkeit erhalten. In der wissenschaftlichen Debatte sind sie aber vielfach kritisierte Ausreißer.

Besser lässt sich belegen, dass konkrete digitale Praktiken schaden – etwa Beauty-Filter auf Snapchat oder Tiktok. Die Entwicklungspsychologin Candice Odgers von der University of California schreibt: „Wenn man eine Liste mit den wichtigsten Faktoren erstellen würde, die Depressionen und Angststörungen begünstigen, dann würden es Social Media nicht auf die Liste schaffen.“

Das heißt alles nicht, dass man nun entspannt Entwarnung geben, das Vorlesen einstellen und Kindern mit Tablets großziehen kann. Es heißt, dass man genau hinschauen muss. Und sich konkret und im Einzelfall mit den diversen Medien beschäftigen sollte. Das ist mühsamer, als sich zu wünschen, sie würden einfach verschwinden. Bringt aber mehr.

COLLAGE: STED/SZ, FOTOS: IMAGO

Youtube Kids, zum Beispiel, könnte man sich angucken. Das ist die Variante von Youtube, die so gestaltet ist, dass Kinder sie auch selbst schon bedienen können. Prinzipiell ab jedem Alter, die Eltern können aber verschiedene Altersstufen einstellen: „Vorschulalter“ (bis vier Jahre) etwa, oder „Jünger“ und „Älter“ (neun bis zwölf Jahre). Die Sortieralgorithmen wählen dann Videos aus, die sie als geeignet für das jeweilige Alter erachten, unterstützt von einem Moderationsteam. Wie groß dieses Team ist oder wie die Auswahl genau funktioniert, sagt Youtube nicht. Funktionen wie die Kommentarspalten sind abgeschaltet, Werbung für Produkte in den Videos und etwa Inhalte, „bei denen die Aufmerksamkeit von Kindern durch Täuschung, Effekthascherei oder Manipulation erregt werden“, sind verboten.

Trotzdem tauchen immer noch vereinzelt Berichte über Youtube-Kids-Videos auf, in denen etwa Waffen und Kokain verherrlicht werden, aber unter Medienpädagoginnen und -pädagogen ist zu hören, dass Youtube die Plattform weitgehend im Griff habe. Kinder scheinen sich dort in der Regel in einer sicheren Umgebung zu bewegen. Das entbindet Eltern natürlich nicht von der Verantwortung, Inhalte für ihre Kinder auszuwählen und mit ihnen darüber zu sprechen. Youtube Kids ist kein Kindermädchen.

Denn was heißt das eigentlich: eine sichere Umgebung?

Die wirklich interessante Diskussion, welche Inhalte sich wie auf die Entwicklung von Kindern auswirken, beginnt ja erst dort, wo der offensichtliche Horror einmal rausgefiltert ist. Wer sich aber auf die Suche begibt nach praktischen Handreichungen oder nach Forschung in diesem Feld, hat die in Deutschland damit beschäftigten Stellen schnell durchtelefoniert. So viele sind das nicht. Es gibt Flimmo, den aus öffentlichen Mitteln finanzierten „Elternratgeber für TV, Streaming & YouTube“, der ein Ampel-Ranking für beliebte Social-Media-Kanäle verteilt, deren Inhalte erläutert und außerdem medienpädagogische Tipps gibt. Ein sinnvolles Angebot, das gerade einmal sieben Menschen redaktionell betreuen, darunter zwei studentische Hilfskräfte, für das gesamte Internet. Und sonst?

Man sucht weiter. Und hat dann Maya Götz am Apparat, die das Internationale Zentralinstitut für das Jugend- und Bildungsfernsehen (IZI) leitet. Dass sich eine öffentliche Diskussion ernsthaft mit dem Medienprogramm von Kindern beschäftigt habe, sagt sie, sei das letzte Mal „bei den ‚Teletubbies‘“ geschehen. Es werde kaum noch dazu geforscht. Es gebe kaum noch Stellen und Institutionen. Das sei einmal anders gewesen, aber die heutige Elterngeneration, die in einer bereits stark von Medien geprägten Zeit aufwuchs, sei da eben „sehr locker“ geworden, und deshalb gebe es kaum noch Nachfrage.

Auch die Social-Media-Konzerne meinten lange, Kinder und jüngere Teenager weitgehend ignorieren zu dürfen. Die Plattformen seien ohnehin erst ab einem bestimmten Alter zugelassen, argumentierten sie. Nur sei das Alter halt leider unmöglich abschließend zu überprüfen.

Systeme zur Kontrolle des Alters sind überwindbar, wie im analogen Leben

Inzwischen aber machen Regierungen auf der ganzen Welt Druck, und siehe da: Instagram hat jüngst sogenannte Teen-Konten für Jugendliche zwischen 13 und 16 Jahren eingerichtet. Bis Ende des Jahres sollen die Umstellungen auch in Deutschland abgeschlossen sein. Diese Konten sind automatisch privat, also nicht öffentlich einsehbar. Fremde können ihnen weder Nachrichten schreiben noch sie markieren, die App erinnert automatisch daran, sie nach 60 Minuten zu schließen. Eltern können das auf Wunsch auch kontrollieren und eigene Zeitlimits festlegen, und sie können auch sehen, mit wem ihr Teenager interagiert (ohne die Nachrichten lesen zu können). Für Tiktok gibt es vergleichbare Funktionen bereits. Außerdem hat das Unternehmen vergangene Woche angekündigt, Beauty-Filter wie „Bold Glamour“ für minderjährige Nutzerinnen und Nutzer zu sperren.

Solche Ankündigungen überschlagen sich derzeit regelrecht. Und man darf ruhig frohlocken: Da entsteht gerade ein Internet für Kinder.

Die Diskussion um konsequente Alterskontrollen nimmt ebenfalls an Fahrt auf. Das geht auch ohne Behörden, ohne Ausweise – die Menschen in vielen Teilen der Welt gar nicht haben und andere aus Angst vor Repression nicht zeigen wollen. Künstliche Intelligenz kann schon heute recht zuverlässig das Alter des Gesichts des Menschen vor der Webcam bestimmen, ohne zu wissen, wer das ist.

Unüberwindbar wäre wohl kein (praktikables) System zur Alterskontrolle, aber spürbare Hürden dürften schon viel helfen. Dreizehnjährige wollen in der Regel ja auch nicht in Nachtclubs herumhängen, sondern an Orten, die sich ein wenig so anfühlen wie Nachtclubs, wo sie sich als Erwachsene fühlen und als solche ausprobieren und trotzdem unter Gleichaltrigen sein können, ohne die Gefahr, dass ihnen jemand Drogen ins Getränk mischt.

Heranwachsende im Zeitalter allgegenwärtiger Datenflüsse brauchen eigene, an ihren Bedürfnissen und Schutzinteressen orientierte Bereiche der digitalen Welt – Umgebungen zum Austausch und zum sozialen Rollenspiel, teils frei, teils unter Aufsicht, aber immer geeignet, zu einem selbstverantwortlichen Umgang mit Medien anzuleiten. Und ohne suchterzeugende Funktionsmechaniken, die ohnehin verboten gehören.

Aber kann man natürlich auch Social Media für Kinder verbieten. Das wäre einfacher – für die Politik. Wird bestimmt super funktionieren.

Donald Trump am 6. Januar 2021. Er habe die Wahl gewonnen, behauptete er damals – kurz darauf stürmten seine Anhänger das Kapitol. FOTO: BRENDAN SMIALOWSKI

Wozu ehrlich sein?

Trump gibt ständig Unwahrheiten von sich. Bruno Franks erstmals gedruckter Essay„Lüge als Staatsprinzip“ von 1939 könnte aktueller nicht sein.

Im Juni 1939 formulierte Erika Mann in einem Brief an den Schriftsteller Bruno Frank einen Wunsch: Er solle in seinem Beitrag für die antifaschistische Schriftenreihe, die ihr Vater Thomas soeben ins Leben gerufen hatte, bitte möglichst deutlich sein. Ihre „analphabetischen Landsleute“ wollten schließlich „recht schlicht angesprochen werden“, und „je direkter man sie adressiert und je direkter man auf ihr tägliches Leben eingeht bei allem, was man sagt, desto besser wird man sie rühren“. Innerhalb von zwölf Monaten sollten in Deutschland etwa 24 antifaschistische Broschüren in Umlauf gebracht werden, unter anderem mit Texten von Stefan Zweig, Franz Werfel, Thomas Mann selbst und einigen anderen, um die Deutschen erstens vor ihrer Regierung zu warnen und zweitens der pausenlos aus allen Lautsprechern dröhnenden Propaganda etwas entgegenzusetzen.

Bruno Frank stimmte zu und schrieb einen Essay, in dem er Adolf Hitler unter anderem als „Mann aus der Gosse“, „hysterischen Komödianten“ und „unfähigen Tramp“ bezeichnete, der aber nie erschienen ist, weil noch vor der Veröffentlichung Deutschland in Polen einmarschierte und die Wirklichkeit die Kritik mal wieder überholt hatte. Der Text harrte seither seiner Verwendung. Dass der Verlag „Das kulturelle Gedächtnis“ ihn gerade jetzt herausbringt, darf als Kommentar zur Zeit verstanden werden.

Der Essay, er trägt den Titel „Lüge als Staatsprinzip“, erscheint in eine Gegenwart hinein, der es freisteht, sich darin wiederzuerkennen. Bruno Frank – einer der bekanntesten Romanciers der Weimarer Republik, sowohl in München-Bogenhausen als auch in Pacific Palisades Nachbar und Freund der Familie Mann – beschreibt Hitlers Machtprinzip darin als eine unheilvolle Mischung aus „viehischer Brutalität“ und der „totalen Belügung der Nation“.

Bruno Frank nannte Adolf Hitler damals einen „arbeitsscheuen Tramp“

Die bolschewikische Gefahr, der Reichstagsbrand, der linke Terror – alles erlogen. Nur ein einziges Mal habe Hitler die Wahrheit gesagt, schreibt Frank, und zwar als er in „Mein Kampf“ über die Lüge – „in dem eiterig gedunsenen Deutsch, das sein Geheimnis ist“ – dies hier geschrieben habe: „In der Größe der Lüge liegt immer ein gewisser Faktor des Geglaubtwerdens, da die breite Masse eines Volkes bei der primitiven Einfalt ihres Gemüts einer großen Lüge leichter zum Opfer fällt als einer kleinen, da sie selber ja wohl manchmal im Kleinen lügt, jedoch vor zu großen Lügen sich schämen würde. (...) Sie wird an die Möglichkeit einer so ungeheuren Frechheit der infamsten Verdrehung auch bei anderen nicht glauben können. (...) Daher denn auch von der frechsten Lüge immer noch etwas übrig – und hängenbleiben wird – eine Tatsache, die alle großen Lügenkünstler und Lügenvereine dieser Welt nur zu genau kennen und deshalb auch niederträchtig zur Anwendung bringen.“

Den fundamentalen Bruch mit den Regeln der Staatskunst, wie sie etwa seit Machiavellis „Fürst“ mal mehr, mal weniger unbestritten galten, sieht Bruno Frank nicht in dem politischen Instrument der Lüge an sich. Verträge wurden immer wieder gebrochen, Versprechen immer zurückgenommen, jeder Koalitionsvertrag belegt das. Machiavelli selbst hatte davon abgeraten, in Staatsangelegenheiten um des hohen Prinzips willen auf früheren Aussagen zu beharren, wenn sich die Umstände änderten. Allerdings seien Vertragsbruch, Fälschung und Lüge trotz alledem nie als Normalfall hingenommen worden. So allgegenwärtig die Lüge war, so unberührt war auch der zivilisatorische Konsens, dass sie ein Notbehelf bleiben musste.

Hitler aber hatte sie zum Regierungsprinzip erhoben. Der „arbeitsscheue Tramp, der in den sterilen Qualen seines Nichts sich nährt und fristet vom Hass auf alle, die von der Natur besser ausgestattet sind als er selbst“, schreibt Frank, er räche sich durch „maulvolles Entstellen und Verdrehen an einer Welt, mit deren Realität er nicht fertigzuwerden vermag“. Die Lüge sei „seine Waffe gegen eine Wirklichkeit, die ihn ausstößt“.

Die Parallelen drängen sich geradezu auf, auch Trump hat seinen Wahlkampf auf der großen Lüge aufgebaut, dass ihm die Wahl 2020 gestohlen worden sei, und seine Getreuen hat er an ihrer Bereitschaft erkannt, für ihn den Hals hinzuhalten, indem sie die Lüge öffentlich wiederholten. Ein Unterschied liegt aber in dem Element des Unernstes, der in Trumps Autoritarismus aus dem Geist des Unterhaltungsfernsehens liegt. Hitler war kein Troll. Trumps Persona liegt die Behauptung zugrunde, dass in der Politik ohnehin alles Lüge und Inszenierung ist und er dieses betrügerische Spiel hintertreibt, indem er es von den Hinterzimmern auf die Hauptbühne verlegt, es ins Groteske und Varietéhafte verzerrt und die Freude daran gewissermaßen demokratisiert.

Der irische Autor Fintan O’Toole hat das Prinzip einmal am Beispiel des englischen Premiers Boris Johnson analysiert, der öffentlich ebenfalls am liebsten in der Rolle des Clowns aufgetreten war. Johnson hatte es mit seinen albernen Auftritten geschafft, eine Mehrheit der Briten davon zu überzeugen, dass er sich in ihrem Namen über den Politikbetrieb lustig mache und sie gewissermaßen seine Komplizen in diesem Witz waren, also *part of the joke*. Dass sie in Wahrheit diejenigen waren, über die hier gelacht wurde, ging vielen erst auf, als Johnsons Tories auf dem Höhepunkt der Covid-Pandemie Grillpartys feierten, während die Briten zu Hause in Isolation ihre Kinder am Küchentisch unterrichteten. Wenn etwas aussieht wie eine Ente und watschelt wie eine Ente, ist es in diesem Fall vielleicht ausnahmsweise doch nur ein Gameshow-Host.

Die eigentliche Neuentdeckung dieses Buches betrifft in diesem Sinne vielleicht weniger Bruno Frank, sondern einen Nebendarsteller: Thomas Mann. Im Gespann mit seinem Bruder wird ihm, dem Verfasser der „Betrachtungen eines Unpolitischen“ und des Essays „Bruder Hitler“, ja gewohnheitsmäßig die Rolle des verbildeten, wilhelminischen Großbürgers zugeschrieben, der zu lange nicht wahrhaben wollte, dass auch sein auf Goethe und Wagner fußendes Deutschland dem „Pennbruder Adolf Hitler“ (Bruno Frank) nicht würde widerstehen können. Die Rolle des hellsichtigen, modernen Westbindungsdemokraten, der von Anfang an Alarm schlug und dafür sogar seinen Ruf aufs Spiel setzte, kommt in dieser Gleichung seinem Bruder Heinrich zu.

In den Briefen, mit denen diese Ausgabe Franks „Lüge als Staatsprinzip“ umrahmt, tritt Thomas Mann nun hingegen so auf, wie ihn auch der Literaturwissenschaftler Kai Sina in einem neuen Buch beschreibt: als politischer Aktivist. Er ruft vom Exil die deutschsprachige Intelligenz zusammen, initiiert eine antifaschistische Schriftenreihe, treibt sich auf politischen Versammlungen herum: „Es ist notwendig, für die Deutschen drinnen, und für uns Vertreter des geistigen Deutschland draußen, dass wir die Verbindung zueinander aufnehmen“, schreibt er aus Princeton an seinen Bruder. Der „unnatürliche Zustand, dass wir, die wir die Deutschen lehren müssten, sich auf ihr besseres Selbst zu besinnen, des Kontaktes zu ihnen beraubt sind, muss ein Ende nehmen“. Man sieht hier einen Thomas Mann, der eben auch die Massenmedien verstand, um Reichweite kämpfen.

Um Heinrichs Teilnahme an der Schriftenreihe wirbt er unter anderem mit der Bemerkung, dass der Krieg nur vermieden werden könne, „wenn die Deutschen mit Hitler ein Ende machen“ und sie „*vor der Niederlage* dem Regime die Gefolgschaft verweigern“. Datiert ist der Brief auf 14. Mai 1939. Drei Monate später marschierte Deutschland in Polen ein. **Felix Stephan**

Bruno Frank: Lüge als Staatsprinzip, Verlag Das kulturelle Gedächtnis, Berlin 2024. 112 Seiten, 22 Euro.

O diese Menschen!

Ein Kommentar zur Klimakonferenz in Baku? Erich Kästners „Die Konferenz der Tiere“ ist das Buch der Stunde. Alle Erwachsenen sollten es sich von ihren Kindern vorlesen lassen.

Bücher zur trüben Lage der Stunde erscheinen gerade viele, sogar sehr viele gute. Politikwissenschaftlerinnen, Historiker, Soziologinnen, Philosophinnen, Ökologen, Migrationsforscher oder Kognitionsforscher erklären darin so konzise wie besorgniserregend, wie es um uns steht – und was zu tun wäre, um unsere Krisen und Probleme zu überwinden. Auf den tristen Verlauf der Weltklimakonferenz, die kürzlich in Baku zu Ende ging, und die enttäuschenden Verhandlungen über ein neues Plastikabkommen im südkoreanischen Busan, hatten all die klugen Gedanken und Ideen aber leider genau kein bisschen Einfluss. Als ob die Menschheit zwar ahne, dass sie etwas unternehmen muss, aber dann halt doch wieder nur die nächste Konferenz ansetzt und wieder in den Sand setzt.

Moment mal: „Konferenz beendet“? „Verhandlungen ergebnislos“? „Bildung von vier internationalen Kommissionen“? „Nächste Konferenz beschlossen“? Das stand doch genau so schon im Telegramm-Ticker in Erich Kästners berühmten Kinderbuch „Die Konferenz der Tiere“ von 1949, in dem es den Tieren eines Tages zu dumm wird, als sich die Menschen schon wieder nicht darauf einigen können, ihre Probleme gemeinsam zu lösen.

Der Löwe Alois könnte sich darin – „O diese Menschen!“ – schwarzärgern, „wenn ich nicht so blond wäre“, und die Giraffe Leopold sagt fassungslos: „Schreckliche Leute! Und sie könnten’s so hübsch haben! Sie tauchen wie die Fische, sie laufen wie wir, sie segeln wie die Enten, sie klettern wie die Gemsen und fliegen wie die Adler, und was bringen sie mit ihrer Tüchtigkeit zustande?“ – „Kriege!“, knurrt der Löwe Alois: „Und Revolutionen. Und Streiks. Und Hungersnöte. Und neue Krankheiten.“ Und wenn er nicht so blond wäre... „Mir tun bloß die Kinder leid, die sie haben“, meint da der Elefant Oskar und lässt die Ohren hängen: „So nette Kinder! Und immer müssen sie die Kriege und die Revolutionen und Streiks mitmachen, und dann sagen die Großen noch: Sie hätten alles nur getan, damit es den Kindern später einmal besser ginge. So eine Frechheit, was?“

Das liest man so vor in diesen Tagen, und die Frage der Vierjährigen, wer denn diese „komischen Menschen“ in dem Buch seien und warum die das so machen „gegen ihre Kinder“ – die schlägt hammerhart ein. Was soll man da sagen? Man versucht’s mit Realismus – die Menschen hätten eben sehr unterschiedliche Interessen, je nachdem, woher sie kommen, und deshalb sei es schwer, sich zu einigen, und dann sei da noch der Kapitalismus („Der was?“) und das Machtungleichgewicht zwischen den Ländern („Häh?“) und so weiter, bla bla... – und merkt beschämt, wie man die eigene Ratlosigkeit hinter immer neuen brav erlernten „realistischen“ und ihrerseits erklärungsbedürftigen Prämissen versteckt, warum das alles halt doch nicht sooo einfach sein soll... Bevor einen die logische nächste Frage kalt erwischt: „Papa, bist du auch so ein Mensch?“ Uff. Und der Elefant Oskar sagt im Buch: „Ich werde nie begreifen, wie aus so netten Kindern später Erwachsene werden!“

Erich Kästner: Die Konferenz der Tiere. Atrium Verlag, Zürich 2021 (Neuauflage), 112 Seiten, 11 Euro.

Die Konferenz im Hochhaus der Tiere startet dann hoffnungsvoll unter dem Motto „Es geht um die Kinder“ vor den Augen der Öffentlichkeit, sogar die Präsidenten der ganzen Welt, die sich gerade zu ihrer „87. Konferenz“ in Kapstadt versammelt haben, sitzen vor dem Fernseher. In seiner Eröffnungsrede sagt der erkältete Eisbär Paul: „Also – wir sind hier zusammengekommen, um den Kindern der Menschen zu helfen. Warum? Weil die Menschen selber diese ihre wichtigste Pflicht vernachlässigen! Wir verlangen einstimmig, daß es nie wieder Krieg, Not und Revolution geben darf! Sie *müssen* aufhören. Denn sie *können* aufhören! Und deshalb *sollen* sie aufhören!“ Einen ganz konkreten Vorschlag, wie das klappen soll, hat Oskar auch: Alle Ländergrenzen abschaffen.

Es steckt eine große, stark unterschätzte Kraft in Kästners Idee, auf die Menschen einmal genau nicht differenziert, als Gruppen und Individuen zu blicken, sondern von außen, als eins, als „die Menschen“. Fertig. Aus dem „Was tun wir uns da eigentlich dauernd gegenseitig an?“ wird so ein ungleich stärker entlarvendes, reflexives „Was tun die eigentlich SICH SELBST an?“

Die Präsidenten sind natürlich nicht so schnell zu dieser Erkenntnis zu bewegen. General Zornmüller überreicht ihre Protestnote, die die Tiere auffordert, sich nicht einzumischen. Darauf können sich Staatschefs plötzlich einigen? Die Tiere sind empört, aber natürlich längst nicht am Ende ihrer Möglichkeiten. Im Gegenteil. Als Erstes vernichtet eine Mäuseplage alle Akten, und dann fressen Motten alle Uniformen. Aber auch davon lassen sich die Staatschefs nicht zur Einigkeit zwingen, so weit kommt’s noch. Erst als die Tiere zur ultima ratio greifen und alle Kinder verschwinden lassen, geben sie nach, plötzlich ganz „blaß, verstört und unrasiert“.

Und sie unterschreiben sogar einen Vertrag, der sich immer noch herrlich liest, eigentlich sogar mit jedem Tag, den die Weltgeschichte voranschreitet, noch herrlicher – und vor allem vernünftiger: Grenzen sowie Militär und Schuss- und Sprengwaffen werden abgeschafft, die Polizei wird mit Pfeil und Bogen ausgerüstet und wacht vor allem darüber, dass Wissenschaft und Technik ausschließlich im Dienst des Friedens stehen, die bestbezahlten Beamten werden die Lehrer, und „die Büros sind für die Menschen da, nicht umgekehrt“.

Es ist nicht schwer, den Idealismus Kästners zu belächeln. Aber das wäre zu einfach – und man verpasst die Pointe. Denn es ist kein schwärmerischer, entrückter, sondern ein ziemlich robuster, realistischer Idealismus, der uns zu einer Antwort auf die Frage zwingen will, was für Vorfahren wir eigentlich sein wollen. Genau genommen ist „Die Konferenz der Tiere“ nur insoweit Kinderbuch, als es sich Erwachsene von Kindern vorlesen lassen sollten. **Jens-Christian Rabe**

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

Unter der Flagge Palästinas

Jasleen Kaur erhält den Turner-Preis und ruft zum Boykott Israels auf.

Demonstrationen, die man wahlweise propalästinensisch oder antiisraelisch nennen kann, gehören derzeit bei größeren Veranstaltungen des westlichen Kulturbetriebs fast schon zum guten Ton. Es war also keine Überraschung, dass sich vor der Verleihung des Turner-Preises in der Londoner Tate Britain am Dienstagabend rund 100 Aktivisten auf den Stufen vor dem Eingang nahe der Themse versammelten und die Tate-Museen aufforderten, alle Verbindungen mit dem Staat Israel zu kappen.

Knaurs Kunstwerk war das auffälligste im Wettbewerb

Ausdrücklich waren die Immobilienunternehmer und Kunstmäzene Anita und Poju Zabludowicz Ziele der Demonstranten. Sie hätten „gut dokumentierte wirtschaftliche und ideologische Verbindungen“ zur israelischen Regierung und seien mithin zu boykottieren. So stand es in einem Protestbrief, den die Gruppe bereits online veröffentlicht hatte. Bemerkenswert an dem Vorgang war vor allem, dass drei der Nominierten, die drinnen in Vorbereitung auf die Verleihung des mit rund 30 000 Euro dotierten Preises für zeitgenössische Kunst beim Dinner saßen, diesen Brief mitunterzeichnet hatten. Neben der Britin Claudette Johnson und dem philippinischen Künstler Pio Abad auch die Favoritin und spätere Gewinnerin Jasleen Kaur.

Kaur, Jahrgang 1986, die in einer indischstämmigen Sikh-Familie in Glasgow aufgewachsen ist, hatte mit ihrem Beitrag zur Turner-Ausstellung das auffälligste Kunstwerk beigesteuert, einen roten Ford Escort, der mit einem überdimensionierten Häkeldeckchen bedeckt war. Eine witzige, in Erinnerung bleibende Anspielung auf das erste Auto ihres Vaters nach dem Umzug ins Vereinigte Königreich und auf die vielen indischen Immigranten, die dorthin zogen, um in den früher so zahlreichen britischen Textilfabriken zu arbeiten.

Ford mit Häkeldecke: Die Künstlerin Jasleen Kaur mit einer ihrer jüngsten Arbeiten. FOTO: DAVID PARRY MEDIA ASSIGNMENTS/DPA

Die Beschäftigung der Künstlerin mit der Geschichte der Einwanderung aus der ehemaligen Kolonie schlägt sich in ihrem Beitrag sowohl akustisch im Klang von Ghanta-Glocken und islamischer Sufi-Andachtsmusik nieder, als auch optisch: Über einen riesigen Axminster-Teppich, der einzigen Sorte, die noch in Großbritannien hergestellt wird, hängte die Künstlerin eine Art Firmament aus Acryl im Grau des schottischen Himmels, das mit Gegenständen aus dem britischen Alltagsleben übersät ist. Sensorisch ansprechende Arbeiten zum Thema religiöser und nationaler Identität im ehemaligen Zentrum des Empire, die durchaus verdient gegen Johnsons Pastell-Porträts, Abads konzeptgeladene Zeichnungen und Objekte sowie die „Gipsy-Hippy-Punk“-Stoffplanen-Environments der vierten Nominierten Delaine Le Bas gewannen.

Nachdem Jasleen Kaur, eine palästinensische Flagge um die Schultern drapiert, den Preis entgegengenommen hatte, sagte sie, die in dem von ihr unterzeichneten Brief gestellte Forderung sei keineswegs radikal: Man versuche lediglich, „einen Konsens darüber herzustellen“, dass die Verbindungen zu Organisationen „unethisch“ seien, sie „sich an etwas beteiligen, das UN und Internationaler Gerichtshof endlich als Völkermord am palästinensischen Volk“ bezeichneten. Die „Trennung zwischen dem Ausdruck von Politik in der Galerie und der Ausübung von Politik im Leben“ müsse verschwinden, so Kaur. Den Ereignissen dieses Abends nach zu urteilen forderte sie damit allerdings etwas ein, was in der Kunstwelt ohnehin längst Status quo ist. **Alexander Menden**

Ballett statt Benz: Seit 1952 ziert ein Stern „von Daimler“ den Turm des Stuttgarter Hauptbahnhofs (li) – doch nun zeigt die Stadt Ankommenden und Abreisenden eine ihrer anderen Seiten: Bis auf Weiteres hängt hier ein Bild des Tänzers Martí Paixà. FOTO: IMAGO/ROMAN DEININGER

„We don’t need no Werbung“

Statt des Mercedes-Sterns thront gerade ein gewaltiges Ballett-Plakat über dem Stuttgarter Bahnhof. Von einer Stadt, die ruhig stolz auf ihr Kulturleben sein darf.

Von Roman Deininger

Seit fast einem dreiviertel Jahrhundert gilt es als Stuttgarter Ritus, in Momenten der Verunsicherung den Blick zum Turm des Hauptbahnhofs zu erheben, der dann, selbst wenn die Uhr dort fünf vor zwölf zeigt, sogleich und verlässlich Orientierung und Halt stiftet. Nun mag es merkwürdig klingen, dass irgendetwas, das mittelbar mit dem notorisch fluiden Bahnprojekt Stuttgart 21 zu tun hat, Halt stiften könnte und dann auch noch verlässlich. Aber das ist schon korrekt so, denn der 56 Meter hohe Turm aus Crailsheimer Muschelkalk, 1916 eröffnet als Teil des von Paul Bonatz entworfenen Bahnhofsgebäudes, spiegelt eindrücklich Stuttgarter Verhältnisse. Über der Heimstatt der Eisenbahn thront – als ultimative Machtdemonstration der Autoindustrie – ein riesenhafter Mercedes-Stern, fünf Meter Durchmesser. Solange der Stern sich dreht und leuchtet in der Nacht, ist die Schwabenwelt in Ordnung.

Und genau das ist das Problem, denn aktuell dreht sich gar nichts, im Grunde erstmals für nennenswerte Zeit seit der Stern-Montage im Mai 1952. Wegen der Sanierung des Bahnhofsturms ist das Stuttgarter Wahrzeichen 2021 vom Dach entfernt worden, noch bis mindestens nächsten Sommer soll es im Mercedes-Benz-Museum ausgestellt werden, wo es seine Strahlkraft freilich kaum entfalten kann. Ein Lokalpatriot schreibt bei Facebook: „Der Turm ohne Stern ist wie en Hond ohne Seggl.“ Der schwäbische Dialekt erschließt sich oft intuitiv, und ja, der Seggl ist das männliche Geschlechtsteil.

Das Timing ist ohnehin misslich: Die sternenlose Nacht bricht über Stuttgart just in der mutmaßlichen Endphase der Weltherrschaft des Benzinmotors herein, den Gottlieb Daimler und Wilhelm Maybach 1883 genau hier, in einem Gartenhäusle in Cannstatt, ertüftelt haben. Für Stuttgart wirft das alles markerschütternde Identitätsfragen auf, doch das Charmante ist, dass der Blick hinauf zum Bahnhofsturm seit ein paar Tagen verzagten Einheimischen eine kühne und zugleich plausible Antwort anbietet.

Die Bedeutung des Autos verstellt die Sicht auf die Schönheiten der Stadt

Wer von der Königstraße, die eine Schneise vom Bahnhof zum Schlossplatz schlägt, auf den Turm schaut, sieht gerade den Tänzer Martí Paixà ziemlich atemraubend in der Luft stehen, inmitten eines Sprungs von provozierender Leichtigkeit (und mit ordentlich gepflegter Oberkörpermuskulatur). Das Bild des örtlichen Fotografen Dennis Orel schreit dem Betrachter auf 30 mal 18 Metern entgegen, was das Stuttgarter Selbstverständnis neben Autos durchaus auch prägen könnte: das Ballett.

Über das Stuttgarter Selbstverständnis muss man wissen: komplexe Sache. Die Menschen, die den Talkessel und die ihn umrahmenden Hänge besiedeln, neigen zu einem manchmal verstörenden Mangel an Eitelkeit, zumindest verglichen – höchst beispielsweise – mit den Münchnern. Für viele ist es okay, wenn Stuttgart reduziert wird auf einen Ort, an dem das Jahr 52 Kehrwochen hat. Und das, obwohl auch einige Stuttgarter Mietshäuser inzwischen mit professionellen Reinigungsdiensten experimentieren.

Wenn sich Stolz offenbart, dann konzentriert sich dieser doch oft auf die Fertigkeit, Dinge beim Daimler, beim Bosch oder bei Porsche fachgerecht zusammenzuschrauben. Stuttgart ist Autostadt, im Guten wie im Schlechten, routinemäßig führt man diverse Rankings an: größter Wohlstand, schlechteste Luft, längste Staus. Die Bedeutung des Autos verstellt jedenfalls die Sicht auf die Schönheiten der Stadt, zu denen herrliche Anhöhen mit noch herrlicheren Namen (Bopser) oder eben ein erstklassiges Kulturleben gehören, von Hegel-Haus bis Hip-Hop. Sich von diesem Kulturleben euphorisieren zu lassen, wissen viele Stuttgarter mithilfe eines Mechanismus zu verhindern, den die Germanistin Hannelore Schlaffer als spezifisch schwäbische „Sittlichkeit des Kunstgenusses“ beschrieben hat. Die Prägung durch Schaffertum und Pietismus erlaube große Wertschätzung für die Kultur, keinesfalls hingegen, daraus eine große Sache zu machen. Aber wenn die Stadt irgendwo so sehr und weltweit sichtbar funkelt, dass eigentlich nicht mal der bescheidenste Schwabe den Glanz herunterdimmen kann – dann im Ballett.

Der schwebende Tänzer auf dem Bahnhofsturm ist also eine freundliche Erinnerung an das „Stuttgarter Ballettwunder“ (*New York Times*), das in zwölf glorreichen Jahren zwischen 1961 und 1973 die Tanzkunst revolutioniert und Stuttgart zu ihrer globalen Kapitale gemacht hat. Der Erinnerung hilft, dass erst kürzlich ein sehr guter Film über jenen Mann in die Kinos kam, der das Wunder damals anleitete, der legendäre und viel zu früh verstorbene Ballettmeister John Cranko. Sein Vermächtnis lebt in Stuttgart fort, mit einer Ballettschule, die Crankos Namen trägt, und an den Staatstheatern mit einer Kompagnie, in deren Vorstellungen man unter den Zuschauern häufig mehr Englisch oder Japanisch hört als Deutsch.

„We don’t need no Werbung“, hat mal eine Mitarbeiterin des Stuttgarter Balletts gesagt; die Fans aus dem Ausland würden ihnen eh die Bude einrennen. Für den anspruchsvollen Heimatmarkt kann man ja trotzdem mal am Bahnhofsturm werben. Zumal die Fotos von Dennis Orel (die ganze Serie ist in der Ausstellung „Station Stuttgart“ im Schauspielhaus zu sehen) auch die schwäbische Ingenieursseele streicheln könnten: Sie sind – bei Minusgraden – auf der Bahnhofsbaustelle entstanden, vor den imposanten Kelchstützen, die eines angeblich nicht mehr fernen Tages das Licht in die unterirdische Bahnsteighalle leiten sollen. Und wer sich um die Autostadt Stuttgart sorgt, findet auch jetzt am Bahnhofsturm Halt: Dennis Orel hat auch schon den Porsche-Kalender fotografiert.

Nächster Akt: Auftritt Juristen

Marina Davydova klagt gegen ihre Entlassung bei den Salzburger Festspielen.

Dass die Salzburger Festspiele am Dienstag ihr Programm für 2025 präsentiert haben, ging ein wenig hinter einer anderen Nachricht unter: Marina Davydova klagt. Der Vertrag der einstigen Schauspieldirektorin der Festspiele wurde vergangene Woche mit sofortiger Wirkung vom Direktorium der Festspiele, Kristina Hammer, Markus Hinterhäuser und Lukas Crepaz, aufgelöst. Wegen „Verstößen gegen vertragliche Dienstpflichten, insbesondere durch die weder angezeigte noch genehmigte Tätigkeit“ bei einem Berliner Theaterfestival, wie es in einer Pressemitteilung heißt.

Grund des Streits ist eine unbezahlte Nebentätigkeit

Dagegen wehrt sich Davydova nun. „Selbstverständlich habe ich kein Fehlverhalten gesetzt“, sagte sie der APA. Sie habe ihre österreichischen Anwälte beauftragt, rechtliche Schritte einzuleiten. Auf SZ-Anfrage schreibt Davydova: Ihre beratende Tätigkeit bei dem besagten Berliner Theaterfestival „Voices“ bestehe schon seit 2023, „und plötzlich, über Nacht, wurde ich wegen meiner ‚Arbeit‘ bei diesem Emigranten-Festival entlassen“. Weiter: „Ich bezweifle nicht, dass die kostenlosen Beratungen, die ich für das Festival Voices, das die Interessen der russischen Künstler im Exil vertritt, gegeben habe, nur ein Vorwand für meine Entlassung sind. Der wahre Grund ist ein anderer“, vermutet sie. Welcher das sein könnte, wollte sie dazu auf Anraten ihrer Anwälte nicht sagen. Was sie damit aber insinuiert, ist natürlich: dass man sie loshaben wollte in Salzburg.

Es mag lässlich erscheinen, eine ehrenamtliche Beratertätigkeit für ein Kunstfestival nicht anzumelden und andersherum erstaunlich rigoros, deshalb einen Vertrag fristlos zu kündigen. Allerdings: Arbeitsrechtlich ist es, auch in Deutschland, üblich, Nebentätigkeiten beim Hauptarbeitgeber bewilligen zu lassen.

Das Berliner „Voices“-Festival für Tanz, Musik und Theater zeigt vor allem Arbeiten von Künstlern aus Russland, der Ukraine oder Belarus, viele dieser Künstler leben im Exil. Karsten Witt, Musikmanager und Begründer der Plattform CLSX.de, die das Festival organisiert, sagt: „Sie stand bei uns in keinem Arbeitsverhältnis, sie wurde nicht honoriert, wir unterhalten auch keinen Vertrag mit ihr.“ Marina Davydova habe lediglich ehrenamtlich beraten.

„Der wahre Grund ist ein anderer“: Marina Davydova. FOTO: HERBERT PFARRHOFER/AFP

Auf SZ-Anfrage verweist das Direktorium der Festspiele an seinen Anwalt Orlin Radinsky. Es sei in Marina Davydovas Vertrag festgehalten, sagt der, dass sie ihre volle Arbeitskraft als Schauspieldirektorin den Salzburger Festspielen zu widmen habe, und zwar während der gesamten Dauer des Dienstverhältnisses. Nebentätigkeiten seien nicht erlaubt, beziehungsweise im Einzelfall zu beantragen und zu genehmigen. „Sie aber hat weder gefragt, noch wurde eine Tätigkeit genehmigt.“ Warum sie nicht gefragt hat, darüber will er nicht spekulieren. So jedenfalls liege ein Vertragsbruch vor, „die Entlassung erfolgte zu Recht“. Dass es sich um eine ehrenamtliche Beratung handelte, sei „unerheblich“.

Die russische Dramaturgin und Theaterwissenschaftlerin Marina Davydova leitete die Schauspielsparte der Festspiele seit 2023. Über die künstlerische Ausrichtung des Programms war sie sich mit der Festspielleitung offenbar nicht immer einig. In einem Interview mit der SZ beklagte sie: „‚Schauspiel‘ bedeutet hier mehr oder weniger klassisches Schauspieltheater mit Stücken in deutscher Sprache. Das geht nicht ganz überein mit dem, was ich unter zeitgenössischem Theater verstehe und zu programmieren versuche.“

Im Sommer 2025 jedenfalls wird man in Salzburg noch das von Davydova kuratierte – diesmal deutlich politischere – Programm sehen können: Neben dem „Jedermann“ wird zum Beispiel der französische Regisseur Julien Gosselin „Le passé“ des russischen Autors Leonid Andrejew inszenieren, und der russische Regisseur und Russland-Kritiker Kirill Serebrennikov gibt sein Salzburg-Debüt mit einer Inszenierung von „Der Schneesturm“ von Vladimir Sorokin, ebenfalls ein Russland-kritischer russischer Künstler. Geplant ist außerdem eine Lesung der ukrainischen Dichterin Marianna Kijanowska aus deren Werk „Babyn Jar. Stimmen“.

Wer auf Davydova folgt, wird der Intendant der Festspiele, Markus Hinterhäuser, selbst entscheiden. Eine Ausschreibung wird es nicht geben. **Christiane Lutz**

Vom Meister des heiteren Rührstücks

Nicht perfekt, aber gut für einen Nachmittag mit Kinderpunsch: Netflix hat drei weihnachtliche Geschichten des „Tatsächlich … Liebe“-Drehbuchautors Richard Curtis verfilmt.

In einer Szene, ungefähr in der Mitte des Films, ruft das älteste Kind den jüngeren ins Gedächtnis, was sie an Weihnachten hassen. Den unvermeidlichen Rosenkohl als Beilage, den Abwasch, Spaziergänge und „diesen alten Film“, der jedes Jahr geguckt werden muss. Bei dessen Erwähnung sieht man eine Einstellung daraus, als Realfilm in die Animationsoptik eingefügt. Andrew Lincoln steht vor Keira Knightleys Haustür und gesteht ihr, auf ein paar Pappkarten notiert, stumm seine Liebe. Die zum „Meme“ *avant la lettre* gewordene Szene stammt aus „Tatsächlich … Liebe“ aus dem Jahr 2003. Und ja, liebe Leser über 35: Das ist tragischerweise sehr, sehr alt, wenn man heutige Kinder fragt.

Das Drehbuch zu „Tatsächlich … Liebe“ hat Richard Curtis geschrieben, von dem auch „Ein klitzekleines Weihnachtswunder“ stammt, der Animationsfilm, mit dem Netflix in diesem Jahr allen Familien eine nette Verdauungspause bescheren möchte. Und das ist ein ziemlicher Coup, denn Curtis’ Werk liest sich wie eine Liste der erfolgreichsten romantischen Komödien der vergangenen dreißig Jahre: „Vier Hochzeiten und ein Todesfall“, „Notting Hill“, die „Bridget Jones“-Filme Nummer eins und zwei, „Mamma Mia!“ Teil zwei, „Yesterday“ und „Alles eine Frage der Zeit“. Außerdem hat er an der „Mr. Bean“-Serie mitgeschrieben und das Drehbuch zu Steven Spielbergs Kriegspferdefilm „Gefährten“ verfasst. Ein ziemliches Œuvre also.

Nebenher haute Richard Curtis offenbar auch noch drei weihnachtliche Bilderbücher für Kinder raus, die Netflix nun vom britischen Animationsstudio Locksmith verfilmen lassen konnte – allerdings zusammengefügt zu einer abendfüllenden Geschichte. Das hat dem Film nicht unbedingt gutgetan: „Ein klitzekleines Weihnachtswunder“ erinnert an einen zu voll gestopften Truthahn, gerade Kinder können bei all den Figuren und Handlungssträngen leicht den Überblick verlieren. Aber auch wenn drei Kurzfilme statt eines langen die bessere Entscheidung gewesen wären: Toll animiert ist dieser Weihnachtswohlfühlfilm auf jeden Fall. Der Schnee, der hier üppig fällt („Klimakatastrophe“ merkt eins der Kinder an), glitzert herrlich, die Figuren sind liebenswert, und man erkennt eine gut getroffene „Britishness“ in den etwas engen Häuschen, der Kleidung, ja der ganzen Farbpalette.

Father Christmas spielt eher eine Nebenrolle in „Ein klitzekleines Weihnachtswunder“. FOTO: NETFLIX

Das titelgebende Weihnachtswunder geschieht einer Gruppe Kinder, die ein außergewöhnliches Weihnachtsfest erleben. Ein Schneesturm legt das Küstenstädtchen Wellington-on-Sea lahm, drei Elternpaare sitzen an Heiligabend in einem Bus fest und schaffen es nicht nach Hause zu ihren Kindern, die sich deshalb selbst ein eigenes, cooleres Fest bereiten. Das Scheidungskind Danny ist allein, weil seine Mutter, eine Krankenpflegerin, arbeiten muss. Und zwei Zwillingsmädchen merken, dass sie es trotz ihrer grundlegenden Verschiedenheit eigentlich sehr gut miteinander meinen. Der Weihnachtsmann hilft ein wenig, damit alles happy endet. Rasend originell ist nichts davon, auch die Witzquote ist nicht berauschend. Aber wie die Kinder hier Ermunterndes über sich selbst lernen und zu Akteuren ihres Lebens werden, ist schon wirklich herzerwärmend. So weihnachtlich wohltuend wie ein gut gewürzter Punsch, alkoholfrei natürlich.

Man merkt der Geschichte – oder besser: den Geschichten – einfach an, dass hier ein Meister des heiteren Rührstücks am Werk war. In „Ein klitzekleines Weihnachtswunder“ finden sich viele von Curtis’ typischen Romcom-Zutaten: sympathische, etwas verstolperte Figuren, die ihrem Liebesglück selbst im Weg stehen. Kratzbürsten mit eigentlich gutem Herzen und der Wille, auch Schmerz und Traurigkeit zuzulassen, weil eine Komödie eben nicht andauernd lustig sein muss. Der geschiedene Vater des kleinen Danny taucht trotz seines Versprechens den ganzen Film über nicht auf, nur einmal ist er kurz am Telefon zu hören.

Ein Wunder ist dieser Weihnachtsfilm nicht geworden, sicher auch kein neuer Klassiker, den man statt „Tatsächlich … Liebe“ in Zukunft jedes Jahr wieder anschaltet. Aber einen gemütlichen Nachmittag kann man sich mit „Ein klitzekleines Weihnachtswunder“ durchaus machen.

Kathleen Hildebrand

That Christmas, UK 2024 – Regie: Simon Otto. Drehbuch: Richard Curtis, Peter Souter. Mit den Originalstimmen von Bill Nighy, Brian Cox, Jack Wisniewski, India Brown. Netflix, 91 Minuten. Streamingstart: 4. Dezember 2024.

Kaufgesuche

Herr Rose sucht versilbertes oder echtsilbernes Besteck. Kontakt unter ☎ 089/4622 8800

Es gibt keine langweiligen Tage.
Süddeutsche Zeitung

Foto: I. Byczkowski

Mit Verachtung oder mit Menschen?
misereor.de/mitmenschen
MIT MENSCHEN. MISEREOR IHR HILFSWERK

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

„Wir überziehen nicht!“

Auch die Münchner Kammerspiele müssen sparen. Aber woran? Geschäftsführer Oliver Beckmann zur Frage, wie viel von einem Euro auf der Bühne landet.

Interview von Christiane Lutz und Egbert Tholl

Deutsche Städte und Kommunen müssen sparen. Auch die gut subventionierten Theater. Sollen sie halt weniger produzieren, sagen die einen. Sollen sie Bühnenbilder billiger machen, die anderen. Wie viel Geld geht am Theater eigentlich wohin? Und wo kann man überhaupt sparen? Zeit, mal einen zu fragen, der sich damit auskennt. Oliver Beckmann studierte Rechtswissenschaften und Politologie, arbeitete am Staatstheater Hannover und am Berliner Ensemble. Seit 2011 ist er geschäftsführender Direktor der Münchner Kammerspiele, einem städtischen Theater.

SZ: Herr Beckmann, alle sprechen über Sparvorgaben in der Kultur, die Kammerspiele haben pro Saison etwa 33,5 Millionen Euro zur Verfügung, Zuschüsse und Eigenmittel. Das ist schwer zu vermitteln in der aktuellen Krise – wofür genau brauchen Sie das Geld?
Oliver Beckmann: Der größte Posten sind die Personalkosten mit 22 Millionen Euro. Darunter fallen Tarifangestellte in der Technik und Verwaltung sowie alle, die über den Normalvertrag Bühne angestellt sind, also das Ensemble oder die Dramaturgie und die Öffentlichkeitsarbeit. Die Kammerspiele, das Theater, nicht der Eigenbetrieb insgesamt, haben 330 fest angestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
Was genau ist der Eigenbetrieb?
Der Eigenbetrieb besteht aus den beiden Theatern Kammerspiele und Schauburg sowie der Otto-Falckenberg-Schule. Es gibt eine zentrale Verwaltung und zentrale Werkstätten für diese drei Betriebsteile. Mit der Gründung des Eigenbetriebs wurde Anfang der 2000er eine innovative und effiziente Konstruktion geschaffen.

„Für die Kunst (...) geben wir von 33,5 Millionen Euro rund fünf Millionen aus.“

Weil Sie von Tarifangestellten sprachen: Wird das Theater denn den Tarifausgleich übernehmen müssen?
Gerade sieht es so aus, dass die Stadt 70 Prozent der Tarifsteigerungen ausgleicht.
Noch mal zurück zu den 22 Millionen. Wie viel davon fließt in freie Gagen, also flexibler einsetzbares Geld für nicht Festangestellte?
Das sind 2,6 Millionen für Honorare und Gagen für Gäste. Also für alle Regie-Teams, die hier arbeiten. Oder wenn Joachim Meyerhoff in „Die Vaterlosen“ spielt oder für die Gesprächsreihe mit Michel Friedman.
Zu Personalkosten kommen aber noch mehr Fixkosten?
Aufgrund der Konstruktion als Eigenbetrieb haben wir Kosten für Zinsen, Abschreibungen und Verrechnungen mit der Stadt. Das sind alleine acht Millionen Euro. Hinzu kommen Kosten für den Betrieb der Gebäude von ungefähr 3,5 Millionen. Beeinflussbar sind hingegen Sachkosten. Für Material, also für alle Bühnenbilder der Schauburg, der Kammerspiele und der Otto-Falckenberg-Schule zusammen, haben wir circa 750 000 Euro zur Verfügung. Dann gibt es noch mit dem Vorstellungsbetrieb verbundene Kosten, zum Beispiel Urheberabgaben, Reise- und Unterbringungskosten oder Kosten für das Ticketing.

„Unsere Manövrierfähigkeit ist nicht sehr groß.“

Wenn man jetzt alle nicht disponiblen Kosten abzieht, was bleibt dann frei verfügbar übrig?
Für die Kunst, also für das, wofür wir eigentlich da sind, geben wir von 33,5 Millionen Euro rund fünf Millionen aus. Das ist, was wir zur freien Entscheidung haben. Das, was wir steuern können.

Ein beliebter Sparvorschlag war ja immer wieder, Bühnenbilder zu recyceln oder mehrmals zu benutzen. Bei 750 000 Euro scheint es aber nicht so, als könne man damit sehr viel sparen.
Zumindest nichts Relevantes. Der künstlerische Schaden wäre größer als der finanzielle Gewinn.

Man könnte das Ensemble verkleinern.
Das könnten wir, allerdings nicht kurzfristig, denn es bestehen laufende, wenn auch zeitlich befristete Verträge. Und es steht jetzt schon fest, wer hier im Sommer 2025 inszeniert, das ist vertraglich bindend. Wenn wir kurzfristig, etwa innerhalb einer Spielzeit, sparen müssen, können wir das nur, wenn wir in den genannten flexiblen Kosten noch nicht alles vertraglich verabredet haben. Tun wir das aber, landet das sofort im Kern, nämlich auf der Bühne, als Einsparung.
Worin liegt Ihrer Meinung nach derzeit das größte Missverständnis zwischen Theaterrealität und Stadtkämmerei?
Na ja, ich weiß gar nicht, ob es ein Missverständnis ist. Es sind einfach unterschiedliche Logiken: Das Wirtschaftsjahr der Kammerspiele ist wie ein Schuljahr, also von Herbst bis Herbst. Das Wirtschaftsjahr der Stadt ist das Kalenderjahr. Unser Wirtschaftsplan wird im Juli für das kommende Theaterjahr 2024/2025 beschlossen, die Stadt beschließt den Haushalt, jetzt den für 2025, erst im Dezember. Die Logik des Theaters ist eine der langen Vorplanung. Wie ein Tanker: Wenn ich bei dem das Steuer nach rechts reiße, dann passiert erst mal für fünf Seemeilen überhaupt nichts. Unsere Manövrierfähigkeit ist nicht sehr groß.
Das heißt, im Prinzip wissen Sie nicht, wie viel Geld Sie ab Januar zur Verfügung haben bis Spielzeitende im Sommer?
Es gibt bestimmte Entscheidungen, die noch nicht getroffen sind. Zum Beispiel zum Tarifausgleich, richtig.

Jetzt mal konkret: Wie viel landet denn auf der Bühne?
Mein Bild dazu ist die folgende Frage: Wie viel Cent von einem Euro tauchen direkt auf der Bühne auf? Das sind bei uns vielleicht zehn Cent. Zehn Cent, um das künstlerische Programm zu gestalten. Und wenn wir davon etwas einsparen müssen, haben wir plötzlich eine Hülle mit Technik und Verwaltung. Aber nichts mehr auf der Bühne. Das Vertrackte ist nur, dass es die anderen 90 Cent im Hintergrund benötigt, damit die zehn Cent „auf die Bühne kommen können“.
Und wenn Sie einfach das Budget überziehen?
Wir überziehen nicht! Wir gehen extrem verantwortungsvoll mit dem Geld um, das uns anvertraut wird. Wir können eventuelle Defizite nur mit Rücklagen ausgleichen, aber das geht nur einmal. Wir sind von der Stadt gut ausgestattet und finanziert, aber nicht das reichste Theater der Republik, wie es immer über die Kammerspiele heißt. Und wenn wir als Münchner Kammerspiele in der Champions League spielen wollen und sollen, mit Exzellenzanspruch, dann sind die Möglichkeiten viel kleiner, was Einsparungen anbelangt.
Um konstruktiv zu werden: Wie viel könnten die Kammerspiele verdienen, wenn die Ticketpreise erhöht würden?
Wir haben 2022 ein neues Preissystem etabliert. Das, was früher stattgefunden hat, nämlich dass sich das Theater von vorn

Sind Bühnenbilder wie der U-Boot-Nachbau für „Doping“ (o.) noch bezahlbar? Oliver Beckmann, seit 2011 geschäftsführender Direktor der Münchner Kammerspiele, ist Herr der Kassen.
FOTOS: JUDITH BUSS, SANDRA SINGH

nach hinten verkauft hat, hat sich verändert. Wir verkaufen jetzt die Preiskategorien mehr oder weniger parallel. Das deutet darauf hin, dass es unter dem Gesichtspunkt der Preiselastizität keine so großen Spielräume mehr gibt.
Preiselastizität?
Preiselastizität heißt: Wie verhält sich das Besucherverhalten zum Preis? Wenn ich zu sehr anziehe, kommen Besucherinnen und Besucher nicht mehr, weil es ihnen zu teuer wird. Aber: Wenn wir zehn Prozent mehr einnehmen würden, hätten wir rund 300 000 Euro mehr. Das ist einerseits unser Ehrgeiz, bei den Einnahmen besser zu werden, andererseits löst es das Problem nicht. Nicht in den Dimensionen, um die es hier geht. Die Eigeneinnahmen tragen bei uns übrigens etwa zwölf Prozent zum Gesamtbudget bei.

Wenn man auf das Programm schaut, bietet sich ein bunter Strauß an Inszenierungen, aber das, was das Image dieses Hauses prägte, scheint momentan nicht ausreichend gepflegt zu werden, zumindest kommt es bei den Leuten nicht an. Warum stellen Sie sich nicht breiter auf oder setzen, wie andere Theater, nicht pragmatischer auf Mischkalkulation? Zum Beispiel pro Saison eine Inszenierung von Gerhard Polt, da wäre zuverlässig das Haus voll.
Das Publikum erlebt bei uns neue künstlerische Handschriften wie die von Nora Abdel-Maksoud mit ihren Arbeiten „Jeeps“ und „Doping“ ebenso wie prominente Stimmen wie Michel Friedmans Gesprächsreihe oder die Abende von und mit Gerhard Polt. Alle sorgen für ein volles Haus. Ein multimediales und politisch hochaktuelles Stück wie „Word on Wirecard“ ist ebenfalls regelmäßig ausverkauft. Ebendiese Mischkalkulation wird meiner Ansicht nach künstlerisch angestrebt.

Ob das aufgeht, ist eine andere Frage. Bereitet Ihnen die derzeitige Situation Sorgen?
Ja, die derzeitige Haushaltssituation bereitet mir Sorgen, da potenziell Arbeitsplätze gefährdet sind und wir Gefahr laufen, künftig mit anderen großen Häusern nicht mehr auf Augenhöhe zu sein. Aber das betrifft ja nicht nur die Theater, sondern auch andere Kulturinstitutionen der Landeshauptstadt München.

Wie wäre es, mehr Koproduktionen zu machen mit anderen Häusern? Man zahlt einmal die Regie, die Produktion reist, mehr Leute könnten sie sehen.
Theoretisch ja; praktisch jein. Man teilt nicht die Regie-Gage durch zwei, weil sie aufgrund der Koproduktion höher ist als sonst. Außerdem müssen Endproben hier wie dort stattfinden. Es fallen Reise- und Transportkosten an. Das Bühnenbild muss im Zweifel zweimal hergestellt werden.

Könnten Sponsoren helfen?
Große Unternehmen interessieren sich eher für größere Repräsentationsräume wie die Oper als für die Kammerspiele. Wir akquirieren hingegen richtig viele Fördermittel: zum Beispiel über die Kulturstiftung des Bundes oder die Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft. Vergangene Spielzeit waren das über 600 000 Euro.
Wie wäre es, an Neuproduktionen pro Saison zu sparen? Weniger machen?
Momentan machen wir neun Neuproduktionen pro Saison im Schauspielhaus. Wenn wir ein Abonnement-Publikum bedienen wollen oder müssen und wenn wir eine Abwechslung haben wollen zwischen herausfordernden und erwartbaren Produktionen, dann müssen es meiner Einschätzung nach sieben Neuinszenierungen sein. Die Ressourcen, die durch diese kleine Reduktion frei werden, sind überschaubar. Weil wir ja trotzdem im Repertoirebetrieb spielen und Bühnenbilder auf- und abbauen müssen.

Das heißt, alle Überlegungen rühren kurz- oder langfristig an den Kern des deutschen Theaterbetriebs: Was für Theater wollen wir machen? Und wie?
So ist es.

Wie sprechen Sie mit den Menschen im Haus? Die Aufgabe eines Geschäftsführers ist ja, sachlich zu sein und keinen Alarmismus zu verbreiten.
Ich versuche, transparent in dem zu sein, was ich weiß, was ich aber auch nicht weiß. Und klar darin zu sein, dass es darum geht, die Arbeitsplätze zu schützen. Und dafür einzustehen, dass die Münchner Kammerspiele in ihrer Tradition und ihrer künstlerischen Leistungsfähigkeit erhalten bleiben.

Der unbändige Wunsch, nicht nüchtern zu sein

Saoirse Ronan spielt eine Alkoholikerin auf Entzug. Regisseurin Nora Fingscheidt lässt leider einige der Qualitäten vermissen, für die sie mit „Systemsprenger“ international Aufsehen erregte.

Ja, wahrscheinlich sieht so die Insel der ewigen Nüchternheit aus. Nicht direkt wie die Hölle, eher die andere Temperaturrichtung, kalt, schroff und stürmisch. Wind pfeift über die Wiesen hinweg, nur wenige Bäume bieten ihm Widerstand. Schafe grasen dazwischen. Meterhoch spritzt das Wasser des Atlantiks, wenn die Wellen sich gegen die Felsen werfen. Und da steht jetzt Saoirse Ronan mit Kopfhörern auf den Ohren, blickt aufs Meer hinaus, als wünsche sie sich, etwas weniger nüchtern zu sein, zumindest für den Augenblick. Die Nüchternheit ist eine Droge, die leider nur in der Maximaldosierung erhältlich ist. Gerade ist das noch ein wenig viel für die junge Frau, die sie spielt.

Das äußerste Farmland an der Küste, wo das Gras wegen des feinen Nebels der Gischt stets kurz bleibt wie Bartstoppeln, nennen sie hier, auf den Orkney-Inseln vor Schottland, *outrun*. Gemeint ist damit also ein Außenposten der Zivilisation, ein Niemandsland vor dem tosenden Chaos des Meeres. Wer seine Schafe hier weiden lässt, wettet gegen die Natur.

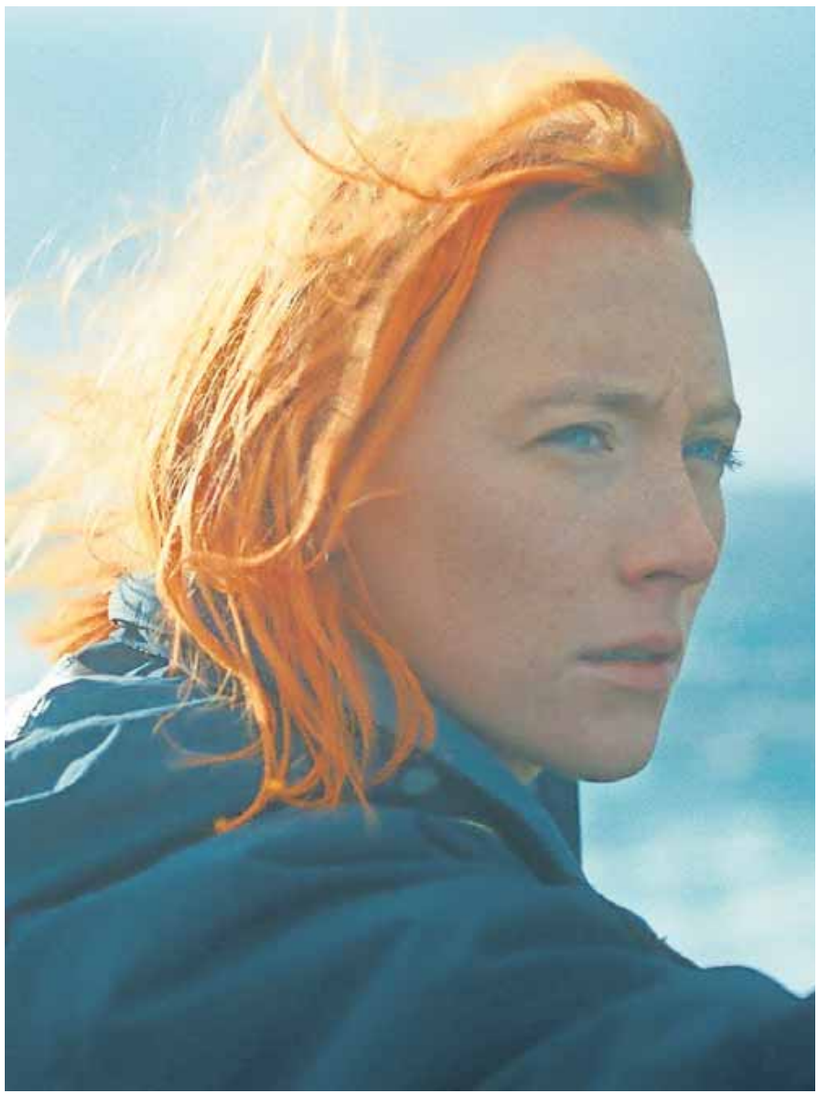
Auch für Regisseurin Nora Fingscheidt steht viel auf dem Spiel mit „The Outrun“. Sie befindet sich an dem Punkt, an dem anfänglicher Schwung entweder abflaut oder eine Karriere dauerhaft Fahrt aufnimmt im internationalen Autorenkino. Der Schwung stammt von „Systemsprenger“, 2019 hat sie mit ihrem Langfilmdebüt international auf sich aufmerksam gemacht. Die Geschichte über ein traumatisiertes Mädchen in der Obhut des Jugendamts, das in wechselnden Pflegeeinrichtungen ausrastet und deshalb nirgendwo ankommt, war gleichermaßen packend wie sensibel inszeniert und ein Erfolg an den Kinokassen obendrein. Produzenten durften hoffen: Wer als Regisseurin eine Kinderdarstellerin dazu bringt, so zu spielen, der könnte vielleicht aus erwachsenen Stars etwas herausholen, was in ihnen zuvor noch keiner gesehen hat.

Das durfte Fingscheidt dann gleich mal mit Sandra Bullock versuchen. Im Drama „The Unforgivable“ (2021), vom gewichtigen Branchenveteranen Graham King für Netflix produziert, spielte sie eine Frau, die wegen Mordes an einem Polizisten 20 Jahre im Gefängnis sitzt und dann im Leben wieder Fuß fassen muss. Unter Fingscheidts Regie wirkte Bullocks Mimik wie eine immerfort bröckelnde Festung – man verstand nur nicht so recht, was hinter den Festungsmauern verborgen sein sollte. Der ganze Film fühlte sich strenger und vielleicht auch angestrengter als „Systemsprenger“ an, statischer, konventioneller. Aber: Er funktionierte – wobei das einige Kritikerinnen und Kritiker durchaus anders sahen. Die Netflix-Zahlen waren gut.

Dieser Film könnte für Fingscheidt das Ticket zu einer großen Karriere sein

Um zu zeigen, was sie mit mehr kreativer Freiheit zustande bringen kann, musste Fingscheidt mit dem nächsten Film ins Risiko gehen. Et voilà: „The Outrun“, ein Film mit nur Grundzügen einer äußeren Handlung. Eine Geschichte über Gefühle. Filmkunst ausdrücklich erwünscht.

Die Hauptfigur Rona ist angelehnt an die britische Autorin Amy Liptrot, die 2011 nach Jahren des Exzesses und des allmählichen Kontrollverlusts in London auf die Orkney-Insel zurückkehrte, zu ihren Eltern, um trocken zu werden. Als das zunächst nicht klappte, zog sie ein Jahr später auf Papa Westray, eine der kleineren, nördlichsten Inseln der Orkneys, wo die Stürme brutal sind und der Atlantik allgegenwärtig. Während dieser Zeit schrieb Liptrot eine Kolumne auf der Website „Caught By The River“, einer der Geburtsstätten der britischen Nature-Writing-Bewegung. Später wurde daraus ein Bestseller-Roman. Liptrot schrieb über das Land, die Gräser, die Vögel, darüber, wie sie im eiskalten Meer badete, Steinmauern baute und auf der Farm ihres Vaters beim Gebären der Lämmer half.



Die Haarfarben zeigen an, auf welcher Zeitebene wir uns gerade befinden: Saoirse Ronan in „The Outrun“.
FOTO: STUDIOCANAL

Nature Writing wird dann interessant, wenn der Beobachter sich in der Beobachtung auflöst und die Erzählung in eine Ordnung anderer Art eintritt. Dann ist da irgendwann nur noch ein Gewimmel, ein Geschwebe, alles wächst, lebt und vergeht, vom Menschen bleibt eine ferne Erinnerung, wie ein Gesicht im Sand. Vielleicht gibt es dort Heilung. Vielleicht gibt es dort Ekstase ohne Schnaps.

„The Outrun“ allerdings geht den entgegengesetzten, einfacheren Weg: Die Natur wird Mensch. Sie wird zu einer Verlängerung des Leibes. „Mein Körper ist ein Kontinent“, sagt Rona aus dem Off. „Die Landzungen der Inseln ragen aus dem Meer wie meine Gliedmaßen in der Badewanne. Meine Sommersprossen sind berühmte Wahrzeichen und meine Tränen sind Flüsse. Jedes Mal, wenn ich niese, schlägt ein Blitz ein. Und wenn ich einen Orgasmus habe, gibt es ein Erdbeben.“ Die Suchtanfälle sind auf dieser Off-Erzählebene unterirdische Erschütterungen, ausgelöst von den Überresten einer gewaltigen Schlange, deren Leib einst die Erde umschlang. Hinter der romantischen Beseelung der Welt lauert aber stets die Esoterik. Rona sagt als Erzählerin ihrer Geschichte: „Die Vergangenheit verfolgt uns, Energie vergeht nie.“

Auch die Bildgestaltung wirkt stellenweise etwas brechstangenhaft. Wenn die unterirdischen Erschütterungen kommen, der Suchtdruck, wirbelt die Kamera um Saoirse Ronan herum, damit es auch wirklich jeder kapiert.

An der Hauptdarstellerin liegt es nicht, dass die Inszenierung so viel Aufwand betreiben muss. Man guckt Ronan auch dann gern zu, wenn sie nur im Sturm eine Zigarette raucht oder einen Seehund betrachtet. Aber es ist halt immer etwas los. Ärger über die gläubige Mutter und ihre dämlichen Gebete. Sorgen wegen des bipolaren Vaters. Die Erzählung springt zwischen der Zeit in London und der Gegenwart hin und her, dem Gelächter mit Freunden, dem Anstoßen, dem Verschmelzen von Tagen und Monaten im Rausch, den Scherben auf dem Boden, den besoffenen Wutschreien, den leeren Blicken des Partners. Und dann sitzt sie halt wieder da im Auto auf dieser vom Sturm gepeinigten Insel und muss im Auftrag der Königlichen Gesellschaft für Vogelschutz nach bedrohten Vogelarten lauschen. Das sind, für sich genommen, immer wieder schöne, bedrückende, poetische Szenen.

Nora Fingscheidt hat sich mit ihren weiblichen Hauptfiguren bislang am „Outrun“ des Bewusstseins bewegt – noch auf festem Boden, aber schon vom Wahnsinn umspült. Nur ist die lodernde Wildheit seit „Systemsprenger“ immer weiter auf die Ebene des Symbolischen gerutscht, um schließlich beim Erzählkommentar anzugelangen. Das saugt dem Film etwas von seiner Kraft aus, denn offensichtlich bekommt er diese starken Gefühle nicht aus sich selbst heraus erzählt. Zurück bleibt ein ähnliches Gefühl wie nach „The Unforgivable“, nur etwas deutlicher: Der Film kommt über die Ziellinie, aber der Weg dahin fühlt sich hart erkämpft an.

Beim nächsten Film dürfte sich Fingscheidt ruhig wieder auf einige der Qualitäten von „Systemsprenger“ besinnen: das besinnungslose Vertrauen auf das Schauspiel der Hauptdarstellerin, den Verzicht auf jede Ablenkung davon, jede Art von Ballast, jede Symbolik und Konvention. Fingscheidt ist jetzt drin im System des internationalen Autorenkinos. Zeit, es zu sprengen.

Philipp Bovermann

The Outrun, D/GB 2024 – Regie: Nora Fingscheidt. Buch: Amy Liptrot, Fingscheidt. Kamera: Yunus Roy Imer. Musik: John Gürtler, Jan Miserre. Mit Saoirse Ronan, Paapa Essiedu, Stephen Dillane. Verleih: Studiocanal, 119 Minuten.

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

Wohin mit den alten Windrädern?

Tausende Windenergieanlagen in Deutschland sind älter als 20 Jahre und werden demnächst abgebaut. Die Recyclingbranche ist darauf nicht vorbereitet.

Von Gabriela Beck

In Deutschland stehen derzeit rund 29 000 Windenergieanlagen auf dem Festland. Knapp die Hälfte wurde vor mehr als 15 Jahren errichtet, über ein Viertel ist älter als 20 Jahre. Mit einer geschätzten Lebensdauer von 20 bis 30 Jahren werden bald Tausende Anlagen abgebaut oder durch neue, leistungsstärkere Windräder ersetzt. Die Recyclingbranche warnt vor einem Müllproblem.

Eine Windkraftanlage setzt sich aus den Hauptkomponenten Fundament, Turm, Gondel mit Getriebe, Generator und Steuerungselektronik sowie Rotor zusammen. Am Ende ihres Lebenszyklus werden ganze gebrauchte Windräder oder Teile davon wie Turbinen oder Schaltanlagen als Ersatzteile gehandelt oder Secondhand ins Ausland verkauft. Das vermindert CO_2-Emissionen, weil die Komponenten nicht wieder neu hergestellt werden müssen.

Recycling wiederum dient der Rohstoffsicherung, wenn die Materialien im Land bleiben. Für viele der in einem Windrad enthaltenen Baustoffe – Stahl, Kupfer, Aluminium – gibt es etablierte Verfahren für eine umweltgerechte Aufbereitung. „Technisch sehe ich beim Recyceln der Massenmetalle keine Schwierigkeiten“, sagt Jens Gutzmer, Direktor des Helmholtz-Instituts Freiberg für Ressourcentechnologie.

Probleme und Chancen zugleich sieht er bei Neodym-Magneten, die in getriebelosen Windrädern verbaut sind. „Diese Magneten bieten sich für das Recycling eigentlich an, können aber aktuell nur gesammelt und zum Recycling nach China verschickt werden.“ Investoren in Europa scheuten das Risiko in den neuen Markt einzusteigen, der durch den Ausbau der Windenergie gerade erst im Entstehen ist. Genauso wie der Bau von Windrädern steuerlich durch die Erneuerbare-Energien-Umlage begünstigt worden sei, hätte man auch gleich den Aufbau einer Recycling-Infrastruktur für Windkraftanlagen unterstützen müssen, kritisiert er die Kurzsichtigkeit bei der Gestaltung der Energiewende.

Ein Bestandteil von Windenergieanlagen, der tatsächlich nur schwer recycelt werden kann, sind die Rotorblätter. Sie haben eine Hülle aus Glasfaser-Verbundkunststoffen und enthalten auch Carbonfasern, die den langen Flügeln hohe Stabilität bei geringem Gewicht verleihen. In ihrer Schale stecken leichtes Balsaholz und PET-Schaum als aussteifende Elemente. Das Problem: Es gibt noch kein im industriellen Maßstab nutzbares Verfahren, mit dem sich die Fasern aus dem ausgehärteten Kunstharz lösen lassen, das in dem Materialverbund als Klebstoff und Formgeber dient. Bislang werden Rotorblätter nach ihrer Demontage daher verbrannt oder deponiert, oft im Ausland. Laut einer Studie des Umweltbundesamtes (UBA) sind allein in diesem Jahrzehnt beim Rückbau von Windenergieanlagen jährlich etwa 20 000 Tonnen an Rotorblatt-Abfällen zu erwarten, mittelfristig ist mit 50 000 Tonnen zu rechnen.

Manche Fundamente reichen 30 Meter tief in den Boden

Eine Alternative zu Verbundkunststoffen gibt es bisher nicht. „So ein Rotorblatt dreht sich 20 bis 30 Jahre lang andauernd im Wind und ist dabei starken dynamischen Kräften ausgesetzt.

Es wird viel mehr belastet als zum Beispiel ein Flugzeug, das ja nicht dauernd in der Luft ist“, erklärt Niels Ludwig, Abteilungsleiter Rotorblätter beim Fraunhofer-Institut für Windenergiesysteme (IWES). „Kein anderes Material kann das so effizient leisten.“

Glasfasern ließen sich einschmelzen und künftig wahrscheinlich sogar zu gleichwertigem Glas verarbeiten, Kohlefasern durchliefen ein Downcycling und könnten in Verbundkunststoffen minderer Qualität wieder zum Einsatz kommen. Aber zuerst einmal stecken sie im Harz fest. „Die Herausforderung beim Recycling ist es, Werkstoffe sauber voneinander zu trennen und sie dann separat wiederzuverwerten“, sagt Ludwig. Am Fraunhofer IWES läuft gerade ein Forschungsprojekt mit einem neuartigen Harz, das sich in 80 Grad heißer Essigsäure auflösen lässt. „Bislang kann das Harz, welches ungefähr 25 Prozent eines Rotorblatts ausmacht, jedoch noch nicht in dem angestrebten, vollständigen Materialkreislauf wiederverwendet werden.“

Bis zu 90 Prozent der gesamten Materialmasse eines Windrads inklusive Fundament besteht allerdings aus Beton. Das beim Abbau anfallende Bruchmaterial kann direkt vor Ort zerkleinert und regional für den Bau von Wegen oder neuer Fundamente genutzt werden. Alternativ wird Betonschutt als Zuschlagstoff für Recyclingbetone aufbereitet. Bei den Fundamenten wird es kompliziert. Immerhin ist die Fundamentplatte bis zu vier Meter tief und hat einen Durchmesser von 20 bis 30 Meter. Manche Fundamente haben darüber hinaus einen Betondorn, der bis zu 30 Meter tief in den Boden reicht.

Gemäß Paragraf 35 des Baugesetzbuchs „ist die Anlage zurückzubauen und Bodenversiegelungen sind zu beseitigen“. Viele Bundesländer und auch die Rechtsprechung gehen daher von einer Verpflichtung zur vollständigen Beseitigung der Fundamente aus. „Vollständig heißt aber nicht immer zu hundert Prozent“, sagt Marie-Luise Plappert vom UBA. „Wir haben hier, wie so oft, unterschiedliche Regelungen in den Bundesländern.“

Auch wird hinsichtlich der Rückbauverpflichtungen zwischen Alt- und Bestandsanlagen unterschieden, je nachdem, ob sie ihre Genehmigung vor oder nach dem 20. Juli 2004 erhalten haben. In jenem Jahr wurden die Vorgaben für den Rückbau verschärft. In Einzelfällen besteht demnach die Möglichkeit, den Rückbau des Fundamentes bis auf eine Tiefe von zwei Metern unter Geländeoberfläche zu beschränken. „Das bedeutet, dass nur ein Teil der Fundamente abgetragen und dann Erde aufgeschüttet wird, sodass die vorherige Nutzung, das heißt Land- oder Forstwirtschaft, wieder möglich ist“, erklärt Plappert. Bislang gibt es jedoch keinen rechtlich verbindlichen bundes- oder gar europaweiten Standard zum Rückbau.

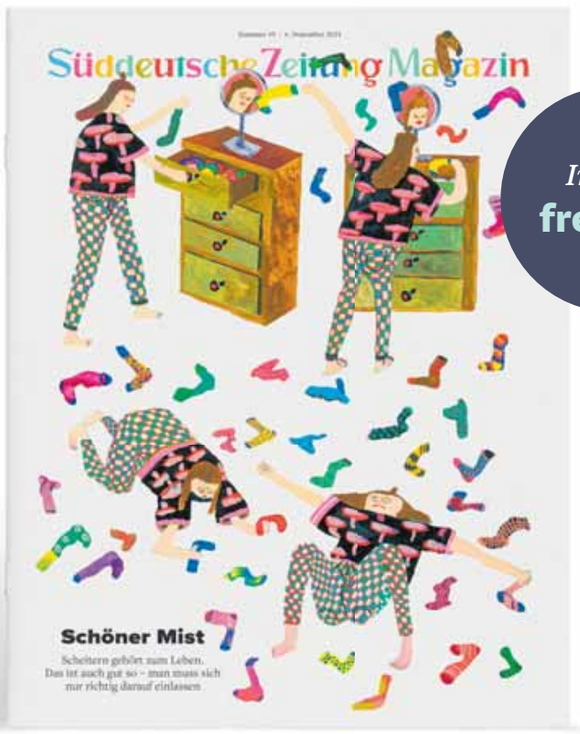
Unter vollständigem Rückbau versteht jedes Bundesland etwas anderes

Abgebaut werden Windkraftanlagen, wenn sie durch Sturm oder Gewitter stark beschädigt wurden oder wenn am selben Standort eine leistungsfähigere Anlage aufgebaut werden kann. Abgebaut werden Windräder aber auch, wenn sich der Betrieb nicht mehr lohnt, etwa weil die Förderung nach dem EEG nach 20 Jahren ausgelaufen ist und die finanziellen Erträge dadurch nicht mehr so hoch sind. „Man hat spätestens rund um 2020 eine große Repowering-Welle erwartet, weil da bereits über 4000 Windräder 20 Jahre und älter waren“, sagt Holger Ohlenburg, Leiter des Teams Windenergie am Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende (KNE). „Es hat sich aber zunächst gezeigt, dass nicht wenige Betreiber ihre Anlagen weiterlaufen lassen.“ Für leistungsfähigere und damit auch schwerere Anlagen, müssten sie erneut ein komplettes Zulassungsverfahren durchlaufen, mit allen Prüfungen und Nachweisen.

„Das ist mit viel Aufwand verbunden und nicht an jedem Standort möglich.“ Neue Windräder haben zumeist auch andere Standortanforderungen als die bestehenden Anlagen. Rotorblätter moderner Landanlagen sind derzeit 60 bis knapp über 80 Meter lang. Aufgrund der Turbulenzen und gegenseitigen Beeinflussung brauchen diese Windräder andere Abstände zueinander als alte Anlagen, und man kann sie auch nicht einfach auf deren Fundamente stellen.

„Im Moment gehen wir davon aus, dass wir auch langfristig mit rund 30 000 modernen, größeren Windkraftanlagen an Land und den extrem starken Offshore-Anlagen auskommen“, sagt Ohlenburg. Wenn sich die Energiebedarfe aber noch mal deutlich erhöhen sollten, würden an Land vielleicht doch mehr Anlagen nötig. Und auch die neuen Windräder müssen irgendwann zurückgebaut werden. Man kann nur hoffen, dass sie dann besser recycelbar sind als die erste Generation.

In Windrädern wird eine Menge Material verbaut, hier im Landkreis Oder-Spree in Brandenburg. FOTO: PATRICK PLEUL/DPA



Immer **freitags**

Süddeutsche Zeitung Magazin

Morgen im SZ-Magazin

- **Übernachten** Wie ein Berliner Architekt mit einem Minihotel auf Rädern Obdachlosen in seiner Stadt friedliche Nächte beschert.
- **Überbrücken** Nach mehr als vierzig Jahren verabschiedet sich Renate Künast aus dem Bundestag. Ein Interview über Anerkennung und die Frage, wie sie den Übergang in eine Zeit ohne Politik gestalten möchte.
- **Überdauern** Durch Instagram und TikTok grassiert eine neue Generation von Ohrwürmern. Warum prägen die sich besonders gut ein?

Lesen Sie alle Geschichten:
Am Freitag in Ihrer SZ

Süddeutsche Zeitung

Politiker: Virus kam wohl aus Labor

Ein von US-Republikanern geführter Untersuchungsausschuss führt den Ausbruch der Corona-Pandemie auf einen Unfall zurück, Demokraten widersprechen.

Zwei Jahre lang hat sich ein Sonderunterausschuss des US-Repräsentantenhauses mit der Corona-Pandemie befasst, mit dem Umgang des Landes mit dem Virus, aber auch mit der Suche nach einem möglichen Ursprung des Erregers. Am Montag hat der von Republikanern geführte Ausschuss seinen Abschlussbericht mit über 500 Seiten veröffentlicht, am Dienstag haben die Demokraten im Ausschuss ihre Sicht der Dinge vorgelegt. Die Schlussfolgerungen könnten unterschiedlicher kaum sein. Diverse Anhörungen und Interviews flossen in den Bericht ein. So wurden zum Beispiel Wissenschaftler dazu befragt, ob sie an einer Vertuschung des Corona-Ursprungs teilgenommen hätten, an der maßgeblich Anthony Fauci, der ehemalige Direktor des National Institute of Allergy and Infectious Diseases (NIAID) beteiligt gewesen sein soll. Mehr als eine Million Dokumentenseiten seien vom Ausschuss ausgewertet worden, heißt es in einer Zusammenfassung.

Das republikanische Lager destilliert aus all dem eine Reihe von Argumenten, die für die sogenannte Labor-Hypothese sprechen sollen. Dieser zufolge wurde das Pandemie-Virus Sars-CoV-2 in einem chinesischen Labor erschaffen und aus Versehen freigesetzt. In der Zusammenfassung heißt es zum Beispiel, Sars-CoV-2 verfüge über biologische Merkmale, die es so in der Natur nicht gebe. Im Bericht gibt es dazu keine näheren Einzelheiten. Mutmaßlich zielt die Formulierung auf die sogenannte Furin-Schnittstelle ab, ein molekulares Detail, das dem Virus hilft, sich in Zellen der menschlichen Atemwege zu vermehren. Diese ist in der fraglichen Familie von Coronaviren tatsächlich selten anzutreffen, kann aber durch Mutation sehr einfach entstehen. Ein gentechnischer Eingriff im Labor ist nicht zwingend vorauszusetzen.

Weiter wird argumentiert, dass alle Fälle auf eine einzelne Infektion zurückgeführt werden könnten. Tatsache ist jedoch, dass die frühesten genetischen Sequenzen aus der chinesischen Stadt Wuhan, wo das Virus Ende 2019 entdeckt wurde, darauf hindeuten, dass es zu Beginn gleich mehrere Infektionen gab. Sehr früh konnten zwei Viruslinien unterschieden werden, von denen sich eine durchsetzte. Diese Beobachtung lässt sich am einfachsten damit erklären, dass infizierte Tiere ihre Erreger an verschiedene Menschen weitergegeben haben. Nach Auffassung der allermeisten Fachleute hat sich das mit größter Wahrscheinlichkeit auf einem Markt in Wuhan zugetragen. In dem Bericht heißt es unter Berufung auf einen Meinungsbeitrag der Molekularbiologin Alina Chan in der *New York Times*: Wenn das Virus von Wildtieren, die auf dem Markt in Wuhan gehandelt wurden, auf den Menschen übergesprungen sei, hätte man dazu längst passende molekulare Spuren finden müssen. Es gibt durchaus Spuren, die genau darauf hindeuten. Das legte zuletzt eine Gruppe um die Evolutionsbiologin Florence Débarre vom Nationalen Zentrum für wissenschaftliche Forschung (CNRS) in Paris im September dar. Die bislang ausgewerteten molekularen Spuren sind allerdings nicht eindeutig. Klarheit könnten nur neue Daten aus China schaffen.

Generell ist es überraschend, dass der Bericht auf Argumente Chans zurückgreift, die am Broad Institute in Cambridge, Massachusetts, arbeitet. Denn dem Ausschuss standen auch die Einschätzungen der verschiedenen US-Nachrichtendienste zur Verfügung. Ebenso zitiert der Bericht zur Frage, ob sich eine Furin-Schnittstelle durch evolutionäre Mechanismen bilden könnte, Einschätzungen des Journalisten Nicholas Wade, nicht aber die Auffassung von Expertinnen oder Experten für Virus-Evolution.

Im Kapitol in Washington, D. C., finden die Sitzungen des Senats und des Repräsentantenhauses statt. FOTO: REUTERS

Über 50 Seiten des Berichts befassen sich damit, welche Rolle das NIAID dabei gespielt haben könnte, das Virus in die Welt zusetzen. Tatsächlich gab es Forschungsförderung von amerikanischer Seite für Virusforschung in Wuhan. Soweit aus bislang öffentlich einsehbaren Dokumenten herauszulesen ist, gab es aber kein Geld für Experimente, bei denen das neue Sars-Virus hätte entstehen können. Nach allem, was man weiß, wurde in jenem Labor in der Nähe des Marktes, der den meisten Fachleuten als Ausgangspunkt der Pandemie gilt, nicht mit Viren gearbeitet, die als Vorläufer des Pandemie-Virus gelten können.

Dem ehemaligen NIAID-Direktor Anthony Fauci wird in dem Bericht dennoch vorgeworfen, er habe versucht, ein Zutun seines Instituts zur Entstehung des Virus zu vertuschen. Es heißt, er habe einen Fachartikel orchestriert, um gleich zu Beginn die Labor-Hypothese zu diskreditieren. Diese Behauptungen werden unter Anhängern der Labor-Hypothese viel diskutiert. Belege dafür gibt es bislang keine belastbaren. Auch die Autoren des Papers bestreiten eine Einflussnahme durch Fauci.

Die Demokraten des Gremiums widersprechen in ihrem Bericht den Schlussfolgerungen der republikanischen Seite; sie verteidigen Fauci. Der Unterausschuss habe es „nicht geschafft, die Ursprünge des Virus zu finden oder unser Verständnis für die Entstehung des neuartigen Coronavirus zu verbessern“. Ein zoonotischer Ursprung und ein Laborunfall seien beide plausibel, ebenso ein „hybrides“ Szenario, etwa der Ausbruch eines natürlich entstandenen Virus aus einem Labor. Keines der Szenarien sollte vorschnell ausgeschlossen werden. Die Arbeit des Ausschusses habe jedoch zur Klärung dieser Frage nichts beigetragen, „die Ursprünge von Covid-19 sind unbekannt“. **Hanno Charisius**

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

Zum Dax-Rekord in dieser Woche gab es Muffins an der Frankfurter Börse. FOTO: HELMUT FRICKE/DPA

Wie lang geht das noch gut?

Bei 20 000 Punkten steht der Dax nun. Einige haben Angst, sie fürchten einen Crash. Doch eine SZ-Analyse zeigt: Der muss nicht kommen.

Von Victor Gojdka

20 000 Punkte – diese wichtige Marke hat der Dax zu Beginn dieser Woche überschritten. Doch statt angesichts von Rekorden zu jubilieren, regt sich bei vielen Privatleuten Unbehagen. Kann das so weitergehen? Um es klar zu sagen: Niemand kann die Zukunft vorausahnen, jedoch gibt die Historie des Index einen interessanten Fingerzeig. Um zu verstehen, wie der Dax auf Rekorde reagiert, hat die SZ nachgerechnet.

Wie besonders ist der neue Rekord im Dax?
Der neue Rekord im Dax ist außergewöhnlich und völlig normal zugleich. Dass der Dax eine Zehntausender-Marke überschreitet, hat es in seiner Geschichte seit 1988 erst zweimal gegeben – insofern hat das Ereignis Seltenheitswert. Zugleich markierte der Leitindex der deutschen Börse in seiner Lebenszeit bereits 498 Rekorde, statistisch also an rund jedem zwanzigsten Handelstag seiner Geschichte. Anlegerinnen und Anleger sind also gut beraten, genau zu verstehen, wie der Dax nach Rekorden reagiert.

Und was passiert nach Rekorden im Dax?
Eine Überraschung. In aller Regel kommt nach einem Rekord schlicht noch ein Rekord. Nach mehr als 50 Prozent aller historischen Dax-Rekorde markierte der Index schon am folgenden Tag das nächste Hoch. In 94 Prozent aller Fälle dauerte es nicht mal ein Jahr, bis der Dax den nächsten Rekord erklomm. Dass viele Rekorde so schnell aufeinanderfolgen, ist nur logisch: Wenn der Index von einem Rekord aus weiter steigt, bedeutet das denklogisch ja direkt einen nächsten Rekord.

Aber sind Rekorde im Dax nicht doch eher ein Alarmsignal?
Rekorde sind erst mal ein Grund zur Freude. Es ist aber absolut verständlich, dass bei vielen Menschen neben Freude auch ein Magengrimmen einsetzt. Je höher die Kurse eines Index klettern, desto größer scheint auch die Fallhöhe. Dabei übertragen Anlegerinnen und Anleger allerdings Naturgesetze aus der Physik auf die Welt der Börse, die sich bekanntlich nicht an physikalische Regeln hält.

Denn faktisch zeigt sich in der SZ-Analyse: Die Absturzangst der Privatleute war zumindest in der Vergangenheit relativ unbegründet. Ein Jahr nach Dax-Rekorden stand der Leitindex in rund 61 Prozent der Fälle höher als vorher. Wer nach einem Rekord gar drei Jahre warten konnte, sah den Dax zum Stichtag dann in 83 Prozent aller Fälle höher. Und wer nach zehn Jahren wieder auf die Kurstafel schaute, sah den Leitindex in mehr als 90 Prozent der Fälle höher notieren. Diese Daten verdeutlichen den langfristigen Aufwärtsweg der Börsen. Meistens ergab es daher mehr Sinn, direkt an der Börse einzusteigen als wegen eines flauen Magens abzuwarten und den steigenden Kursen hinterherzuschauen.

Aber was passiert, wenn es direkt nach dem Rekord zum Crash kommt?
Das kann passieren. Kurz nach der Jahrtausendwende, als viele Anlegerinnen und Anleger von den Verheißungen des Internets träumten, krachte der deutsche Leitindex ab Anfang März in die Tiefe. Zu viele Aktien mit zu vagen Geschäftsmodellen fielen wie Soufflés in sich zusammen, teilweise flogen auch Betrüger auf – und die Börseneuphorie war vorbei. Erst drei Jahre später, im März 2003, stoppte der Dax seine Talfahrt bei einem Minus von rund 70 Prozent. Von dort aus dauerte es noch bis in den Mai 2007, bis Anlegerinnen und Anleger wieder auf null gewesen wären. Was damals noch kaum jemand ahnte: Mit der Finanzkrise folgte direkt der nächste Crash.

Gegen Crashs wappnen sich Anlegerinnen und Anleger am besten, indem sie je nach individueller Verlusttoleranz vielleicht nicht all ihr Anlagegeld an den Aktienmarkt schieben. Stattdessen könnten sie zum Beispiel nur mit 50 Prozent dem Lauf der Aktienbörsen folgen und mit den restlichen 50 Prozent auf sicherere Zinsanlagen setzen.

Lassen sich Crashs absehen?
Bislang hat noch niemand an der Börse einen zuverlässigen Crashindikator gefunden. Ob Aktienindizes bereits „zu hoch" stehen, ist immer Ansichtssache. Um zu ermitteln, wie gerechtfertigt Börsenkurse sind, schauen viele Börsenprofis jedoch gerne auf das Kurs-Gewinn-Verhältnis (KGV). Die Kennziffer wirft aus, wie viele Jahresgewinne der Dax-Unternehmen man aufhäufen müsste, um den gesamten Index aufzukaufen. Derzeit müsste man 16-mal den aktuellen Unternehmensgewinn aller Dax-Firmen aufsummieren, um den gesamten Dax zu kaufen. Langfristig lag das KGV des Dax jedoch nur bei etwas mehr als 13. Damit ist der Index im Vergleich zu seiner Historie momentan leicht „teurer" als sonst. Ein klarer Crashindikator ist das jedoch keineswegs, eher eine interessante Beobachtung.

Wie sinnvoll ist es, mit dem eigenen Geld dem Dax zu folgen?
Heimatliebe ist beim Anlegen kein guter Ratgeber. Viele deutsche Anlegerinnen und Anleger setzen laut Fachleuten zu stark auf heimische Aktientitel: Laut einer Studie des Vermögensverwalters Whitebox auf Basis von Bundesbank-Daten stecken rund 54 Prozent des Aktienvermögens der Menschen im Land in deutschen Aktien, obwohl Deutschland nur für rund vier Prozent der globalen Wirtschaftsleistung steht und am gesamten Gewicht der Weltbörsen gar nur zwei Prozent Anteil hat.

Nach dem Dotcom-Crash krachte der Dax 70 Prozent in die Tiefe

Folgen Anlegerinnen und Anleger dem Dax mit börsengehandelten Indexfonds (ETFs), hängt ihr Geld außerdem nur an 40 Aktien – von A wie Adidas bis Z wie Zalando. Im weltweiten Industrieländer-Index MSCI World sind hingegen rund 1400 Firmen vertreten. Ein noch breiterer Weltaktien-Index deckt rund 99 Prozent des Gewichts der gesamten Weltbörsen ab und vereint unter dem Titel MSCI ACWI IMI sogar rund 8650 Titel. Wer angesichts dieser Zahlen nur auf den Dax setzt, streut sein Geld also schlechter und liefert sich vergleichsweise wenigen Aktien aus.

Das hinterließ Spuren: Während beide Indizes in der SZ-Analyse seit dem Dax-Start 1988 im langfristigen Schnitt mehr als acht Prozent Rendite pro Jahr lieferten, ging das Risiko deutlich auseinander. Während der MSCI World seine schlimmste Talfahrt bei etwas mehr als 50 Prozent Minus beendete, krachte der Dax mit dem Dotcom-Crash rund 70 Prozent in die Tiefe. Selbst abseits der Crashs schwankt der heimische Leitindex grundlegend stärker als der MSCI World: Während der Schwankungswert, die Volatilität, des Weltindex mit einem Wert von 14,3 einer gelben Ampel entspricht, lag der entsprechende Wert des Dax bei mehr als 18 – eine dunkelgelbe Ampel. Experten empfehlen daher, den Dax mit höchstens fünf oder zehn Prozent am eigenen Aktiendepot beizumischen.

Nach Rekorden stand der Dax meistens höher

In so viel Prozent aller Rekorde stand der Dax später höher nach…

1 Jahr	2 Jahren	3 Jahren	10 Jahren	20 Jahren
61,45%	81,07%	83,20%	93,12%	100%

Rechnung mit Tagesschlusskursen; nominal; in DM/€; Gross-Total-Return-Variante des Index; ohne Kosten und Steuern; reine Indexrendite; Zeitraum: 31.12.1987 - 3.12.2024

SZ-Grafik: amon; Quelle: eigene Berechnungen, LSEG

DAX-REKORD

Boom ohne Bürger

Von Harald Freiberger

Man muss im eigenen Gedächtnis tief graben, um zu ergründen, was man in jüngeren Jahren eigentlich so alles an Finanzbildung mitbekommen hat. Da gab es den Mann von der Sparkasse, der einmal im Jahr in die Grundschule kam, um die blecherne Sparbüchse der Schüler zu leeren und die Summe auf dem Sparbuch gutzuschreiben. Ein Guthaben von fünf D-Mark hatte man schon zur Geburt geschenkt bekommen.

Später veranstaltete die Sparkasse ein Börsenspiel, bei dem jeder virtuell eine Handvoll Aktien auswählen konnte. Sieger war derjenige, dessen Kurse sich nach einem halben Jahr am besten entwickelt hatten. Am Gymnasium gab es dann noch ein Jahr lang Wirtschaft und Recht als Unterrichtsfach, von dem man nur in Erinnerung hat, dass irgendwie die Funktionsweise eines Wechsels erklärt wurde.

Mit 20 verstand man von Wirtschaft und Finanzen ungefähr so viel wie von Einsteins Relativitätstheorie. Geldanlegen und Sparen, das war etwas für die anderen. Es fehlte jegliches Verständnis dafür, dass dies alles mit dem eigenen Leben zu tun haben könnte. Tatsächlich ist das Verständnis dafür jedoch ziemlich wichtig, weil jeder Mensch abhängig ist von der Sicherheit seines Arbeitsplatzes, seiner Gesundheitsversorgung oder seiner Rente und Altersvorsorge.

Und damit zum Dax, dem deutschen Börsenbarometer, das am Montag erstmals in seiner 36-jährigen Historie die Marke von 20 000 Punkten übersprungen hat. Die Nachricht sorgte für einiges Aufsehen, und viele fragten sich, wie es der Börse so gut gehen kann, wo es uns doch allen so schlecht geht. Dabei besteht zwischen beidem ein direkter Zusammenhang: Es würde viel mehr Menschen besser gehen, wenn sie mit Dax, Börse, Finanzen und dem ganzen Wirtschaftsdings nicht so fremdeln würden.

Stell dir vor, der Dax steigt über 20 000, und kaum jemand hat was davon. Nach den letzten Zahlen besaßen 12,3 Millionen Bundesbürger Aktien, Aktienfonds oder ETFs, die Indizes wie den Dax abbilden. Das sind 17,6 Prozent der Bevölkerung ab 14 Jahren, also rund jeder Sechste. Eine verschwindend geringe Quote, wenn man es mit Ländern wie den USA, England, Schweden oder Norwegen vergleicht, wo häufig mehr als jeder Zweite seine Altersvorsorge auf Aktien aufgebaut hat. In Deutschland dominiert dagegen die Vorstellung, bei der Börse handle es sich um ein Finanzcasino, um eine reine Zockerbude, in der sich einige wenige Reiche auf Kosten aller noch mehr bereichern. Das ist eine stark verzerrte Sicht auf die Realität. Denn in Wirklichkeit handelt es sich bei der Börse um einen Spiegel der weltweiten Wirtschaft, der zwar kurzfristig ebenfalls verzerrt sein kann, langfristig aber die Realität originalgetreu abbildet. Und diese Realität sagt, dass die weltweite Wirtschaft seit Jahrhunderten immer weiter wächst, weil die Menschen ihre materielle Lage verbessern wollen.

Es würde vielen besser gehen, wenn sie mehr über Finanzen wüssten

Bezeichnend war die Diskussion um die Aktienrente, die sich mit dem Aus der Ampel nun ohnehin erübrigt hat. Ein staatlich organisierter Fonds auf der Basis von Aktien mit niedrigen Gebühren nach norwegischem Vorbild wäre dringend nötig als zusätzliche Altersvorsorge für das absehbar kaum zu haltende Niveau der gesetzlichen Rente – statt Riester-Rente, Investmentfonds oder Versicherungen, bei denen die Gebühren meist jegliche Rendite zunichtemachen. Doch der Vorschlag wird zerredet mit dem Argument, man wolle die Altersvorsorge der Bundesbürger nicht „an der Börse verzocken lassen".

Dabei ist es genau umgekehrt: An der Börse und den Unternehmen, die sie repräsentieren, hängt auch alles andere. Wenn die Wirtschaft nicht mehr läuft, sieht es bald auch schlecht aus mit der Sicherheit der Arbeitsplätze, der Gesundheitsversorgung und der Renten. Der Dax besteht aus den 40 größten deutschen Aktiengesellschaften, die allein Millionen von Arbeitsplätzen auf sich vereinigen. Jeder Bundesbürger ist schon Teil des Dax und der weltweiten Wirtschaft – aber investieren will man nicht in sie? Das sind Zusammenhänge, die man auch einmal im deutschen Schulsystem vermitteln könnte. Aber im Land von Schiller und Goethe gilt alles, was mit Wirtschaft zu tun hat, als etwas, das man am besten gar nicht anfasst. Ein großer Irrtum!

Coca-Cola reduziert Umweltziele

Kurz nach dem gescheiterten UN-Vertrag zur Plastikverschmutzung kippt der Konzern sein Ziel, bis 2030 zur Hälfte auf Recycling-Material umzustellen.

München – Es ist nicht einmal eine Woche her, dass die Verhandlungen über einen UN-Vertrag zur Umweltverschmutzung durch Plastikmüll in Südkorea gescheitert sind – und schon ziehen die ersten Unternehmen ihre Konsequenzen. So hat der US-Getränkekonzern Coca-Cola angekündigt, seine Umweltziele zu reduzieren. Umweltschützer kritisierten das Vorgehen des Unternehmens.

Coca-Cola will den Anteil von recyceltem Material in der Verpackungsherstellung bis 2035 nur noch auf 35 bis 40 Prozent steigern. Zuvor hatte das Unternehmen noch geplant, dass bis 2030 mindestens die Hälfte des Verpackungsmaterials aus recyceltem Glas, Plastik und Aluminium stammen soll. Des Weiteren hat der Konzern die eigenen Sammel- und Recyclingbemühungen – pro verkaufte wird eine Flasche oder Dose gesammelt und wiederverwendet – um ein Viertel zurückgestutzt.

Auch das bisher erklärte Ziel, ein Viertel der Getränke in wiederverwendbaren Gebinden zu verkaufen, ist von der Internetseite des Unternehmens verschwunden. Coca-Cola hatte dies als „industrieführendes Ziel" bezeichnet. Ein weiterer Nachhaltigkeitsaspekt, den der Getränkehersteller abgeräumt hat, sind seine Prinzipien für nachhaltige Landwirtschaft, die Bereiche wie Arbeitsrechte oder den Erhalt von Waldflächen abgedeckt hatten. Auch in der Emissionsbegrenzung ist das Unternehmen einen Schritt zurückgegangen. Wo bisher noch eine Reduzierung des Treibhausgasausstoßes um 25 Prozent bis 2030 das Ziel war, ist nun lediglich eine nicht weiter bezifferte Reduzierung bis 2035 geplant.

„Wir essen und trinken täglich Gift."

Trotz aller Aufweichungen sagte eine Coca-Cola-Sprecherin, dass das Getränkeunternehmen weiterhin bestrebt sei, seiner Verantwortung „durch die weiterentwickelten, freiwilligen Umweltziele" nachzukommen. Wie gut das funktioniert, lässt sich an den Reaktionen erkennen: „Wir sind extrem enttäuscht", sagt Kelly McBee von der Umweltgruppe As You Sow, die Coca-Cola zuvor wegen ihrer Verpackungsziele gelobt hatte, in der *Financial Times*. „Zu sehen, dass diese Ziele vom Tisch sind, ist ziemlich bestürzend."

Dabei zeigen die Zahlen und Entwicklungen, die im Kontext des UN-Verhandlungen in Südkorea aufgekommen sind, wie wichtig ein verstärktes Bekenntnis zum Umweltschutz wäre.

Rund 460 Millionen Tonnen Kunststoffe werden nach Zahlen der OECD im Jahr weltweit produziert, Tendenz stark steigend. Coca-Cola-Produkte machen einen nicht zu vernachlässigenden Teil davon aus: Knapp sechs Millionen Tonnen Verpackungsmaterial hat das Unternehmen 2023 verarbeitet, darunter rund 140 Milliarden Plastikflaschen und 75 Milliarden Alu-Dosen.

Diese Kunststoffe, wenn sie nicht recycelt werden, zerfallen in der Umwelt, in den Weltmeeren, in immer feinere Partikel, landen als sogenanntes Mikroplastik über die Luft und das Trinkwasser in den Organismen der Tiere und Menschen und können dort zu schwerwiegenden Krankheiten führen. Der UN-Delegierte aus Panama fand drastische Worte, als er in Südkorea für eine Weiterführung der Verhandlungen warb: „Wir essen und trinken täglich Gift", rief er. **Torben Kassler**

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

Signa-Gründer René Benko im Mai bei einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss in Wien. FOTO: G. HOCHMUTH/DPA

Wo ist der Mann eigentlich gerade?

Der Tiroler Unternehmer René Benko soll „einer der Förderer" einer kriminellen Vereinigung in Italien gewesen sein, werfen ihm Ermittler in Trient vor. Was steckt dahinter?

Von Cathrin Kahlweit, Marc Beise, Jörg Schmitt und Michael Kläsgen

Dass gegen den Österreicher René Benko in Italien wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer „kriminellen Vereinigung nach Mafia-Methode" ermittelt wird, ist so ungewöhnlich nicht. Es müssen dabei nicht notwendig direkte Kontakte zur Mafia im eigentlichen Sinne des Wortes bestehen. Staatsanwaltschaften haben Antimafia-Direktionen, und immer wieder gibt es entsprechende Verfahren und Verurteilungen. Allerdings gilt der Umfang der Vorwürfe gegen den Tiroler Unternehmer auch aus italienischer Sicht als bemerkenswert.

Dazu kommt, dass die ermittelnde Staatsanwaltschaft in Trient den Signa-Gründer als einen der Hauptakteure in dem italienischen Fall ausgemacht hat, wie aus den Unterlagen zu den Vorermittlungen hervorgeht, die der *Süddeutschen Zeitung* vorliegen. Demnach soll der Immobilienunternehmer Benko „einer der Förderer der kriminellen Vereinigung" gewesen sein. Der heute 47-Jährige habe diese Rolle „dank seiner wirtschaftlichen Macht" spielen können.

Er habe dem Signa-Italien-Chef Heinz Peter Hager vorgegeben, wie dieser Genehmigungen einholen sollte. Er habe Anweisungen gegeben, wie bestimmte Arbeiten auszuführen seien. Und er habe Hager auf dem Laufenden über andere Projekt in Italien gehalten und sich um die Bankgeschäfte gekümmert. Das Verhältnis sei „vollständig hierarchisch geordnet" gewesen, heißt es in der Begründung der Staatsanwaltschaft zu den Vorermittlungen. Benko habe an Hager delegiert, Hager an Benko berichtet.

Der Haftbefehl gegen Benko wird vorerst nicht vollstreckt

Einer der Anwälte Benkos teilte dazu mit, dass „unser Mandant die ihm erst jetzt bekannt gewordenen Vorwürfe sorgfältig prüfen" werde. Benko sei zuversichtlich, dass sie sich ihm gegenüber als inhaltlich unrichtig aufklären lassen. Zudem falle schon bei der ersten Durchsicht der Vorwürfe auf, dass rund 90 Prozent der Sachverhalte, zu denen die italienische Justiz ermittelt, keinen wie auch immer gearteten Bezug zu Signa, geschweige denn zu René Benko hätten, so der Anwalt. Ohnehin gilt die Unschuldsvermutung.

Aufsehenerregend machte den Fall allerdings schon, dass die Ermittlungen ihren Schwerpunkt nicht in Sizilien oder Kalabrien haben, sondern ausgerechnet in Trentino-Südtirol, der „Brücke zu Deutschland", wie die *La Repubblica* schreibt. Also ausgerechnet in der Autonomie-Region, in der doch alles besser sei als im Süden des Landes. Über Kontakte von Beschuldigten zu der in Norditalien starken Regierungspartei Lega (früher Lega Nord) von Vize-Ministerpräsident Matteo Salvini wird spekuliert. Die Anti-Mafia-Kommission im italienischen Parlament soll Einsicht in die Ermittlungsakten beantragt haben.

Am Montag gab es gleich mehr als 100 Durchsuchungen, koordiniert von der Antimafia-Direktion der Staatsanwaltschaft Trient. Neun Personen wurden unter Hausarrest gestellt. Es handelt sich um führende Persönlichkeiten der unternehmerischen und politischen Szene des Trentino und Südtirols. Insgesamt sind 77 Personen in die Ermittlungen verwickelt, darunter elf Beamte der öffentlichen Verwaltung, 20 Manager und Beamte lokaler Behörden und beteiligter Unternehmen, Angehörige der Polizei, Fachleute und Unternehmer.

Die Ermittler glauben, einer Art Unternehmensgruppe auf der Spur zu sein, die in der Lage war, wichtige Initiativen der öffentlichen Verwaltung zu beeinflussen und zu kontrollieren, insbesondere im Bereich der Bauspekulation in Trentino-Südtirol. So sollen die beteiligten Unternehmer gegen Wahlkampfspenden Konzessionen, vereinfachte Verfahren und Zugeständnisse für Immobilieninitiativen erhalten haben.

Die Vorwürfe lauten: kriminelle Verschwörung, Angebotsabsprachen, unrechtmäßige Parteienfinanzierung, Handel mit unrechtmäßigem Einfluss, Betrug, unrechtmäßige Entgegennahme von Geld zum Nachteil des Staates sowie verschiedene Straftaten gegen die öffentliche Verwaltung, darunter Bestechung. Die Ermittlungen laufen seit 2019, es sollen in der Folge auch Telefone abgehört worden sein, also zu einer Zeit, als Benkos Konzern noch nicht zusammengebrochen war.

Er selbst soll gleichwohl nicht an allen untersuchten Vorgängen beteiligt gewesen sein, beispielsweise nicht an denen in Riva del Garda, wohl aber mit der Signa an den beiden Projekten in Bozen. Dabei geht es um das „Gries Village" und den „Walther-park". Bei beiden Projekten sollen den Ermittlungsunterlagen zufolge Genehmigungen durch unlautere Methoden erlangt worden sein.

Benko selbst war am Dienstagmittag in einem dunklen Geländewagen vor dem Landeskriminalamt in Innsbruck in Tirol vorgefahren. Er wurde dort vernommen, aber umgehend wieder auf freien Fuß gesetzt. Erst danach bestätigte die Staatsanwaltschaft, dass gegen den Tiroler ein Europäischer Haftbefehl aus Italien vorliege. Dieser werde jedoch bis auf Weiteres nicht vollstreckt. Denn der Haftbefehl betreffe einen österreichischen Staatsbürger, gegen den auch im Inland ein entsprechendes Verfahren geführt werden könne, so der Sprecher der Staatsanwaltschaft.

Details über die Vernehmung wurden nicht bekannt, österreichische Medien sprachen jedoch umgehend von „Mafia-Vorwurf", die Rede war von einem „Big Bang" für Benko. Details der Großrazzia im Umfeld der Geschäftspartner Benkos in Italien wurden prompt nachgeliefert. Wo die Boulevardzeitungen sich einst mit seinen Jagden, Society-Partys und Sportwagen beschäftigten, da sind mittlerweile angesichts der Pleite seines frühen Riesenkonzerns, Nachrichten auch aus dem Ausland über seine mutmaßlichen Täuschungsmanöver und Betrügereien sehr willkommen.

Gläubiger fordern von dem Österreicher Milliarden Euro ein

Eine Auslieferung nach Italien wird jedoch von den Behörden grundsätzlich ausgeschlossen. Derzeit prüfe die Justiz, heißt es, ob sich die Delikte, die Benko in Italien vorgeworfen werden, auch in Österreich strafbar wären – und dementsprechend ein weiteres Verfahren eingeleitet werden müsste. Benkos Anwalt in Wien ließ jedoch kurz nach der Vernehmung eilig wissen, sein Mandant werde weiterhin und wie bisher „mit allen nationalen und internationalen Behörden vollumfänglich kooperieren". Er sei zuversichtlich, dass sich die „allfälligen Vorwürfe" gegen ihn als falsch erwiesen werden.

Allfällige Vorwürfe gibt es in der Tat einige gegen Benko. So ermittelt die Justiz rund um das Chalet N, der Vorarlberger Luxusimmobilie von Benko, in die mehr als eine Million Euro Corona-Hilfen geflossen sind. Es bestehe der Verdacht, heißt es, dass das Chalet, das offiziell als Hotel betrieben und als „architektonisches Kleinod" vermarktet wird, stattdessen für die „private Lebensführung" genutzt worden sei.

Weiter ermittelt die Wirtschafts -und Korruptionsstaatsanwaltschaft gegen Benko und einen weiteren Signa-Manager wegen möglichen Kreditbetrugs. Einer Bank soll die schlechte ökonomische Lage des weit verzweigten Konzerns verschleiert worden sein. Wegen Subventionsbetrugs und Geldwäsche wird wiederum in Deutschland und Liechtenstein ermittelt, wobei sich die Verfahren gegen die Person Benko und seine diversen Stiftungen teils überschneiden.

Erst unlängst war bekannt geworden, dass der Pleitier, der offiziell bis zum Existenzminimum gepfändet wird, weiterhin mit seiner Familie in einer riesigen Villa in Igls bei Innsbruck lebt. Sie gehört der Schlosshotel Igls Betriebs-GmbH, die wiederum eine Gesellschaft unter dem Dach der nach der Benko-Tochter Laura benannten Privatstiftung ist. Die Miete für die Villa zahlt, nach jüngsten Erkenntnissen, derzeit Benkos Mutter. Parallel zu seinem eigenen Vermögen, für das der 47-jährige Privatinsolvenz beantragte, ist sein gesamtes Imperium mit mehr als 1000 Einzelfirmen in den vergangenen zwei Jahren verschwunden oder zusammengebrochen.

Gläubiger fordern Milliarden Euro ein. Der Haftbefehl in Italien ist mithin nur eines von vielen juristischen Problemen des einstigen Selfmade-Mannes, der schon als Teenager und Schulabbrecher Investoren von seinen unternehmerischen Fähigkeiten zu überzeugen vermochte.

Bahn-Finanzierung droht zu scheitern

Union und FDP wollen einer Milliarden-Zahlung an die DB nicht zustimmen. Dabei ist die bereits fest verplant.

Berlin – Die Deutsche Bahn muss sich auf eine schwere Finanzierungskrise einstellen. Die eigentlich für Mittwoch geplante Zustimmung zweier Bundestagsausschüsse zu einer milliardenschweren Überweisung an den Konzern ist kurzfristig vom Tisch. Union und FDP stimmten einer Befassung mit dem Thema nun doch nicht zu. Damit steht die Bahn-Finanzierung plötzlich auf der Kippe – und es drohen zusätzliche Schulden sowie Zinskosten in Millionenhöhe.

Nötig wäre das eigentlich nicht. Die Ampel-Fraktionen hatten sich im Sommer geeinigt, dass die Deutsche Bahn noch in diesem Jahr Bundesmittel in Höhe von 2,73 Milliarden Euro erhalten soll. Es geht dabei um Geld, das die Bahn bereits ausgegeben hat: Sie war in Absprache mit dem Bundesverkehrsministerium (BMDV) bei bestimmten dringlichen Baumaßnahmen in Vorleistung gegangen, das Geld fehlt, Stand jetzt, also in ihren Bilanzen.

Doch die Regierung verschleppte die Vereinbarung. Und nach dem Bruch der Koalition ist sicher, dass nichts mehr sicher ist. Das gilt auch für die Bahn-Finanzierung. SPD und Grüne haben keine Mehrheit mehr. Und da die FDP frühere gemeinsame Projekte nicht mehr unterstützt, ist die Rest-Regierung auf die Union angewiesen. Die hat in den vergangenen Wochen zwar mehrfach betont, wie wichtig es ist, dass es bei der Bahn endlich aufwärts geht. Dennoch hat die Unionsfraktion eine Entscheidung über die Finanzierung nun kurzfristig vertagt. SPD und Grüne sprechen von Verweigerung, Blockade und Verantwortungslosigkeit vor. „Die Union gefährdet die Sanierung der Bahninfrastruktur", kritisieren die haushaltspolitischen Sprecher von SPD und Grünen, Dennis Rohde und Sven Christian Kindler, in einem gemeinsamen Statement. „Es mag schwierig sein, aus dem Cockpit des Privatfliegers zu erkennen, in welch schlechtem Zustand die Schienen sind", kritisieren sie den Hobbypiloten Friedrich Merz. „Die Folgen dieser Fehlentscheidung für die Bahn und die Schieneninfrastruktur werden viele Bürgerinnen und Bürger zu spüren bekommen."

Zwei Millionen Euro mehr Zinsen – und das pro Woche

In dem Streit geht es um den sogenannten dritten Nachtrag zur Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung III, kurz LuFV III. Über dieses Instrument ist geregelt, wie viel Geld die Bahn in welchem Jahr für ihre Baumaßnahmen vom Bund erhält. Doch das Geld reicht hinten und vorne nicht, weshalb neben diversen Eigenkapitalspritzen für die Bahn auch eine Nachzahlung für bereits ausgegebene Gelder vereinbart wurde – eben jene 2,73 Milliarden Euro. Fließen sie nicht bis Ende des Jahres – also bis zum Jahres- und Konzernabschluss 2024 – an die Bahn, hätte das laut BMDV empfindliche Folgen. „Dies würde sich bei der DB Infrago AG bzw. DB AG unmittelbar ergebnismindernd und verschuldungserhöhend auswirken", heißt es in einem Schreiben aus dem Ministerium, das der SZ vorliegt. Infolgedessen entstünde ein zusätzlicher Zinsaufwand, der laut DB zwei Millionen Euro pro Woche betrage. Darüber hinaus drohe sich das Rating des Konzerns zu verschlechtern, genau wie die Refinanzierungsmöglichkeiten.

Wissings Haus scheint andere Signale empfangen zu haben als die Union

„Ich appelliere an alle, sich ihrer Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger bewusst zu sein, die auf eine funktionierende Bahn angewiesen sind", mahnte Bundesverkehrsminister Volker Wissing (ehemals FDP, nun parteilos). Unionsvize Ulrich Lange (CSU) weist den Appell zurück. „Anstatt den Nachtrag zeitig zu beschließen, hat die Ex-Ampel lieber bis zur Auflösung gestritten. Und Verkehrsminister Wissing hat zugesehen. Er ist der Letzte, der anderen hier etwas vorwerfen sollte", sagte er. An der Union werde der LuFV-Nachtrag gewiss nicht scheitern. „Eine Zustimmung in den Ausschüssen würde auch nach dem 16. Dezember 2024 reichen. Dieses Signal haben wir auch von der DB", so Lange. An jenem 16. Dezember plant Olaf Scholz, im Bundestag die Vertrauensfrage zu stellen. Die Union hat ihre Zustimmung zu diversen Projekten der Regierung daran geknüpft. Der Haushaltsausschuss kommt das nächste Mal am 18. Dezember zusammen.

Allerdings scheint Wissings Haus von der Bahn andere Signale empfangen zu haben als die Opposition. Zwar sei eine Auszahlung der LuFV-Mittel theoretisch auch nach dem offiziellen Kassenschluss am 6. Dezember möglich. Jedoch seien nach der geplanten Abstimmung am 18. Dezember „noch diverse Schritte nötig", bis die Auszahlung erfolgen könne, und aufgrund der Feiertage „kaum mehr Werktage zur Verfügung". Das Finanzministerium wollte sich auf Anfrage nicht zu dem Vorgang äußern. Laut Verkehrsministerium besteht jedoch „ein erhebliches Risiko, dass eine Auszahlung nicht mehr fristgerecht" erfolgen kann. Die Folge: mehr Schulden, mehr Zinsen, mehr Bahn-Drama. „Die Union trägt keine Verantwortung dafür, dass die bisherige Koalition diese Mittel nicht mehr freigeben kann", gibt Grünen-Haushaltspolitikerin Paula Piechotta zu. Die Folgen dieser verlängerten Unsicherheit träfen aber nicht einzelne Parteien, sondern das ganze Land. „Sie treffen damit auch die Union, insbesondere wenn sie nach der Bundestagswahl regieren sollte", so Piechotta. „Die Bahn wird sich nun kurzfristig zusätzlich verschulden müssen. Die Kosten werden am Ende die Kundinnen und Kunden der Bahn und gegebenenfalls der Bundeshaushalt tragen."

Vivien Timmler

Etwa 2,7 Milliarden Euro könnten der DB in ihrer Bilanz fehlen. FOTO: JAN WOITAS/DPA

Wir trauern um unsere ehemalige Mitarbeiterin

Hermine Bartlreier

* 8.5.1931 † 15.11.2024

Frau Bartlreier war 10 Jahre als Versandhelferin beim Süddeutschen Verlag GmbH tätig. Zuletzt für den Bereich Zeitschriften.

In Dankbarkeit für ihre geschätzte Mitarbeit gilt unsere herzliche Anteilnahme ihrer Familie.

Süddeutscher Verlag GmbH

Geschäftsführung **Betriebsrat** **Mitarbeiter**

SWMH Service GmbH

Im Mutterschoß zu ruhn,
nach all der Hast
im Mutterschoß – o selig Los,
das kaum ein Herz umfaßt!
Im Mutterschoß – nach so viel Last und Hast.
Im Gottesschoß zu ruhn,
nach so viel Streit im Gottesschoß –
O Trost, so groß,
daß alles Schöpfungsleid ein Seufzer bloß vor deiner Ewigkeit.

Christian Morgenstern

Bestattungen Landeshauptstadt München

Städtische Friedhöfe München – Telefon 2319901
heute, Donnerstag, 5. Dezember 2024

Waldfriedhof, Neuer Teil, Lorettoplatz:
Urnentrauerfeier:
13.30 **Höfer** Wolfgang, Informatiker, 64 Jahre

Westfriedhof:
Erdbestattung:
12.15 **Dressler** Bruno, Schriftsetzer, 96 Jahre

Nordfriedhof:
Erdbestattungen:
12.45 **Kiefel** Erwin, 88 Jahre
13.30 **Kothhuber** Erika, 97 Jahre
15.00 **Mayer** Anna Johanna Adele Frieda Maria, Verwaltungsangestellte, 88 Jahre

Ostfriedhof:
Erdbestattungen:
12.45 **Hintermair** Helmut, 84 Jahre
13.30 **Thomsen** Andreas Helmut Merten, Mathematiker, 74 Jahre
14.15 **Ferrigno** Angelo, 68 Jahre

Ostfriedhof, Krematorium:
9.00 **Ernst** Wolfram Paul, 76 Jahre
10.30 **Heidenreich** Dietmar Karl, KFZ-Mechaniker, 87 Jahre

Friedhof am Perlacher Forst:
Urnentrauerfeier:
10.30 **Eggert** Jürgen, Betriebsmittelkonstrukteur, 92 Jahre

Neuer Südfriedhof:
Urnentrauerfeiern:
10.30 **Hartl** Herbert, Elektriker, 77 Jahre
14.15 **Hanraths** Barbara, Bankangestellte, 82 Jahre

Friedhof Feldmoching:
Urnentrauerfeier:
13.00 **Frischholz** Georg, Metzgermeister, 86 Jahre

Friedhof Haidhausen:
9.00 **Hübner** Heinz, Postbeamter, 92 Jahre

Friedhof Neuhausen:
9.00 **Norkauer** Edda, Hausfrau, 84 Jahre

Friedhof Sendling:
9.00 **Schwimmbeck** Elfriede, Hausfrau, 88 Jahre

Friedhof Untermenzing:
12.45 **Helldobler** Elisabeth, Steuertypistin, 89 Jahre
13.30 **Lang** Egon, Mechaniker, 93 Jahre

Bestattungen im Landkreis München

Alter Friedhof Ismaning:
11.30 **Schauer** Maria, Hausfrau, 93 Jahre

Neuer Friedhof Ismaning:
9.30 **Schneider** Anna, Versandleiterin, 94 Jahre
11.30 **Wieser** Josef Johann, Elektroingenieur, 83 Jahre
15.00 **Zenz** Christine, Bürokauffrau, 68 Jahre

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

„Ganz Volkswagen, wie wir es kennen, ist in Gefahr“

Bei der Betriebsversammlung des Autokonzerns treffen die Wut der Arbeitnehmer und die kühle Analyse des Managements aufeinander. Und eines wird sehr deutlich: Es sieht nach Eskalation aus.

Von Alexander Hagelüken und Christina Kunkel

Direkt unter das Namensschild von Oliver Blume auf dem Podium in der VW-Werkshalle hat jemand einen Flyer geklebt. „Alle Werke müssen bleiben“, steht darauf, daneben ist eine nach oben gestreckte Faust abgebildet. Die Erwartungen der mehr als 20 000 VW-Beschäftigten, zu denen der Konzernchef bei der Betriebsversammlung in Wolfsburg spricht, sind klar. Wieder sind so viele Menschen gekommen, dass nicht alle in der Halle Platz finden. Die Veranstaltung wird nach draußen auf das Gelände übertragen.

Blume will um 10.37 Uhr zu reden beginnen, aber er wird minutenlang durch Unmutsrufe gestört, so schildern es Teilnehmer. Wie schon im September verteidigt er die Jobabbaupläne von VW, diesmal aber redet er ausführlicher. Er sagt: „Die Situation ist ernst. Neue Wettbewerber dringen mit nie dagewesener Kraft in den Markt.

„Jetzt müssen wir mit den Kosten runter.“

Der Preisdruck ist immens.“ Die Gewinnmargen ausländischer Marken seien meist höher als bei Volkswagen. Die Probleme in China, der geschrumpfte Automarkt in Europa – all das wiederholt Blume. Und er sagt ganz klar: „Unsere Arbeitskosten sind in Deutschland inzwischen zu hoch geworden.“ Vieles habe VW schon auf den richtigen Weg gebracht, die Produkte seien gut – „jetzt müssen wir mit den Kosten runter.“ Blume sagt: „Wir können die besten Autos der Welt bauen – das spielt aber keine Rolle, wenn wir damit kein Geld verdienen.“ Damit bekräftigt er die Pläne, beim Personal harte Einschnitte vorzunehmen. Fabrikschließungen und Entlassungen, so kann man es herauslesen, findet er unumgänglich. Den Vorschlag von Gewerkschaft und Betriebsrat, ohne Schließungen und betriebsbedingte Kündigungen 1,5 Milliarden Euro einzusparen, kommentiert er so: „Der Vorschlag ist ein Startpunkt, reicht aber leider bei Weitem noch nicht aus, die Zukunft von Volkswagen zu verteidigen“. Teilnehmer berichten, dass Blume immer wieder unterbrochen wird.

Minutenlanger Applaus für Betriebsratschefin Daniela Cavallo

Heftigen Unmut erhalte er, als er seine Herkunft aus der Region betont. Der Satz „Ich stamme von hier und nichts liegt mir mehr am Herzen als...“ gehe in Buhrufen unter. Am größten sei der Wutpegel, als er der Belegschaft am Ende „schöne Weihnachten“ wünscht. Diesen Wunsch in so unsicheren Zeiten, in denen es zu Massenentlassungen kommen könnte, empfinden die Beschäftigten offenbar als Provokation.

Beim Gastredner, Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD), trifft der VW-Chef ebenfalls auf Unverständnis. „Ich habe an das, was jetzt passiert, klare Erwartungen“, sagt Heil laut Teilnehmern. Es müsse gelingen, die VW-Standorte in Deutschland zu sichern. „Zweitens, es darf keine betriebsbedingten Kündigungen geben. Das ist ganz klar.“ Heil hat seinen Wahlkreis direkt neben Wolfsburg, dem Hauptsitz von VW. Der Arbeitsminister verteidigt klar die Haltung und „roten Linien“ der Arbeitnehmerseite: Fabrikschließungen und betriebsbedingte Kündigungen dürfe es auf keinen Fall geben. Betriebsratschefin Daniela Cavallo hatte Heil nach eigenen Angaben bereits vor Monaten eingeladen, als die Sparpläne noch nicht bekannt waren.

Nach Angaben der IG Metall haben sich fast 100 000 Beschäftigte an den Warnstreiks am Montag beteiligt – mehr als drei Viertel aller Haustarif-Arbeitnehmer von VW. Die Gewerkschaft stellt sich auf einen Protestwinter ein. FOTO: REUTERS

Cavallo hält eine kämpferische Rede, bei der die Beschäftigten immer wieder applaudieren: „Ganz Volkswagen, wie wir es kennen, ist in Gefahr“. Sie verweist auf die schwierige Lage der Automobilindustrie. Nach Zahlen der Deutschen Bank seien rund 130 000 Stellen in Deutschland in akuter Gefahr. Es gebe allerdings einen gewaltigen Unterschied zu anderen Unternehmen: Volkswagen sei inzwischen das Gespött der Nation. Laut dem ARD-Kabarettisten Oliver Kalkofe steht die Abkürzung VW für: Vergeigen Wir's! Die Satireseite *Postillon* habe empfohlen, als ersten Standort die Vorstandsetage zu schließen. Über Letzteres könne sie lachen, sagt Cavallo, doch insgesamt täten Hohn und Spott richtig weh. Auffällig sei, dass dabei nie die Belegschaft verantwortlich gemacht werde, sondern immer der Vorstand. „Und ich bin überzeugt: Da ist nicht nur ein Stückchen Wahrheit dran. Sondern recht viel!“ Cavallo nennt das Vorhaben des Vorstands, Werke zu schließen, Mitarbeiter zu entlassen und Löhne zu kürzen, einen dreifachen Tabubruch. Wenn solche Vorschläge von Elon Musk kämen, dann wäre das zu erwarten. Bei VW aber breche der Vorstand mit einer gewachsenen Kultur: „Der Vorstand beschädigt mit seinem Auftreten unsere Marke. Das schadet uns massiv. Ich kann den Vorstand nur aufrufen, zur Besinnung zu kommen!“ Cavallo hebt nochmal die eigenen Sparvorschläge von Betriebsrat und Gewerkschaft hervor. Dieses Gesamtkonzept sei mit einer erheblichen Reduzierung der Stammbelegschaft verbunden, aber auf sozialverträglichem Weg. Die nächsten Verhandlungen mit dem Vorstand am 9. Dezember seien nun eine Richtungsentscheidung. Als sie fertig ist, stehen die Beschäftigten von ihren Stühlen auf und klatschen, gut eine Minute lang.

Am Montag hatten die Beschäftigten durch einen massiven Warnstreik Druck auf den Vorstand ausgeübt. Daran beteiligten sich laut IG Metall fast 100 000 Beschäftigte. Das waren mehr als drei Viertel aller Arbeitnehmer der VW-Werke, für die der Haustarifvertrag gilt. Zum Vergleich: Bei den Warnstreiks der aktuellen Tarifrunde für die gesamte Metallbranche legten zuletzt eine halbe Million Beschäftigte die Arbeit nieder – das war etwa jeder achte, der in der Branche beschäftigt ist. „Die ersten Warnstreiks waren ein absolut entschlossenes Signal der Belegschaft gegen die rabiaten Vorstandsvorhaben“, sagte IG Metall-Verhandlungsführer Thorsten Gröger, der vom „ersten, wuchtigen Aufschlag eines Protestwinters“ sprach. Die IG Metall behält sich weitere Streiks ausdrücklich vor.

Wirklich ein Skandal?

Der Bundestag prüft den angeblichen Betrug mit Klimaprojekten in China. Sicher ist gar nichts.

Berlin – Die Sache schien von Anfang an klar. Anonyme Hinweise waren beim Umweltbundesamt eingegangen, sie deuteten auf den ganz großen Betrug. Chinesische Firmen, so erschien es, hatten in großem Umfang Klimazertifikate ergaunert – mit Anlagen, die es in Wirklichkeit gar nicht gab. Die ZDF-Sendung „Frontal 21“ präsentierte Bilder von einem Hühnerstall – dort, wo eigentlich mit viel Aufwand klimaschädliches CO_2 abgefangen werden sollte. So nahmen die Dinge im Frühsommer ihren Lauf.

Mittwochvormittag im Deutschen Bundestag, Saal E.700 des Paul-Löbe-Hauses. Der Umweltausschuss unternimmt einen weiteren Anlauf, die Dinge aufzuklären. Mehr noch: Die Unionsfraktion verbindet damit die Forderung, „zu Unrecht ausgestellte Zertifikate“ abzuerkennen. Ein Sachverständiger spricht von „nachgewiesenem Betrug“, und auch für viele der Ausschussmitglieder erscheint die Sache klar. Die Frage ist anscheinend nur noch, welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind. Aber ist die Sache so klar? Mindestens einer der Sachverständigen nährt Zweifel.

Die ganze Angelegenheit führt in die Niederungen deutscher und europäischer Klimapolitik. Um den Fußabdruck fossiler Kraftstoffe etwas zu verkleinern, müssen Mineralölkonzerne einen stetig wachsenden Anteil von Biokraftstoff beimengen. Einen Teil dieser Pflicht dürfen sie seit 2018 aber auch dadurch erbringen, dass sie die Emissionen an der Ölquelle angehen. Dort entsteht klimafeindliches Methan. Wird es aufgefangen und anderweitig genutzt, dient auch das dem Klimaschutz – wenn die Welt schon nicht aufs Öl verzichten mag. Allein in China entstanden 66 von weltweit 75 Projekten für diese sogenannte „Upstream Emissions Reduction“, kurz UER. Wenn es diese Projekte denn überhaupt gab.

Seit den ersten Vorwürfen angeblich gefälschter Projekte hat sich das Umweltbundesamt an die Spitze der Aufklärer gesetzt, es schaltete auch die Staatsanwaltschaft ein. Die wiederum durchsuchte Firmen in Deutschland. Damit so ein Betrug gelingen kann, müssen auch diejenigen alle Augen zudrücken, die vor Ort die Projekte überprüft haben. Und das waren deutsche Zertifizierungsfirmen.

Am Mittwoch ist einer der Anwälte dieser Zertifizierer unter den Sachverständigen, Stefan Altenschmidt. Und er präsentiert erstmals öffentlich einen anderen Blick auf die Dinge. Belege für einen Betrug hätten sich bei den Zertifizierungsgesellschaften bisher nicht gefunden, trägt er vor, nicht einmal Anhaltspunkte. Beim angeblichen Hühnerstall etwa seien schlicht Koordinaten falsch umgerechnet worden, die seien längst korrigiert. Gerichtsentscheidungen gebe es auch nicht. „Juristisch gibt es daher auch gar keine Rechtfertigung dafür, von offenkundigen Betrugsfällen zu sprechen“, sagt Altenschmidt. „Es gilt die Unschuldsvermutung.“ Derweil verweigere das Umweltbundesamt die Einsicht in Akten. „Es blockiert die Aufklärung“, sagt er.

Tatsächlich ist es aus der Dessauer Behörde derzeit ruhig. Noch im September hatte Behördenchef Dirk Messner von 45 Projekten in China gesprochen, bei denen es einen „starken Verdacht“ gebe. Man gehe nicht davon aus, „dass ein erheblicher oder auch nur kleinerer Teil der 45 Projekte in Ordnung sein könnte“. Seither hat die Behörde, die Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) untersteht, keine weiteren Erkenntnisse mehr vorgelegt.

Belastbare Beweise vom Umweltbundesamt fehlen bislang

Im Ausschuss macht sich Altenschmidt, der die Kerpener Zertifizierungsgesellschaft Müller-BBM Cert vertritt, wenig Freunde. So stellt er die Frage in den Raum, ob sich das Umweltbundesamt von einer „Kombination aus aufgebauschten Vorwürfen eines anonymen Schreibens aus China und einer Lobbykampagne in Deutschland“ habe beeinflussen lassen – schließlich gehe es hier auch um knallharte wirtschaftliche Interessen. Diese Interessen kommen mehrfach zur Sprache. Denn die Zertifikate haben einen Preis, und der ist abgesackt. Die Ursache für den Preisverfall dürfte in wachsenden Biosprit-Mengen liegen. Doch für viele Unternehmen ist die Entwicklung ungemütlich. Auch die Preise für heimische Biokraftstoffe und Elektroauto-Quoten sanken. Der Verband der Verkehrsunternehmen kommt im Ausschuss ebenfalls zu Wort – er kämpft damit, dass sich Elektrobusse weniger rechnen, seit die damit verbundenen Quoten weniger wert sind.

Und auch die „Initiative Klimabetrug stoppen“ ist zugegen, mit gleich zwei Vertretern. In ihr sind Firmen versammelt, die unter dem Preisverfall leiden – weil sie mit Biokraftstoffen oder UER-Zertifikaten handeln. „Leute haben ihren Job verloren“, sagt Sandra Rostek vom Fachverband Biogas. Im Ausschuss zweifelt kaum jemand an der Betrugserzählung, die Front ist breit. Die Unionsfraktion sieht ein Versagen der grünen Umweltministerin und ihrer Behörde. Die Grünen suchen andere Schuldige. Die SPD bangt um Biosprit-Jobs, der Linkspartei sind Marktmechanismen ohnehin zuwider und die AfD ist gegen Klimaschutz. Nur in der FDP regen sich Zweifel am Betrug. „Ich habe den Eindruck, dass das ein einseitiges Tribunal ist“, sagt FDP-Umweltpolitikerin Judith Skudelny. „Belastbare Beweise scheint es nicht zu geben.“

Michael Bauchmüller, Nicolas Richter

ANZEIGE

Die staatliche Tierhaltungskennzeichnung kommt

Mehr Transparenz beim Einkauf
Wie wurde das Tier gehalten, von dem das Fleisch im Einkaufskorb stammt? Über 80 Prozent der Menschen wollen das wissen. Das zeigt seit Jahren der Ernährungsreport der Bundesregierung. Mit der staatlich verpflichtenden Tierhaltungskennzeichnung können sich Verbraucherinnen und Verbraucher ab dem kommenden Jahr zuverlässig und auf einen Blick informieren. Die Kennzeichnung gilt zunächst für frisches Schweinefleisch – sowohl für vorverpackte als auch für lose Ware im Lebensmitteleinzelhandel, in den Fleischereifachgeschäften und im Onlinehandel.

Fünf Haltungsformen
Von Stall bis Bio – die fünf Haltungsformen unterscheiden sich vor allem im Platzangebot, Kontakt zum Außenklima und in der Ausgestaltung der Ställe. So entspricht „Stall“ den gesetzlichen Mindestanforderungen. Bei „Stall+Platz“ bekommen die Tiere neben mehr Platz auch Raufutter wie Heu oder Stroh. Hier kann es zudem Varianten mit Auslauf geben. Beim „Frischluftstall“ hat jedes Tier Zugang zu frischer Luft. „Auslauf/Weide“ sieht den ganzen Tag über Auslauf oder ein dauerhaftes Leben im Freien vor. In der Haltungsform „Bio“ haben die Tiere noch mehr Platz und Auslauf und bekommen Bio-Futter.

Auf die Kennzeichnung ist Verlass
Denn sie ist verpflichtend und einheitlich für alle tierhaltenden und Lebensmittelbetriebe in Deutschland. Das Gesetz über die Tierhaltungskennzeichnung gibt es seit 2023 und sieht eine Übergangsfrist bis August 2025 vor. Im kommenden Jahr werden Verbraucherinnen und Verbraucher beim Einkaufen nach und nach immer mehr Produkte mit der neuen Kennzeichnung entdecken, die auch sichtbar macht, was die tierhaltenden Betriebe für mehr Tierwohl tun.

Eine zukunftsfeste Tierhaltung
Damit auch morgen Fleisch von Tieren aus tiergerechter Haltung aus Deutschland auf den Tisch kommt, unterstützt das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft den zukunftsfesten Umbau der Tierhaltung. Wichtige Bausteine sind dabei die verbindliche staatliche Tierhaltungskennzeichnung, finanzielle Unterstützung für die tierhaltenden Betriebe beim Stallumbau und bei Mehrkosten für mehr Tierwohl sowie klare rechtliche Rahmenbedingungen.

Mehr zum Thema:

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

tierhaltungskennzeichnung.de

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

Der heimische Spielwarenmarkt ist dieses Jahr um drei Prozent geschrumpft, wieder mal. Eine bislang kaum beachtete Zielgruppe sind Babys und Kleinkinder. Hier will Ravensburger sein Sortiment erweitern. FOTO: RAVENSBURGER

Zielgruppe: null bis drei Jahre

Der schwäbische Spielehersteller Ravensburger setzt auf Vielfalt. Bei Menschen von 16 bis 35 trifft das Sammelkartenspiel Disney Lorcana einen Nerv. Neuerdings macht der Hersteller auch Spielwaren für Neugeborene. Das ist nicht ohne Risiko.

Von Tobias Bug

Ravensburg – Schon kurz bevor die erste Adventskerze brennt, beginnt in Ravensburg die geschäftigste Zeit des Jahres. In der Spielefabrik laufen die Maschinen ohne Stopp, bekleben blaue Pappe mit Motiven von Harry Potter oder Pocahontas, stanzen Tausende Puzzleteilchen heraus, und lassen sie in Schachteln purzeln mit dem blauen Dreieck.

Zwischen den dröhnenden Anlagen wuseln wie Elfen die Angestellten umher, sie arbeiten in drei Schichten, 24 Stunden, an sieben Tagen der Woche, und machen Pakete fertig. Für den Versand in Warenhäuser, Spielzeugläden und Kinderzimmer. Die können aktuell nicht genug kriegen: 8000 Bestellungen gingen am Black Friday beim Spielwarenhersteller Ravensburger ein – normalerweise sind es täglich gut 1000. In der Weihnachtszeit geht es mit Tausenden am Tag weiter.

Dass die oberschwäbische Traditionsfirma so viel zu tun hat, liegt auch daran, dass sie sich ständig neue Altersgruppen erschließt. Bisher ist es so: Kinder ab drei Jahren spielen Memory oder lassen sich vom Tiptoi-Stift die Welt erklären. Ältere Erwachsene fügen Puzzles mit 1000 bis 18 000 Teilen zusammen oder spielen mit Freunden oder der Familie Scotland Yard oder Nobody's Perfect.

„Wir wollen unsere Altersspanne vergrößern", sagt der Firmenchef

Doch seit vergangenem Jahr kauft auch die Gruppe der 16- und 35-Jährigen massenweise bei Ravensburger. Das Sammelkartenspiel „Lorcana", eine Kooperation mit Disney, war ein Volltreffer. Und nun will Clemens Maier, der das Familienunternehmen leitet, mit der neuen Linie „Play+" auch bei Babys punkten. „Wir wollen unsere Altersspanne vergrößern", sagt Maier. „Play+ ist für die Null- bis Dreijährigen." Früher kann man mit der Markenbindung nicht beginnen, wenn man nicht gerade den Mutterbauch mit Werbejingles beschallen will.

Maier hat Anfang Dezember Journalisten nach Ravensburg eingeladen, um ihnen seine alte und neue Spielewelt zu präsentieren. Auf einem Tisch im neu geschaffenen Großraumbüro, wo zwischen Spieleregalen Mitarbeiter an Bildschirmen neue Disneywelten schaffen und in gläsernen Meetingräumen Games-Ideen diskutieren, steht ein Tisch. Da liegen bunte Leguane aus Silikon, die Toddler lutschen oder umklammern können. Da ist ein hölzernes Dschungelbild, auf dem Tiger und Papagei an der richtigen Stelle magnetisch haften. Und ein Kinderbuch über Affen, das, wenn aufgeschlagen, gleich anfängt, vorzulesen.

„Als Einstieg in die Marke des blauen Dreiecks", sagt Alexander Loehr, „wollen wir die frühkindliche Förderung ganzheitlich begleiten." Loehr kümmert sich bei Ravensburger um die Produkte für Säuglinge. Sein Team und er haben Studien gewälzt und sich viele Gedanken gemacht, was Babys brauchen. Und ausprobiert: Erste Prototypen testeten die Kleinsten unter Aufsicht ihrer Mütter. Viele Dinge, was sie bei Ravensburger erfinden, müssen sie auch wieder verwerfen. Das gilt für Babyspielzeug genau wie für neue Gesellschaftsspiele.

Andere Babyspielzeughersteller haben ihre Spezialitäten. Steiff macht fast nur Plüschtiere, Ullenboom Krabbeldecken und Haba Spielzeug aus Holz. Bei Ravensburger wollen sie von allem ein bisschen machen. „Wir wollen Vielfalt bieten – aus Buch, Spiel und verschiedenen Materialitäten, statt uns nur auf Holz, Plüsch oder Montessori zu spezialisieren", sagt Loehr. Sein Chef Maier sagt, dass sich die Linie Play+ schon ganz gut verkauft, in Deutschland, Frankreich und England. Bald soll die Linie in Resteuropa und den USA zu haben sein.

Nach knapp drei Monaten ist es noch zu früh, Bilanz zu ziehen. Ob sich die Oberschwaben auf dem Markt für die Kleinsten etablieren oder sich mit ihrem ganzheitlichen Ansatz verzetteln, lässt sich seriös erst im Frühjahr sagen. Eltern von Neugeborenen haben Ravensburger noch nicht so auf dem Schirm. Wie also wollen sie die erreichen?

Zum Beispiel mit ihren riesigen Boxen. Sie gehen raus an Influencerinnen, die auf Tiktok und Instagram aus ihrem Leben als junge Mutter erzählen. In der Box liegt eine Auswahl der rund 30 Spielwaren und Bücher, die Ravensburger aktuell in seinem Baby-Sortiment führt. Die Mütter filmen ihre Babys dabei, wie sie mit rasselnden Eiern oder dem Leguan spielen. „Die Mütter sind nach wie vor Gatekeeper", sagt Loehr. „Die Kaufentscheidung kommt über sie, und je nach Jahrgang bewegen sie sich auf Facebook, Instagram oder Tiktok." Auch beim Marketing muss der 141 Jahre alte Spielwarenhersteller Ravensburger mit der Zeit gehen.

Mit der Zeit gehen oder aus sich heraus, Neues wagen. Das zeichnet ein innovatives Unternehmen aus. Disney Lorcana war für Ravensburger so ein Wagnis, denn der sehr spezielle Markt für Sammelkartenspiele war der Firma fremd. Vorstandschef Maier machte rund 30 Millionen Euro locker, um ein Team in Seattle aufzubauen, das um das Kartenspiel eine Welt aus Disneycharakteren schuf, die in ungewohnte Rollen schlüpfen. Cinderella als Ritterin. Stitch als Pirat. Donald Duck als Musketier. Seit Sommer 2023 reißen die Leute ihnen die Karten aus den Händen, nicht nur Disneyfans lieben das Spiel, das sich am ehesten mit Hasbros Fantasyspiel „Magic" vergleichen lässt, das junge Männer zocken. Lorcana ist weniger gewalttätig, aber trotzdem kompetitiv, und kommt auch bei Familien und Frauen gut an.

Eine Milliarde Karten hat Ravensburger bis zum Sommer verkauft. In Gameläden in aller Welt duellieren sich täglich Spielerinnen und Spieler in Lorcana. Und Ravensburger ist jetzt auch Turnierausrichter, bekam bisher 700 000 Eventanmeldungen. Nach vier Wettbewerben in

Ravensburger verkauft 40 Prozent seiner Waren in Deutschland

Europa, wo die Karten jeweils nach zwei Minuten ausverkauft waren, steigt am Wochenende im Pariser Disneyland die Lorcana-Europameisterschaft. Mickey Maus soll vor Ort sein, den oder die Gewinnerin würdigen. Wenn Clemens Maier Aufnahmen von vollen Hallen, überlaufenen Messeständen und Fans sieht, die sich um die Lorcana-Karten reißen, findet er das „super-bewegend. Das ist jenseits von allem, was man vorher erlebt hat."

Ravensburger verkauft 40 Prozent seiner Waren in Deutschland, den Rest zu etwa gleichen Teilen nach Europa und Amerika. Der heimische Spielwarenmarkt ist dieses Jahr um drei Prozent geschrumpft, wieder mal. Nach dem Corona-Hoch, als die Leute daheim hockten und spielten, ging es für viele Spielehersteller wieder abwärts. Aber mit Lorcana hat Ravensburger gute Karten für sein Geschäft, das Spiel beschert ihm dieses Jahr einen niedrigen dreistelligen Millionenumsatz. Alle drei Monate kommen zwei neue Decks raus – von 2025 an auch in Asien – was Ravensburger unabhängiger vom Weihnachtsgeschäft macht. 669 Millionen Euro setzte die Firma 2023 um, Meier rechnet auch dieses Jahr mit einem zweistelligen Umsatzplus. Was wohl das Babygeschäft bringt?

Spielentscheidend sind vor allem die letzten Wochen des Jahres. Jetzt, da in Ravensburg und den Werken in Tschechien und der Slowakei ununterbrochen Spielwaren gemacht werden. Bis zum 13. Dezember müssen sie fertig sein, damit die Post genug Zeit hat, sie rechtzeitig zur Bescherung zuzustellen. Rund 35 Millionen Pakete verlassen die Spielelogistik dieses Jahr. Das ist toll, sagt ein Ravensburger-Mitarbeiter, aber auch anstrengend.

Baywa streicht in der Verwaltung

1300 Jobs sollen wegfallen. Tochterfirmen müssen verkauft werden.

München – Bei der Baywa soll in den kommenden drei Jahren im Zuge der Sanierung jede sechste Stelle in Deutschland gestrichen werden. 1300 von 8000 Vollzeitarbeitsplätzen bei der Baywa AG, also der börsennotierten Kerngesellschaft des Konzerns, fallen nach den Plänen von Chefsanierer Michael Baur bis 2027 weg. Das teilte das Unternehmen mit.

Der Schwerpunkt soll in der aufgeblähten Zentrale in München liegen, allein 40 Prozent des Abbaus entfallen auf Verwaltungsfunktionen. In der Fläche will die Baywa dagegen lediglich 26 unrentable von 400 Standorten aufgeben. „Die Gespräche mit dem Gesamtbetriebsrat zu den geplanten Personalmaßnahmen haben begonnen, eine Einigung wird bis Ende März 2025 angestrebt", hieß es.

Die Schulden lagen zuletzt bei fünf Milliarden Euro

Einschließlich der selbständigen Wind- und Solarprojekt-Tochter Baywa re und den Beteiligungen im Ausland arbeiten für den Baywa-Konzern weltweit mehr als 25 000 Menschen, der Gesamtumsatz lag 2023 bei fast 24 Milliarden Euro. Von „wesentlichen internationalen Beteiligungen" will sich Baur aber trennen, um Geld für die Schuldentilgung und das Kerngeschäft einzunehmen. Außerhalb Deutschlands gehören der Baywa unter anderem der neuseeländische Obsthändler T&G Global (früher Turners & Growers) und der niederländische Soja- und Getreidehändler Cefetra. Auch die Baywa re ist vor allem im Ausland aktiv. „Die Baywa des Jahres 2027 wird ein fokussiertes, zeitgemäßes Handelshaus mit den vier Kerngeschäftsbereichen Agrar, Baustoffe, Energie und Technik sein", sagte Baur, der inzwischen Vorstandsmitglied ist. Operativ soll überall gespart und es sollen Prozesse verbessert werden: „Dazu gehört vorrangig die Verschlankung der Verwaltungsfunktionen und eine Transformation des IT-Bereichs."

Unter der Ägide des langjährigen Vorstandschefs Klaus Josef Lutz war die Baywa zu einem weltweiten Konzern gewachsen, hatte durch die Zukäufe und die Investitionen in die Baywa re einen Schuldenberg von mehr als fünf Milliarden Euro angehäuft. Nach Lutz' Abschied war sie im Sommer in eine Krise geraten, nachdem die Zinsen stiegen und das Kerngeschäft lahmte. In den ersten neun Monaten diesen Jahres war bereits ein Rekordverlust von 640 Millionen Euro aufgelaufen, was nur teilweise auf Abschreibungen zurückzuführen ist. Die Baywa-Krise hat viele Kunden und Lieferanten verschreckt, der Umsatz ging um zwölf Prozent zurück.

Eigentümer und Banken haben seit Sommer rund eine Milliarde Euro an Kapital und Überbrückungskrediten in die Baywa eingebracht, um sie am Leben zu halten. Die weitere Finanzierung bis 2027 will Baur bis zum Jahresende unter Dach und Fach bringen. „Die starke Position in stabilen, gesellschaftlich relevanten Schlüsselmärkten und das Vertrauen der Finanzierungspartner ermöglichen der Baywa AG eine selbständige Sanierung", hieß es in der Mitteilung. Vorstandschef Marcus Pöllinger musste bereits per Ende Oktober gehen. REUTERS

Kurze Tage? Länger lesen!

Freuen Sie sich auf attraktive Angebote und Ihre SZ im Winter.

Abonnieren + Gutschein gewinnen*

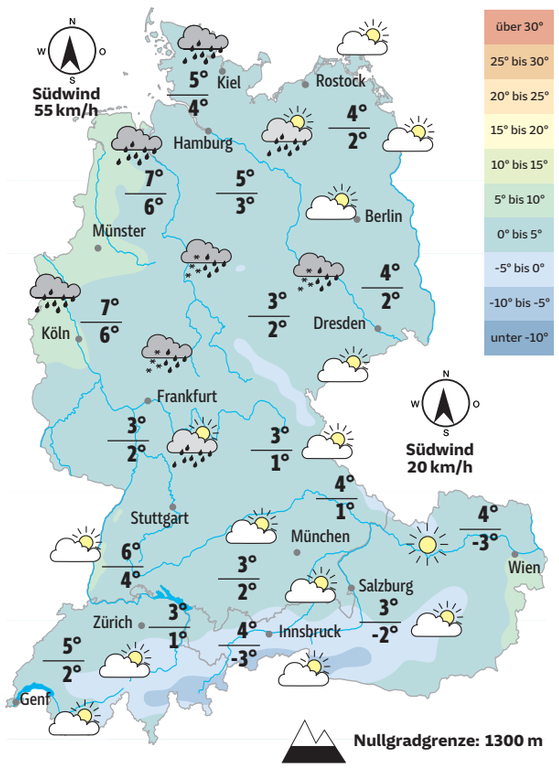
Angebote und Barprämie sichern:

sz.de/wunschzettel2024 089 / 21 83 99 27

* Die Teilnahmebedingungen finden Sie unter sz.de/wunschzettel2024
Ein Aktionsangebot der Süddeutsche Zeitung GmbH · Hultschiner Str. 8 · 81677 München

Süddeutsche Zeitung

DAS WETTER



über 30° · 25° bis 30° · 20° bis 25° · 15° bis 20° · 10° bis 15° · 5° bis 10° · 0° bis 5° · -5° bis 0° · -10° bis -5° · unter -10°

Zunehmender Wind, Regen und Schnee

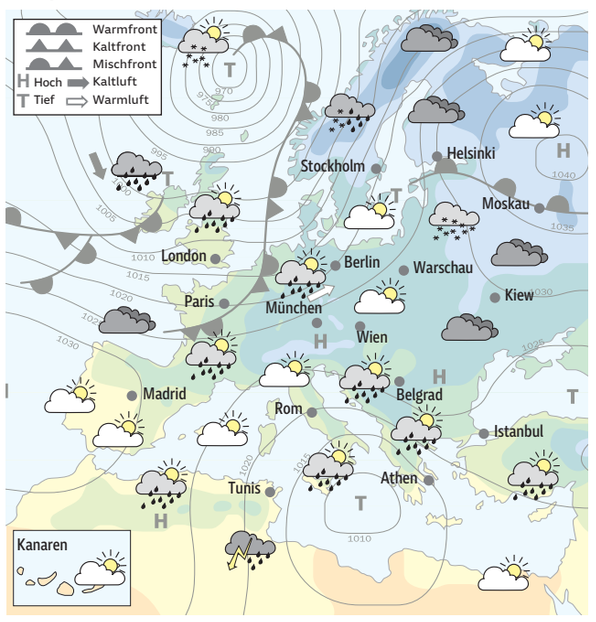
Wetterlage

Ein Orkantief über dem Nordmeer lenkt Regenwolken über Benelux und den Norden und Westen Mitteleuropas. An der Deutschen Bucht gibt es Sturmböen. Im östlichen und südlichen Mitteleuropa ist es teils freundlich, teils fällt ein wenig Sprühregen oder Schnee. Im Umfeld eines Tiefs bei Malta entwickeln sich im zentralen und östlichen Mittelmeerraum einige zum Teil kräftige Regengüsse und Gewitter. Im Gegensatz dazu ist es von der Iberischen Halbinsel über die Balearen bis Sizilien meist freundlich.

Aussichten

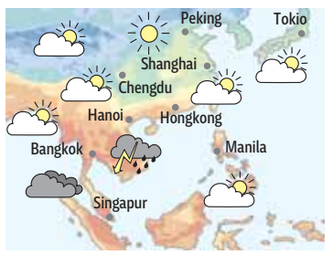
Erst ist es abseits zäher Nebelfelder südlich der Donau teils freundlich, teils wechselnd bis stark bewölkt. Über dem Norden und Westen bilden sich Regenwolken. Die Regenfälle ziehen später mit Schneeregen oder Schnee und Glätte bis zur Ostsee, nach Thüringen und an den Neckar. Minus 1 bis plus 7 Grad werden maximal erreicht. Es weht oft frischer, an der Küste und im Nordwesten starker Wind.

Europa

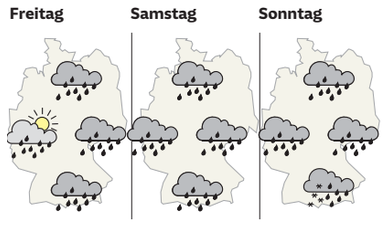


Nordamerika

Asien



Freitag · Samstag · Sonntag



Sonne und Mond (Angaben für München)

07:48 16:20	11:40 20:11	08.12.	15.12.	22.12.	30.12.

Wetterhistorie München

Maximum 1961: 17,8°C / Minimum 1925: -18,1°C

Deutschland

Berlin	wolkig	5°	Köln	Regen	6°
Bremen	Regen	5°	Konstanz	bedeckt	3°
Brocken	Schnee	-3°	Leipzig	wolkig	5°
Dortmund	Regen	6°	Lindau	bedeckt	3°
Dresden	wolkig	5°	List/Sylt	Regen	5°
Düsseldorf	Regen	7°	Lübeck	Schn.reg.	4°
Erfurt	wolkig	5°	Magdeburg	Schauer	5°
Essen	Regen	6°	Mannheim	Schauer	5°
Feldberg	st. bew.	0°	München	wolkig	4°
Feldberg/Ts.	Schn.reg.	2°	Nürnberg	st. bew.	3°
Frankfurt	Spr.reg.	4°	Oberstdorf	wolkig	2°
Freiburg	wolkig	6°	Osnabrück	Regen	6°
Freudenstadt	st. bew.	2°	Passau	wolkig	4°
Garmisch	wolkig	2°	Rostock	wolkig	5°
Hamburg	Schn.reg.	5°	Saarbrücken	Schauer	4°
Hannover	Schn.reg.	5°	Schleswig	Schn.reg.	4°
Ingolstadt	wolkig	2°	Schwerin	Schauer	4°
Karlsruhe	Schauer	5°	Stuttgart	wolkig	5°
Kassel	Schn.reg.	4°	Trier	Regen	5°
Kiel	Schn.reg.	5°	Wiesbaden	Spr.reg.	4°
Koblenz	Regen	6°	Zugspitze	wolkig	-9°

Nordamerika

Vancouver	Regen	9°
Toronto	Regen	16°
Chicago	wolkig	16°
New York	wolkig	5°
Denver	st. bew.	12°
Washington	Regen	9°
Los Angeles	wolkig	7°
Houston	Schauer	12°
Miami	Schauer	12°
Havanna	Schn.reg.	0°

Asien

Peking	wolkig	13°
Tokio	bedeckt	-2°
Shanghai	wolkig	5°
Chengdu	wolkig	9°
Hanoi	wolkig	18°
Hongkong	wolkig	14°
Bangkok	wolkig	16°
Manila	heiter	8°
Singapur	wolkig	-3°

Europa

Amsterdam	Regen	9°
Athen	Regen	16°
Barcelona	wolkig	16°
Belgrad	Regen	5°
Bordeaux	st. bew.	12°
Brüssel	Regen	9°
Bukarest	wolkig	7°
Dublin	Schauer	12°
Dubrovnik	Schauer	12°
Helsinki	Schn.reg.	0°
Istanbul	wolkig	13°
Kiew	bedeckt	-2°
Kopenhagen	wolkig	5°
Lissabon	wolkig	18°
London	Regen	14°
Madrid	wolkig	16°
Mailand	heiter	8°
Moskau	wolkig	-3°
Nizza	heiter	15°
Paris	Regen	11°
Prag	wolkig	3°
Rom	heiter	14°
Salzburg	wolkig	3°
Sofia	Spr.reg.	6°
Stockholm	wolkig	1°
Venedig	heiter	11°
Warschau	wolkig	3°
Wien	wolkig	4°
Zürich	wolkig	3°

Urlaubsorte	Luft	Wasser
Helgoland	6°	8°
Rügen	4°	8°
Sylt	5°	7°
Agadir	24°	21°
Antalya	17°	22°
Heraklion	19°	19°
Malaga	22°	18°
Palermo	16°	20°
Rimini	10°	18°
Tunis	16°	21°
Las Palmas	23°	22°
Zypern	20°	22°
Mallorca	19°	19°

Quelle: www.wetterkontor.de

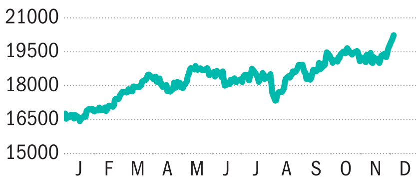
Weltwetter heute

Abu Dhabi	heiter	29°
Bangkok	wolkig	33°
Bogota	Schauer	20°
Boston	Schn.reg.	5°
Buenos Aires	wolkig	31°
Chicago	wolkig	-3°
Delhi	sonnig	24°
Denver	heiter	9°
Dom. Republik	Schauer	31°
Havanna	wolkig	25°
Hongkong	wolkig	24°
Houston	st. bew.	18°
Jakarta	Regen	30°
Jerusalem	wolkig	15°
Johannesburg	Schauer	33°
Kabul	sonnig	9°
Kairo	wolkig	21°
Kuwait	wolkig	23°
La Paz/Bol.	wolkig	20°
Lima	wolkig	23°
Los Angeles	wolkig	20°
Malediven	wolkig	31°
Manila	wolkig	31°
Mekka	wolkig	29°
Mexiko-Stadt	wolkig	22°
Miami	wolkig	25°
Montreal	Schnee	0°
Mumbai	wolkig	32°
Nairobi	wolkig	24°
New York	wolkig	4°
Panama	Schauer	29°
Peking	sonnig	7°
Perth	sonnig	28°
Riad	sonnig	28°
Rio de Janeiro	Schauer	28°
San Francisco	wolkig	17°
Singapur	bedeckt	30°
Sydney	heiter	28°
Teheran	sonnig	10°
Tel Aviv	wolkig	22°
Tokio	wolkig	14°
Vancouver	wolkig	9°
Washington	wolkig	3°

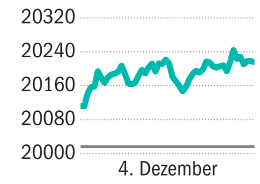
DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

DAX-40

12-Monatsverlauf 20.232,14 seit 1.1.: +20,78%



Tagesverlauf z. Vortag +1,08%



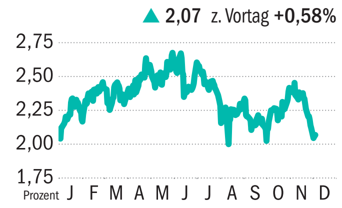
WELTBÖRSEN IM ÜBERBLICK

ME(S)Z 22:04h, * Index vom Vortag, Veränderung in Prozent zum Vortag

4.12.2024	Kurs	± in % z. Vortag
AEX Niederlande	891,63	+0,19%
All Ordinaries Australien	8728,5	-0,30%
ATX Österreich	3543,6	-0,14%
Bovespa Brasilien	126.559,3	+0,57%
CAC-40 Frankreich	7303,3	+0,66%
DAX-40 Deutschland	20.232,1	+1,08%
Dow Jones USA	45.014,0	+0,69%
Euro-Stoxx-50 Europa	4919,0	+0,83%
FTSE MIB Italien	34.083,9	+0,75%
FTSE-100 Großbritannien	8335,8	-0,28%
Hang-Seng Hongkong	19.734,0	+0,20%
IBEX 35 Spanien	11.931,6	+0,49%
Istanbul SE Türkei	9886,1	+0,60%
MSCI-World Welt	3830,1*	+0,32%
Nasdaq-100 USA	21.492,4	+1,24%
Nikkei 225 Japan	39.276,4	+0,07%
OBX Oslo Norwegen	1377,5	+0,18%
OMX Schweden	992,12	+0,93%
OMXC 20 Dänemark	2427,4	-0,52%
PX Tschechien	1701,0	-0,39%
RTS Index Russland	942,76*	+2,47%
S&P BSE Sensex Indien	80.845,8*	+0,74%
S&P-500 USA	6086,5	+0,61%
S&P-TSX Kanada	25.641,2	+0,02%
Shanghai Comp. China	3364,6	-0,42%
SMI Schweiz	11.783,6	-0,43%
Stoxx-Europe-50 Europa	4392,9	+0,18%
TecDAX Deutschland	3512,6	+1,29%
WIG 20 Polen	2268,1	+1,23%

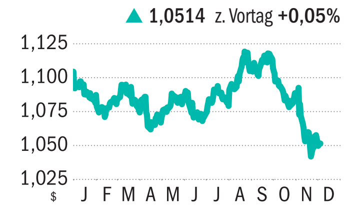
Bundesanl. 10J

▲ 2,07 z. Vortag +0,58%



Euro in Dollar

▲ 1,0514 z. Vortag +0,05%



DAX-40

4.12.2024	Kurs Schluss	± in % z. Vortag	52 Wochen Hoch	52 Wochen Tief	Marktkap. in Mrd.	Dividende	KGV 2024
Adidas●	236,00	0,55	243,90	160,20	42,48	0,70	67,05
Airbus (NL)●○	154,30	1,41	172,82	124,74	122,25	2,80	28,95
Allianz●○	300,10	0,87	304,30	237,95	117,55	13,80	12,20
BASF●○	43,66	-0,66	54,93	40,18	38,96	3,40	12,62
Bayer●	19,26	0,14	36,09	18,41	18,92	0,11	10,14
Beiersdorf	122,60	-0,33	147,80	120,10	30,40	1,00	27,86
BMW●	73,44	2,28	115,35	65,26	42,58	6,00	5,25
Brenntag	60,44	-0,79	87,12	54,88	8,73	2,10	12,81
Commerzbank	14,75	1,10	16,97	10,15	17,47	0,35	7,97
Continental	63,08	-0,44	78,40	51,02	12,62	2,20	10,19
Covestro	57,50	-0,62	58,50	44,57	10,87	–	1150,0
Daimler Truck	36,63	3,33	47,64	29,61	29,01	1,90	8,54
Deutsche Bank	16,69	-0,26	17,01	11,43	33,28	0,45	11,12
Deutsche Börse●	221,40	0,36	223,20	175,90	41,69	3,80	21,35
Deutsche Post NA●	34,73	-1,00	47,03	34,04	41,68	1,85	12,19
Deutsche Telekom✖●○	30,33	-0,75	30,64	20,73	151,24	0,77	16,57
Eon	11,93	-0,91	13,82	11,48	31,51	0,53	10,85
Fresenius	34,00	0,38	36,24	24,32	15,57	–	17,99
Hannover Rück	254,30	0,91	265,60	208,90	30,67	7,20	13,14
Heidelbg. Materials	120,80	-2,46	124,90	76,06	21,99	3,00	10,83
Henkel Vz.	81,90	0,49	85,74	66,86	14,59	1,85	15,34
Infineon✖●	32,05	0,79	39,35	27,80	41,85	0,35	16,87
Mercedes-Benz●○	53,04	2,00	77,45	50,75	56,74	5,30	4,55
Merck	141,00	-0,98	177,00	134,30	18,22	2,20	15,82
MTU Aero Eng.	327,60	1,08	329,50	173,60	17,63	2,00	25,26
Münchener Rück●○	511,20	1,03	512,80	373,70	68,38	15,00	11,04
Porsche AG Vz.	58,90	0,10	96,56	55,58	26,83	2,31	13,09
Porsche Vz.	34,53	0,82	52,32	33,40	5,29	2,56	2,25
Qiagen (NL)✖	41,66	0,45	43,40	36,59	9,51	–	19,38
Rheinmetall	652,00	2,71	653,00	277,70	28,40	5,70	29,98
RWE	30,97	-2,30	42,33	28,15	23,04	1,00	11,26
SAP✖●○	241,70	3,76	241,95	134,42	296,93	2,20	54,19
Sartorius Vz✖	216,60	1,21	383,70	199,50	8,11	0,74	52,57
Siemens●○	191,90	0,89	195,50	150,68	153,52	4,70	18,36
Siemens Energy	51,50	0,51	52,72	10,16	41,16	–	–
Siemens Healthineers✖	51,76	0,12	58,14	47,31	58,39	0,95	23,42
Symrise	103,40	1,12	125,00	91,84	14,45	1,10	31,82
Volkswagen Vz.●	81,38	1,27	128,60	78,86	16,78	9,06	2,94
Vonovia	31,74	1,05	33,93	23,74	26,12	0,90	15,87
Zalando	33,23	8,21	33,33	15,95	8,77	–	39,56

S-DAX

4.12.2024	Kurs Schluss	± in % z. Vortag	Dividende
1&1✖	11,78	2,26	0,05
adesso	91,20	4,95	0,70
Adtran Hold. (US)	8,26	0,15	0,18
Adtran Networks	19,90	0,00	0,52
AlzChem Group	61,40	-2,54	1,20
Amadeus Fire	79,20	0,89	5,00
Atoss Softw.✖	128,00	3,23	1,69
Auto1 Group	14,65	5,78	–
Borussia Dortmund	3,29	1,54	0,06
Cancom IT✖	23,68	3,41	1,00
Ceconomy	3,13	1,36	–
Cewe Color	100,20	1,73	2,60
CompuGroup Med.✖	15,35	-9,17	1,00
Dermapharm	36,55	3,84	0,88
Deutsche Wohnen	25,05	1,42	0,04
Deutz	4,03	1,77	0,17
Douglas	19,10	1,87	–
Drägerwerk Vz.	44,60	2,29	1,80
Dt. Beteiligung	24,70	1,02	1,00
Dt. Euroshop	19,56	0,62	2,60
Dt. Pfandbriefbank	5,18	2,88	–
Dürr	22,60	3,57	0,70
DWS Group	39,88	0,81	6,10
Eckert & Ziegler SE✖	46,20	-0,13	0,05
Elmos Semicon.✖	63,80	6,69	0,85
Energiekontor✖	41,90	3,71	1,20
Evotec✖	8,70	1,34	–
Fielmann Grp.	39,65	1,67	1,00
flatexDEGIRO	14,52	6,96	0,04
GFT Techn.	21,35	1,91	0,50
Grand City Propert. (LU)	12,30	0,49	–
Grenke	15,38	0,52	0,47
Hamborner Reit	6,45	0,78	0,48
Heidelbg.Druck	0,91	0,22	–
Hornbach Hold.	81,50	0,00	2,40
Indus	22,05	1,61	1,20
Ionos Group	23,55	0,21	–
Jost Werke	41,50	0,61	1,50
Klöckner & Co.	4,61	0,33	0,20
Kontron (AT)✖	17,38	2,96	0,50
KSB Vz.	614,00	0,00	26,26
KWS Saat	60,20	-0,82	0,90
Medios	13,20	1,23	–
Metro St.	4,38	0,69	0,55
MLP	5,88	0,34	0,30
Mutares	23,50	-1,88	2,25
Nagarro✖	90,25	-2,64	–
Norma Group	14,90	3,62	0,45
Patrizia SE	8,13	0,99	0,34
PNE Wind✖	10,92	-0,36	0,08
Pro Sieben Sat 1	5,31	12,73	0,05
PVA TePla	13,14	3,71	–
RENK Group	20,77	1,52	0,30
SAF Holland	13,96	1,31	0,85
Salzgitter	16,86	0,66	0,45
Schaeffler Inh..	4,30	1,53	0,89
SFC Energy	17,10	2,64	–
SGL Carbon	4,21	0,12	–
Sixt St.	69,65	0,51	3,90
SMA Solar Techn.✖	13,39	6,02	0,50
Sto & Co. Vz	103,80	-2,44	5,00
Stratec	29,55	-1,17	0,55
Südzucker	10,73	-0,56	0,90
Süss Microtec✖	50,90	6,93	0,20
Takkt	8,08	0,50	1,00
thyssenkr. nucera	8,58	1,00	–
Verbio	11,50	1,86	0,20
Vossloh	42,90	0,82	1,05
Wacker Neuson	13,78	0,58	1,15
Wüstenrot Württemb.	12,02	0,00	0,65

WEITERE AKTIEN

4.12.2024	Kurs Schluss	± in % z. Vortag	Dividende
3D Systems (US)	2,61	2,11	–
4SC konv.	4,40	-4,97	–
About You Hold.	3,55	5,03	–
Adler Group (LU)	0,34	0,00	–
Aegon (BM)	6,14	0,76	0,30
Air France KLM (FR)	7,23	-0,14	–
Akamai (US)	92,85	0,13	–
Alibaba ADR (CN)	80,70	-0,86	2,66
Align (US)	222,70	0,36	–
Allane	10,00	1,01	0,09
Alstria Office	6,96	-0,85	–
Altria (US)	53,48	-1,42	3,84
Amadeus IT (ES)	68,78	1,15	0,44
ams-OSRAM (AT)	6,32	3,67	–
Anglo American (GB)	30,17	-1,76	0,96
Applied Mats. (US)	172,00	-1,15	1,52
Arcelor-Mittal (LU)	23,30	-2,55	0,23
AT & S (AT)	13,79	7,15	–
Aumann	10,14	0,00	0,20
Baader Bank	4,21	-0,47	–
Baidu ADR (US)	80,20	-2,31	–
Ballard Power (CA)	1,36	-2,96	–
Bank of America (US)	43,91	-1,11	1,00
Barclays (GB)	3,20	-0,03	0,08
Barrick Gold (CA)	16,58	-1,43	0,40
Bastei Lübbe	9,70	0,00	–
BayWa NA	15,00	-3,85	–
BayWa v. Na.	8,77	-0,90	–
BB Biotech (CH)	37,40	0,27	2,00
Bertrandt	17,50	-0,57	1,20
Bet-at-Home	2,51	-0,79	–
Biofrontera NA	2,43	0,00	–
Biogen (US)	151,90	-2,16	–
BioNTech	108,10	-2,96	–
Biotest	41,00	0,00	–
Biotest Vz.	26,80	-0,37	0,08
BMW Vz	67,55	1,35	6,02
Bombardier B (CA)	67,92	3,57	–
Booking (US)	4975,0	0,00	8,75
Brain	3,07	-1,60	–
Branicks Group	2,34	-0,43	–
Bristol-Myers Sq. (US)	54,92	-3,22	2,31
BYD CO. (CN) (CN)	31,62	-1,56	3,41
Carrefour (FR)	13,81	-0,36	0,87
Cenit Syst.	8,10	-1,22	0,04
Cherry	0,68	3,48	–
Citigroup (US)	67,82	-1,94	2,18
Colgate Palm. (US)	90,27	-0,80	1,98
Conoco Philips (US)	98,21	-2,70	3,12
Corestate Capital (LU)	0,40	6,95	–
Curevac (NL)	2,74	0,88	–
Danaher Corp. (US)	227,00	-0,77	0,99
Deere (US)	431,20	-2,10	5,32
Delticom	2,22	1,83	–
DMG Mori Seiki	44,70	0,00	1,03
Dr. Hönle	8,34	-0,48	–
Drägerwerk	41,10	1,73	1,74
Drägerwerk Vz.	44,45	2,18	1,80
eBay (US)	59,95	-0,20	1,08
Einhell Germany Vz	63,60	0,16	0,97
Eli Lilly (US)	796,00	2,76	5,20
ElringKlinger NA	4,06	-0,49	0,15
Engie (FR)	15,06	0,47	1,43
Epigenomics konv.	1,45	0,00	–
Equinor (NO)	22,90	-1,72	36,24
Ericsson B (SE)	7,85	0,85	2,70
Eurofins Scien. (LU)	46,18	0,87	0,50
Ferratum Oyj (MT)	5,16	0,19	0,19
First Sensor	58,60	0,69	0,47
Ford (US)	10,09	-1,29	0,78
Fortec	19,40	4,30	0,85
Francotyp-Post.	2,24	-0,88	–
Freeport-McM. (US)	41,22	-1,52	0,60
Fuchs St.	32,50	0,00	1,10
Geely (CN)	1,75	-0,77	0,22
General Motors (US)	50,32	-3,34	0,39
Generali (IT)	27,86	1,49	–
Gesco	13,50	-1,10	0,40
Gigaset	0,04	0,00	–
Global Fashion Grp. (LU)	0,23	-4,54	–
Grammer	5,00	-2,91	–
H&R	3,32	0,30	0,10
Halliburton (US)	29,47	-1,78	0,68
Hamburger Hafen	17,80	0,68	0,08
Hapag Lloyd	156,60	-1,07	9,25
Harley Davidson (US)	32,07	0,19	0,69
Harmony Gold (ZA)	8,64	0,47	2,41
Hawesko	24,00	-1,64	1,30
Heineken (NL)	68,64	-1,58	1,73
Henkel	72,60	0,00	1,83
Hennes&Mauritz (SE)	13,67	1,56	6,50
Holcim N (CH)	90,66	-1,31	–
Instone Real	8,10	-0,74	0,33
Intershop Communic.	1,76	1,15	–
JD.com ADR (CN)	34,10	-3,94	–
Kellanova (US)	76,08	-0,11	2,26
Koenig & Bauer	12,44	-5,33	–
Kone Corp. (FI)	50,26	0,52	1,75
KPS	0,70	-4,63	–
Leifheit	16,10	0,63	1,05
Linde PLC (IE)	437,40	0,23	5,56
Lloyds Banking (GB)	0,65	1,56	0,03
Lockheed Martin (US)	491,25	-0,63	12,75
LPKF Laser	8,50	-0,35	–
Ludwig Beck	15,80	-5,95	0,15
Manz	4,21	5,25	–
MAX Automation	5,78	5,09	–
MBB Industries	101,00	-0,98	1,01
Medigene	1,11	0,00	–
Medtronic (IE)	81,44	-0,29	2,76
Metro Vz	5,05	3,91	0,89
MVV Energie	30,40	0,66	1,45
Nakiki	0,45	-8,16	–
Newmont Corp. (US)	39,01	-0,03	1,00
Nexus	68,20	-0,29	0,22
NFON	5,10	0,00	–
Nintendo (JP)	58,30	3,41	129,0
OHB Technology	48,00	1,48	0,60
OMV (AT)	38,04	0,11	5,05
Oracle (US)	179,72	3,92	1,60
Orange (FR)	9,42	-2,87	0,72
Österreich. Post (AT)	28,90	-0,34	1,78
Panasonic (JP)	9,11	-1,58	40,00
Paragon	2,00	-5,66	–
Pfeiffer Vac.	154,20	0,13	7,32
Philip Morris (US)	122,90	-0,71	3,87
Philips (NL)	25,03	-0,32	–
Prudential (GB)	7,75	-1,90	0,27
PSI	20,70	1,47	–
q.beyond	0,71	0,00	–
Qualcomm (US)	155,18	0,44	3,30
Raiffeisen Int. (AT)	18,88	1,45	1,25
Renault (FR)	39,63	-0,80	1,85
Repsol (ES)	11,39	-2,73	0,90
Roche Inh. (CH)	267,40	-0,59	9,60
RTX Corp. (US)	112,78	0,04	2,36
Ryanair (IE)	19,26	1,18	0,35
Samsung El. GDR	882,00	-0,45	26,87
Samsung El. Vz GDR	770,00	2,12	20,40
Sartorius	177,40	1,37	0,73
Secunet	113,80	8,38	2,36
Shopify (CA)	107,54	1,74	–
Singulus	1,28	4,49	–
Sixt Vz	52,80	-1,31	3,92
Snap (US)	12,07	-1,21	–
SNP Schneider-Nied.	49,90	0,20	–
Societe Generale (FR)	24,59	1,82	0,90
Softbank (JP)	57,56	-1,10	44,00
Sony (JP)	19,81	2,38	20,00
Spotify (LU)	476,00	2,81	–
Springer Nature	25,90	-0,15	–
STMicroelectron (NL)	24,74	0,98	0,36
STS Group	3,54	1,14	0,04
Surteco	19,60	0,00	–
Swatch Group (CH)	158,65	0,44	6,50
Swiss Re (CH)	132,45	0,15	6,22
Technotrans	15,00	-2,91	0,62
Telefónica (ES)	4,31	-0,32	0,30
Tencent (CN)	48,74	-0,74	3,40
Teva ADR (IL)	16,65	0,91	–
Texas Instruments (US)	188,08	-1,48	5,08
Tomra Systems (NO)	13,29	2,23	1,95
Toyota Motor (JP)	16,51	-0,59	90,00
Unibail-Rod.Wfd. (FR)	76,66	1,40	2,50
Universal Music Gr. (NL)	23,10	-0,65	0,75
Vale (BR)	9,31	-1,90	6,99
Varta	1,75	1,33	–
Veolia Envir. (FR)	27,38	-0,18	1,25
Vestas Wind (DK)	13,10	-9,22	–
Villeroy&Boch Vz.	14,90	-0,67	1,05
Vita 34	3,84	-2,04	–
Vivendi (FR)	8,32	-0,88	0,25
Vodafone (GB)	0,84	-0,19	0,08
Voestalpine (AT)	18,16	0,55	0,70
Volkswagen	85,10	2,65	9,00
Voltabox	1,15	1,78	–
Washtec	38,30	1,06	2,20
Wells Fargo (US)	69,27	-2,30	1,50
Westag & Get.	–	–	0,90
Westag & Get. Vz	24,00	0,00	0,96
Westwing Group	7,88	-0,76	–
Zeal Network	43,20	0,00	1,10

ANZEIGE

Unbegrenzt handeln

Mit der Trading-Flatrate für Aktien, ETFs & Fonds.

Scalable Capital

ERLÄUTERUNGEN: Kurse in Euro, Dow Jones-Aktien in US-Dollar, Schweizer Aktien in CHF. Die Kurse der Indexmitglieder von Dax, M-Dax und S-Dax basieren auf dem Xetra-Handel, „Weitere Aktien", Euro-Stoxx-50 sowie Stoxx-Europe-50 auf dem Frankfurter Parketthandel, Dow Jones-Aktien Heimatbörse USA. ✖●○ = Mitglied im Tec-Dax/Euro-Stoxx-50/Stoxx-Europe-50. Vz. = Vorzugsaktien ohne Stimmrecht, St. = Stammaktien. Kurshistorien sind um Kapitalmaßnahmen bereinigt. Dividendenzahlungen: jährlich. Die ausgewiesenen Dividenden sind die zuletzt gezahlten Dividenden in Euro bzw. der Landeswährung (sh. Länderkürzel hinter dem Aktiennamen). Dividenden der ADRs (= American Depositary Receipt) in US-Dollar, KGV = Kurs-Gewinn-Verhältnis, je höher das KGV, desto teurer ist die Aktie bezogen auf den Jahresgewinn. Nikkei-Index = © Nihon Keizai Shimbun.
[1]) Devisen mitgeteilt von der LBBW; Handelsplätze Rohstoffe: ICE= Intercontinental Exchange; Nymex=New York Mercantile Exch. ; Comex: New York Commodity Exch.; CME=Chicago Mercantile Exch.; LME=London Metal Exch.; Matif= Marche de Terme International de France. * = Kurs vom Vortag. Alle Angaben ohne Gewähr.
Bei Rückfragen erreichen Sie die Redaktion unter 089/2183-0 oder redaktion@sueddeutsche.de Infront

M-DAX

4.12.2024	Kurs Schluss	± in % z. Vortag	52 Wochen Hoch	52 Wochen Tief	Marktkap. in Mrd.	Dividende	KGV 2024
Aixtron✖	14,26	3,11	39,89	12,73	1,62	0,40	13,33
Aroundtown Property (LU)	3,20	1,11	3,27	1,53	4,92	–	12,31
Aurubis	76,00	0,46	84,20	57,36	3,42	1,40	9,34
Bechtle✖	32,08	2,23	52,42	30,66	4,04	0,70	15,20
Befesa (LU)	22,00	4,07	37,74	17,71	0,75	0,73	11,22
Bilfinger Berger	44,75	0,22	52,40	33,38	1,68	1,80	10,36
Boss	37,95	9,75	70,50	31,87	2,67	1,35	10,15
Carl Zeiss Med.✖	57,50	3,23	123,75	54,45	5,14	1,10	30,10
CTS Eventim	84,20	-2,83	100,50	58,30	8,08	1,43	25,52
Delivery Hero	34,03	3,94	42,05	14,92	9,78	–	–
Evonik Industries	17,72	0,80	21,27	16,68	8,26	1,17	11,21
Fraport	52,65	1,84	57,60	42,90	4,87	–	11,06
Freenet✖	29,44	0,48	29,56	22,78	3,50	1,77	12,80
Fres.Med.Care	44,78	0,79	45,10	32,51	13,14	1,19	20,54
Fuchs Vz.	42,34	1,05	47,18	35,94	2,94	1,11	18,02
GEA Group	48,20	0,54	48,28	34,01	8,31	1,00	18,68
Gerresheimer	75,20	-0,79	111,20	68,70	2,60	1,25	15,25
Hella	88,00	1,15	92,70	77,70	9,78	0,71	23,85
Hello-Fresh	11,80	-0,08	16,33	4,42	2,04	–	–
Hensoldt✖	37,86	1,23	44,58	23,34	4,37	0,40	24,11
Hochtief	128,70	1,90	128,80	96,10	10,00	4,40	16,63
Hypoport SE	195,30	3,06	348,40	148,20	1,34	–	95,27
Jenoptik✖	21,14	2,72	31,14	20,24	1,21	0,35	11,74
Jungheinrich	25,24	2,44	39,38	23,40	1,21	0,75	8,56
K+S	11,24	2,42	15,15	9,97	2,01	0,70	34,05
Kion	34,73	2,96	51,68	30,30	4,56	0,70	9,92
Knorr-Bremse	73,55	0,62	82,15	54,58	11,86	1,64	19,10
Krones	121,40	1,17	133,40	103,60	3,84	2,20	13,64
Lanxess	25,77	-2,39	29,80	21,00	2,23	0,10	–
LEG Immobilien	88,00	0,96	97,52	67,36	6,55	2,45	–
Lufthansa	6,29	-1,84	8,45	5,38	7,54	0,30	8,27
Nemetschek✖	102,50	3,59	109,50	72,82	11,84	0,48	64,06
Nordex✖	11,26	-1,31	15,77	8,62	2,66	–	125,11
Puma	43,65	1,54	58,76	34,21	6,58	0,82	20,79
Rational	908,00	3,18	938,50	599,00	10,32	13,50	43,30
Redcare Pharmacy (NL)	155,10	0,71	171,40	95,60	3,16	–	–
RTL Group (LU)	25,70	3,21	37,30	23,65	3,98	2,75	3,12
Schott Pharma	27,96	1,45	43,40	25,54	4,21	0,15	27,96
Scout24	89,05	2,12	89,20	60,86	6,68	1,20	32,98
Siltronic✖	47,88	1,83	94,00	45,88	1,44	1,20	68,40
Stabilus S.A	34,00	3,98	67,00	32,25	0,84	1,75	9,09
Ströer	51,00	3,16	67,65	46,56	2,84	1,85	16,14
TAG Immob.	15,65	2,76	17,27	11,08	2,75	–	–
Talanx	83,25	2,27	83,25	61,20	21,50	2,35	11,44
TeamViewer SE✖	12,20	2,82	15,26	10,01	2,07	–	12,84
Thyssenkrupp	3,98	3,03	6,75	2,77	2,48	0,15	18,95
Traton	30,05	1,86	36,70	20,34	15,03	1,50	5,89
TUI	7,91	0,76	8,04	5,05	4,01	–	7,53
United Internet✖	15,86	1,73	25,06	15,30	3,05	0,50	7,74
Wacker Chemie	70,68	0,23	116,70	69,24	3,69	3,00	15,37

LEITZINSEN

Basiszins gem. BGB	3,37	seit 1.7.2024
Leitzins EZB	3,40	seit 23.10.2024
Leitzins FED	4,50 - 4,75	seit 8.11.2024
Leitzins Japan	0,08	seit 31.7.2024
Leitzins Großbritannien	4,75	seit 7.11.2024
Leitzins Schweiz	1,00	seit 4.12.2024
Leitzins China	3,10	seit 21.10.2024

INDIZES/RENDITEN

	4.12.	3.12.
Bund-Future, Frontmonat	135,16	135,04
Rentenindex (REX)	127,59	127,75
Umlaufrendite	2,02*	2,01*
10-j.Staatsanleihe Deutschland	2,07	2,06
10-j.Staatsanleihe USA	4,24	4,21
10-j.Staatsanleihe Großbritannien	4,31	4,30
10-j.Staatsanleihe Japan	1,05	1,08
10-j.Staatsanleihe Schweiz	0,18	0,19

WECHSELKURSE

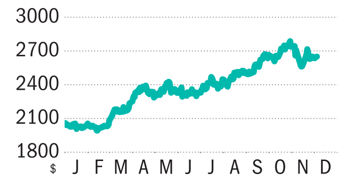
4.12.2024 Land	Devisen [1]) Geld	Devisen Brief	Referenzkurs EZB
Australien	1,6279	1,6479	1,6384
Brasilien	6,0778	6,3778	6,3472
China	7,5812	7,6812	7,6285
Dänemark	7,4376	7,4776	7,4577
Großbritannien	0,8261	0,8301	0,8283
Hongkong	8,1221	8,2221	8,1670
Japan	158,21	158,69	158,59
Kanada	1,4704	1,4824	1,4755
Neuseeland	1,7864	1,8104	1,7987
Norwegen	11,5986	11,6466	11,6205
Polen	4,2631	4,3111	4,2868
Schweden	11,5339	11,5819	11,5480
Schweiz	0,9287	0,9327	0,9305
Südafrika	18,9171	19,1571	19,0679
Tschechien	24,9810	25,3810	25,1960
Türkei	36,4513	36,5913	36,4667
Ungarn	411,64	416,84	414,39
USA	1,0468	1,0528	1,0492

ROHSTOFFE

	4.12.	Ver. %
Rohöl Brent (ICE) $/Barrel	72,55	-1,45
Rohöl WTI (Nymex) $/Barrel	68,75	-1,70
Heizöl (Nymex) $/gal.	2,17	-2,15
Gold ($/uz)	2650,05	0,24
Platin (Nymex) $/toz	949,60	-1,10
Silber (Comex) $/toz	31,86	2,52
Palladium (Nymex) $/toz	993,00	0,95
Kupfer (LME) $/t	8969,99	0,32
Nickel (LME) $/t	15.881,33	1,03
Zink (LME) $/t	3083,05	0,13
Blei (LME) $/t	2062,66	1,56
Zinn (LME) $/t	28.810,00	1,27
Aluminium hg (LME) $/t	2619,14	1,64
Weizen (Matif) €/t	224,50	-0,11
Sojaboh. (CME) $-Cts/bu	984,00	-0,78
Mais (CME) $-Cts/bu	429,75	-0,58
Kaffee (ICE) $-Cts/lb	301,55	2,05
Kakao (ICE) $/t	9402,00	4,03
Zucker (ICE) $-Cts/lb	21,17	-0,94

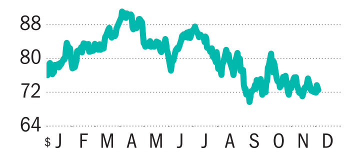
Gold ($/uz)

▲ 2650,05 z. Vortag +0,24%



Öl (Brent, $/B.)

▼ 72,55 z. Vortag -1,45%



MÜNZEN UND BARREN

MÜNZEN GOLD	Ankauf 4.12.	Verkauf 4.12.
20 Mark	565,20	600,60
1/2 oz Britannia	1219,0	1372,8
1/4 oz Britannia	609,50	705,30
20 Österr. Kronen	472,60	498,00
1 Österr. Dukat	268,10	284,00
20 Fr. Vreneli	457,80	482,50
10 Rubel Tscherw.	610,40	639,00
1 oz Krügerrand	2438,0	2574,0
1/2 oz Krügerrand	1219,0	1372,8
1/10 oz Krügerrand	243,50	289,60
2 Rand	569,50	597,00
1 oz Am. Eagle	2438,0	2600,0
1/2 oz Am. Eagle	1219,0	1405,8
1/4 oz Am. Eagle	609,50	722,10
1/2 oz Maple Leaf	1219,0	1372,8

Quelle: Degussa Goldhandel Endkundenpreise.

PLATIN | PALLADIUM		
1 oz Maple Platin	839,00	1178,1
1 oz Maple Leaf Palladium	719,00	1322,1
BARREN		
10 g Gold	779,50	858,00
1 oz Gold	2426,0	2624,5
100 g Gold	7799,0	8439,5
1 kg Gold	79.129,0	82.592,0
1 kg Silber	908,50	1258,1
100 g Platin	2710,0	3712,2
100 g Palladium	2383,0	4069,8

Anlagegold wird mit 0 % besteuert. Silber, Platin und Palladium mit 19 % MwSt.. Ausnahme sind Silbermünzen, sie unterliegen der Differenzbesteuerung, wenn sie aus einem Nicht-EU-Land eingeführt werden. Die MwSt. entfällt dann nur auf die Differenz zwischen An- und Verkaufswert.

DOW JONES

4.12.2024	Kurs NY Schluss	± in % z. Vortag	52 Wochen Hoch	52 Wochen Tief	MK in Mrd.$	Dividende	KGV 2024	Kurs FFM Schluss
3M	130,45	-0,53	141,34	75,65	71	3,36	18	124,14
Amazon.com	218,16	2,21	220,00	143,64	2294	–	47	208,35
American Express	302,60	0,16	307,82	167,57	213	2,40	22	288,45
Amgen	278,26	-0,02	346,85	257,80	150	8,64	14	264,00
Apple Inc.	243,01	0,15	244,11	164,08	3673	0,98	37	231,15
Boeing	158,28	2,12	267,54	137,03	98	–		150,80
Caterpillar	399,51	0,06	418,50	255,81	193	5,42	18	380,50
Chevron Corp.	158,32	-2,22	167,11	135,37	285	6,52	14	150,50
Cisco Systems	59,62	0,24	59,87	44,50	237	1,59	23	56,32
Coca-Cola	62,21	-2,06	73,53	57,47	268	1,94	22	58,90
Disney Co.	116,99	0,46	123,74	82,00	212	0,45	24	110,30
Goldman Sachs	598,71	-0,56	612,73	342,00	188	11,50	16	570,40
Home Depot	427,92	-0,33	439,37	323,77	425	9,00	29	405,50
Honeywell	229,79	1,25	242,77	189,66	149	4,37	23	216,30
IBM	233,49	1,96	237,37	157,89	216	6,67	23	222,10
Johnson&Johnson	150,47	-1,24	168,85	143,13	362	4,91	15	142,50
JP Morgan Chase	243,40	-0,58	254,31	156,15	685	4,10	13	231,80
McDonald's	295,09	0,20	317,90	243,53	211	6,78	25	280,65
Merck & Co.	101,37	-0,47	134,63	94,48	256	3,12	13	98,10
Microsoft	437,42	1,44	468,35	364,13	3252	0,75	33	416,10
Nike	78,37	-0,62	123,39	70,75	94	1,45	25	73,97
Nvidia	145,14	3,48	152,89	45,60	3570	0,02	138	137,94
Procter & Gamble	175,11	-0,18	180,43	142,50	412	3,83	25	166,32
Salesforce Inc.	367,87	10,99	369,00	212,00	352	0,40	36	344,00
Sherwin Williams	392,07	-0,82	400,42	282,09	99	2,86	42	374,50
Travelers Comp.	261,78	0,46	269,56	180,44	59	4,15	15	248,00
UnitedHealth	610,79	0,92	630,73	436,38	562	8,18	22	579,00
Verizon	42,52	-2,99	45,36	36,46	179	2,64	9,3	40,89
VISA Inc.	309,90	-0,99	317,41	253,13	536	1,94	31	295,05
Walmart Inc.	94,45	1,01	94,52	49,85	759	1,13	39	89,80

EURO-STOXX-50● / STOXX-EUROPE-50○ (ohne dt. Indextitel/Euroländer)

4.12.2024	Kurs Schluss	± in % z. Vortag	52 Wochen Hoch	52 Wochen Tief	Marktkap. in Mrd.€	Dividende	KGV 2024
ABB (CH)○	52,12	1,68	52,46	35,15	96,98	0,87 CHF	20,98
Adyen (NL)●	1443,4	3,22	1587,2	969,00	45,44	–	49,67
Ahold (NL)●	32,92	0,98	33,00	25,20	30,59	1,10	12,91
Air Liquide (FR)●○	161,96	0,97	178,96	151,51	93,65	2,91	25,63
Anheuser Busch Inb. (BE)●○	50,50	-1,60	62,18	50,50	90,76	0,82	15,21
ASML Holding (NL)●○	687,00	0,88	1020,8	605,90	274,51	6,34	36,62
AstraZeneca (GB)○	128,30	-1,23	158,15	112,45	198,91	2,28 GBP	13,03
AXA (FR)●○	32,52	0,28	36,65	29,00	71,59	1,98	9,40
Banco Bilb. (BBVA) (ES)●	9,23	1,23	11,27	8,00	53,22	0,39	6,37
Banco Santander (ES)●○	4,47	0,91	4,89	3,50	69,21	0,18	5,96
BAT (GB)○	35,28	-0,62	36,25	26,39	78,00	1,77 GBP	7,91
BNP Paribas (FR)●○	56,43	1,49	73,08	53,21	63,81	4,60	5,93
BP (GB)○	4,62	-1,22	6,34	4,40	74,06	0,28 USD	5,63
Danone (FR)●	64,26	-0,89	67,72	56,26	43,67	2,10	18,15
Diageo (GB)○	28,29	-0,21	35,76	27,30	62,95	0,79 GBP	18,01
Enel (IT)●○	6,94	-0,14	7,38	5,68	70,53	0,43	9,91
Eni (IT)●	13,60	0,62	15,84	13,28	44,67	0,50	7,12
EssilorLuxottica (FR)●○	229,90	0,44	236,10	173,40	105,14	3,95	32,98
Ferrari (NL)●	421,80	0,33	455,70	302,00	77,93	2,44	52,27
Glencore (JE)○	4,55	-1,08	5,91	4,27	55,51	– USD	919,13
GSK PLC (GB)○	16,31	-1,00	21,57	15,70	67,59	0,45 GBP	8,43
Hermes Internat. (FR)●○	2204,0	0,55	2431,0	1800,0	232,67	25,02	50,11
HSBC (GB)○	9,04	0,27	9,04	6,81	162,75	0,61 USD	6,23
Iberdrola (ES)●○	13,45	-1,10	14,28	10,12	85,57	0,00	15,82
Inditex (ES)●	55,82	2,08	55,82	37,31	173,97	2,14	29,38
ING Group (NL)●○	14,69	0,30	17,23	11,90	47,50	1,11	–
Intesa Sanpaolo (IT)●○	3,75	1,34	4,13	2,61	68,47	0,30	7,97
Kering (FR)●	224,00	0,90	438,65	206,50	27,65	14,00	16,08
L'Oréal (FR)●○	332,30	0,71	460,45	317,10	177,55	6,75	25,86
London St. Exch. (GB)○	137,00	0,74	137,00	101,00	72,81	1,15 GBP	32,21
LVMH (FR)●○	609,00	-0,13	886,00	566,00	304,59	13,00	20,21
National Grid (GB)○	12,10	-3,20	12,90	9,95	59,12	0,55 GBP	13,35
Nestle (CH)○	76,36	-0,31	100,70	75,16	200,06	3,00 CHF	16,06
Nokia (FI)●	3,98	-0,50	4,56	2,78	22,34	0,13	11,37
Nordea Bank AB (FI)●	10,90	0,18	12,14	10,00	38,16	0,92	7,52
Novartis (CH)○	90,10	-3,14	102,72	83,63	197,31	3,30 CHF	11,21
Novo Nordisk (DK)○	104,98	0,94	140,00	87,40	355,90	9,40 DKK	34,70
Pernod Ricard (FR)●	105,15	-0,43	163,20	104,50	26,64	4,70	13,31
Prosus (NL)●○	39,00	-1,02	41,60	23,79	97,00	0,06	13,22
Relx (GB)○	45,50	0,62	46,00	34,92	84,69	0,59 GBP	3088,9
Richemont (CH)○	129,05	1,10	151,10	104,10	69,37	2,75 CHF	17,44
Rio Tinto (GB)○	60,48	-0,69	68,45	53,73	75,78	3,41 GBP	6,42
Roche GS (CH)○	253,70	-0,31	288,20	212,90	178,24	9,60 CHF	12,69
Safran (FR)●○	225,90	2,36	225,90	156,36	96,52	2,20	31,24
Saint Gobain (FR)●	86,26	0,56	91,18	60,72	43,48	2,10	13,61
Sanofi (FR)●○	90,80	-0,88	106,02	84,53	115,22	3,76	11,84
Schneider Electric (FR)●○	250,85	2,81	250,85	171,58	144,40	3,50	29,24
Shell (GB)○	30,55	-0,83	34,80	27,62	187,99	1,19	7,93
Stellantis (NL)●	12,13	1,93	27,32	11,34	36,66	1,55	3,00
TotalEnergies (FR)●○	54,10	-0,29	70,00	53,60	129,71	3,01	5,95
UBS (CH)○	28,82	0,03	29,57	22,53	99,78	0,70 USD	16,24
UniCredit (IT)●○	37,54	-0,16	44,28	23,59	63,14	1,80	6,51
Unilever plc. (GB)○	55,88	-1,38	59,80	43,00	138,34	1,47 GBP	21,09
Vinci (FR)●○	98,46	1,21	120,34	96,98	58,08	4,50	11,61
Wolters Kluwer (NL)●	161,45	0,34	163,40	127,05	38,51	2,08	32,68
Zurich Insurance (CH)○	555,20	-1,00	564,00	428,20	81,26	26,00 CHF	12,39

WEITERE US-AKTIEN

4.12.2024	Kurs FFM Schluss	± in % z. Vortag	Dividende
Adobe	508,60	4,22	–
Adv. Micro Devices	136,04	0,73	–
Alphabet Inc. A	166,32	2,20	–
AT&T	22,36	-1,06	1,11
Berkshire Hath. B	445,20	-0,78	–
Exxon Mobil	108,56	-3,23	3,84
GE Aerospace	171,00	-0,58	0,26
Gilead Sciences	86,82	-1,53	3,08
Kraft Heinz Co	29,53	-1,58	1,60
MasterCard	495,60	-1,16	2,37
Meta Platforms	584,30	-0,05	0,50
Micron Techn.	98,10	0,26	0,46
Moderna	39,87	-1,48	–
Netflix	867,60	1,47	–
Nvidia	137,94	3,62	0,02
PayPal	85,50	5,65	–
Pepsico	151,92	-1,90	5,33
Pfizer	24,01	-1,42	1,68
Starbucks Corp.	96,77	-0,22	2,32
Tesla	340,00	2,35	–
Walgreens Boots	8,51	1,29	1,23

IN DEUTSCHLAND ZUGELASSENE **QUALITÄTSFONDS** – TÄGLICHE VERÖFFENTLICHUNG MITGETEILT VON INFRONT FINANCIAL TECHNOLOGY GMBH

Weitere Fonds-Infos unter http://moneyspecial.de/fonds/

Nachhaltigkeits-Fonds (ESG)

Deka Investments

Name	Währung	Ausgabe 04.12.	Rücknahme 04.12.	Performance YTD	1 J.	3 J.
Nachh Dynamisch CF	€	110,85	105,57	+21,01	+24,14	+2,68

ÖKOWORLD Telefon +49 2103 28410

Name	Währung	Ausgabe	Rücknahme	YTD	1 J.	3 J.
Growing Mkts 2.0	€	257,23	244,98	+3,44	+7,13	-13,32
Klima	€	120,44	114,70	+11,87	+19,25	-13,57
Öko Rock'n'Roll	€	168,15	160,14	+8,19	+10,91	-16,09
ÖkoVision Classic	€	249,97	238,07	+16,26	+21,90	-10,98
Water For Life C	€	232,28	221,22	+13,63	+21,52	-8,28

Union Investment

Telefon 069 58998-6060 Internet www.union-investment.de

Name	Währung	Ausgabe	Rücknahme	YTD	1 J.	3 J.
PrivatFonds: Nachh*	€	57,38	57,38	+10,16	+14,72	+2,21
UniNachh AkEu A*	€	72,11	68,68	+6,51	+9,33	+9,35
UniNachh AkEu netA*	€	57,39	57,39	+6,17	+8,93	+8,21
UniNachh Akt Glob*	€	170,80	170,80	+26,33	+31,22	+25,43
UniNachh AktDeu nA*	€	101,43	101,43	+13,66	+18,28	-
UniNachh AktDeut A*	€	276,56	263,39	+14,06	+18,73	+9,10
UniNachhaltig A Gl*	€	199,91	190,39	+26,74	+31,68	+26,76
UniRak Na.Kon. A*	€	117,09	114,79	+10,12	+13,46	-3,55
UniRak Nach.K-net-*	€	113,27	113,27	+9,77	+13,06	-4,56
UniRak Nachh.A net*	€	104,31	104,31	+17,54	+22,09	+6,83
UniRak NachhaltigA*	€	111,79	108,53	+17,93	+22,52	+7,96
UniZukunft Klima A*	€	50,12	49,14	+11,33	+15,34	+2,13
UniZukunft Kli-neA*	€	49,84	49,84	+10,98	+14,93	+1,06

Commerz Real Investment

Name	Währung	Ausgabe	Rücknahme	YTD	1 J.	3 J.
hausInvest	€	46,10	43,90	+2,03	+2,26	+7,33

Deka

Name	Währung	Ausgabe	Rücknahme	YTD	1 J.	3 J.
AriDeka CF	€	96,97	92,12	+9,62	+12,83	+16,13
BW Zielfonds 2025	€	42,92	42,08	+4,25	+6,28	-4,73
BW Zielfonds 2030	€	56,99	55,87	+7,17	+9,44	+0,17
DekaFonds CF	€	143,17	136,02	+11,08	+13,72	+11,00
Deka-MegaTrends CF	€	167,43	161,38	+23,65	+28,27	+29,55
Div.Strateg.CF A	€	224,83	216,70	+18,16	+21,43	+30,93
EuropaBond CF	€	97,65	94,81	+3,72	+7,02	-14,58
EuropaBond TF	€	34,41	34,41	+3,27	+6,50	-15,82
GlobalChampions CF	€	390,85	376,72	+28,47	+31,89	+35,32
Mainfr. Strategiekonz.	€	202,53	202,53	+15,39	+18,36	+14,23
Mainfr. Wertkonz. ausg.	€	100,59	100,59	+4,19	+4,93	+3,60
RenditDeka	€	23,37	22,69	+4,02	+7,66	-7,07
RenditDeka TF	€	29,24	29,24	+3,83	+7,43	-7,55
UmweltInvest CF	€	228,57	220,31	+15,15	+22,85	-5,86

Deka Immobilien Investment

Name	Währung	Ausgabe	Rücknahme	YTD	1 J.	3 J.
Deka Immob Europa	€	50,88	48,34	+2,18	+2,39	+8,64
Deka Immob Global	€	58,39	55,47	+1,80	+1,72	+6,26

Deka-Vermögensmanagement GmbH

Name	Währung	Ausgabe	Rücknahme	YTD	1 J.	3 J.
LBBW Bal. CR 20	€	47,57	46,64	+7,11	+10,03	+1,70
LBBW Bal. CR 40	€	56,39	55,28	+8,90	+12,11	+3,21
LBBW Bal. CR 75	€	76,94	75,43	+12,90	+16,51	+7,99
Oberland WeltInv	€	109,06	107,45	+9,60	+13,22	-

DWS

Offene Immobilienfonds	Währung	Ausgabe	Rücknahme	YTD	1 J.	3 J.
grundb. europa IC:	€	39,17	37,30	-3,24	-3,86	-1,07
grundb. europa RC	€	39,03	37,17	-3,61	-4,25	-2,31
grundb. Fok Deu RC	€	54,12	51,54	-3,54	-3,63	-0,36
grundb. Fokus D IC:	€	54,57	51,97	-3,19	-3,26	+1,02
grundb. global IC:	€	50,14	47,75	-4,03	-5,75	-3,64
grundb. global RC	€	49,59	47,23	-4,42	-6,17	-4,96

HAUCK AUFHÄUSER FUND SERVICES

www.hal-privatbank.com

Name	Währung	Ausgabe	Rücknahme	YTD	1 J.	3 J.
ERBA Invest OP	€	33,52	31,92	+11,68	+13,11	+9,74
HAL Europ SmCap Eq*	€	159,39	151,80	+2,22	+6,46	-13,77
HAL MultiAsset Con*	€	114,80	114,80	+8,30	+12,36	-2,77
HAL MultiAsset Dyn*	€	152,94	145,66	+11,96	+16,12	+18,71

Die besten Rentenfonds im Vergleich

Titel	ISIN	Preis 04.12.	Performance in % 6 M	1 J.	3 J.	5 J.	Laufende Kosten %
Deka Lux Disc.Strategie 5y	LU0323234723	132,16 €	2,37	6,10	13,12	14,96	1,64
Axxion*	LU0533937727	131,42 €	0,16	3,33	13,01	18,64	2,75
PAYDEN Global HY Bond USD*	IE0030624831	35,38 $	5,92	11,86	11,97	24,28	0,73
Vontobel EM LocCcy Bd B EUR*	LU0752071745	115,06 €	2,89	5,01	11,57	9,28	1,57
Deka VAG-Weltzins-INV	DE000A2DJVM0	72,75 €	4,22	8,01	10,37	8,78	0,70
Deka CORP.BD H.YI.	DE000DK2J6X5	85,90 €	3,80	8,95	9,84	12,19	0,70
Sparinvest ValBds ShDa HY€R*	LU1599093520	118,93 €	4,04	9,66	9,83	15,77	0,90
Deka Lux FlexGar TF A	LU1881878117	105,37 €	3,09	4,75	8,98	8,98	1,00
Deka Weltzins-Invest T	DE000A0M6KA6	35,74 €	4,23	7,43	8,71	7,43	0,80
Deka Multirent-Invest	DE0008479213	31,72 €	4,18	10,88	8,48	9,28	1,10

Alle dargestellten Investmentfonds sind Teilnehmer am Funds Service, sortiert nach **3-Jahresperformance**, berechnet nach BVI (Bundesverband Investment und Asset Management) Methode. Laufende Kosten % = Anteil der Verwaltungskosten eines Fonds, hoher Prozentsatz = hoher Kostenanteil. Erscheinungstäglich wechselnde Kategorien: Aktien-, Renten- Geldmarkt-, Misch-, Immobilien- und wertgesicherte Fonds. Keine Anlageberatung und -empfehlung.

IPConcept (Luxembourg) S.A.

Name	Währung	Ausgabe	Rücknahme	YTD	1 J.	3 J.
ME Fonds PERGAMONF	€	1126,13	1072,50	+23,71	+33,99	+20,56
ME Fonds Special V	€	3646,98	3473,31	+3,78	+9,23	-3,37

ODDO BHF Asset Management

Name	Währung	Ausgabe	Rücknahme	YTD	1 J.	3 J.
Substanz-Fonds*	€	1417,49	1376,20	+9,27	+12,00	+3,21
Vermögens-Fonds*	€	902,59	876,30	+8,04	+10,63	+1,10

KanAm Grund Kapitalanlagegesellschaft mbH

Name	Währung	Ausgabe	Rücknahme	YTD	1 J.	3 J.
Leading Cities	€	81,91	77,64	-14,76	-14,65	-21,21

MEAG

www.meag.com privatanleger@meag.com

Name	Währung	Ausgabe	Rücknahme	YTD	1 J.	3 J.
Dividende A*	€	68,83	65,55	+9,10	+13,58	+20,01
ERGO Vermög Ausgew*	€	61,99	59,32	+10,49	+14,04	+5,25
ERGO Vermög Flexi*	€	65,43	62,31	+10,73	+14,69	+6,89
ERGO Vermög Robust*	€	52,73	50,70	+6,37	+9,27	-0,81
EuroBalance*	€	71,60	68,85	+11,32	+15,70	+12,94
EuroErtrag*	€	71,27	68,86	+6,14	+8,57	+2,65
EuroFlex*	€	43,12	42,69	+4,22	+5,33	+3,88
EuroInvest A*	€	110,22	104,97	+11,70	+14,77	+15,55
EuroKapital*	€	64,39	61,32	+13,09	+17,45	+16,16
EuroRent A*	€	28,91	27,93	+4,19	+6,62	-6,31
FairReturn A*	€	58,05	56,36	+6,53	+9,43	+2,18
GlobalAktien*	€	75,14	71,56	+32,11	+36,92	-
GlobalBalance DF*	€	79,85	76,78	+10,27	+14,01	+3,32
GlobalChance DF*	€	98,18	93,50	+21,13	+27,10	+19,10
Nachhaltigkeit A*	€	184,40	175,62	+23,07	+28,49	+29,65
ProInvest*	€	245,11	233,44	+13,82	+17,89	+16,55
VermAnlage Komfort*	€	66,51	64,26	+9,54	+11,91	+7,99
VermAnlage Ret A*	€	81,64	78,50	+10,37	+14,02	+9,80

Union Investment

Telefon 069 58998-6060 Internet www.union-investment.de

Union-Investment Privatfonds

Name	Währung	Ausgabe	Rücknahme	YTD	1 J.	3 J.
PrivFd:Kontr.*	€	137,66	137,66	+11,24	+15,10	+2,43
PrivFd:Kontr.pro*	€	189,46	189,46	+14,82	+19,27	+9,17
Uni21.Jahrh.-net-*	€	59,74	59,74	+28,32	+35,14	+29,26
UniDeutschl. XS*	€	166,07	159,68	-4,69	+2,40	-30,29
UniEuroAktien*	€	94,88	90,36	+5,22	+7,20	+6,53
UniEuropa-net-*	€	97,71	97,71	+7,87	+13,12	+1,13
UniEuroRenta*	€	62,08	60,27	+3,16	+5,29	-5,59
UniEuroRentaHigh Y*	€	33,78	32,80	+7,35	+10,54	+2,62
UniFav.:Akt. -net-*	€	177,01	177,01	+30,89	+36,76	+35,03
Unifavorit: Aktien*	€	296,99	282,85	+31,31	+37,24	+36,46
UniFonds*	€	65,92	62,78	+15,04	+19,10	-2,01
UniFonds-net-*	€	92,23	92,23	+14,80	+18,86	-2,53
UniGlobal*	€	483,24	460,23	+26,92	+32,61	+34,61
UniGlobal-net-*	€	275,19	275,19	+26,63	+32,27	+32,45
UniNordamerika*	€	771,63	734,89	+32,71	+38,65	+42,23
UnionGeldmarktfds*	€	48,19	48,19	+3,39	+3,72	+6,00
UniRak*	€	168,99	164,07	+16,64	+20,20	+11,25
UniRak Kons.-net-A*	€	121,27	121,27	+10,36	+13,51	-3,96
UniRak Konserva A*	€	125,65	123,19	+10,71	+13,90	-2,95
UniRak -net-*	€	87,44	87,44	+16,27	+19,77	+10,07
UniRenta*	€	17,30	16,80	+3,62	+6,59	-9,81
UniStrat: Ausgew.*	€	82,74	80,33	+13,71	+17,59	+8,00
UniStrat: Konserv.*	€	77,46	75,20	+8,10	+11,23	-0,65

Union-Investment (Lux)

Name	Währung	Ausgabe	Rücknahme	YTD	1 J.	3 J.
PrivFd:Konseq.pro*	€	111,11	111,11	+5,15	+7,52	+4,02
UniAsia Pac.net*	€	153,67	153,67	+17,31	+21,84	-6,42
UniAsia Pacific A*	€	156,95	150,91	+17,68	+22,27	-5,43
UniAusschü. net- A*	€	50,64	50,64	+10,37	+14,81	+10,28
UniAusschüttung A*	€	51,91	50,40	+10,69	+15,17	+11,28
UniDividAss net A*	€	64,49	64,49	+8,13	+12,41	+24,25
UniDividendenAss A*	€	68,59	65,95	+8,48	+12,80	+25,56
UniDyn.Europa A*	€	152,54	146,67	+8,09	+12,24	+4,87
UniDynamic Gl. A*	€	148,39	142,68	+33,25	+38,73	+25,40
UniEMGlobal*	€	93,40	88,95	+11,05	+14,72	-10,27
UniEurKap Corp-A*	€	35,91	35,21	+3,74	+4,74	+1,10
UniEurKap.Co.net A*	€	35,68	35,68	+3,47	+4,45	+0,20
UniEuropa*	€	3105,12	2957,26	+8,18	+13,43	+1,72
UniGlobal Div A*	€	147,74	140,70	+16,21	+21,14	+25,61
UniGlobal Div-netA*	€	137,47	137,47	+15,83	+20,71	+24,30
UniIndustrie 4.0A*	€	100,48	96,62	+26,82	+33,43	+22,30
UniOpti4*	€	97,78	97,78	+3,45	+3,89	+5,42
UniSec. BioPha.*	€	183,72	176,65	+8,94	+14,08	+12,66
UniSec. High Tech.*	€	296,62	285,21	+36,91	+43,13	+40,78
UniStruktur*	€	120,03	116,53	+9,29	+12,83	+7,26
UniVa. Global A*	€	177,49	170,66	+16,56	+22,00	+32,52

Union-Investment Real Estate

Name	Währung	Ausgabe	Rücknahme	YTD	1 J.	3 J.
UniImmo:Dt.*	€	100,77	95,97	+1,88	+2,14	+7,73
UniImmo:Europa*	€	57,14	54,42	+0,78	+1,13	+4,84
UniImmo:Global*	€	50,33	47,93	+0,30	+0,36	+2,84

Währung: € = Euro, $ = US-Dollar, £ = Brit. Pfund, CHF = Schweizer Franken, ¥ = Yen. **Ausgabe**: Ausgabepreis eines Fondsanteils zum angegebenen Tag. **Rücknahme**: Rücknahmepreis eines Fondsanteils zum angegebenen Tag. **ISIN**: Die Internationale Wertpapierkennummer eines Fonds. **Performance YTD**: Wertentwicklung seit Jahresbeginn. **Performance 1J.**: Wertentwicklung in einem Jahr. **Performance 3J.**: Wertentwicklung in drei Jahren. ***:** Preise etc. vom Vortag oder letzt verfügbar.

Alle Fondspreise etc. ohne Gewähr - keine Anlageberatung und -empfehlung.

Infront Funds Service

+49 69 26095760 fundsservice@infrontfinance.com

Infront publiziert die Fondsdaten im Auftrag der Fondsgesellschaften als besonderen Service für deren Anleger.

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

SZ Erleben

Genuss lässt sich abonnieren! Besondere Weine kennen und lieben lernen.

Erweitern Sie Ihr Weinwissen mit Geschmackserlebnissen auf höchstem Niveau. Markus Del Monego, Master of Wine, hat alle Weine der Weineditionen exklusiv für die SZ-Vinothek degustiert. Entdecken Sie regelmäßig neue, hochwertige Weine, sorgfältig ausgewählt und direkt zu Ihnen nach Hause geliefert – perfekt für Genießer und Entdecker edler Tropfen.

Markus Del Monego
Master of Wine & deutscher
Weltmeister der Sommeliers

Das Weinabo *aus unserer* **SZ-Vinothek**

bis zu 25 % *sparen,* **4x jährlich**

Profitieren Sie von Ihren Vorteilen:

Vielfalt:
Sechs erlesene Winzerweine voller Charakter

Qualität:
Exklusiv ausgewählte Weinspezialitäten

Preisvorteil:
Günstiger gegenüber dem Einzelverkaufspreis

Weinwissen:
Hintergründe zu Wein und Winzern, sowie Rezeptideen

Unverbindlich:
Volles Rückgaberecht und jederzeit kündbar

Zuverlässig:
4x im Jahr genießen zu max. 63,50 €* pro Paket

Bequem:
Das Paket wird direkt zu Ihnen nach Hause geliefert

Lieferzeiten:
Im Frühjahr, Sommer, Herbst und Winter

Jetzt Genuss abonnieren:
sz-erleben.de/weinabo **089 2183-1810**

* zzgl. 7,90 € Versandkosten.
Alle angebotenen Weine enthalten Sulfite. Ein Angebot der Süddeutsche Zeitung GmbH, Hultschiner Str. 8, 81677 München.

Süddeutsche Zeitung

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

Vielleicht suchte er sich auch nur selbst: Storm De Beul auf seinem Youtube-Kanal. FOTO: STORMOUTDOORSY / YOUTUBE

Sein Tod erzählt etwas

Die Natur, die er liebte, tötete ihn: Der 22-jährige Youtuber Storm De Beul ist in Lappland ums Leben gekommen. Seine Filme waren schweigsam schön – und gerade deshalb tröstlich.

Von Laetitia Feddersen und Gerhard Matzig

Storm heißen – und im Schneesturm umkommen: Vielleicht liegt schon darin etwas von dem, was einen angesichts dieser tragischen, traurigen und denkwürdigen Nachricht berührt. Der erst 22-jährige Youtuber Storm De Beul, ein Outdoor- und Survival-Influencer aus Belgien, der erst seit einiger Zeit unter „StormOutdoorsy" sendete, ist in Lappland ums Leben gekommen. Ihm zum Verhängnis wurde ein Blizzard – aber auch seine Liebe zur Einsamkeit in der Wildnis.

Wildnis: Vielleicht ist es das Vermächtnis des 22-Jährigen, unser Verhältnis zur Wildnis, die mittlerweile die umsatzstarke Outdoor-Branche füttert mit ihren sehnsuchtsvollen „Zurück zur Natur!"-Motiven à la Rousseau, neu zu bestimmen. Vielleicht ist es Zeit, darüber nachzudenken, was die Natur immer schon, vor allem aber auch heute in Wahrheit ist. Etwas oft Bedrohtes, etwas Ausgebeutetes, etwas Schutzbedürftiges – und manchmal auch etwas abgründig Gefährliches. Etwas Fremdes. Noch für Martin Luther war es die „grausame wildnusz", erst für die Moderne wurde daraus seit Aufklärung und Romantik das vermeintlich „Naturschöne" heutiger Aneignung. Der Tourismus ist die effektivste Branche, um das, was man sucht, zu zerstören, indem man es findet.

„Es schneit heftig hier. Aber keine Sorge, ich werde überleben."

Der Blizzard, in dem der 22-Jährige, wie erst jetzt bekannt wurde, schon in der Nacht zum 30. Oktober ums Leben kam, war eher von der grausamen als von der romantischen oder gar naturschönen Sorte. Und vielleicht ist die Natur, deren universeller Teil, nicht deren Dompteur wir sind als zivilisatorische Menschheit, ja beides nicht – weder etwas Verkitschtes noch etwas Grausames. Vielleicht aber ist es unser Lebensraum, den wir endlich verstehen lernen sollten. Und vielleicht ist der Tod eines so jungen Menschen nicht sinnlos – in genau diesem Sinn.

Man könnte nun sagen: Wer sich in Gefahr begibt, kommt darin um. Aber erstens hätte man dann kein Herz, auch wenn es oft wahr ist, und zweitens war Storm De Beul womöglich eher ein Sinn- als ein Gefahrensucher. Vielleicht suchte er sich auch nur selbst. Vor allem war er: 22 Jahre alt. In diesem Alter öffnet sich die Welt, um einen zu umarmen. Doch nicht in diesem Fall.

Das Unglück ereignete sich in den Bergen der Region Jokkmokk, Lappland, nördlicher Polarkreis. Gemütlich ist es dort nicht in den bitterkalten Nächten. Das wusste auch Storm De Beul. Es war aber nie das Erhabene, das Schöne oder das Abenteuer, das ihn anzog. Nicht nur. Er wollte sich in eine Natur begeben, wie sie ist. Nicht wie sie sein soll. In der Nacht seines Todes hatte De Beul ein Zelt aufgeschlagen – und wurde vom Sturm überrascht. Seiner Großmutter in Belgien schrieb er noch eine Nachricht: „Es schneit heftig hier. Aber keine Sorge, ich werde überleben." Das Wort Leben beendet es auch, das Leben. Das Tückische an Schneestürmen ist der Windchill-Effekt, der zu Unterkühlung und Erfrierung führen kann – während man schneeblind in Panik gerät.

Zwar hatte der Junge noch einen Rettungsruf abgesetzt in der Nacht, aber wegen des Sturms konnten die Rettungskräfte nicht ausrücken. Zu gefährlich. Erst am nächsten Morgen wurde Storm De Beuls Leichnam geborgen. Die Mutter erzählt dem belgischen Nachrichtenportal *7sur7*: „Seine Füße und Unterschenkel waren gefroren. Da er sich die Nase gebrochen hatte, ist er vielleicht auch gestürzt. Er muss lange gelitten haben und allein gestorben sein." Man vermutet, dass er im Sturm das mutmaßlich zu leichte Zelt eingebüßt und dann versucht hat, sein mehr als 14 Kilometer entferntes Auto zu erreichen.

Das Besondere an den Filmen, die Storm De Beul machte: Sie zeigen die Natur nicht als Sehnsuchtsort, auch nicht als Abenteuerspiel. Dennoch sind Bilder enormer Strahlkraft entstanden. Bilder, die einen verstummen lassen. Man fühlt öfter, als man denkt: wie schön. Storm De Beul gibt keine Tipps zum Feuermachen, er beschwelgt nicht die Landschaft. Er schweigt. Er zeigt, was er sieht. Das ist alles. Tausende Fans folgten ihm genau deshalb. Er hätte auch Outdoorjacken preisen und Schlafsäcke testen können, aber er saß meistens nur da und staunte vor sich hin.

In dem kurzen Video „Camping in the Forest" sieht man kein Camping. Keinen Forest, jedenfalls keinen, der einen Baumwipfelpfad hat. Man hört Baumwipfel, die flüstern und raunen und brausen. Von wegen: „Der Wald steht schwarz und schweiget" (Matthias Claudius). Schon der Specht hat was dagegen. Einmal lehnt sich Storm an einen Stamm, um dem Specht zuzuhören: tock-tock-tock. Es wirkt nicht romantisch. Nicht söderhaft Baum-umarmend. Oder effektheischend wie das Outdoor-Entertainment aus *7 vs. Wild*, der deutschen Survivalsendung, die auf Youtube und Amazon Prime erfolgreich ist. Da geht es um Realitätsflucht, um Joey Kelly und Überlebenstipps, um eine lehrreiche Show aus dem Wald.

Auf Storm de Beuls Account wirkt es so, als ob da ein Mensch bei sich wäre für den Augenblick.

Man sollte sich an den von der Natur erstaunten jungen Mann erinnern. Henry David Thoreau, in dessen Spuren Storm De Beul gewandelt sein mag, sagte einst: „Leben ist Wildheit." Wildheit ist aber auch Tod. Das ist kein Trost. Natürlich nicht.

Jamaika Noir

Die Sky-Serie „Get Millie Black" ermittelt in famoser Filmästhetik in der Karibik. Nicht der einzige Grund, sie anzuschauen.

Jamaika ist nicht gerade ein Hotspot hiesiger Sehgewohnheiten. Das deutsche Publikum kennt die Karibikinsel vielleicht von Abstechern früher Sean-Connery-„Bonds" oder zwei, drei Landgängen der „Pirates of the Carribean". Ansonsten beschränkt sich das gespeicherte Bild vermutlich auf Sonne, Rasta, Reggae-Beats und irgendwas mit drolligen Bobpiloten. Höchste Zeit für ein Update also, das kein Geringerer als Marlon James vornimmt.

Dauernd werden fiktive Cops ja persönlich in ihre Fälle verwickelt

Der Booker-Prize-Träger hat eine seiner Kurzgeschichten, „Kingston Noir", zur Thriller-Serie umgeschrieben. Millie Black, als Mädchen aus disruptiver Familie zur Londoner Verwandtschaft entkommen, kehrt da als Scotland-Yard-Inspektorin nach Kingston zurück und sucht dort ihren Bruder. Angeblich gestorben, findet sie „Hibiscus" mit weiblicher Identität im queeren Abgrund der transphoben Gesellschaft. Und wo sie schon mal dabei ist, spürt Millie fortan im lokalen Dezernat Vermisste auf.

Gleich der erste Fall allerdings führt sie nicht nur tief in die eigene Biografie, sondern zurück nach London, wo eine Jagd auf ihre alten und neuen Geister beginnt. Anders als in der sachlichen Polizeirealität werden fiktive Cops ja dauernd persönlich in die behandelten Fälle verwickelt. Der kriminalistische Plot von *Get Millie Black* ist deshalb auch definitiv kein Alleinstellungsmerkmal einer Verbrecherjagd, bei der – Achtung, Spoiler! – natürlich irgendein Kollege die Seiten wechselt und irgendwas mit Kindern für Anteilnahme sorgt.

Sehenswert wird dieser relativ konventionelle Fünfteiler auch durchs Land, das die jamaikanische US-Regisseurin Tanya Hamilton – bekannt für ihre Basketball-Biografie-Serie *Winning Time* – absolut umwerfend in Szene setzt. *Dieses* Jamaika kennen vermutlich nur wenige. Während das *Traumschiff* 1998 im blitzsauberen Idyll serviler Frohnaturen angelegt hatte, ist Hamiltons Kingston ein Siedepunkt krimineller Gewalt, an dem Polizisten selbst bei Routine-Kontrollen Kevlar-Weste tragen.

Vor allem aber zeigt sie die Insel als Gegensatzpaar obszönen Reichtums und erschütternder Armut, heteronormativer Traditionen und emanzipatorischen Empowerments, ruinierter Infrastrukturen und aufgemöbelter Refugien. Ein buchstäblich atemberaubender Melting Pot, der zwar ein wenig mystifiziert, aber selten exotisiert wird, stilistisch also eher an *True Detective* als an den Kino-Thriller „Angel Heart" (1987) erinnert. Und das liegt neben dem überwiegend ortskundigen Filmteam vor allem an der Hauptdarstellerin.

Ermittelt in Kingston: Die Scotland-Yard-Inspektorin Millie Black (Tamara Lawrance). FOTO: WARNER BROS. DISCOVERY

Wer die originale Tonspur wählt, muss sich an lokales Patois gewöhnen

Tamara Lawrance verleiht dieser Millie Black eine Art melancholischen Trotz, der auch ihre Heimat durchblutet. Anrührend, nicht rührselig, gepanzert, nicht kugelsicher, brüchig, nicht zerbrechlich, beißend, nicht zynisch stampft sie über die Wurzeln ihrer Persönlichkeit, die zwar unterirdisch wachsen, aber genug hervortreten, um darüber zu stolpern. Dass sie knackige Lover hat, fügt sich da ebenso in ein Bild klischeefreier Weiblichkeit wie die Nüchternheit, mit der Millie und ihre Schwester agieren.

Weil Jamaikas Staatsmacht Transpersonen tendenziell als Feindin gegenübertritt, will Hibiscus selbst dann weder Hilfe noch Barmherzigkeit, wenn sie von der eigenen Verwandtschaft stammt. Dieses Nebeneinander von Empathie und Abscheu trägt *Get Millie Black* zumindest durch den karibischen Teil der Serie. Als sie dem Londoner Auslandsermittler Luke (Joe Dempsie), lange Zeit der einzig weiße Charakter, zurück nach England folgt, weicht die organische Fiebrigkeit der Drehorte hingegen einer konstruierten Krimi-Action.

Aber gut – dafür wird das Idiom verständlicher. Wer Original statt Synchronisation bevorzugt, hat anfangs nämlich schwer mit dem lokalen Patois zu kämpfen. Das ist jedoch besser als das Hannoveraner Hochdeutsch, mit dem es die deutsche Übersetzung verunstaltet. Am Ende sind sprachliche Feinheiten nebensächlich. *Get Millie Black* lebt wie kein vergleichbares Format von der famosen Filmästhetik in ungewohnter Lage. **Jan Freitag**

Get Millie Black, bei Wow.

Raum für Koarl

Österreichs Kanzler hat einen Podcast, Titel: „Karl, wie gehts?". Er nutzt ihn für Monologe.

Der österreichische Bundeskanzler Karl Nehammer (ÖVP) ist unter die Podcaster gegangen. In *Karl, wie geht's? Der Podcast mit Bundeskanzler Karl Nehammer* gibt der Politiker aber nicht, wie der Titel erwarten lassen könnte, Persönliches preis. Vielmehr erläutert der Kanzler seine Politik. Folge eins, erschienen am Sonntag, widmet sich seinem Telefonat mit Donald Trump, der Migration und den aktuellen Koalitionsverhandlungen. Georg Wawschinek, ein österreichischer Kommunikationscoach, moderiert; intervenieren tut er allerdings selten.

Kanzler sind ständig in den Medien, werden häufig zitiert, haben meist noch eigene Social-Media-Kanäle, treten bei Veranstaltungen auf. Vom Podcasten erhofft sich Nehammer nun, so kommunizieren zu können, dass die Leute verstehen: „Der ist eigentlich ganz okay". Besonders weil eine „Kluft zwischen der Wahrnehmung im persönlichen Gespräch und dem, wie ich medial wirke", herrsche. Zeitdruck in Interviews lasse oft nicht genug Raum, sich ausreichend und ausführlich zu erklären. Wahrscheinlich findet es Nehammer aber auch angenehm, einmal ohne störende Journalistenfragen sprechen zu können.

Auch Donald Trump entdeckte das Medium Podcast für sich, weil ihn unkritische Podcast-Bros vor sich hin schwafeln ließen. Und genau dazu nutzt auch Nehammer die erste Folge. Über eine Stunde dauert sie, obwohl eigentlich 30 bis 45 Minuten geplant waren. Wawschineks Rolle als Moderator ist nicht ganz ersichtlich. Er gibt zwar an, dass es sich bei diesem Podcast um kein „Parteifernsehdings" handelt, aber er greift moderierend auch nicht wirklich ein. Er gibt dem Koarl den Raum. Und den nimmt sich der Bundeskanzler, etwa als er 13 Minuten ununterbrochen in typischer ÖVP-Manier über Migration und Integration spricht: Dass in Wien in einer Schule 80 Prozent der Kinder nicht Deutsch sprächen, sei ein Problem. Es sei zwar kein Massenphänomen, das würden die Radikalen – damit spielt er auf die FPÖ an – behaupten, „aber es gibt diese Zustände, und dagegen müssen wir etwas tun. Und das ist, find' ich, Auftrag dann aus der Mitte heraus".

Zur Höhe der Kosten will sich die ÖVP nicht äußern

Angela Merkel hatte ebenfalls einen eigenen Podcast, allerdings wurde der vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung produziert. Nehammers Podcast wird von der ÖVP betrieben und finanziert. Also doch „Parteifernsehdings"? Wie viel Erfolg so etwas haben kann, zeigen Podcasts der deutschen Bundesregierung. Laut einer Umfrage des *Spiegels* hatte der vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Auftrag gegebene Podcast *Das Arbeitsgespräch* mit Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) insgesamt knapp 24 000 Euro gekostet. Allerdings erreichte die letzte der elf Folgen nur 1326 Hörer. Auf Anfrage der SZ zu den Einschaltquoten antwortete die ÖVP, dass sich Nehammers Podcast aktuell auf Platz eins der öffentlich einsehbaren Podcast-Charts in Österreich befinde. Zur Höhe der Kosten äußerte sie sich nicht.

Einerseits ist es gut, dass Nehammer die Zeit hat, ausführlich auf Fragen zu antworten. Allerdings nutzt er die Ausführlichkeit auch, um damit die Grenzen der Wahrheit etwas auszudehnen. Würde Wawschinek ihn zwischendurch stoppen, kritisch nachfragen und einordnende Statements dazwischenschieben, würde sich dieser Podcast weniger nach ÖVP-Sprachrohr anhören. In zwei Wochen erscheint dann die neue Folge. Mal schauen, wie's dem Karl dann geht. **Lara Marmsoler**

SZ-RÄTSEL

Schwedenrätsel

Widersacher	▼	Ansehen, Leumund	Wohnraum	Kraft, Gewalt	▼	ital. Großstadt (Ldsspr.)	Lebewesen	▼	ind. Gewürzmischung	▼	Ich-Mensch	Geschwindigkeitsmesser (Kw.)	Ausdruck des Bedauerns	Maß der Lautstärke	▼	Pariser Stadtbahn	Berg in Graubünden
Rückvergütung ▶		▼	▼			▼	▼				Hauptstadt von Kansas (USA)	▼	▼	▼			▼
vorzüglich ▶				Faser der Kokosnuss ▶					Achtung, Vorsicht ▶							kleines Aufklärungsschiff	
▶									Teil der Tennisanlage		Kirchengesang ▶					▼	
Leiter, Chef		US-Nachrichtenagentur		altgriech. Stadt ▶					▼		Vorbild		neu auftauchender Stern ▶				
▶		▼		▼	benachbart		Gruppe der Insekten	moralische Gesinnung ▶			▼		▼	stark duftende Alpenpflanze	das Morgenland		Brustkorb
Farbe der Hoffnung	dt.-österr. Schauspielerin (Marika)		Zugmaschine a. Schienen (Kw.) ▶				▼	Gestell zum Krankentransport		auszeichnen		franz. Rennfahrer (Alain) ▶		▼	▼	▼	▼
▶	▼		Wesentliches einer Sache		Getreideunkraut	landsch.: Elster ▶		▼		▼		der Rote Planet		ungekocht ▶			
Vorsilbe: drei		Verlies	▼		▼				digitale TV-Schnittstelle (Abk.) ▶			▼		Abk.: Transaktionsnummer		Weltmacht (Abk.)	
▶						sportlich gerecht, anständig ▶					Handelnder ▶			▼		▼	
Tochter des Zeus		Fahrbahn für Fahrräder ▶							viel Feind, viel ... ▶				ital. Pressedienst (Abk.) ▶				
Teebehälter ▶						sauber, fleckenlos ▶					Lehre vom Satzbau ▶						

© RateFUX | 2024-145-475

Str8ts mittelschwer

■		1	■				4	
			8			6		
	3	■			■		7	9
■	1				■	■		
6		9						
5		■	■		3	4	■	8
■			3	4		■		
8	■				7		1	■

Str8ts: So geht's

Jede Zahl von 1 bis 9 kommt pro Zeile und Spalte höchstens einmal vor. Die weißen Felder sind zu Straßen aufgereiht: Sie enthalten lückenlose, aber beliebig geordnete Zahlenfolgen (zum Beispiel 2–5–3–4). Zahlen auf schwarzen Feldern gehören zu keiner Straße, stehen aber auch kein weiteres Mal in dieser Zeile oder Spalte. © Syndicated Puzzles Inc.

Lösungen

Die aktuellen Lösungen finden Sie in dieser Ausgabe auf Seite 20.

Sudoku leicht

			7	2	4		5	
3		8	1		6	9	2	4
2			9					
1					9		8	
8	5	9			2	1		
			8	1		2	9	
	8		3		1			2
	6	3			8			
7				9			4	8

Noch viel mehr – auf *sz.de/raetsel*

Exklusive Denkspiele von den Rätselautoren der *Süddeutschen Zeitung*: Finden Sie die richtigen Wörter, um den **Buchstabenring** elegant und eloquent abzuräumen. Lösen Sie Tag für Tag eine neue, exklusive **Schach**-Komposition – mit Tipps von der Münchener Schachakademie. Entdecken Sie **Futoshiki**, die raffiniertere Schwester des Sudoku mit den Größer-kleiner-Zeichen. Außerdem bieten wir Ihnen täglich ein weiteres **Schwedenrätsel**, angenehm zu bedienen, anspruchsvoll im Schwierigkeitsgrad. Und das beliebte **Quartett** aus der *SZ am Wochenende* gibt's online mit anklickbaren Tipps – also nicht gleich zur Lösung spicken ...

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

Das Erste

5.00 Plusminus **5.30** Morgenmagazin **9.00** Tagesschau **9.05** WaPo Bodensee **9.55** Tagesschau **10.00** Meister des Alltags . Moderation: Florian Weber **10.30** Wer weiß denn sowas? **11.15** Buffet **12.00** Tagesschau
12.10 **Mittagsmagazin**
14.00 **Tagesschau**
14.10 **Rote Rosen** Telenovela
15.00 **Tagesschau**
15.10 **Sturm der Liebe** Telenovela
16.00 **Tagesschau**
16.10 **Mord mit Aussicht**
17.00 **Tagesschau**
17.15 **Brisant**
18.00 **Wer weiß denn sowas?**
18.50 **In aller Freundschaft – Die jungen Ärzte** Blut ist Leben. Arztserie
19.45 **Wissen vor acht – Mensch**
19.50 **Wetter vor acht**
19.55 **Wirtschaft vor acht**

20.00 **Tagesschau**
20.15 **Der Zürich-Krimi** (1/2) Borchert und die Stadt in Angst. TV-Kriminalfilm, D/CZ 2024. Mit Christian Kohlund, Ina Paule Klink, Pierre Kiwitt. Regie: Roland Suso Richter. Eine rätselhafte Mordserie versetzt Zürich in Angst. Der Täter hinterlässt mysteriöse Schablonen mit Sonne und Mond am Tatort, aber sonst weisen die Opfer keine Verbindungen zueinander auf.
21.45 **Monitor** Berichte zur Zeit. Klimajahr 2024: Die angeheizte Katastrophe / Hausgemachte Automobilkrise: Wandel verpennt? / Krise bei ThyssenKrupp: Alles für die Aktionäre / Grüner Machtpoker: Alles für schwarz-grün? / Kriegsverbrecher Netanjahu?
22.15 **Tagesthemen**
22.50 **extra 3** Mod.: Christian Ehring

23.35 **Die Carolin-Kebekus-Show** Zu Gast: Filiz Tasdan (Komikerin) Moderation: Carolin Kebekus
0.05 **Tagesschau**
0.15 **Der Zürich-Krimi** (1/2) Borchert und die Stadt in Angst. TV-Kriminalfilm, D/CZ 2024. Mit Christian Kohlund
1.45 **Tagesschau**
1.50 **Dimitrios Schulze** TV-Krimikomödie, D 2016. Mit Adam Bousdoukos, Kida Khodr Ramadan, Despina Pajanou
3.20 **Der Autokraten-Code** Dokumentarfilm, D 2024
4.45 **Deutschlandbilder** Reihe

ZDF

5.15 hallo deutschland . Magazin **5.30** ARD-Morgenmagazin **9.00** heute Xpress **9.05** Volle Kanne – Service täglich. Magazin **10.30** Notruf Hafenkante **11.15** SOKO Wismar. Vier Frauen. Krimiserie **12.00** heute
12.10 **Mittagsmagazin**
14.00 **heute – in Deutschland**
14.15 **Die Küchenschlacht** Show
15.00 **heute Xpress**
15.05 **Bares für Rares**
16.00 **heute – in Europa**
16.10 **Die Rosenheim-Cops** Krimiserie
17.00 **heute** Nachrichten
17.10 **hallo deutschland**
18.00 **SOKO Stuttgart** Narben der Vergangenheit. Krimiserie
19.00 **heute / Wetter**
19.20 **Wetter** Nachrichten
19.25 **Notruf Hafenkante** Gefährliche Lage. Krimiserie. Mit Atheer Adel

20.15 **Die schönsten Weihnachts-Hits** Mitwirkende: Andrea Berg, Andreas Gabalier, Wincent Weiss, Ella Endlich. Carmen Nebel präsentiert "Die schönsten Weihnachts-Hits" live aus München. Auch 2024 unterstützen viele Prominente die große Showgala zugunsten von "Misereor" und "Brot für die Welt". Mit dabei sind Andrea Berg, Andreas Gabalier, Wincent Weiss, Ella Endlich und viele mehr. Mehr als 20 prominente Gäste aus Unterhaltung und Sport nehmen telefonisch Spenden entgegen. Seit vielen Jahren unterstützt das ZDF die beiden christlichen Hilfsorganisationen "Misereor" und "Brot für die Welt".
22.00 **heute journal**
22.30 **maybrit illner** Diskussion Moderation: Maybrit Illner

23.30 **Markus Lanz**
0.45 **heute journal update**
1.00 **Das Traumschiff** Emirate / Bahamas. TV-Familienfilm, D 2009. Mit Siegfried Rauch, Heide Keller, Horst Naumann. Die „MS Deutschland" nimmt Kurs auf die sagenumwobene Märchenwelt von „Tausend und einer Nacht".
4.00 **Blutige Anfänger** Bruderkrieg. Krimiserie. Mit Jane Chirwa, Luise von Finckh, François Goeske. Kilian fühlt sich überrumpelt, als ihm am Abend völlig unangekündigt sein Halbbruder Yannik auf dem Campus einen Besuch abstattet.

BR

6.00 Dahoam is Dahoam. Soap **6.30** Sturm der Liebe **7.20** Tele-Gym **7.35** Panoramabilder / Bergwetter **8.50** Sternstunden Adventskalender (5) **8.55** Tele-Gym **9.10** Dahoam is Dahoam **9.40** Dahoam is Dahoam **10.10** Panda, Gorilla & Co. **11.00** Giraffe, Erdmännchen & Co.
12.35 **Gefragt – Gejagt**
13.20 **Quizduell – Olymp**
14.10 **WaPo Berlin**
15.00 **aktiv und gesund**
15.30 **Schnittgut. Alles aus dem Garten**
16.00 **BR24** Nachrichten
16.15 **Wir in Bayern** Magazin
17.30 **Abendschau – Der Süden**
18.00 **Abendschau – Das bewegt Bayern heute**
18.30 **BR24** Nachrichten
19.00 **mehr/wert**
19.30 **Dahoam is Dahoam**

20.00 **Tagesschau**
20.15 **quer** Das aktuelle Wochenmagazin "quer" präsentiert ungewöhnliche Blicke auf das Zeitgeschehen. Kritisch und informativ, bissig und direkt, aber auch unterhaltsam präsentiert Moderator Christoph Süß die Themen der Woche aus Politik, Gesellschaft, Szene, Sport und Kultur aus neuen, "queren" Blickwinkeln.
21.00 **Martina Schwarzmann – Live auf der Bühne** „Ganz einfach"
21.45 **BR24**
22.00 **Find the Liar, Mittermeier** Mitwirkende: Annette Frier (Schauspielerin und Komikerin), Helmfried von Lüttichau (Schauspieler), Lasse Stolley (Blogger)
22.45 **Capriccio** U.a.:. Der Neue beim Münchner Tatort: Carlo Ljubek / Russischer Journalismus aus dem Exil: Katerina Gordeeva

23.15 **Silent Night – Und morgen sind wir tot** Horrorkomödie, USA 2021. Mit Keira Knightley, Matthew Goode, Roman Griffin Davis. Regie: Camille Griffin. Nell, Simon und ihr Sohn sind bereit, Freunde und Familie für ein perfektes Weihnachtstreffen willkommen zu heißen. Perfekt bis auf eine Sache: Alle werden sterben, denn eine giftige Gaswolke rast über den Erdball und tötet alle Menschen.
0.40 **Startrampe COVERED**
0.55 **Startrampe COVERED**
1.10 **PULS Open Air** Bibiza

RTL

5.20 CSI: Den Tätern auf der Spur **6.00** Punkt 6 **7.00** Punkt 7. Magazin **8.00** Punkt 8 **9.00** Gute Zeiten, schlechte Zeiten **9.30** Unter uns **10.00** Ulrich Wetzel – Das Strafgericht **11.00** Barbara Salesch – Das Strafgericht **12.00** Punkt 12. Magazin
15.00 **Barbara Salesch – Das Strafgericht** Doku-Soap
16.00 **Ulrich Wetzel – Das Strafgericht**
17.00 **Ulrich Wetzel – Das Jugendgericht** Doku-Soap
17.30 **Unter uns**
18.00 **Explosiv – Das Magazin** Aktuell, mitreißend und gefährlich ehrlich.
18.30 **Exclusiv – Das Star-Magazin**
18.45 **RTL Aktuell** Nachrichten
19.05 **Alles was zählt** Wunsch ans Universum. Soap. Mit Jörg Rohde, Ania Niedieck, Julia Wiedemann

19.40 **Gute Zeiten, schlechte Zeiten**
21.20 **GZSZ hautnah – Fans fragen, Stars antworten** Reportage Die Zuschauer erfahren Geheimnisse und Geschichten hinter den Kulissen der Barcelona-Folge.
22.15 **RTL Direkt**
22.35 **stern TV Spezial** Weihnachten richtig genießen! Der große Test zum Fest / Wie gut sind die Gourmet-Produkte der Discounter? / Der große Tannenbaum-Test: worauf man beim Kauf achten sollte / Wie dick macht Weihnachten wirklich? / Außerdem: große Kartoffelsalataktion im Studio. Zu Gast: Stephan Lück (Ernährungswissenschaftler), Nelson Müller (Sternekoch), Thomas Drechsel (GZSZ-Schauspieler und Instagram-Koch). Moderation: Mareile Höppner

0.00 **RTL Nachtjournal**
0.25 **RTL Nachtjournal Spezial: Jens Spahn im Gegenverkehr**
0.45 **CSI: Miami** Alle im Visier. Krimiserie. Mit David Caruso, Emily Procter, Adam Rodriguez. Megan Hamilton, eine Köchin, die für eine reiche Klientel das Essen zubereitet, wird in ihrem Haus niedergestochen. Eigenartigerweise mit einem alten römischen Dolch, der 75.000 Dollar wert sein soll.
1.30 **CSI: Miami** Ryan Wolfe im Schafspelz. Krimiserie. Mit David Caruso
2.25 **CSI: Miami** Schönheit hat ihren Preis. Krimiserie

ProSieben

5.30 taff **6.20** Galileo. Magazin **7.25** Die Simpsons **7.50** Brooklyn Nine-Nine. Das ist eine Hanswurst-Entscheidung / So was wie ein vaginaler Gandalf. Comedyserie **8.45** The Middle. Die Zweitjobs / Der Kaffee-Alarm. Comedyserie **9.40** Two and a Half Men **11.00** The Big Bang Theory
12.20 **Scrubs – Die Anfänger** Serie
13.15 **Two and a Half Men** Comedyserie
14.40 **The Middle**
15.40 **The Big Bang Theory** Der Verführungskünstler / Das Freund-Feind-Dilemma
17.00 **taff** Promi-Citytrip mit Nina Moghaddam: Weihnachten in London
18.00 **ProSieben :newstime**
18.10 **Die Simpsons** Der Kurier, der mich liebte. Zeichentrickserie
19.05 **Galileo** 10 Fragen an das Mozart-Wunderkind

20.15 **Das große Promi-Büßen** Mitwirkende: Thorsten Legat, Nico Legat, Elsa Latifaj, Sam Dylan, Vanessa Mariposa, Bobby Chambers, Bea Fiedler, Jörg Hansen, Anita Latifi, Christina Dimitriou. Moderation: Olivia Jones Promis mit zweifelhaftem Ruf gefragt! Olivia Jones ruft wieder zur "Runde der Schande". In Staffel 3 von "Das große Promi-Büßen" gibt Deutschlands bekannteste Drag Queen prominenten Spitzbuben und -bübinnen die Chance, sich ihren unvergessenen Fehltritten zu stellen. Dazu warten in einem spartanisch eingerichteten Camp herausfordernde Challenges und fragwürdige Gesellschaft.
22.25 **Destination X** Mitwirkende: Tina Ruland, Ekaterina Leonova, Madita van Hülsen, Andreas Elsholz, Leyla Lahouar, Philipp Boy

0.40 **Das große Promi-Büßen** Show. Mitwirkende: Thorsten Legat, Nico Legat, Elsa Latifaj, Sam Dylan, Vanessa Mariposa, Bobby Chambers, Bea Fiedler, Jörg Hansen, Anita Latifi, Christina Dimitriou. Moderation: Olivia Jones. Olivia Jones ruft Promis mit zweifelhaftem Ruf zur „Runde der Schande".
2.30 **ProSieben :newstime**
2.35 **Destination X** Doku-Soap Acht Abenteurer wagen eine Reise über 4.506 Kilometer quer durch Europa.
4.40 **taff**

Sat.1

5.05 Auf Streife – Die Spezialisten **5.30** SAT.1-Frühstücksfernsehen **10.00** Auf Streife. Der größte Fan ever. Doku-Soap **11.00** Auf Streife **12.00** Auf Streife. Die vier Söhne der Katja Elber. Doku-Soap
13.00 **Auf Streife – Die Spezialisten**
14.00 **Auf Streife – Die Spezialisten** Unversöhnlich. Doku-Soap
15.00 **Auf Streife – Die neuen Einsätze** Geparkte Revanche. Doku-Soap
16.00 **Lebensretter hautnah – Wenn jede Sekunde zählt**
17.00 **Notruf** Reportagereihe
17.30 **Notruf** Reportagereihe
18.00 **Lenßen hilft** Ich lach mich kaputt Doku-Soap. Mit Ingo Lenßen
18.30 **Lenßen hilft**
19.00 **Die Spreewaldklinik** Anruf aus der Ferne. Dramaserie
19.45 **SAT.1 :newstime**

20.15 **Das 1% Quiz – Wie clever ist Deutschland?** Zu Gast: Annemarie Carpendale, Wayne Carpendale. Moderation: Jörg Pilawa Quizmaster Jörg Pilawa testet das Wissen der Deutschen: Wie clever sind die 100 Kandidat:innen im Studio im Vergleich zum Rest Deutschlands? Um das zu ermitteln, werden vorab repräsentative Umfragen durchgeführt. Wer schafft es, die allerletzte Frage richtig zu beantworten, deren Lösung im Schnitt nur 1% der Deutschen kennen? Der Sieger darf sich über bis zu 100.000 Euro freuen.
22.25 **Schätze die Plätze** Mitwirkende: Ilka Bessin, Simon Pearce. Gäste: Ruth Moschner, Panagiota Petridou. Moderation: Daniel Boschmann

23.25 **99 – Eine:r schlägt sie alle!** Moderation: Florian Schmidt-Sommerfeld, Melissa Khalaj Eine:r gewinnt, 99 verlieren: In "99 – Eine:r schlägt sie alle!" werden 100 Kandidat:innen ins Spiel um den Gewinn von 99.000 Euro geschickt. Gesucht ist in der Gameshow das größte Allroundtalent: Wer es schafft, in 98 Spielrunden nicht ein einziges Mal letzte:r zu werden, kann im finalen Duell – Spiel 99 – 99.000 Euro gewinnen.
2.25 **Das 1% Quiz – Wie clever ist Deutschland?** Show

ARTE

5.30 Kleines Land ganz groß (4/6) **6.25** ARTE Journal Junior **6.30** Die Herren des Lavendels **7.25** Stadt Land Kunst **8.10** Stadt Land Kunst **9.00** Naturparadies Armenien (1/2) **10.45** Wilde Wege (2/6) **11.40** Märkte der Welt (5/10). Südkorea: Der Fischmarkt
12.10 **Rückkehr der Deutschen in die alte Heimat Rumänien**
12.40 **Stadt Land Kunst**
14.15 **Wege zum Ruhm** Antikriegsfilm, USA 1957
15.40 **Flughafen Tempelhof – Tor zur Freiheit**
16.30 **Die Bienenflüsterer**
16.55 **Skandinavien** (1/2) Rückkehr der Dunkelheit. Doku-Reihe
17.50 **Wilde Schweiz** (4/4) Beverin
18.35 **Fabelhafte Insekten** Käfer
19.20 **Arte Journal**
19.40 **Schokolade, fair und nachhaltig**

20.15 **Tolkien: Die wahre Geschichte der Ringe** Dokumentation Die große Popularität von J.R.R. Tolkiens Universum ist zeitlos und weltweit verbreitet. Generationen von Leserinnen und Lesern wurden davon beeinflusst und geprägt. Tolkien legte den Grundstein für das Fantasy-Genre in der Literatur. Seine Auseinandersetzung mit Sprachen, Legenden und Mythen haben sein Werk fraglos bereichert. Doch inwieweit haben persönliche Erlebnisse, Schicksalsschläge, politische Krisen und Weltkriege Tolkiens Fantasie und Literatur beeinflusst?
21.45 **Evil** (4/6) Dramaserie. Mit Isac Calmroth, Thea Sofie Loch Næss, Nonni Ardal Hammarström Regie: Erik Leijonborg
22.30 **Evil** (5/6) Dramaserie. Mit Ruth Vega Fernandez, Björn Mosten

23.15 **Evil** Dramaserie. Mit Isac Calmroth, Thea Sofie Loch Næss, Alexander Gustavsson. Marja findet den stark unterkühlten und bewusstlosen Erik im Wald. Sie muss es schaffen, ihn schnellstens und ohne fremde Hilfe wiederzubeleben. Dass es ihr schließlich gelingt, hat unvorhergesehene Folgen für Marja... Otto Silverhielm sieht eine Chance seinen Rivalen endlich loszuwerden.
0.00 **Apples** Drama, GR/PL/SLO/AUS 2020. Mit Aris Servetalis
1.30 **Mehr denn je** Drama, F/D/LUX/N 2022. Mit Vicky Krieps

3sat

5.35 Die Maas – Eine Flussreise durch Belgien und Holland **6.20** Kulturzeit **7.00** nano **7.30** Alpenpanorama **8.00** ZIB **8.05** Alpenpanorama **8.33** Alpenpanorama **9.00** ZIB **9.05** Kulturzeit **9.45** nano **10.15** Eisenbahn-Romantik. Dokumentationsreihe **11.45** Café Schindler – Apfelstrudel und Antisemitismus. Dokumentation
12.10 **Servicezeit** Magazin
12.40 **Querbeet** Magazin
13.10 **St. Moritz – ein Wintermärchen** Von Feen und Heinzelmännchen
13.55 **St. Moritz – ein Wintermärchen** Der große Schnee
14.35 **St. Moritz – ein Wintermärchen** Verzuckerte Festtage
15.25 **Wunderwelt Schweiz**
18.30 **nano** Magazin
19.00 **heute** Nachrichten
19.20 **Kulturzeit**

20.00 **Tagesschau**
20.15 **Echtes Fleisch ohne Tier – Die Zukunft schmeckt anders** Dokumentation. Es sieht aus wie Huhn, es schmeckt so, doch es stammt nicht vom Huhn: In Kalifornien wird Fleisch jetzt aus dem Bioreaktor gewonnen, um die Lust auf Fleisch ökologisch und ethisch korrekt zu stillen, denn die industrielle Tierhaltung verursacht massive Umweltprobleme wie Treibhausgasemissionen und Antibiotikaresistenzen.
21.00 **scobel** Kulturkampf ums Essen. Zu Gast: Britta Renner (Lehrstuhl für Psychologische Diagnostik und Gesundheitspsychologie an der Universität Konstanz)
22.00 **ZIB 2** Nachrichten
22.25 **Libanon am Abgrund – Neuer Krieg im Nahen Osten** Dokumentation

23.00 **Amazon gegen Einzelhandel: Billiger, bequemer – besser?** Dokumentation
23.40 **#SRFglobal** Und tschüss, Deutschland. Zu Gast: Alexandra Gubser (SRF-Korrespondentin in Deutschland), Sebastian Matthes (Chefredaktor des Handelsblatts), Prof. Marcel Fratzscher (Ökonom und Politikberater). Moderation: Sebastian Ramspeck
0.10 **10vor10**
0.40 **Maischberger** Die CDU im Wahlkampf / Weitere Unterstützung für die Ukraine
1.55 **Meine Frau wird eine Magnolie**

Phoenix

8.30 Bundestag live. Bericht. Regierungserklärungen und Debatten aus dem Deutschen Bundestag. **17.30** phoenix der tag **18.00** Die Story Die Beute der Remmos – Auf der Spur der Juwelen aus dem Grünen Gewölbe Dresden **18.30** Ein Leben in zehn Fotos **19.15** Mensch Paul McCartney! Der ewige Beatle. Porträt **20.00** Tagesschau **20.15** Kicker als Ware – Geschäft mit dem Nachwuchs. Dokumentation **21.00** phoenix runde. Diskussion **21.45** Dokumentation. Reihe **22.15** Dokumentation. Reihe **23.00** phoenix der tag **0.00** phoenix runde. Diskussion **0.45** Dokumentation

ARD alpha

16.15 Kontrovers – Die Story. Von Bayern nach Nepal: Ein Ärzteteam im Einsatz **16.45** Einsatz gegen Einsamkeit – Essen auf Rädern **17.15** Respekt **17.30** Nordtour **18.15** Respekt **18.45** Einfach genial **19.10** Vom Ahorn bis zur Zwiebel **19.15** Lookismus: Diskriminierung wegen des Aussehens **19.30** nano **20.00** Tagesschau **20.15** Faszination Österreich – Tirol **21.00** 30 Jahre Sternstunden – 30 Jahre Hilfe für Kinder in Not **21.45** Euro 2024 – Die stillen Helden **22.15** Space Night Science **22.45** Planet Wissen **23.45** The Day – News in Review **0.15** Die Tagesschau vor 20 Jahren

ONE

7.25 Rote Rosen **9.05** Mit Schirm, Charme und Melone. Das Konzert. Krimiserie **9.55** Fuchs und Gans **10.45** Sturm der Liebe **12.20** In aller Freundschaft **13.50** Für immer Sommer: Enthüllungen. TV-Kriminalfilm, D 2024 **15.20** Mit Schirm, Charme und Melone **16.15** Akte Ex (1). Endlich Prinzessin **17.05** Rote Rosen. Telenovela **18.40** Sturm der Liebe. Telenovela **20.15** Sträter. Comedy-Show mit Torsten Sträter. Show **21.00** Die Carolin Kebekus Show **21.30** SWR3 Comedy Festival **21.45** Vorstadtweiber. Dramaseri **0.05** Dick und Doof als Salontiroler. Komödie, USA 1938

ZDFneo

6.50 Das Erbe der Guldenburgs. Das letzte Vermächtnis. Familiensaga **7.35** Löwenzahn Classics **8.30** Stadt, Land, Lecker **9.10** Die Küchenschlacht **9.55** Duell der Gartenprofis **10.40** Bares für Rares **11.30** Bares für Rares **12.25** Death in Paradise **14.10** The Rookie **15.30** Death in Paradise **17.15** The Rookie **18.35** Duell der Gartenprofis **19.20** Bares für Rares **20.15** The Rookie. Die Jäger / Die Henkersmahlzeit. Krimiserie **21.35** heute-show **22.15** Neo Ragazzi **23.00** ZDF Magazin Royale **23.30** Game Two **0.00** Neo Ragazzi **0.45** Maithink X – Die Show (4) **1.15** Alex Rider. Surfen / Jagd. Actionserie

RTL ZWEI

5.10 Der Trödeltrupp **11.00** Die Wollnys – Eine schrecklich große Familie! **13.55** Hartz und herzlich – Tag für Tag Benz-Baracken. Turbulente Zeiten. Doku-Soap **16.05** B:REAL – Echte Promis, echtes Leben. Doku-Soap **17.05** Hartz und herzlich – Tag für Tag Rostock. Doku-Soap **19.05** Berlin – Tag & Nacht. Gute und schlechte Ideen. Doku-Soap **20.15** Love Island VIP. Doku-Soap **22.35** Temptation Island VIP **23.40** Temptation Island VIP. Was danach geschah! **0.45** Naked Attraction – Dating hautnah (4). Holly und Marco **1.40** Playdate – Lust auf Fetisch? Gedankenexperimente

VOX

5.55 CSI: NY (2-3) **7.35** CSI: Den Tätern auf der Spur **9.25** vox nachrichten **9.30** CSI: Den Tätern auf der Spur (14) **11.15** CSI: Miami **15.00** Shopping Queen **16.00** Guidos Deko Queen. Doku-Soap. Moderation: Guido Maria Kretschmer **17.00** Zwischen Tüll und Tränen. U.a.: Ludwigsfelde, „ Durch Dick & Dünn" **18.00** First Dates – Ein Tisch für zwei . Doku-Soap. Moderation: Roland Trettl **19.00** Das perfekte Dinner. U.a.: Tag 4: Denzel, Berlin **20.15** Angel Has Fallen. Actionfilm, USA 2019 **22.40** The Equalizer. Actionthriller, USA 2014. Mit Denzel Washington, Marton Csokas **1.20** vox nachrichten

Kabel Eins

5.30 Abenteuer Leben Spezial . 2 Blickwinkel: Kobe vs. Texasbeef **5.55** Bull **10.15** Elementary. Krimiserie **14.55** Castle. Das Ende aller Tage **15.50** Kabel Eins :newstime **16.00** Castle. Auf Leben und Tod. Krimiserie. Mit Nathan Fillion **16.55** Abenteuer Leben täglich **17.55** Mein Lokal, Dein Lokal – Der Profi kommt **18.55** Achtung Kontrolle! Wir kümmern uns drum. Reportagereihe **20.15** Rosins Restaurants – Ein Sternekoch räumt auf! „Restaurant Kilian", Husum **22.20** K1 Magazin **23.25** Willkommen bei den Reimanns **1.15** Kabel Eins :newstime **1.20** Forged in Fire – Wettkampf der Schmiede

Sky One

5.05 Keine Gnade für Dad (1-5). Comedyserie **8.00** Hawaii Five-0. Krimiserie **9.30** Blue Bloods – Crime Scene New York (1. Familienzuwachs / Das Glück der Reagans. Krimiserie **11.05** Navy CIS **12.35** The Rookie **14.05** Hawaii Five-0 **15.40** Blue Bloods – Crime Scene New York (1. Krimiserie **17.10** Navy CIS. Der Schatz des Piraten / Schachmatt **18.40** The Rookie **20.15** Blue Bloods – Crime Scene New York. Krimiserie **23.15** The Equalizer (1-2) **0.45** Blue Bloods – Crime Scene New York. Krimiserie **3.35** The Equalizer (1-2). Eine Wahrheit kommt selten allein / Vollgas. Mysteryserie

NDR

15.15 Visite. Diabetes: individuelle Behandlung durch fünf Subtypen **16.00** NDR Info **16.15** Gefragt – Gejagt **17.00** NDR Info **17.10** Seehund, Puma & Co. **18.00** Regional **18.15** 52.000 pro Stunde – Paketprofis im Weihnachtsstress **18.45** DAS! Magazin **19.30** Regional **20.00** Tagesschau **20.15** Das spanische Baskenland – Raue Küste, kühne Kunst und starke Frauen **21.00** An der Costa Blanca – Spaniens weiße Küste. Reportage **21.45** NDR Info **22.00** Morden im Norden **22.50** Morden im Norden **23.35** Großstadtrevier **0.25** Hamburg Transit. Vorstrafen: eine **0.50** Hamburg Transit

WDR

13.00 Das Waisenhaus für wilde Tiere – Abenteuer Afrika. Übersiedeln der Baby-Krokodile / Ärger mit den Meerkatzen **13.50** Panda, Gorilla & Co. **14.20** Morden im Norden **15.10** Morden im Norden **16.00** WDR aktuell **16.15** Hier und heute **18.00** WDR aktuell **18.15** Servicezeit **18.45** Aktuelle Stunde . Magazin **19.30** Lokalzeit **20.00** Tagesschau **20.15** 1Live Krone 2024 – Der Radio Award **21.45** WDRaktuell **22.15** Nord bei Nordwest. Im Namen des Vaters. TV-Kriminalfilm, D 2020 **23.40** Nord bei Nordwest. Conny & Maik. TV-Kriminalfilm, D 2020 **1.10** Jazzline. Mike Stern Band

KiKA

15.45 Peter Pan – Neue Abenteuer **16.10** Power Sisters **16.35** The Garfield Show **17.00** Minus Drei und die wilde Lucy. Ball ins Loch / Heiter bis Krätzig. Zeichentrickserie **17.25** Die Schlümpfe **17.50** Snowsnaps' Winterspiele **17.55** Beutolomäus und der wahre Weihnachtsmann (5/24). Der Schuh-Zauber. Abenteuerserie **18.10** Der kleine Prinz und seine Freunde. Animationsserie **18.35** Tilda Apfelkern **18.50** Unser Sandmännchen **19.00** Klincus – Die fantastische Welt von Frondosa **19.25** Löwenzahn **19.50** logo! **20.00** KiKA Live **20.10** My Move 4 – Tanz deines Lebens. Show

Sport 1

5.00 Teleshopping. Werbesendung **7.00** Exatlon Germany – Die Mega Challenge **9.30** Die PS-Profis – Mehr Power aus dem Pott. Coole Sommerkisten **9.45** Car Maniac (4) **10.35** Die Drei vom Pfandhaus. Flippig / Falsche Signale / Kleine Münze, großes Geld / Falsch verbunden **12.15** My Style Rocks **14.45** Storage Hunters **16.45** My Style Rocks. Show. Moderation: Gülcan Kamps **19.15** Fußball: DFB-Pokal pur. Achtelfinale, Saison 2024/2025 **20.15** Exatlon Germany – Die Mega Challenge **22.45** My Style Rocks . Experten: Harald Glööckler, Larissa Marolt **1.15** Storage Hunters. Dokumentationsreihe

Tele 5

6.25 Infomercial **7.25** Joyce Meyer – Das Leben genießen **7.50** Infomercial. Nachrichten **14.55** Action Heroes **15.00** Raumschiff Enterprise. Der Obelisk. Sci-Fi-Serie **16.05** Infomercial **16.10** Star Trek – Raumschiff Voyager (3) **17.10** Star Trek – Deep Space Nine **18.10** Raumschiff Enterprise. Sci-Fi-Serie **19.10** Star Trek – Raumschiff Voyager (4). Subraumspalten. Sci-Fi-Serie **20.15** Altitude. Actionthriller, USA 2017 **22.00** Castle Falls. Thriller, USA 2021 **23.50** Dragon Eyes. Actionfilm, USA 2012 **1.35** Infomercial **2.05** Cabin Fever 2. Horrorfilm, USA 2009. Mit Rider Strong, Noah Segan

ORF 2

14.25 Sturm der Liebe **15.15** Die Rosenheim-Cops **16.00** Barbara Karlich – Talk um 4 **17.00** ZIB **17.05** Aktuell nach fünf **17.30** Studio 2 **18.30** konkret. Christbäume – regional gekauft, besser gekauft / Gefälschter Honig – der Test **18.51** infos & tipps **19.00** Bundesland heute **19.30** Zeit im Bild **19.51** Wetter **19.56** Sport aktuell **20.05** Seitenblicke **20.15** Die Rosenheim-Cops. Die entführte Braut **21.05** Kampf ums Bootshaus **22.00** ZIB 2 **22.30** €co. U.a.: Voll auf Risiko: Wieso Stefan Pierer mit KTM aus der Kurve geflogen ist **23.05** Stöckl **0.05** Das Vaterspiel. Drama, A/D/F/IRL 2009

Bayern 2

5.03 Playlist **6.05** Die Welt am Morgen **9.05** Bayern 2 Nah dran **12.05** Tagesgespräch **13.05** Stadt Land Leute **14.05** Bayern 2 Kulturleben. Debatte **16.05** Eins zu Eins. Zu Gast: Curt und Maximilian Cress, Künstler **17.05** Die Welt am Abend **18.53** Betthupferl. Dienstags bei Oma Otto, XVII (4/5): Der Elefant in der Galerie. Zu Gast: Stefan Merki **19.05** Zündfunk **20.03** Bayern 2 Salon **21.03** Late Nite Sounds **22.03** Late Nite Sounds **23.03** Late Nite Sounds **0.03** Reflexionen **0.10** Concerto bavarese. U. a.: R. Schmidt: „Der Gaukler" (Hiro Sato, Trompete; Wilfried Krüger, Horn; Anton Laubenbacher, Posaune); Hummel: „8 Musiken für 9 Streicher" (il capriccio, Leitung: Friedemann Wezel) **2.03** ARD-Nachtkonzert

BR-KLASSIK

6.00 Nachrichten **6.05** Allegro **9.00** Nachrichten, Wetter, Verkehr **9.05** Der Vormittag **12.00** Nachrichten **12.05** Der Nachmittag **16.00** Nachrichten **16.05** Leporello **18.00** Nachrichten **18.05** Klassik-Stars. Gast: Magdalena Hoffmann, Harfe. U. a.: Saint-Saëns: Fantasie A-Dur op. 124 (Franziska Hölscher, Violine) **19.00** Nachrichten, Wetter, Verkehr **19.05** Sweet Spot – Neugierig auf Musik **20.00** Nachrichten, Wetter **20.03** Konzertabend. Britten: „The Prince of the Pagodas", Suite; Mahler: Sinfonie Nr. 1 D-Dur „Der Titan" (Hallé Orchestra, Leitung: Kahchun Wong) **22.00** Nachrichten, Wetter **22.03** Jazztime **23.00** Nachrichten, Wetter **23.03** Horizonte **0.00** Nachrichten, Wetter **0.03** ARD-Nachtkonzert

Rätsel–Lösungen

■	G	■	■	■	M	■	■	C	■	E	■	■	■	■	M	■	■
■	E	R	S	T	A	T	T	U	N	G	■	T	O	P	E	K	A
■	G	U	T	■	C	O	I	R	■	O	B	A	C	H	T	■	E
A	N	F	U	E	H	R	E	R	■	I	■	C	H	O	R	A	L
■	E	■	B	■	T	I	R	Y	N	S	■	H	■	N	O	V	A
G	R	U	E	N	■	N	■	■	E	T	H	O	S	■	■	I	■
■	■	P	■	E	L	O	K	■	T	■	E	■	P	R	O	S	T
T	R	I	■	B	■	■	A	T	Z	E	L	■	E	■	R	O	H
■	O	■	K	E	R	K	E	R	■	H	D	M	I	■	I	■	O
H	E	L	E	N	A	■	F	A	I	R	■	A	K	T	E	U	R
■	K	■	R	A	D	W	E	G	■	E	H	R	■	A	N	S	A
■	K	A	N	N	E	■	R	E	I	N	■	S	Y	N	T	A	X

■	2	1	■	9	8	7	4	6
1	4	2	8	3	9	6	5	7
2	3	■	6	5	■	8	7	9
■	1	8	9	7	■	■	6	5
6	5	9	7	1	2	3	8	4
5	6	■	■	2	3	4	■	8
■	8	7	3	4	5	■	2	1
9	7	6	5	8	4	1	3	2
8	■	5	4	6	7	2	1	■

6	9	1	7	2	4	8	5	3
3	7	8	1	5	6	9	2	4
2	4	5	9	8	3	6	7	1
1	2	7	5	3	9	4	8	6
8	5	9	4	6	2	1	3	7
4	3	6	8	1	7	2	9	5
9	8	4	3	7	1	5	6	2
5	6	3	2	4	8	7	1	9
7	1	2	6	9	5	3	4	8

SWR

12.40 Buffet **13.25** Schlauberger – Quizzen, was Spaß macht! 2) **13.55** Gefragt – Gejagt **14.40** Meister des Alltags **15.10** Quizduell-Olymp. Zu Gast: Robert Harting, Fabian Hambüchen **16.05** Kaffee oder Tee **17.00** Aktuell **17.05** Kaffee oder Tee. Magazin **18.00** Aktuell **18.15** Landesschau **19.30** Aktuell **20.00** Tagesschau **20.15** Zur Sache B-W! **21.00** Sabines Reise zum Licht – Eine Landwirtin auf neuen Wegen **21.45** Aktuell **22.00** WaPo Bodensee **22.45** WaPo Bodensee. Serie **23.35** Tanja – Terroristin oder Freiheitskämpferin? Dokumentarfilm, D 2023 **1.00** Mein Körper. Doku-Reihe

HR

16.45 hessenschau **17.00** hallo hessen **17.45** hessenschau **17.55** hessenschau Sport **18.00** Maintower – News & Boulevard. Magazin **18.25** Brisant. Magazin **18.45** Die Ratgeber **19.15** alle wetter **19.30** hessenschau. Magazin **20.00** Tagesschau **20.15** Alles Wissen. Magazin **21.00** Raus aus der Angst (3). Haarige Beine. Reportagereihe **21.45** Akutstation Psychiatrie. Reportagereihe **22.15** hessenschau **22.30** Neapel – Stadt der Künste. Dokumentation **23.25** Biography – KISStory (1). Dokumentarfilm, USA 2021 **0.50** Mutter kommt in Fahrt. TV-Komödie, D 2003

MDR

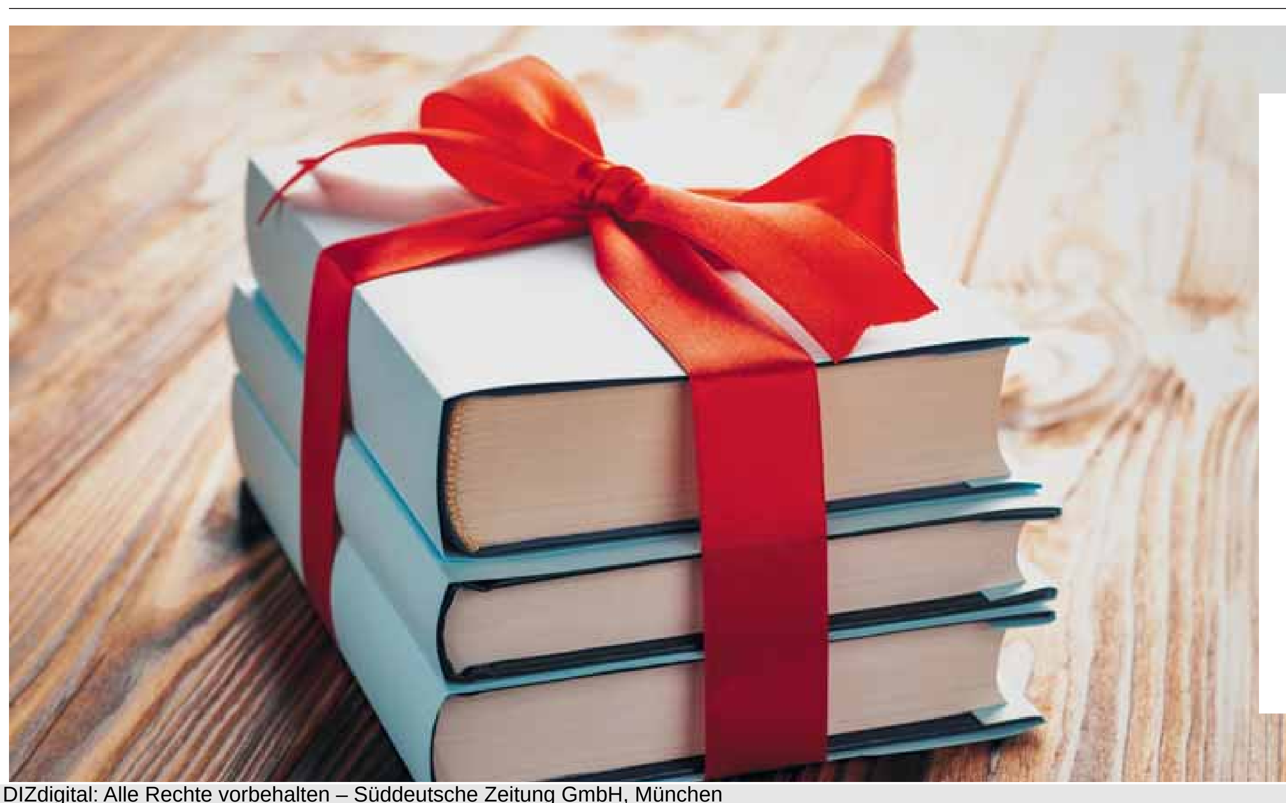
14.00 MDR um 2 **14.25** Elefant, Tiger & Co. **15.15** Gefragt – Gejagt **16.00** MDR um 4 **16.30** MDR um 4 **17.00** MDR um 4 **17.45** MDR aktuell **18.05** Wetter für 3 **18.10** Brisant **18.54** Sandmännchen **19.00** Regional. Magazin **19.30** MDR aktuell **19.50** Unsere Promis im Weihnachtszauber (1/4) **20.15** Lebensretter **21.00** Visite . Magazin **21.45** MDR aktuell **22.10** artour – Das Kulturmagazin des MDR **22.40** Barrierefrei zum Arzt? fragt Gina Rühl. Dokumentation **23.10** Die Engel von Grünhainichen **23.40** Ein Stern für die Welt – Lichterglanz aus Herrnhut **0.25** Lebensretter **1.10** Visite . Magazin

rbb

12.10 WaPo Bodensee **13.00** rbb24 **13.10** Kochen mit Martina und Moritz **13.40** WaPo Bodensee **14.30** rbb Gartenzeit **15.00** Heute im Parlament. Abgeordnetenhaus Berlin **16.00** rbb24 **16.15** In aller Freundschaft – Die jungen Ärzte **17.05** Panda, Gorilla & Co. **17.53** Unser Sandmännchen **18.00** DER TAG in Berlin & Brandenburg – mit rbb24, Sport und Wetter **19.30** rbb24 Abendschau **20.00** Tagesschau **20.15** Flight. Drama, USA/VAE/SAR 2012 **22.25** rbb24 **22.40** Charité (3) **23.25** Charité (4) **0.15** Simon Becketts: Die Chemie des Todes (3). Wohin der Wind dich trägt. Krimiserie

Deutschlandfunk

5.05 Infos **9.10** Europa heute **9.35** Tag für Tag **10.08** Marktplatz. Schöne neue digitale Gesundheitswelt – Elektronische Patientenakte und Co **11.35** Umwelt und Verbraucher **12.10** Infos **13.35** Wirtschaft **14.10** Deutschland heute **14.35** Campus und Karriere **15.05** Corso **15.35** @mediasres **16.10** Büchermarkt **16.35** Forschung aktuell **17.05** Wirtschaft und Gesellschaft **17.35** Kultur heute **18.10** Infos **18.40** Hintergrund **19.05** Kommentar **19.15** Dlf-Magazin **20.10** Systemfragen **20.30** Mikrokosmos. Die Botschaft – Wie die deutsche Mauer in Albanien fiel (5/5). Freiheit **21.05** Jazzfacts. Neues von der Improvisierten Musik **22.05** Historische Aufnahmen **22.50** Sport aktuell **23.10** Der Tag **0.05** Radionacht



SZ Erleben

Zauberhafte Buchgeschenke

Stöbern Sie durch unser vielfältiges Sortiment an liebevollen Geschenkideen – von Romanen und Kochbüchern über Bildbände und Kinderbücher bis hin zu Spielen. Bei uns finden Sie das passende Geschenk für Groß und Klein.

Jetzt entdecken unter:
sz-erleben.de/buchgeschenk
089 2183-1810

Ein Angebot der Süddeutsche Zeitung GmbH, Hultschiner Str. 8, 81677 München

Süddeutsche Zeitung

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

BAYERNS POKAL-AUS NACH ROT FÜR NEUER

Ganz schlechtes Timing

Von Philipp Schneider

Der Mann, der den Bayern den K.-o.-Schlag versetzt hatte, verließ die Münchner Arena passenderweise wie ein Boxer, der in den Ring zieht. Jeremie Frimpong balancierte eine Musikbox auf seinen schmalen Schultern, die fast so lang war wie er hoch, daraus hämmerten die schlecht geölten Zeilen eines Rappers mit den üblichen Rapperproblemen (Geld, Autos, Frauen etc.). Und so tänzelte Frimpong an die frische Luft, als Matchwinner, obwohl er kein Tor verhindert, keines geschossen und nicht einmal eins vorbereitet hatte. Ihm war Größeres gelungen: Er hatte den gegnerischen König aus dem Spiel genommen, Torwart Manuel Neuer.

Frimpong hatte Neuer gemeinsam mit dem Passgeber Jonathan Tah in eine Falle gelockt. Um den schnellen Frimpong vor einer Schussabgabe zu stellen, war Neuer aus dem Strafraum geeilt und hatte den zarten Niederländer im Stile des Catchers Hulk Hogan gefällt. Nicht, weil er es gemusst hätte. Aber Bayer-Trainer Xabi Alonso hatte antizipiert, dass good old *Manu der Libero* getriggert werden würde, es zu tun – um dann feststellen zu müssen, dass ihn vermutlich seine Beine nicht mehr so flink tragen wie früher. „Die Situation mit der roten Karte für Neuer" war eine geplante Situation gewesen, erläuterte Tah, „das haben wir vorgehabt".

Dass die Bayern im fünften Jahr nacheinander nicht den DFB-Pokal gewinnen werden, was seit dem 0:1 gegen Leverkusen im Achtelfinale amtlich ist, hat viel damit zu tun, dass im System von Trainer Vincent Kompany eine Schwachstelle erkannt wurde. Exzellente Mannschaften mit ebenso guten Konterstürmern (siehe auch: Frankfurts Marmoush, Barças Raphinha, Dortmunds Gittens) lassen sich nicht 90 Minuten von Neuer fernhalten. Und wenn sie dort auftauchen, dann laufen sie ungebremst aufs Tor zu wie Eishockeyspieler beim Penalty. Solange die Bayern treffen wie Harry und mindestens ein Tor mehr schießen als der Gegner, gibt es kein Problem. Fehlt aber Kane verletzt wie gegen Leverkusen oder bleibt unsichtbar wie beim 0:1 bei Aston Villa, kann ein einziger Konter die Niederlage bringen.

Der erste Titel-Traum ist zerplatzt: Vincent Kompany. FOTO: SVEN HOPPE/DPA

Beim Pokal-Aus gegen Leverkusen vermengte sich – wie schon gegen Aston Villa – diese taktische Anfälligkeit von Kompanys System mit Neuers im Spätherbst der Karriere nicht mehr optimalem Timing für Ausflüge. Beides, Spielsystem und Neuer, sind beim FC Bayern keine Themen, die in der Öffentlichkeit kritisiert werden. Im Grunde sind sie tabu. Doch während Kompany nach interner Kritik kleinere Maßnahmen zur Konterabsicherung vorgenommen hat – wie sollten denn nun kleinere Eingriffe zur Patzerabsicherung bei Neuer ausschauen? Torhüter wie Neuer leben auch von ihrem Abschreckungspotenzial. Schickte man ihn in Teilzeit und ließe ihn beispielsweise mit Sven Ulreich oder Daniel Peretz rotieren, so würde der hierzulande als bester Torwart der Geschichte geltende Neuer auf Normalniveau geschrumpft. Das kann keiner wollen.

Als der Sportvorstand Max Eberl nach der Niederlage einen Journalisten für dessen Feststellung anraunzte, die Bayern verlören regelmäßig Punkte oder Spiele gegen starke Gegner (kein Sieg gegen Villa, Barça, BVB, Frankfurt und zweimal Leverkusen, nur ein 1:0 gegen Paris), so war Grundlage seiner Wut, dass Eberl das Spiel nicht in der normalen Wertung stehen lassen wollte. Schließlich hatten die Bayern diesmal 73 Minuten in Unterzahl spielen müssen. Was Eberl nicht sehen wollte: dass auch der Platzverweis systembedingt war. Ob nun zu 50 Prozent dem System geschuldet oder zu 70 Prozent Neuer, das ließe sich vortrefflich diskutieren.

Um die Moderation der anstehenden Debatten um Neuer ist Eberl nicht zu beneiden. Bei Thomas Müller, dessen Vertrag wie der von Neuer im Sommer ausläuft, hat es Monate, wenn nicht Jahre gedauert, um ihn – teils unter Anwendung von Holzhammer-Pädagogik – langsam daran zu gewöhnen, dass nicht jedes Spiel ein Thomas-Müller-Spiel ist. Derzeit ist jedes Spiel ein Manuel-Neuer-Spiel, auch wenn er nicht mehr jederzeit spielt wie Manuel Neuer. Nur gesagt hat es ihm noch keiner.

„Ich habe keine aktive Foulsituation kreiert": Manuel Neuer (Zweiter v. re.) beim Versuch, Jeremie Frimpong – nun ja: auszuweichen. FOTO: SVEN HOPPE/DPA

Ende der Ehrfurcht

Manuel Neuer sieht in seinem 865. Spiel als Profi erstmals die rote Karte, der FC Bayern scheitert gegen Leverkusen – nicht zum ersten Mal – früh im DFB-Pokal. Das Foul des Torwarts passt in ein Muster, mit dem die Münchner unter Vincent Kompany zu überwinden sind.

Von Sebastian Fischer

Ein paar Sekunden lang schien Manuel Neuer nicht so recht zu wissen, was nun zu tun war. Er gab seine Kapitänsbinde ab und sprach noch mit einigen Mitspielern, die in seinem „näheren Umfeld" standen, um sie „zu ermutigen", wie er hinterher berichtete. „Dann gab's ja den Freistoß." Und deshalb wurde es wirklich Zeit, sich auf den Weg zu machen, um den Rasen zu verlassen. Zu seiner Verteidigung musste man sagen: Das war ja alles völlig neu für ihn.

Rechnet man seine Einsätze für die Nationalmannschaft hinzu, war das Pokal-Achtelfinale mit dem FC Bayern gegen Bayer Leverkusen für Neuer, 38, sein 865. Spiel als Profitorwart. Zum ersten Mal sah er die rote Karte. Er wirkte immer noch recht fassungslos, als er nach der 0:1-Niederlage mit leiser Stimme darüber sprach wie über eine missratene Expedition in ein fernes Land. „Ist natürlich spielentscheidend", stellte er murmelnd seinen Erklärungen voran, „tut uns weh", und: „Tut mir leid."

Sich öffentlich für einen Fehler zu entschuldigen, ihn also zuzugeben, auch das hat Neuer in seiner 865 Spiele langen Karriere bisher nicht allzu häufig gemacht, was damit zusammenhängt, dass Fehler in seiner Karriere selten vorkamen. In dieser Saison sind sie allerdings keine Ausnahme mehr, sondern folgen einem Muster, das Leverkusen ausnutzte – und das dazu führte, dass für den in der Bundesliga so dominanten FC Bayern die erste Titelchance dahin ist. Den DFB-Pokal werden sie auch im fünften Jahr in Serie nicht gewinnen.

Die Szene in der 17. Minute gehört nun zur Chronologie dieser Bayern-Saison: wie Leverkusens Verteidiger Jonathan Tah ohne Druck eines Münchner Angreifers einen perfekt temperierten langen Pass aus der eigenen Hälfte schlägt; wie Flügelstürmer Jeremie Frimpong von der linken Außenbahn aus in die Mitte dem Ball hinterher sprintet und ihn auf freier Bahn zum Tor führt; wie der Münchner Verteidiger Konrad Laimer ihn verfolgt – aber Neuer trotzdem, ohne große Not und mit dem falschen Timing, aus seinem Tor läuft und knapp außerhalb des Strafraums mit voller Wucht mit Frimpong zusammenprallt. Neuer wollte den Ball wohl mit dem Kopf klären. Er drehte sich im letzten Moment noch zur Seite, traf den Leverkusener mit der Hüfte, oder wie er es formulierte: „Ich habe keine aktive Foulsituation kreiert." Die rote Karte, die Schiedsrichter Harm Osmers ohne zu zögern zeigte, war die zweifellos richtige Entscheidung.

Kein Mitspieler, kein Funktionär und auch nicht Trainer Vincent Kompany machte Neuer einen Vorwurf. Aus Münchner Sicht war das Thema verständlicherweise ein ganz anderes. Die Bayern hatten nach dem Platzverweis ein gemessen an den Umständen ausgezeichnetes Spiel gemacht, laut dem herausragenden Joshua Kimmich sogar eines der besten der Saison. „Ich glaube nicht, dass wir zu elft hätten viel besser und dominanter sein können", sagte er. Kompany sprach von einer Leistung, die „etwas Besonderes war".

Die Münchner hatten das Spiel gegen den Double-Sieger der Vorsaison mit der Hypothek begonnen, den verletzten Harry Kane ersetzen zu müssen. In Ermangelung eines zweiten Neuners im Kader sollten diese Aufgabe Jamal Musiala und der zentral aufgebotene Flügelspieler Michael Olise lösen. Zu zehnt war der ursprüngliche Plan zwar schnell hinfällig, dominant blieben die Münchner trotzdem. In wechselnden Formationen spielten sie weiter offensiv, trauten sich ins hohe Pressing, ließen sich selten in die eigene Hälfte drängen, hatten mehr den Ball.

Simon Rolfes verrät, dass die Situation vor der roten Karte von Leverkusen so gewollt war

Neuer-Ersatz Daniel Peretz musste lange Zeit nur eine Großchance von Frimpong parieren, die Bayern hatten ein paar Gelegenheiten mehr, aber trafen nicht. Die Leverkusener boten zwar am Ende auch keinen klassischen Mittelstürmer mehr auf, Patrik Schick musste eine Viertelstunde nach seiner Einwechslung verletzt ausgewechselt werden. Aber sie trafen, als die Bayern sich ausnahmsweise einmal zurückfallen ließen. Nathan Tella erzielte in der 69. Minute nach einer Präzisionsflanke von Alejandro Grimaldo per Kopf das einzige Tor. Die Bayern würden ihre Gegner normalerweise „zerstören", sagte beinahe ehrfürchtig der Leverkusener Meistertrainer Xabi Alonso. Doch eine der wenigen Schwächen der Münchner hatte er genutzt – und das hatte auch mit Neuer zu tun.

Simon Rolfes, der Leverkusener Sportgeschäftsführer, sprach im Sky-Interview davon, dass es der Plan gewesen war, die rote Karte „zu kreieren, zumindest die Situation". Florian Wirtz, referierte Rolfes, habe sich weit ins Mittelfeld zurückfallen lassen, um die Münchner Innenverteidiger mit sich zu ziehen. So entstand der Raum, in den Nationalspieler Tah den Ball für Frimpong maßgenau platzierte. Und Neuer, sagte Rolfes, sei damit zu einer Entscheidung gezwungen worden. Nicht zum ersten Mal in dieser Saison traf der Torwart eine allzu gewagte.

Die Szene erinnerte an das 0:1 gegen Aston Villa in der Champions League, als die Kompany-Bayern ihre erste Saisonniederlage kassierten. Damals kam Neuer nach einem langen Ball aus seinem Tor, und Stürmer Jhon Durán schoss über ihn hinweg ins Netz. „Das ist unser Spiel. Das ist das, was gefordert wird", sagte Neuer seinerzeit über seine Positionierung.

Neuers Situation in dieser Saison, seiner ersten nach dem Rücktritt aus der Nationalmannschaft im Sommer, hat etwas Ironisches. Mitspielen, zum richtigen Zeitpunkt herauslaufen, um einen Angriff zu unterbinden und einen eigenen zu starten, das waren auf dem Höhepunkt seiner Karriere seine großen Stärken, die ihn am deutlichsten von anderen Torhütern unterschieden und zum unangefochten Weltbesten auf seiner Position machten. So wurde er zu Manu, dem Libero.

Im Fußball von Kompany ist dieses Torwartspiel nun in der radikalsten Form gefragter denn je, nie sollte er sich deutlicher wie ein Innenverteidiger positionieren. Aber ob Neuer für solche Extreme mit bald 39 noch herausragend genug ist, ob er noch verlässlich das richtige Gespür für gelungene Ausflüge hat, das wird mit jedem Fehler ein wenig fraglicher.

Es gibt natürlich auch noch Spiele wie zuletzt gegen Paris, als er mit präzisen Pässen glänzte. Aber sie werden etwas seltener. Und auf der Linie kann er sich auch nicht mehr jede Woche auszeichnen. In der Champions League etwa hat er von neun Schüssen auf sein Tor nur vier gehalten. Ob die Bayern Neuers im Sommer auslaufenden Vertrag noch mal verlängern wollen, diese Frage kommt bald auf sie zu.

Vorerst beschäftigte alle Protagonisten aber, dass sie mal wieder den DFB-Pokalsieg abhaken können. „Natürlich nervt mich das extrem", sagte Kimmich. Sportvorstand Max Eberl nervte es sogar so extrem, dass er einen Reporter anblaffte, dessen Kritik sei ihm „scheißegal". Und Kompany lobte zwar, wie proaktiv sein Team in Unterzahl gespielt habe. „Wenn dieses Gefühl bleibt, werden wir noch viele Spiele gewinnen", sagte er. Doch das änderte nichts daran: „Diesen Pokal können wir nicht mehr gewinnen."

Liebe in jeder Liga

Arminia Bielefeld erlebte mit zwei Abstiegen nacheinander einen katastrophalen Niedergang. Das 3:1 gegen Freiburg und der Einzug ins Pokal-Viertelfinale zeigen, dass der Drittligist sich mal wieder berappelt.

Bielefeld/München – Der ostwestfälische Traditionsklub Arminia Bielefeld hat katastrophale Zeiten hinter sich. Binnen drei Jahren belegte er in der Bundesliga den 17. Platz, in der zweiten Liga den 16. Platz und in der dritten Liga den 14. Platz. Im Frühjahr hatte man Glück, nicht noch ein drittes Mal nacheinander abgestiegen und jetzt Viertligist zu sein.

In dieser Saison taucht die Arminia aus ihrer Versenkung wieder auf – so ist man das gewohnt bei diesem Klub. Als derzeitiger Dritter der dritten Liga besiegte die Arminia am Dienstagabend im DFB-Pokal-Achtelfinale den Bundesliga-Sechsten SC Freiburg mit 3:1. Bielefeld stand bereits als einziger Drittligist im Achtelfinale und entsprechend nun auch in jenem Viertelfinale, das am übernächsten Sonntag ausgelost und Anfang Februar gespielt wird. Mehr als drei Millionen Euro an Pokalprämien hat die Arminia bereits eingespielt. Im kommenden Jahr würde sie gerne in die zweite Liga zurückkehren.

Spielen die Bielefelder weiter so ansehnlich wie im Pokal, dann könnte das gelingen. In der ersten Runde hatten sie den Zweitligisten Hannover 96 mit 2:0 besiegt und in der zweiten Runde mit demselben Ergebnis den Bundesligisten Union Berlin. „Arminia – wenn du siegst, ist es so wunderbar", hatten die Fans auf einem meterlangen Banner gereimt. Was klingt wie ein alter Vereinsschlager, ist auf keinem Tonträger erhältlich. Man erkennt an dem Spruch jedoch: Selbst nach deprimierenden Jahren und sogar in den Niederungen kann man im Fußball immer wieder neue Freude entwickeln.

Christopher Lannert (28.), Julian Kania per Handelfmeter (36.) und Louis Oppie (81.) bei einem Gegentor durch Michael Gregoritsch (63.) erzielten die Treffer für jene Bielefelder, deren Kader vom Sportgeschäftsführer Michael Mutzel zusammengestellt und auch diesmal vom Trainer Michél „Mitch" Kniat gut vorbereitet worden war. „Am meisten stolz macht mich, dass wir uns diesen Sieg nicht mit Angsthasenfußball irgendwie erlogen, sondern eine richtig gute Leistung gezeigt haben", sagte Kniat. Tatsächlich spielte Bielefeld gegen Freiburg auf Augenhöhe – man profitierte allerdings auch davon, dass Florent Muslija für die Gäste schon in der 18. Minute einen Foulelfmeter verschossen hatte.

Mit Elfmetern haben die Breisgauer seit neun Monaten Probleme, denn Muslijas Fehlschuss war bereits der sechste Elfmeter, den die Freiburger seit April vergeben haben: fünf in der Bundesliga und einen im Pokal, je zwei von Lucas Höler und Vincenzo Grifo sowie je einen von Roland Sallai und nun Muslija. Die Breisgauer drohen ein Ostwestfalen-Trauma zu entwickeln, denn in der Vorsaison waren sie in der zweiten Pokalrunde daheim gegen den Zweitligisten SC Paderborn ausgeschieden.

26 000 Zuschauer auf der ausverkauften Alm sahen die Pokalsensation, gut 20 000 kommen im Schnitt zu den Drittliga-Heimspielen. Die Liebe zur Arminia war in Bielefeld schon immer unabhängig von der Liga. Am Sonntag gastieren die Arminen zum Spitzenspiel beim punktgleichen Zweiten Dynamo Dresden. Dort würden sie ihre akute Euphorie gern gewinnbringend einsetzen. **Ulrich Hartmann**

Liebe verzeiht viel: Julian Kania verpasst der Eckfahne zur Feier seines 2:0 einen Tritt, der spätere 3:1-Schütze Louis Oppie (rechts) jubelt mit. FOTO: NOAH WEDEL/IMAGO

Tella trifft die Bayern

DFB-Pokal – Achtelfinale

Mittwoch

1. FC Köln – Hertha BSC 2:1 n.V. (1:1, 1:1)
Tore: 0:1 Maza (12., Foulelfmeter), 1:1 Niederlechner (31., Eigentor), 2:1 Ljubicic (120.+1, Foulelfmeter). – Rot: Zeefuik (Berlin, 25./Tätlichkeit). – Schiedsrichter: Reichel (Stuttgart). – Zuschauer: 50 000 (ausverkauft).

VfL Wolfsburg – TSG Hoffenheim 3:0 (0:0)
Tore: 1:0 Vavro (63.), 2:0 Wind (67.), 3:0 Gerhardt (85.). – Schiedsrichter: Schlager (Rastatt). – Zuschauer: 13 909.

RB Leipzig – Eintracht Frankfurt 3:0 (1:0)
Tore: 1:0 Sesko (31.), 2:0 Openda (50.), 3:0 Openda (58.) – Schiedsrichter: Jablonski (Bremen). – Zuschauer: 37 187.

Karlsruhe – FC Augsburg 4:5 i.E. (0:1,1:1,2:2)

Spiele von Dienstag

FC Bayern München – B. Leverkusen 0:1 (0:0)
Bayern München: Neuer – Laimer (73. Boey), Upamecano, Kim (84. Tel), Davies – Kimmich, Goretzka (73. Pavlovic) – Sané (19. Peretz), Coman (73. Gnabry) – Olise, Musiala.
0:1 Tella (69.). – Schiedsrichter: Osmers (Hannover). – Gelbe Karten: Upamecano (1), Goretzka (1) / Tapsoba (2), Wirtz (1), Kovár (1). – Rote Karte: Neuer (17./Notbremse). – Zuschauer: 75 000 (ausverkauft).

Werder Bremen – SV Darmstadt 98 1:0 (0:0)
Tor: 1:0 A. Jung (90.+4). – Schiedsrichter: Petersen (Stuttgart). – Zuschauer: 40 000 (ausverkauft).

Jahn Regensburg – VfB Stuttgart 0:3 (0:2)
Arminia Bielefeld – SC Freiburg 3:1 (2:0)

Viertelfinale: 4./5. und 25./26. Februar
Halbfinale: 1./2. April
Finale: 24. Mai 2025 in Berlin

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

Neuer Anlauf für Sportfördergesetz

Noch vor den Neuwahlen wollen SPD und Grüne den Entwurf auf den Weg bringen.

München – Vor ein paar Wochen muss sich so mancher Vertreter im organisierten Sport wie ein Marathonläufer vorgekommen sei, der 42 der 42,195 Kilometer irgendwie hinter sich gebracht hat – und den dann ein paar Meter vor dem Ziel ein Faserriss zu Boden zieht.

Der Marathon war die Strecke, die das geplante Sportfördergesetz bis dahin zurückgelegt hatte: Zwei Jahre hatten Vertreter aus Sport und Politik daran gewerkelt, den Spitzenathleten in Deutschland künftig bessere Bedingungen zu verschaffen, um Abwärtstrends in den Medaillenspiegeln entgegenzuwirken. Sie hatten schwer gestritten, sich zusammengerauft; am 6. November beschloss das Kabinett den Gesetzentwurf. Doch Stunden später zerbrach die Ampelregierung. Wenn ein Sportfördergesetz noch zu verabschieden war, dann wohl frühestens in der nächsten Legislaturperiode, glaubten sie im politischen Berlin, bei Athletenvertretern und beim Deutschen Olympischen Sportbund.

Nun ist noch einmal Musik in der Sache. Auf der Tagesordnung der 204. Sitzung des Bundestages am kommenden Freitag ist die erste Beratung über den Gesetzentwurf angesetzt. Wenn alles glattläuft, könnte sich das Gesetz zu Beginn 2025 doch noch über die Ziellinie schleppen.

Eingebracht haben den Entwurf die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, es handelt sich um eine Art parlamentarisches Angebot aus dem Bundestag heraus. Diese Entwürfe werden nicht erst dem Bundesrat vorgelegt, sondern gehen nach der ersten Plenardebatte direkt in die Ausschüsse, ehe zweite und dritte Debatten anstehen, samt Schlussabstimmung im Bundestag. Solche Vorgänge sind ungewöhnlich, seit dem Bruch der Ampel ist es mit dem Gewöhnlichen aber vorbei. Nun sind Fraktionen darum bemüht, noch rasch zu retten, was zu retten ist.

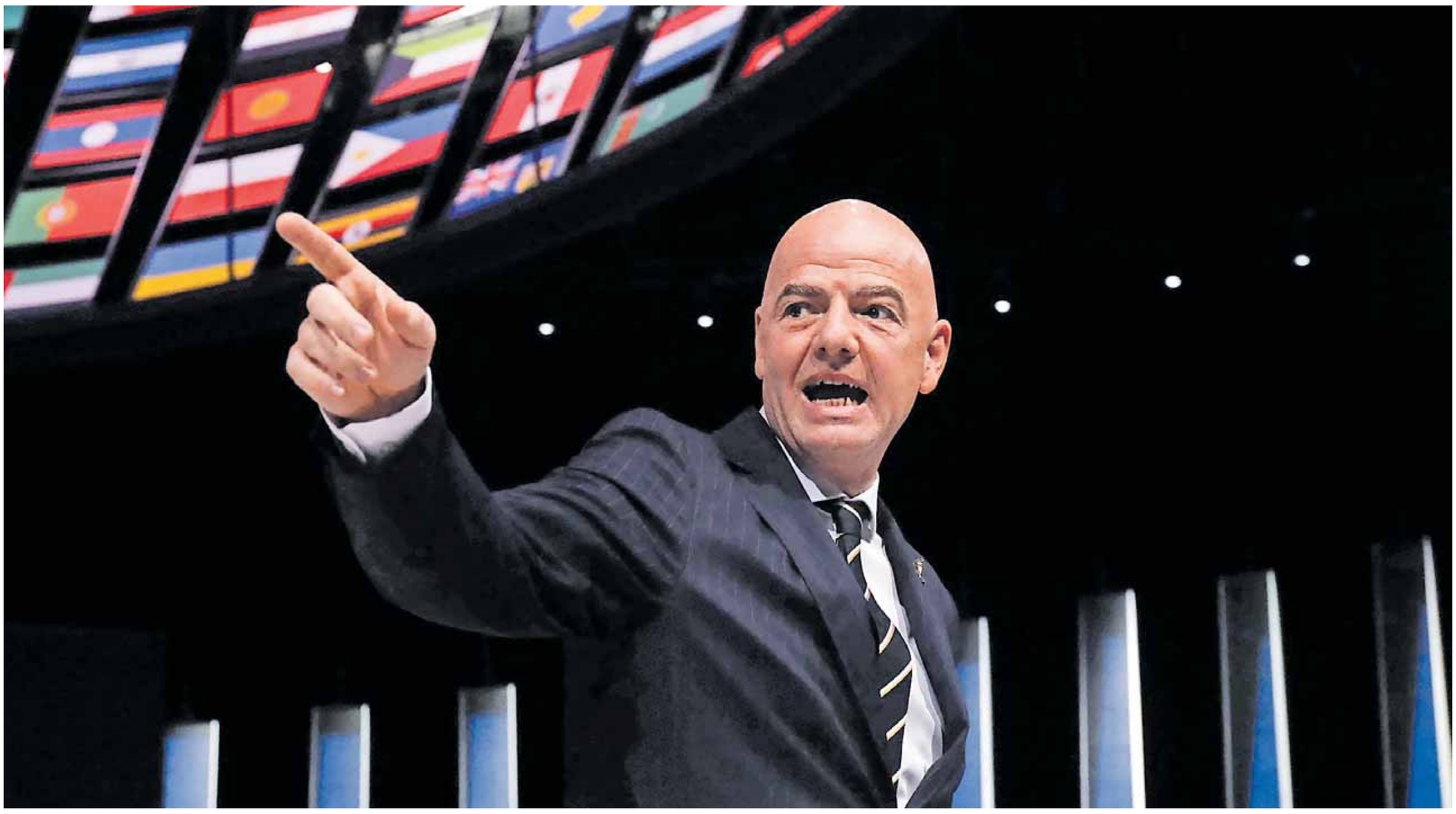
Noch ist ungewiss, ob es das Sportfördergesetz tatsächlich bis zur Ziellinie schafft, neben Entwürfen zu steuerlichen Entlastungen für Arbeitnehmer oder zum Kindergeld. Dass die Fraktionen es auch mit dem Sport probieren, liegt auch daran, dass der Gesetzesentwurf über rund zwei Jahre durch diverse Hände ging und es „nur um Nuancen in der Ausrichtung“ geht, so sah es zuletzt zumindest Bundesinnenministerin Nancy Faeser. Die große Hürde ist nun, eine Mehrheit im Parlament zusammenzukratzen – und da zeigt sich schon, dass das mit den Nuancen so eine Sache ist.

Unter Zeitdruck: Noch-Bundesinnenministerin Nancy Faeser. FOTO: GOLLNOW/DPA

Stephan Mayer, sportpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, teilt auf SZ-Anfrage mit, dass man sich mit dem Entwurf zwar „eingehend befassen“ werde. Dieser Entwurf – es handelt sich um jenen, den das Kabinett Anfang November beschlossen hatte – weise aber „gravierende Schwächen“ auf. Mayer nennt „die Erhöhung der Trainervergütung, die Einbeziehung der Bedürfnisse der Sportfördergruppen und der Mannschaftssportarten sowie die Frage nach einer echten Unabhängigkeit der Spitzensportagentur“. Auch bringe diese geplante Agentur, die die Förderung künftig steuern soll, ein „Mehr an Bürokratie“ mit sich: „Der Gesetzentwurf benötigt daher eine grundlegende Überarbeitung.“ Noch eine Hürde: Mayers Fraktionschef Friedrich Merz hatte unlängst betont, die Union werde keinen Gesetzesvorhaben zustimmen, die haushaltswirksam seien, da weder für 2024 ein Nachtragshaushalt noch für 2025 ein Haushalt beschlossen sei.

Auch der DOSB richtet aus, man begrüße „grundsätzlich“ den Vorstoß aus der Politik. Allerdings hat er ähnliche Vorbehalte wie Maximilian Klein, stellvertretender Geschäftsführer der Sportlervertretung Athleten Deutschland. Klein betont, dass nur ein beschlossenes Fördergesetz das Fundament bilde für nahezu alle weiteren Reformvorhaben; die geplante Reform des deutschen Spitzensports reiche ja noch viel weiter. Er bleibt im Kern aber bei der Kritik, die Athleten Deutschland zuletzt vorgetragen hatte: dass der aktuelle Gesetzentwurf viel Potenzial verschenke. Das reiche von Aufsichtsgremien der Spitzensportagentur, in denen für Kleins unabhängige Athletenvertretung bislang kein Platz garantiert ist, bis zum gesetzlichen Anspruch auf soziale Absicherung wie Altersvorsorge, der Kaderathleten auf Wunsch der Athletenvertretung künftig zustehen soll. Solch ein Anspruch fehlt im Entwurf.

Zwar sind im angedachten Verfahren weiterhin Änderungen möglich, sagt Klein. Ob das in der notwendigen Tiefe und im gebotenen Umfang unter Zeitdruck gelingt? Fraglich. Sollte das Gesetz tatsächlich noch zeitnah kommen, hofft Klein, dass die Fraktionen für alle Vorhaben, die nun nicht mehr Eingang finden, einen Etappenplan vorlegen, der diese Wünsche künftig berücksichtigen soll. Klingt nach ziemlich langen letzten Metern für das Sportfördergesetz. **Johannes Knuth**



Ganz eigene Weltsicht: Außer Fifa-Boss Gianni Infantino hat bisher kaum jemand ein vergleichbares Faible für die neue Klub-WM entwickelt. FOTO: HENRI SZWARC/ABACAPRESS/IMAGO

Der Tanz um die goldene Gianni-Trophäe

In sechs Monaten ist Anpfiff bei der Klub-WM. Der Vermarktungsdruck verdrängt die Fragen der sportlichen Integrität, Spitzenfußballer leisten Widerstand. Ansonsten läuft die One-Man-Show von Fifa-Boss Infantino wie geritzt.

Von Thomas Kistner

Die Fifa hat ein neues Werbegesicht für die Klub-WM im kommenden Sommer in den USA: DJ Khaled. „Ein großartiger Künstler, großartiger Mensch – und das Herz am rechten Flecken“, so ordnet ihn auf Instagram Gianni Infantino ein, Fachmann für Herzensfragen beim Fußball-Weltverband. DJ Khaled ist Rapper und Musikproduzent, eine rundum wuchtige Szenegröße mit engen Banden zu Kollegen wie P. Diddy und Jay-Z.

Dummer Zufall, dass gerade diese Branche derzeit in den USA und weltweit ein wachsendes Publikum in Atem hält, auch abseits des Rapper-Business. Zwei der Szenehelden sehen in voneinander unabhängigen Fällen Mordprozessen entgegen; sie sollen privaten Ärger mithilfe von Auftragskillern gelöst haben. Superstar P. Diddy wiederum sitzt seit September im Hochsicherheitsgefängnis von Brooklyn, Branchenname „Höllenloch“. Nicht einmal zweistellige Millionenkautionen helfen ihm dort raus; 120 Menschen werfen dem Rapper Misshandlungen und sexualisierte Übergriffe vor, darunter Minderjährige.

Für DJ Khaled, den neuen Klub-WM-Rapper, war P. Diddy bei Instagram gerne „My brother“. Und, klar: „Love forever!“

Das atmosphärische PR-Dilemma passt ins Bild des bisher ziemlich verkorksten Projekts „Klub-WM“, für das an diesem Donnerstag in Miami die Auslosung der 32 Teilnehmer-Teams ansteht. Insbesondere in Europa, dem Herzland des Fußballs, regt sich Widerstand gegen das neue Mega-Event, das von Mitte Juni bis Mitte Juli 2025 stattfinden soll. Also sollten wenigstens die Gastgeber mitziehen.

Die Fifa will über Rapper-Größen wie DJ Khaled, den auch Infantino gerne „Brother“ nennt, die Jugend Amerikas in einen Sport locken, der sich dort bisher fast nur um einen Klub dreht: Inter Miami, ein von David Beckham initiiertes Retortenprodukt, das erst seit fünf Spielzeiten existiert. Aber seit am neuen Zweitsitz der Fifa in Florida auch Lionel Messi kickt, pilgern allerlei Platzhirsche aus Sport-, Show- und übrigem Bling-Bling-Biz dorthin. Und in den Promi-Rummel hat sich nun ein weiterer Goldjunge gemischt: Infantino. Der Mann, der seinen Verband als Präsident faktisch wie eine Familienklitsche führt. Kürzlich hat er Inter Miami für die Klub-WM einfach einen der letzten Startplätze zugeschanzt – den des Vertreters des Ausrichterlandes USA. Dabei findet das Finale um den Titel der Major League Soccer (MLS) erst noch statt, es treffen aufeinander: Los Angeles Galaxy und die Red Bulls aus New York. Das ist Infantino aber egal.

Während die Fifa ihre Entscheidung mit Verweis auf eine von Miami gewonnene Wertung – den MLS Supporters' Shield – verteidigt und auf Anfrage des britischen *Guardian* gar auf missgünstige Neider abhob, erklärte die MLS kurz angebunden: „Die Fifa hat den Prozess gemanagt und entschieden, den Gastgeberplatz an Inter Miami zu vergeben. Für weitere Fragen wenden Sie sich bitte an die Fifa.“

Deutlicher lässt sich kaum zeigen, dass der Vermarktungsdruck beim sperrigen Format der Klub-WM die sportliche Integrität aussticht. Na und? Daumen hoch und durch, so taten es auch die Herrscher im alten Rom. Wenn die Show im relevanten Teil der Fußballwelt auf Ablehnung stößt, muss halt einer wie Messi ins Bild! Die übrigen Teilnehmer müssen sich natürlich weiter über Titel oder Konstanz über fünf Jahre hinweg sportlich qualifizieren.

Das Etikett Goldjunge übrigens hat sich der Fifa-Boss verdient, weil er den Namen des wichtigsten Vertreters des Weltfußballs auf die neue und sündteure, vom Luxuskonzern Tiffany gestaltete Goldtrophäe eingravieren ließ, die es zu gewinnen gibt: seinen eigenen. Und zwar, in aller Bescheidenheit, gleich doppelt. Jetzt glitzert also die Unterschrift des Italo-Schweizers unter dem Begriff „Gründungspräsident“. An anderer Stelle kulminieren die Lobgesänge auf „Idole, Helden und Legenden“ in einer besonders überkandidelten Sentenz: „Wir sind Zeugen eines neuen Zeitalters. Das goldene Zeitalter des Klubfußballs: die Ära der Fifa Klub-WM. Der Höhepunkt aller Vereinswettbewerbe, inspiriert durch den Fifa-Präsidenten Gianni Infantino.“

Am Mittwoch kommt die Nachricht: Dazn erwirbt die TV-Rechte

Nur gut, dass die Gravurnadel hier nicht DJ Khaled geführt hat. Der kündigte den Fifa-Boss im September im Central Park im Rahmen einer Klub-WM-Präsentation auf der Bühne so an: „In-Ben-tinoooo!“

Wenigstens die präsidiale Selbstfeier läuft wie geritzt. Werbeclips wie ein Infantino-Call („Hello my brother!“) aus einem Wolkenkratzer an Khaled, der sich im Privatjet räkelt: „Ich liebe dich, Bruder. Und segne dich!“ Oder ein bizarrer Bummel mit Baseball-Käppi über den Times Square in Manhattan, grinsend unter Leuchtreklamen für die Klub-WM. All das macht vorrangig eines für die ganze Welt sichtbar: Der Dachverband des globalen Fußballsports ist degeneriert zur One-Man-Show.

Nur kann auch das Amateurfilmfestival der Fifa nicht vertuschen, dass außer Infantino bisher niemand ein vergleichbares Faible für die neue Topveranstaltung entwickelt hat. Die Lage ist ernst, bis Mittwoch fehlte sogar das Wichtigste: ein Fernsehvermarkter! Mit rund vier Milliarden Dollar habe die Fifa allein aus dieser Vermarktung kalkuliert, versichern Insider. Doch bisher ist nur ein ernsthafter Vorstoß bekannt: Der Streamingdienst Apple TV+ soll im Frühjahr 900 Millionen Dollar geboten haben. Das liegt weit unter der Zielmarke der Fifa. Der kostenpflichtige Streamingdienst hätte auch nicht die allergrößte Breitenwirkung erzielt, im Gegenteil.

Im September war es offenbar sogar zu einer Art Rettungsrunde mit Topvertretern internationaler TV-Konzerne gekommen, was die Fifa so aber zurückwies. Zwar habe es ein Treffen gegeben, aber nur, um das neue Produkt vorzustellen. Von Not könne keine Rede sein.

Bis diese Woche blieb der Fernsehknüller jedenfalls ein Ladenhüter. Nach SZ-Informationen suchte die Fifa sogar schon den Austausch mit ihrem neuen Dauerpartner, der Infantinos Weltfußball künftig ohnehin über vielerlei Kanäle füttern soll – das Land, das nächste Woche offiziell zum Veranstalter der Fußball-WM 2034 erhoben wird: Saudi-Arabien. Die Saudis, heißt es, hätten die Rechte gern gleich für die nächsten drei Klub-Weltmeisterschaften gehabt. Geraunt wird, dass auch Deals mit der neuen Fifa-Plattform „Fifa plus“ angedacht worden seien, womöglich eine Art Joint-Venture. Das kam wohl nicht so gut an; schon gar nicht bei Sendern im Golfgebiet wie BeIN-Sport in Katar.

Am Mittwoch folgte eine Verkündigung, die deutlich nach Riad weist: Der Streamingdienst Dazn erwirbt die Klub-WM-Rechte, er zahlt laut *Bild* eine Milliarde Dollar. Also ungefähr ein Viertel der Zielmarke. Dazn, das auch die saudische Profiliga überträgt, verhandelt seit geraumer Zeit mit dem saudischen Staatsfonds PIF – der soll laut Reuters am Einstieg interessiert sein und für zehn Prozent der Anteile eine Milliarde Dollar bieten. So könnte sich das Königreich immer stärker in den Fußball pirschen: Dazn hat soeben erst die Rechte an der Bundesliga-Livekonferenz ab der Saison 2025/26 erworben. Der Marktrivale Sky schaut in dieser Disziplin in die Röhre.

Die Fifa hatte Anfragen zur TV-Problematik ebenso unbeantwortet gelassen wie zu anderen Themen. Auch zum Sponsoringmarkt: Für kommerzielle Werbepartner war das TV-Fiasko ein gewaltiges Problem. Denn wer nicht weiß, ob, wo und für wen Infantinos Bling-Bling-Event überhaupt zu sehen sein wird, der tut sich schwer mit Marketingstrategien. Vorläufig gibt es offenbar nur vier große Werbepartner, die allesamt bei Weitem nicht das zahlen dürften, was sich die Fifa selbst großzügig errechnet hatte. Die Rede ist hier von 80 bis 100 Millionen Dollar, von bis zu acht Klub-WM-Topsponsoren.

Wie hoch sind die Gagen der Klubs? Und bekommen Europäer mehr als andere?

Da ist der Luxus-Konzern Tiffany, dessen Zutun mit der protzigen Infantino-Gedächtnistrophäe für den Gewinner der Klub-WM zu einem guten Teil abgegolten sein dürfte. Soeben präsentiert die Fifa die Bank of America – die ist schon im WM-Sponsoring aktiv, ab 2026. Dann Hisense – der chinesische Elektroriese ist sogar schon seit 2018 Fifa-Sponsor. Insofern dürfte sein Vertrag bereits sämtliche Fifa-Events abdecken. Gleiches gilt für den Getränkekonzern InBev, der auf zusätzliches Entgegenkommen pochen darf, weil er bei der WM in Katar phasenweise kein Bier ausschenken durfte. Auch der InBev-Deal wurde erst vor Tagen publiziert, und auch hier teilte die Fifa nicht mit, wie hoch er beziffert ist. Der Bierbrauer, hieß es nur vage, schließe sich Hisense als „bestehender WM-Sponsor an, der separate Verträge für das neu aufgelegte Klubturnier mit 32 Teams“ gezeichnet habe.

Separate Verträge? Das führt zum Kern des Problems. Andere langjährige WM-Topsponsoren wie Coca-Cola und Adidas wollen die Klub-WM ohne Zusatzzahlung sponsern, sie pochen auf Vertragsklauseln, die ihnen die Werberechte an *allen* Fifa-Events zusichert. Also auch an der Klub-WM, die ja keineswegs neu erfunden und eingeführt, sondern lediglich aufgebläht und umformatiert wurde. Die Sache könnte vor Schweizer Gerichten landen – mit besten Chancen für die Alt-Sponsoren, dass ihre Vertragsdeutung zumindest dominierend sein wird.

Geld fehlt noch immer an allen Ecken und Enden. Die teilnehmenden Klubs erhielten bereits stolze Antrittsgagen zugesichert, die sollten zunächst bei – nicht dementierten – 50 Millionen Dollar liegen. 100 Millionen erhält der Sieger. Die Fifa äußert sich auch hierzu nicht. Inzwischen wird von rund 30 Millionen geraunt. Nur treibt selbst das die Aufwendungen in schwindelerregende Höhe. Alles in allem soll der Kicker-Tingeltangel bei etwa 2,5 Milliarden Dollar liegen.

Überall offene Fragen mit Knallpotenzial: Gibt es mehr für die Vereine aus Europa als für die aus anderen Kontinenten? Gibt es stille Absichtserklärungen dazu mit Europas Klubvereinigung ECA? Das würde das neue Format noch mehr in Richtung Show-Veranstaltung verschieben, weg von einem ernsthaften Leistungsevent. Die ECA ließ eine Anfrage unbeantwortet.

Die Uhr tickt, in sechs Monaten ist Anpfiff. Und weiter deutet vieles darauf hin, dass der Tanz um die goldene Gianni-Trophäe zum Draufzahlgeschäft für die Fifa wird. Da wird es wenig helfen, wenn der Fifa-Boss bei der Auslosung in Miami noch mal beschwört, dass das 32er-Turnier die Aura einer „Fußball-WM auf Klubebene“ verströme. Und dass etwas „Historisches entsteht, das den Fußball zum Besseren verändern wird!“ Und die Einnahmen, klar, würden „in den Klubfußball weltweit“ reinvestiert.

Nach aktuellem Stand ist nicht anzunehmen, dass die so hell besungene Fußballweltverbesserung mit ehrenwerten Geburtshelfern wie den Mamelodi Sundowns, Wydad Casablanca, den Seattle Sounders und CF Pachuca, dem FC Ulsan, RB Salzburg und Messis Floridaboys historische Erlöse in die Kasse spülen könnte.

Das beunruhigt die Europäische Fußball-Union. Deshalb hat die Uefa bei Infantino nachgehakt, wie es denn um die Fifa-Reserven stehe. Diese Milliarden seien schließlich den Verbänden für deren Basisarbeit zuzurechnen, nicht irgendwelchen Profivereinen; sie sollen nicht als Lückenstopfer für ein überspanntes Klubprojekt benutzt werden. Infantino, heißt es bei der Uefa, habe klar verneint, dass Verbandsgelder angetastet würden. Das wird die Europa-Union genau im Auge behalten.

Nicht nur die Geldgeber und die Uefa stehen der Sache skeptisch gegenüber. Heftigen Widerstand leisten insbesondere Europas Spitzenfußballer. Ihre Vertretungen in England, Frankreich und Italien drohen, die Profis würden an keinerlei Werbemaßnahmen für das Turnier oder die Sponsoren teilnehmen. Zudem liegt der Fifa eine Klage bei der EU-Kommission in Brüssel vor, angestrengt von der internationalen Spielergewerkschaft Fifpro, der englischen PFA und den europäischen Ligen. Sie bemängeln, bei der Einführung des Riesenformats in den übervollen Terminkalender gar nicht gefragt worden zu sein.

Und die großen Klubs in Europa? Manche, auch in Deutschland, scheinen einer weiteren Geldspritze nicht abgeneigt zu sein. Für andere hat sich der Branchenkrösus Real Madrid positioniert. Schon vor Monaten richtete Trainer Carlo Ancelotti der Fifa aus, sie könne die Teilnahme seines Teams „vergessen“, auch andere Klubs würden nicht mitziehen. Sein Arbeitgeber korrigierte das zwar, doch wie distanziert das Verhältnis ist, zeigt sich daran, dass Real Madrid im Finanzbudget für 2025 gar keine Erlöse aus der Klub-WM eingeplant hat. Es gebe ja „keine genauen Informationen zu diesem Thema“.

Erste Klubmanager witzeln schon, die Chose könnte noch abgeblasen werden. Aber das ist unwahrscheinlich. Denn es dürfte einen Mann den Job kosten, der das um jeden Preis verhindern wird: Infantino, doppelt verewigt auf der teuren Tiffany-Trophäe. Neuerdings verkauft die Fifa übrigens „digitale Sammlerstücke“ mit der eingravierten Unterschrift ihres Präsidenten. Leider auch kein Verkaufsrenner, auf dem Online-Marktplatz der Fifa dümpelt das gute Stück bei einem Dollar.

Es muss ein Großspender her. Egal wer, egal woher. Zufällig hat die Fifa ihrem Multi-Partner und WM-Veranstalter in spe, Saudi-Arabien, soeben noch eine große Freude bereitet. Sie hat dem Königreich attestiert, dass eine Fußball-WM 2034 am Golf allenfalls „mittlere humanitäre Risiken“ berge – und den Saudis insgesamt die höchste Punktzahl in einem WM-Evaluierungsbericht überhaupt gegeben.

Das sieht nach einem guten Anfang aus.

Hören Sie zu diesem Thema auch den Podcast.
› *sz.de/sportpodcast*

Bayern und der BVB könnten auf Miami und Messi treffen

Bei der Auslosung zur Klub-WM 2025 wird der FC Bayern in Topf 1 geführt. So sind Duelle in der Gruppenphase mit dem ebenfalls topgesetzten Champions-League-Sieger Real Madrid, dem englischen Meister Manchester City und dem französischen Champion Paris Saint-Germain nicht möglich. Auch die vier besten südamerikanischen Teams befinden sich bei der Auslosung in Miami am Donnerstag (19 Uhr) in Topf 1. Champions-League-Finalist Borussia Dortmund gehört zusammen mit den sieben weiteren europäischen Vereinen dem zweiten Topf an. Insgesamt nehmen 32 Teams an der neu geschaffenen Klub-WM teil, die vom 15. Juni bis 13. Juli 2025 in den USA ausgetragen wird. In der Vorrunde werden jeweils acht Gruppen mit vier Teams gebildet. Der Spielplan mit allen Spielorten und Anstoßzeiten wird nach der Auslosung festgelegt, „wobei sportliche Faktoren, die Bedürfnisse der Spieler sowie die Interessen der in- und ausländischen Fans sowie der globalen Sendeanstalten berücksichtigt werden“, wie die Fifa mitteilt. SZ, DPA

Teilnehmer

Topf 1: Manchester City, Real Madrid, FC Bayern München, Paris Saint-Germain, River Plate (Argentinien), CR Flamengo, SE Palmeiras, Fluminense (beide Brasilien).
Topf 2: FC Chelsea, Borussia Dortmund, Inter Mailand, FC Porto, Atlético Madrid, Benfica Lissabon, Juventus Turin, FC Salzburg.
Topf 3: Al Hilal (Saudi-Arabien), Ulsan HD (Südkorea), Al Ahly (Ägypten), Wydad AC (Marokko), CF Monterrey (Mexiko), Club León (Mexiko), Boca Juniors (Argentinien), Botafogo (Brasilien).
Topf 4: Urawa Red Diamonds (Japan), Al Ain (Vereinigte Arabische Emirate), Espérance Sportive de Tunisie (Tunesien), Mamelodi Sundowns (Südafrika), CF Pachuca (Mexiko), Seattle Sounders (USA), Auckland City (Neuseeland), Inter Miami (USA).

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

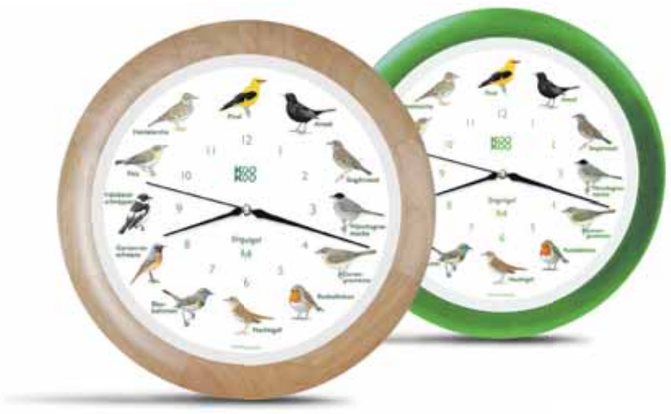
SZ Erleben

Technik. Design. Freude.

Aus Wissenschaft, Technik und Forschung rund um das Deutsche Museum entstehen Ideen für Produkte, die Spaß machen und Wissen vermitteln. Denn hier trifft faszinierende Technik auf präzises Design und Innovation auf Klassiker. Entdecken Sie unsere Neuheiten und Geschenkideen aus dem Deutsches Museum Shop. Alle Stücke sind handverlesen und bringen Stil und Funktionalität in Einklang miteinander.

In Kooperation mit Deutsches Museum Shop

Deutsches Museum SHOP



Kookoo Wanduhr SINGVÖGEL

Die ganze Vogelschar wünscht ein gutes Jahr. Zur vollen Stunde trällern 12 heimische Singvögel ihr Lied. Detailgetreu illustriert, Funkquarzwerk, Lichtsensor für Nachtruhe. Durchmesser: 34 cm

Farbe: grün | Material: Rahmen aus Kunststoff
Art.-Nr.: DM360090 | **79,90 €**

Material: Rahmen aus Holz
Art.-Nr.: DM360106 | **99,90 €**

Schreibtisch-Psychologe

Wird Ihnen mal wieder alles zu bunt? Schlecht geträumt? Dann sprechen Sie mit dem freundlichen Herrn im Sessel. Er hört nicht nur zu, er weiß auch Rat. 16 inspirierende und humorvolle Zitate auf Knopfdruck. Guter Rat ist nicht teuer.
Material: Kunststoff, Elektronik | Größe: 8 x 9 x 8 cm

Art.-Nr.: DM642165
34 €

Troika Buchstützen GLOBENPAAR

Wer lesen kann, ist klar im Vorteil. So versteht man nicht nur die Welt besser, sie lässt sich auch besser zusammenhalten. Zwei blau-grüne abnehmbare Globen und metallene Buchstützen im Set. Englische Beschriftung.
Material: Kunststoff, Metall | Größe: 26 x 13 x 15 cm

Art.-Nr.: DM071638
79 €

Tragbarer TV-Sprachverstärker OSKAR

OSKAR bringt Ihnen den sprachoptimierten Ton dorthin, wo Sie sitzen. Dank innovativer Technologie werden TV-Dialoge verstärkt und überlaute Nebengeräusche aktiv reduziert. So genießen Sie unbeschwerte TV-Momente. Kompatibel mit Hörgerät und Kopfhörer.
Material: Aluminium, Stoff | Größe: 24 x 6 x 10,1 cm

Art.-Nr.: DM325687
269 €

Crosley Kassettenspieler

Er ist zurück: Lieblingskassetten abspielen, Radio hören, ein Mixtape oder eine Nachricht aufnehmen, oder einfach Ihre Playlist per Bluetooth wiedergeben und das hübsche Retro-Design betrachten. Breitbandlautsprecher (8 Ω 2W 3"), AM/ FM-Radio, Netzteil oder Batterie.
Größe: 24 x 8,5 x 11,5 cm | Farbe: roségrau

Art.-Nr.: DM248143
70 €

Kookoo Wecker KIDSALARM

Die sympathischen Tierstimmen sind Originalaufnahmen aus der Natur und ein großer Spaß für die Kleinen am Morgen. Dazu die passenden bunten 5 Magnet-Tiere.
Größe: 9,4 x 9,4 x 9,4 cm

Farbe: weiß **Art.-Nr.:** DM360984
Farbe: blau (Abb.) **Art.-Nr.:** DM360960
79,90 €

Stadler Form Aroma Diffuser NORA

Nora verzaubert mit dem Duft ätherischer Öle, bernsteinfarbenem Flammenspiel und mit kühlem Nebel die Sinne. Mit Ultraschall-Technologie. Akku bis zu 7 Stunden Laufzeit. Kabellos drinnen und draußen einsetzbar. USB-C im Lieferumfang enthalten.
Material: Aluminium, nachhaltiger Bambus | Größe: 10 x 10 x 8,3 cm

Art.-Nr.: DM302295
79 €

Junkers Flieger Gangreserve

Perfekt ablesbar, große Krone mit robuster Verarbeitung. Die integrierte Gangreserve zeigt an, wie viel Benzin die Uhr noch im Tank hat. Automatikwerk, Saphirglas, Wellblech-Zifferblatt, verschraubte Krone. 10 atm wasserdicht. Material: Edelstahl, Leder, Saphirglas
Durchmesser: 42 mm

Art.-Nr.: DM694021
840 €

Junkers JU 52 AVIATOR

Der JU 52 Aviator hat ein schweizer Präzisions-Automatikwerk mit Chronographenfunktion und Wochentag-Datum-Anzeige. Das Gehäuse ist besonders aufwendig und formvollendet entworfen: Saphirglas, Sonnenschliff- bzw. Wellblech-Zifferblatt und Glasboden. Fluoreszierende Zeiger und Ziffern, verschraubte Krone. 10 atm wasserdicht. Material: Edelstahl, Leder, Saphirglas | Durchmesser: 42 mm | Gewicht: 120 g | Modell: Blau Sonnenschliff, Leder

Art.-Nr.: DM693888
2.230 €

Jetzt entdecken unter:

sz-erleben.de/dms **089 2183-1810**

Süddeutsche Zeitung

Ein Angebot der Süddeutsche Zeitung GmbH, Hultschiner Str. 8, 81677 München

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

Ein Fehler zu viel

Biathlon: Franziska Preuß wird Fünfte im Einzel von Kontiolahti.

Kontiolahti/München – Franziska Preuß hat beim Biathlon-Weltcup in Kontiolahti den zweiten Podestplatz für den Deutschen Skiverband (DSV) knapp verpasst. Die 30-Jährige, die am vergangenen Wochenende das Staffelrennen der Frauen wegen gesundheitlicher Probleme verpasst hatte, belegte im verkürzten Einzel über 12,5 Kilometer mit zwei Schießfehlern (+1:09,6 Minuten) den fünften Platz. Den Sieg sicherte sich die fehlerfreie Französin Lou Jeanmonnot vor den beiden Schwedinnen Ella Halvarsson (1 Schießfehler/+12,3 Sekunden) und Elvira Öberg (3/+56,4). Hinter Preuß wurde Vanessa Voigt, die am Sonntag im Single-Mixed mit Justus Strelow Platz drei belegt hatte, mit einem Schießfehler Neunte (+1:45,0). Das junge DSV-Quartett mit Selina Grotian, Johanna Puff, Julia Tannheimer und Julia Kink spielte nach zu vielen Schießfehlern keine Rolle bei der Vergabe der vorderen Plätze. Am Freitag geht es in Kontiolahti mit dem Sprint der Männer (16.20 Uhr) weiter. **SID**

Pflicht erfüllt

Deutsche Handballerinnen wahren kleine Chance auf EM-Halbfinale.

Innsbruck/München – „Bloß keine Träumereien mehr!“, sagt Markus Gaugisch. Wer dem Bundestrainer jetzt noch mit der Vision Halbfinale kommt, kriegt Ärger. Zwar sind seine Handballerinnen bei der Europameisterschaft in Österreich, Ungarn und der Schweiz mit einem 30:19 gegen Island gerade in die Hauptrundengruppe eingezogen, das vorangegangene 22:29 gegen die Niederlande hatte allerdings grundsätzliche Zweifel an der Legitimation zur Träumerei aufgeworfen.

Zu diesem Zweck sollte das deutsche Team an diesem Donnerstag (15.30 Uhr) die Schweiz, am Samstag (18 Uhr) Dänemark, am Montag (18 Uhr) Norwegen und am Mittwoch Slowenien (15.30 Uhr, alle bei sportdeutschland.tv) besiegen. Erfolge gegen Dänemark und Norwegen wären allerdings überraschend. Hoffnungen auf eine dann effektivere Torausbeute als zuletzt birgt die Rückkehr von Rückraumspielerin Viola Leuchter (18, HB Ludwigsburg), die während der ersten drei EM-Spiele wegen einer Erkrankung ausgesetzt hatte.

Gut ersetzt wurde sie bislang von der Turnierdebütantin Nina Engel (21, HSG Bensheim/Auerbach), die mit 15 Treffern zu den bislang 20 besten Torschützinnen dieses EM-Turniers gehört. „Ich hoffe, sie behält diese Leichtigkeit“, sagt Gaugisch. Träumereien soll deshalb trotzdem niemand entwickeln. **Ulrich Hartmann**

Überragende Trefferquote: Nationalspielerin Nina Engel. FOTO: KERSTIN JOENSSON / AFP

AKTUELLES IN ZAHLEN

Basketball

Euroleague, 13. Spieltag
Anadolu Efes Istanbul – FC Bayern 101:90 (56:58)
Thompson 19 Punkte, Oturu 14, Osmani, Smits je 13. – Booker 27, Edwards 20, Weiler-Babb 17.

Lyon-Villeurbanne – Real Madrid	80:78
Maccabi Tel Aviv – Paris	81:93
Panathinaikos – Barcelona	90:89
Baskonia – Fenerbahce	88:76
Partizan – Zalgiris	84:78
Monaco – Olympiakos	80:89
Mailand – Roter Stern	101:86
Bologna – Alba Berlin	88:90 n.V.
Zalgiris – Anadolu Efes	Do. 19.00
Maccabi – Barcelona	Do. 20.05
FC Bayern – Baskonia	Do. 20.30
Partizan – Panathinaikos	Do. 20.30
Real Madrid – Fenerbahce	Do. 20.45

Eishockey

Champions League, Viertelfinale, Hinspiele
Servette Genf – Bremerhaven 4:0 (2:0, 1:0, 1:0)
1:0 Lennström (9.), 2:0 Granlund (19.), 3:0 Vatanen (27.), 4:0 Bertaggia (53.) – Strafminuten: 4/6 – Zuschauer: 5419.

Sparta Prag – Växjö Lakers	1:2 (0:0, 1:1, 0:1)
Red Bull Salzburg – Färjestads BK	3:1 (1:1, 2:0, 0:0)
Eisbären Berlin – ZSC Lions	3:4 (1:0, 2:2, 0:2)

Rückspiele: 17. Dezember

Handball

Frauen-EM, Gruppe F, 3. Spieltag
Island – Deutschland 19:30 (10:14)
Ukraine – Niederlande 23:43 (12:24)

1	Niederlande	3 99:70	6
2	Deutschland	3 82:65	4
3	Island	3 71:81	2
4	Ukraine	3 64:100	0

Hauptrunde, 1. Spieltag
Schweiz – Deutschland Do. 15.30

Ständiger Körperkontakt: Was Handballspieler wie Mathias Gidsel (Mitte) von den Füchsen Berlin leisten, ist „die Höchstbelastung“, sagt Sportmediziner Henze. FOTO: DANIEL LAKOMSKI / JAN HUEBNER / IMAGO

„Wie nach einem Verkehrsunfall“

Handball und Regeneration: Sportarzt Alexander-Stephan Henze erklärt, welchen Risiken sich die enorm belasteten Profis aussetzen. Er erläutert, was das in mentaler Hinsicht bedeutet – und wie die Olympiateilnehmer für die Terminhatz mit Verletzungen bezahlen.

Interview: Carsten Scheele und Ralf Tögel

Handball ist eine harte Sportart, Profis müssen einiges aushalten, und die Belastungen werden immer größer. Derzeit spüren dies die Nationalspieler besonders heftig: Im Januar war die Europameisterschaft, im Sommer das olympische Turnier und kommenden Januar ist wieder Weltmeisterschaft. Das sind drei Großveranstaltungen binnen zwölf Monaten, hinzu kommt das Tagesgeschäft in den nationalen Ligen und im Europapokal. Ist das zumutbar? Wann ist die Grenze erreicht, wann überschritten? Der Sportmediziner Alexander-Stephan Henze ist Oberarzt am Uniklinikum Ulm, Mannschaftsarzt beim Bundesligisten TVB Stuttgart und stellvertretender Vorsitzender des Vereins Handballärzte Deutschland. Er sagt: „Die Olympioniken bezahlen gerade für ihr Pensum.“

SZ: Herr Henze, reden wir über Regeneration im Handball. Ein Spiel dauert 60 Minuten, ein Stammspieler steht oft 50 Minuten auf dem Platz. Es wird gesprintet, gerangelt, Körper prallen ständig aufeinander. Wie sieht die ideale Regeneration aus?
Alexander-Stephan Henze: Das Wichtigste sind Schlaf und Ernährung samt Flüssigkeitszufuhr. Es gibt auch Eistonnen im Handball, aber die erste Mahlzeit nach dem Spiel hat eine größere Rolle. Damit ersetzt wird, was verbraucht worden ist: Flüssigkeit und Nährstoffe. Auch der Schlaf nach einem Spiel ist sehr wichtig. Dabei ist zu beachten, ob der Spieler einfach nach Hause fährt und schläft, oder ob er nach einem Auswärtsspiel mehrere Stunden im Bus oder Zug sitzt.

Eine Nacht Schlaf genügt?
Nein *(lacht)*. Ein ganzer Ruhetag ist enorm wichtig, physisch, aber vor allem mental. Familienväter sollen Zeit mit ihrer Familie verbringen. Natürlich kann man einen lockeren Regenerationslauf beziehungsweise eine Mobility-Einheit einlegen. Oder eine Massage. Aber vor allem sollen die Spieler den Kopf freibekommen.

Wie würde eine Woche nach einem Spiel am Sonntag mit optimaler Belastungssteuerung aussehen?
Am Montag Ruhetag, Dienstag und Mittwoch Trainingseinheiten mit hoher Intensität, Donnerstag geringere Intensität. Und am Freitag, falls das nächste Spiel am Samstag stattfinden würde, ein von Taktik geprägtes Abschlusstraining.
So die Theorie …
… in der Realität ist das fast nie möglich. Vor allem für Spieler eines Spitzenklubs, die auch international spielen, ist ein Ruhetag oft das höchste der Gefühle.

Nach dem letzten Spiel der deutschen Nationalmannschaft an einem Sonntagnachmittag in der Türkei ging es sofort zum Flughafen. Viel Warterei, wenig bis gar kein Schlaf in der Nacht. Linksaußen Lukas Mertens ist erst am Montagnachmittag bei seinem Klub in Magdeburg angekommen. Und am Dienstagmorgen sollte er schon im Bus zum Auswärtsspiel nach Kiel sitzen.
Das ist schon heftig. Da ist das einzig Gute, dass die Spieler in der Handball-Bundesliga für die Ligaspiele nicht noch verschiedene Zeitzonen durchqueren müssen wie die Basketballer in der NBA.
Es gab danach Diskussionen zwischen den betroffenen Klubs und dem Deutschen Handballbund (DHB). Magdeburgs Trainer Bennet Wiegert hat Nationalspieler Mertens zu Hause gelassen.
Zum Glück. Da haben die Trainer mittlerweile ein ganz gutes Gespür entwickelt.

Ist die Gesundheit der Spieler zunehmend ein Thema in der Sportmedizin und Sportwissenschaft?
Das wird immer wichtiger. Es gibt Klubs, in denen wird das Training wissenschaftlich begleitet. Zum Beispiel wird der subjektive Anstrengungsgrad der Spieler gemessen. Hierzu fragt man sie bis zu 30 Minuten nach dem Spiel oder der Trainingseinheit, wie anstrengend es war, zum Beispiel auf einer Skala von eins bis zehn. Und im Idealfall am Morgen danach noch mal ein paar Fragen zum körperlichen, mentalen und emotionalen Wohlbefinden. Außerdem werden alle Spieler in der Handball-Bundesliga während der Ligaspiele und bei wenigen Klubs auch im Training getrackt; das heißt, wir haben Daten zur tatsächlichen Belastung. Das zusammengenommen gibt schon ein gutes Bild, wie es einem Spieler geht.

> „Wenn die Belastung steigt, steigt das Verletzungsrisiko. Übrigens auch das Risiko für Infekte.“

Und bei einem extremen Ausschlag? Wird ein Spieler dann rausgenommen?
Wenn es die subjektiven Instrumente betrifft, muss man zumindest beim Spieler nachfragen, was los ist. Und die Belastung in den nächsten Tagen gegebenenfalls anpassen.
Wie gehen die Spieler damit um?
Es gibt ein paar Wunderspieler, bei denen man sich fragt, wie sie ihr Pensum schaffen. Der Däne Mathias Gidsel von den Füchsen Berlin zum Beispiel, der als Rückraumspieler viel abbekommt, alle drei Tage spielt und trotzdem immer seine Topleistung bringt. Was sind die Faktoren, die diese Spieler resilienter machen? Sowohl körperlich als auch geistig? Auch das ist eine sehr spannende Frage für die Sportwissenschaft.
Renars Uscins von der TSV Hannover-Burgdorf ist ebenfalls so einer.
Genau. Rückraumspieler haben ständig ihre Eins-gegen-eins-Situationen. Der Magdeburger Gísli Kristjánsson geht pro Angriff fünf- oder sechsmal in den direkten Körperkontakt mit den Abwehrspielern. Das ist unglaublich anstrengend. Da sind Außenspieler, die zwar viel sprinten, aber viel weniger Körperkontakt haben, ganz anders belastet.
Also heißt das für die Karriereplanung: Lieber nicht in den Rückraum oder an den Kreis?
Wer im Profihandball vorn im Rückraum oder am Kreis spielt und hinten deckt, vielleicht auch häufiger hinfällt, der fühlt sich am Morgen nach dem Spiel, ganz salopp gesagt, schon mal wie nach einem Verkehrsunfall.

Und dann 80 Partien im Jahr: Bundesliga, Pokal, Europapokal. Jedes Jahr ein großes Turnier mit der Nationalmannschaft. Alle drei bis vier Tage ein „Verkehrsunfall“ – wie lange geht das gut?
Das ist einfach zu viel. Wenn die Belastung steigt, steigt das Verletzungsrisiko. Das können wir in unseren Erhebungen eindeutig sehen. Übrigens auch das Risiko für Infekte. Wenn wir zu viel Belastung haben, sind wir anfälliger, krank zu werden.
Zumal wenn der Ruhetag wegfällt, weil im vollgepackten Kalender das nächste Spiel ansteht.
Was Rückraumspieler wie Kristjánsson, Gidsel oder Uscins erleben, ist Höchstbelastung. Der ständige Körperkontakt ist das, was am meisten schlaucht. Das war ein Grund für den Weltklassespieler Nikola Karabatić, dass er der Bundesliga, der anerkannt besten der Welt, den Rücken gekehrt hat.
Karabatić sagte nach vier Jahren beim THW Kiel, er könne keinem Spieler empfehlen, in die Bundesliga zu gehen. Er spielte anschließend lieber in Frankreich und Spanien. Ein guter Weg?
Das muss jeder Spieler für sich beantworten. Aber die Belastung in der Bundesliga ist durch die Vielzahl der Spiele und vor allem die Leistungsdichte höher als in anderen Ligen. Karabatić machte das auch, weil er weiter Nationalmannschaft spielen wollte. Die nationale Auswahl hat für viele Spieler einen besonderen Stellenwert. Weil da die größte Aufmerksamkeit herrscht und viele Menschen zusehen, die sich nicht für Bundesliga-Handball interessieren. Der frühere deutsche Nationalspieler Hendrik Pekeler hat es anders gelöst…
… er hat seinen Rücktritt aus dem Nationalteam erklärt …
… um noch drei Jahre in der Bundesliga spielen zu können. Wie gesagt, jeder Spieler zieht seine eigenen Konsequenzen.

Pekeler hat damals öffentlich auf die immense Belastung im Handball aufmerksam gemacht. Auch der frühere Nationalmannschaftskapitän Uwe Gensheimer wirkte bei einer Kampagne mit. Mittlerweile sagen die Nationalspieler, sie kommen mit der Belastung schon klar, aber benötigen mindestens einmal im Jahr eine mehrwöchige Pause.
Sie brauchen Zeit zum Auftanken. Mindestens einmal im Jahr müssen sie rauskommen aus dieser chronischen Belastung, das ist wichtig. Damit sie auch die Chance haben, ihre zahlreichen Wehwehchen, wie zum Beispiel dicke Fingerkapseln, richtig auszukurieren. Auch mental ist ein Break wichtig. Es geht viel um das Thema chronische Belastung und den damit verbundenen Stress, da muss mal ein Reset stattfinden und der Athlet richtig runterfahren. Das bringt am meisten.

Alexander-Stephan Henze ist stellvertretender Vorsitzender des Vereins Handballärzte Deutschland. FOTO: OH

Im Jahr 2024 gab es zwei große Turniere: die EM im Januar und die Olympischen Spiele im Sommer, da fiel für die Nationalspieler die Sommerpause komplett aus.
Deshalb bezahlen die Olympioniken gerade für ihr Pensum.
Weil sie sich häufiger verletzen?
Wir haben in Olympiajahren einen Peak, was die Ausfälle angeht, im Vergleich zu den Nichtolympiajahren. Das heißt nicht, dass sich jeder Spieler, der bei Olympia aktiv war, in den Monaten danach schwer verletzt. Es gibt Spieler, die gehen einfach so durch, wie aktuell Gidsel oder Uscins. Aber das ist nicht die Regel.

Also müssen die Klubs mit höheren Ausfallzahlen rechnen?
Tatsächlich wird das bei der Kaderplanung in den Spitzenklubs bestimmt berücksichtigt. Es gibt aktuelle Untersuchungen im Profihandball, wonach man mit zwei bis drei Verletzungen pro Spieler pro Saison rechnen kann. Die durchschnittliche Verletzungszeit pro Spieler betrug zuletzt im Schnitt 34 Tage, das heißt, jeder Spieler fehlt rund einen Monat. Das müssen die Klubs einkalkulieren.

Topvereine schultern die immense Belastung, indem sie ihre Kader erweitern?
Ja, nehmen wir den SC Magdeburg. Da fragt man sich vielleicht, warum ein Spitzenspieler wie Felix Claar hinzugeholt wurde, obwohl der Rückraum bereits sehr gut besetzt war. In dieser Olympiasaison sieht man, warum. Manche Vereine haben sechs Rückraumspieler im Kader, die eigentlich Stammspieler sein müssten, um die Ausfälle aufzufangen.

Wer oben mitmischen will, braucht also das nötige Geld.
Das Rad dreht sich immer schneller, es gibt immer mehr Wettbewerbe, nehmen wir die Klub-WM. Das ist auch lukrativ, aber man kann nicht mehr rausquetschen aus den Spielern. Allein schon, was die Regeneration angeht. Natürlich können die Klubs mit dem zusätzlichen Geld, das sie verdienen, einen weiteren Rehatrainer anstellen, in bessere Betreuung bei der Ernährung investieren. Aber der Körper macht irgendwann nicht mehr mit.

Also ist es fünf vor zwölf, und keiner schaut auf die Uhr?
Das wäre nicht meine Wortwahl. Aber ich glaube schon, dass sich etwas ändern muss. Es geht nicht immer so weiter. Für das Produkt und die Publicity ist es auch nicht gerade förderlich, wenn ständig einige der besten Spieler verletzt fehlen.
Heißt die Lösung weniger Spiele? Den Wettkampfkalender ausdünnen?
Es sind einfach zu viele Spiele, zu wenige Ruhetage, zu wenig Zeit zur Regeneration. Muss es etwa eine Klub-WM geben? Oder eine Partie um den dritten Platz beim Final-Four-Turnier? Da herrschen ohnehin absurde Zustände. Das Final Four soll der Höhepunkt der Champions-League-Saison sein. Dann treten die Spieler samstags zum Halbfinale an, gewinnen mit einem Tor, sind körperlich am Ende. Und dann steht sonntags das noch wichtigere Finale an, bei dem sie wieder ihre besten Leistungen abrufen sollen. Dazwischen keine Chance zur Regeneration.
Wir erinnern uns an den bereits erwähnten Magdeburger Gísli Kristjánsson, der sich im Champions-League-Halbfinale 2023 die Schulter auskugelte und trotzdem am nächsten Tag das Finale spielte.
Das kann nicht gesund sein.
Bestimmt nicht. Aber Schmerzmittel sind auch im Handball ein großes Thema. Sie werden regelmäßig und zu oft eingenommen und erhöhen wiederum das Verletzungsrisiko.

Die Spieler wissen, dass sie ständig über ihre Grenzen hinaus gehen müssen. Wie belastend ist das mental?
Häufig geben die Spieler erst nach ihrem Karriereende zu, wie sehr ihnen anstrengende Karrierephasen zugesetzt haben. Klar ist: Ist die Belastung hoch, steigt auch die mentale Anfälligkeit. Das kann in Richtung Ängste, Panikattacken oder Depressionen gehen. Das ist ein Thema, das im Handball mittlerweile anerkannt, aber noch wenig beleuchtet ist.
Die Spieler zahlen also die Zeche für das Pensum in ihrer Sportart?
Natürlich ist Hochleistungssport kein Gesundheitssport. Die Spieler in diesem Bereich werden schon medizinisch aufgeklärt und wissen, worauf sie sich einlassen. Aber solche immensen Belastungen können und werden Folgen haben. Zumal Handball eine Sportart ist, bei der man lange spielen kann, bis Ende 30 ist keine Seltenheit. Nach einer solchen Karriere kann man mit Problemen rechnen.

Sie sind nicht nur Oberarzt am Uniklinikum Ulm und Mannschaftsarzt beim TVB Stuttgart, sondern auch stellvertretender Vorsitzender des Vereins der Handballärzte Deutschland. Müssen Sie nicht längst Alarm schlagen?
Aus medizinischer Sicht kann man leicht sagen, man muss den Wettkampfkalender herunterfahren. Aber die Spieler oder die Mediziner allein haben nicht genug Gewicht. Da müssen alle an einem Strang ziehen: Trainer, Mediziner, Vereine und am Ende auch die Liga, Verbände und die Geldgeber. Man darf die Spieler da nicht allein lassen.

> „Jeder will spielen und möchte den Applaus. Die Frage ist, ob all das seinen Preis wert ist.“

Im Fußball sind die Topprofis bei 60 Saisonspielen angelangt. Kürzlich hat der Spanier Rodri einen Spielerstreik ins Gespräch gebracht. Ist das eine ernsthafte Option?
Im Fußball habe ich das so davor noch nicht gehört. Aber Rodri ist aktueller Weltfußballer, da hat er schon eine Stimme. Im Handball gibt es die Players Union, die europäische Spielergewerkschaft, die hat auch schon öfter harte Forderungen kommuniziert. In anderen Berufen wehrt man sich ja auch so. Ich weiß nicht, ob es im Handball dazu kommen wird.

Weil die Spieler ihren Sport lieben.
Absolut, jeder will spielen und möchte den Applaus. Keiner will, dass sein Kind fragt: Papa, warum spielst du nicht? Die Frage ist, ob all das seinen Preis wert ist.
Und wie überstehen die Spieler jetzt diese Saison? Im Januar steht schon die nächste WM an.
Sie müssen die Signale des Körpers bewusst wahrnehmen und darauf reagieren. Mehr Wert auf Regenerationsmaßnahmen legen, gute Ernährung, genügend Schlaf. Mehr ist kaum möglich.

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

IDEEN FÜR DEUTSCHLAND

SZ-Spezial zur Zukunft der deutschen Wirtschaft

SCHÖPFERISCHE ZERSTÖRUNG

Schaffe!

Deutschlands Wirtschaft steckt fest. Zeit, sich an Joseph Schumpeter zu erinnern.

Für Zerstörung waren die Deutschen in den vergangenen paar Jahrzehnten nicht mehr bekannt. Im Gegensatz zur Zeit der Weltkriege und natürlich auch in Abgrenzung dazu. Insofern ist es überraschend, dass der Mann des Liberalismus' mit der Kettensäge, Javier Milei aus Argentinien, hier nun Anklang findet. „Wir sollten in Deutschland, bei aller Schwierigkeit des Vergleichs, ein klein bisschen mehr Milei oder Musk wagen", sagte FDP-Chef Christian Lindner jüngst bei Caren Miosga. In der Sache ging es um Steuersenkungen. Und natürlich haben sich gleich alle aufgeregt.

Dabei hat Lindner nur ausgedrückt, was viele Deutsche heimlich denken. Dass nach Jahren des Dahinwurschtelns eine Mini-Kettensäge der deutschen Wirtschaft womöglich guttun könnte.

Dass es nicht weitergehen kann wie bislang, ist jedenfalls klar. Nicht nur das Wachstum des Landes dümpelt dahin. Es ist auch der Eindruck entstanden, dass die deutsche Wirtschaft stillsteht, während andere flink und agil vorbeiziehen. China, USA, Indien, sogar Griechenland. Egal, welche zukunftsträchtigen Technologien man betrachtet – KI, IT, E-Autos – nirgends spielen die Deutschen richtig vorn mit. Deutschland im Jahr 2024 ist eine Wirtschaftsnation, die ihr Selbstvertrauen verloren hat.

Deutschland hat sein Selbstvertrauen verloren

Doch so gern man Lindner in diesen Zeiten, da alle gegen ihn sind, mal recht geben möchte, allein aus Widerspruchsgeist: Hier geht es nicht. Die Kettensäge von Milei ist die falsche Methode für Deutschland. Milei legt sie an, um den Staat in Teilen zu zerstören. Dieser ist in Argentinien so korrupt und dysfunktional, dass viele Bürger den Anarchokapitalisten auch unterstützen. Deutschland aber ist weit entfernt von argentinischen Zuständen, wo etwa die Inflation bei sagenhaften 193 Prozent liegt. Zum Kettensägenmassaker an staatlichen Institutionen wird es so schnell nicht kommen.

Stattdessen ist es eine andere Art von Zerstörung, die dem Land gerade zusetzt und es gleichzeitig retten könnte: die schöpferische Zerstörung. Der Nationalökonom Joseph Schumpeter nannte sie das zentrale Kennzeichen unseres Wirtschaftssystems. Der Kapitalismus, befand Schumpeter, bleibe nie stehen – weil er gar nicht stehen bleiben könne: „Der fundamentale Impuls, der den Motor des Kapitalismus in Bewegung bringt und hält, liegt in den neuen Konsumgütern, den neuen Methoden der Produktion oder des Transports, den neuen Märkten, den neuen Formen der industriellen Organisation, die kapitalistische Firmen erschaffen."

Diese wilde Bewegung durch Erfindungen führt zu einem Wettbewerb, der viel gefährlicher ist als ein Wettbewerb mit ähnlich arbeitenden Konkurrenten. Auf einmal entsteht etwas Neuartiges, das so gut und so anders ist, dass es die Grundlage der eigenen Existenz bedroht. Man könnte sagen: Während VW noch mit Mercedes und Toyota konkurrierte, sind Tesla und BYD mit ihren mit digitaler Technik hochgerüsteten Elektroautos längst eine viel elementarere Bedrohung geworden.

Gegen schöpferische Zerstörung kommt man nicht an, wenn man sich tot stellt. Da hilft nur eines: Man muss selbst wieder Ideen haben, selbst zum Zerstörer werden. Die deutschen Unternehmen, vom Konzern bis zum Start-up, lassen durchaus hoffen, dass das gelingt. Ja, gut, es geht nicht so rasant wie woanders. Aber deutsche Firmen haben andere Stärken. Sie sind vielleicht nicht flink und sexy, aber einfallsreich und zuverlässig. Die Technik, die von deutschen Ingenieuren in die Welt geschickt wird, ist gut und solide. Bei diesen Kernkompetenzen anzusetzen, wäre ratsam: solide sein – und schöpferisch. Dazu müssen viele Menschen versuchen, Neues zu entwickeln, damit es manchen gelingt. So kann aus der Zerstörung des Moments etwas erwachsen. In diesem SZ-Spezial gibt es jede Menge Ideen dazu.

Lisa Nienhaus wünscht sich, dass Kreativität in der Schule so wichtig wird wie im Leben.

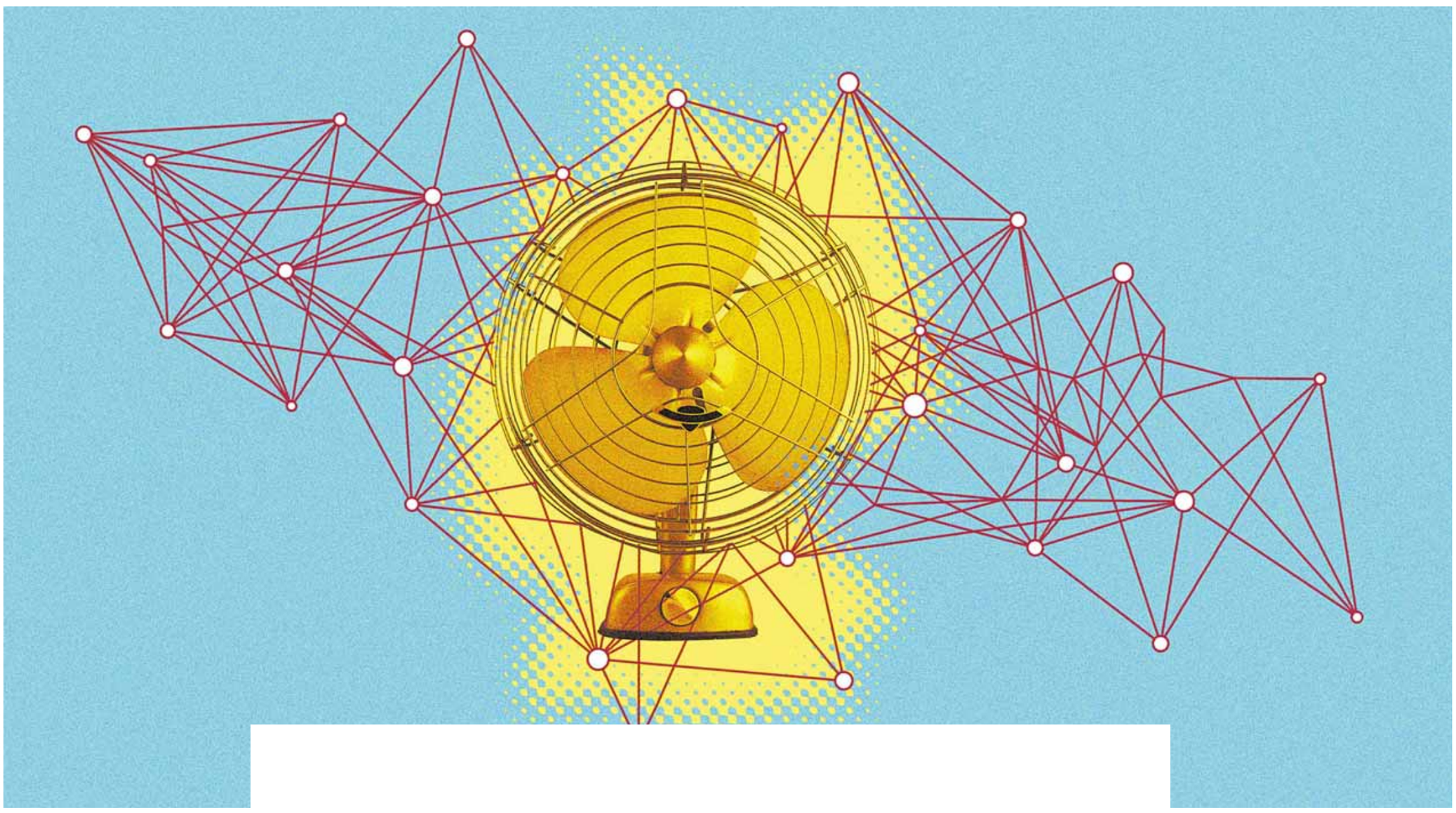


ILLUSTRATION: SZ/FOTOS: IMAGO/ISTOCK GETTY IMAGES

Einmal durchlüften, bitte

Die guten Ideen kommen nicht mehr aus Deutschland? Das lässt sich ändern. Eine Reise an drei Orte im Land, an denen besonders viel entsteht: zum Alten, zum Neuen – und zum Überraschenden.

Von Jannis Brühl, Tobias Bug, Max Muth und Kathrin Werner

Innovationen beginnen manchmal mit einem geheimen Koffer. Thomas Kropf hält seine Aktentasche fest umklammert, in ihr steckt ein winziges Elektronikteil. Er verrät nicht viel über das Teil, nur das: Es habe das Potenzial, die Welt zu verändern. Und dass es um künstliche Intelligenz im Auto geht. Einer seiner Forscher in Pittsburgh hat es ihm neulich beim Abendessen gezeigt – und Kropf sagt, dass er einfach baff war. Er nahm das Teil sofort im Aktenkoffer mit zurück nach Deutschland, wo er den Forschungscampus des Technologiekonzerns Bosch leitet.

Wie schafft es ein Konzern wie Bosch, mehr als 400 000 Mitarbeiter und mehr als 90 Milliarden Euro Umsatz im Jahr, ein Riesentanker also, beweglich zu sein, Neues zu finden und voranzutreiben? Der Konzern hat im vergangenen Jahr 4160 Patente beim Deutschen Patentamt angemeldet – Platz eins auf der Hitliste des Deutschen Patent- und Markenamts. Der zweitplatzierte deutsche Konzern, Mercedes, hatte nicht einmal halb so viele. Dabei wird Bosch durchaus nachgesagt, behäbig zu sein. Und das Hauptgeschäft liegt ausgerechnet in der Automobilindustrie. Hier läuft es derzeit nicht so gut, Stellenabbau ist geplant, auch bei Bosch. In Sachen E-Autos enteilt dem Land nämlich gerade sogar China.

Und nicht nur dort ist Deutschland hintan. Die großen digitalen Innovationen kommen schon lange aus Amerika und beim Hype-Thema künstlicher Intelligenz denkt kaum jemand zuerst an deutsche Firmen. Die deutsche Konjunktur spiegelt das: Seit fünf Jahren dümpelt die deutsche Wirtschaft vor sich hin. „Wir sind abgekoppelt vom weltweiten Wirtschaftswachstum", sagt die Ökonomin Ulrike Malmendier. „Das spüren die Leute." Das hat viele Gründe, aber es liegt auch daran, dass deutsche Unternehmen lange glaubten, was sie heute tun, werde für immer funktionieren. Die anderen erfanden derweil neue Technologien, trauten sich mehr.

Positiv gewendet heißt das: Es gibt jetzt einen starken Druck, neue Ideen zu entwickeln in Deutschland. Und es hilft, auf diejenigen zu schauen, bei denen es gut läuft. Reporterinnen und Reporter der *Süddeutschen Zeitung* haben deshalb drei der innovativsten Orte des Landes besucht: einen altbekannten, einen neuen und einen überraschenden. Sie fragen: Was kann man sich dort abschauen?

Erste Station: Bosch, das alte Unternehmen, das sich immer wieder erneuert

Wie wird aus einer Idee eine Innovation, aus einem Einfall ein marktreifes Produkt? Antworten auf diese Fragen findet man in Renningen westlich von Stuttgart. Inmitten von grünen Hügeln thront hier ein imposanter Turm, das Forschungszentrum des Familienunternehmens Robert Bosch. In den Gebäuden ringsum liegen Labore und Experimentierfelder. Weiter hinten hat Bosch einen Militärflughafen in eine Teststrecke für neue Fahrassistenzsysteme umgebaut.

Forschungschef Thomas Kropf sitzt im Haupthaus in einer lichtdurchfluteten Kaffeeküche, bunte Möbel, drehbare Sessel, an die Wandtafel haben Bosch-Forscher Formeln, Ideen und auch einigen Blödsinn gekrakelt. „Kreativität und Innovation entstehen in Gesprächen", sagt Kropf. „Die Leute kommen her, holen sich einen Kaffee, diskutieren und entwickeln dabei großartige Ideen." Im Forschungszentrum treffen Mediziner aus der Gesundheitssparte auf Autoingenieure oder Softwareentwickler vom KI-Zentrum oder auf diejenigen, die neue Backöfen entwickeln. Sie sollen Visionen entwerfen, herumspinnen, groß denken – und dürfen auch mal scheitern. „Innovation ist immer eine Wette auf die Zukunft", sagt Thomas Kropf. „Das ist wie im Leben: Wenn ich wenig wage, gewinne ich auch wenig." Neues zu erfinden, das lernt man an dieser ersten Station in Renningen, braucht kreatives Chaos und Mut.

Dass Deutschland dieses kreative Chaos und diesen Mut wirklich hat, daran bestehen gerade Zweifel. Immerhin steht es in Zahlen ausgedrückt besser um die Ideen im Land, als es sich anfühlt. Für den Global Innovation Index 2024 hat die Weltorganisation für geistiges Eigentum die Innovationskraft von insgesamt 133 Volkswirtschaften anhand von rund 80 Indikatoren ausgewertet. Im Gesamtranking der Staaten liegt Deutschland auf Rang neun. Das ist nicht furchtbar schlecht. Aber es ist einen Platz schlechter als in den vergangenen beiden Jahren – und auch zurück hinter dem eigenen Anspruch, schließlich ist Deutschland die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt. An der Spitze des Rankings liegen die Schweiz, Schweden und die USA. Deutschland hat trotz einer Erhöhung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf 3,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2022 im Innovationswettbewerb mit anderen Volkswirtschaften verloren, hat das Forschungsinstitut IW berechnet. Der Anteil Deutschlands an internationalen Patentanmeldungen ist seit 2000 rückläufig. „Es belastet die Stimmung in der Wirtschaft enorm, wenn der Eindruck entsteht, dass wir als Land der Ingenieure an vielen Stellen abgehängt werden und nicht mehr die erfolgreichsten Marktteilnehmer sind", sagt Florian Nöll, Innovationsexperte bei der Beratungsfirma PwC.

Wie gelingt nun eine neuartige Erfindung bei Bosch? Ein Beispiel ist Vivalytic, eine Plattform für Molekulardiagnostik. Im April 2018 konnte Boschs Healthcare-Sparte das System präsentieren. Es kann eine Speichelprobe gleichzeitig auf mehr als 20 Atemwegserkrankungen untersuchen. „In zwei Stunden wissen Sie, was Sie haben", sagt Kropf. Wenn man nur auf Corona teste, in weniger als 30 Minuten. An Vivalytic haben Bosch-Wissenschaftler zehn Jahre lang geforscht. Beim ersten Mal habe es nicht geklappt, sagt Kropf, auch beim zweiten Mal nicht, aber: „Wir haben brutal viel gelernt. Man weiß, was nicht funktioniert, also probiert man es noch mal – bis es dann geht."

So lange zu forschen und immer wieder zu scheitern, zahlt sich zwar mit Fällen wie Vivalytic am Ende aus. Doch es ist erst einmal sehr teuer. Nicht jedes Unternehmen leistet sich eine eigene Konzernforschung mit weltweit mehr als 1800 Mitarbeitenden. Bosch gibt jedes Jahr rund acht Prozent seines Umsatzes für Forschung und Entwicklung aus. Mehr als die meisten.

„Wie im Leben: Wenn ich wenig wage, gewinne ich auch wenig."

Dass das auch funktioniert, ist keine Selbstverständlichkeit, die einfach mit viel Geld daherkommt. Auch Bosch hätte leicht im „Weiter so" kleben bleiben können. „Die deutsche Ingenieurskunst ist auf Perfektionismus ausgerichtet, über Jahrzehnte wird das schon gelehrt an Institutionen wie der TU München und der RWTH Aachen", sagt Innovationsberater Nöll. „Produkte wie ein Bosch-Schlagbohrer stehen für diese Tradition: Der geht nicht kaputt, der wird vererbt."

Doch in der neuen Welt, in der amerikanische Tech-Konzerne und chinesische Senkrechtstarter den Takt angeben, gilt eine andere Herangehensweise: *„Fail Fast"* zum Beispiel. Oder *„Fake It Until You Make It"*. Produkte kommen in die Läden, bevor sie richtig fertig sind. Und verschwinden entweder schnell oder werden zum Megatrend. „Das widerspricht fundamental dem deutschen Ingenieursgedanken, der Perfektion anstrebt, bevor etwas auf den Markt kommt", sagt Nöll. Bosch aber habe gelernt und arbeite viel mit Start-ups und externen Wissenschaftlern zusammen. Und manches aus dem Silicon Valley gelte nun auch in Stuttgart. Die Sache mit dem Scheitern zum Beispiel. Wenn die Idee später nicht klappt? Auch okay. Zweite Erkenntnis in Renningen: Man darf sich in Sachen Innovation ruhig mal etwas abschauen von anderen Ländern.

Und wie also erfindet man am Ende solche Neuheiten?Im ersten Schritt analysiert man bei Bosch Megatrends. Daraus lassen sich Lösungen ableiten, für Bosch hauptsächlich technische Lösungen. In den Meetingräumen, die am Forschungscampus in Renningen Namen wie „Daniel Düsentrieb" oder „Albert Einstein" tragen, werden Ideen diskutiert und verworfen, in den Kaffeeküchen hört man sich an, was die anderen machen. „Natürlich liefern wir Ergebnisse", sagt Forschungschef Kropf. „Aber die Freiheit liegt darin, dass wir uns immer fragen: Welches Problem löse ich?" Neues steuert man eben nicht gut von oben. Es braucht große Freiräume für Forscher, damit es entsteht. Manchmal jahrelang.

Station Nummer zwei: Die ganz große Hoffnung in Heilbronn

Nur eine knappe Autostunde nördlich vom Bosch-Forschungscampus in Renningen liegt eine Stadt, die lange keinen Platz auf der deutschen Innovationslandkarte hatte: Heilbronn. Vor wenigen Wochen war hier „Experience Day" – und da ließ sich erfahren, wie sich ein KI-Boom anfühlt beziehungsweise die deutsche Version eines KI-Booms. Der Kleidungsstil: unten weiße Sneaker, oben ordentliches Hemd. Die Gäste: stets freundlich, stets interessiert. Probleme gab es hier keine, höchstens „Challenges".

Gastgeber war das Ipai, der Innovation Park Artificial Intelligence, das so etwas wie das Nervenzentrum des KI-Standorts Deutschland werden soll. Beim „Experience Day" durften Wirtschaft und Verwaltung Prototypen ihrer Software-Helfer vorstellen, vom personalisierten Coach für den perfekten Golfschwung bis hin zu den KI-Sprachassistenten des Landeskriminalamts Baden-Württemberg, die Verwaltungsmitarbeiter entlasten sollen.

Der Anspruch hier ist, dass nicht nur die Region, sondern das ganze Land hier wieder innovativ werden soll. Kann das gelingen? Bezahlt wird das Ipai vor allem vom Lidl- und Kaufland-Milliardär Dieter Schwarz. Wie auch das Land Baden-Württemberg gibt seine Stiftung „bis zu 50 Millionen Euro". Obendrauf kommt Geld von Unternehmen der Schwarz-Gruppe. Das Ipai bringt mit viel Geld und Aufwand Start-ups, Mittelständler, Dax-Konzerne, KI-Forscher und Ingenieure zusammen. Das Zentrum ist Teil des Geschäfts- und Forschungsnetzwerks, das Dieter Schwarz in seiner Heimat immer weiter aufbaut, in seiner Geburtsstadt Heilbronn wie auch im nahen Neckarsulm, wo 1984 der erste Kaufland-Supermarkt eröffnete und auch die Firmenzentralen von Lidl und Kaufland ihren Sitz haben.

Im Ipai geht es nicht um Grundlagenforschung, sondern vor allem darum, die Technologie der selbstlernenden Algorithmen in die deutsche Industrie zu bringen. Damit sich alte Firmen neu erfinden und die nächste Stufe der Automatisierung des Standorts Deutschland gezündet wird. Nicht mehr auf der Ebene der lauten Maschinen, sondern jetzt auf jener der leisen Schaltkreise.

Das Schwarz-Geld und das Ipai sind notwendig. Deutschland liegt weltweit bei KI nur auf Platz acht, geht man nach der aktuellen Rangliste der Stanford-Universität, dem AI Vibrancy Tool. Sie soll messen, wo die KI-Entwicklung gerade besonders „vibriert". Vor Deutschland liegen neben den USA und China auch Großbritannien, Indien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Frankreich und Südkorea.

Im Ipai in Heilbronn sind 50 Unternehmen als Partner eingebunden, darunter bekannte Mittelständler und Dax-Konzerne: der Ventilatorhersteller EBM-Papst, der Autokonzern Porsche, der Ventilbauer Bürkert, die Bausparkasse Schwäbisch Hall, der Autositzmacher Recaro, SAP, die IT-Firma Bechtle, die Schraubenhersteller Würth und der Dübelfabrikant Fischer. „Was wir aus den Unternehmen spüren, ist das Bedürfnis nach starker und schneller KI-Transformation", sagt Moritz Gräter, Geschäftsführer des Ipai. Für den digitalen Umbau sei KI der „disruptivste Hebel".

Gräter koordiniert das Netzwerk und erklärt den großen Plan: Das eigentliche Ipai wird erst von nächstem Jahr an gebaut. Auf einem Acker auf der Westseite des Neckars steht schon mal eine riesige Bauankündigungstafel. Innovation in Deutschland ist eben oft auch erst einmal die Ankündigung, dass es eine Baustelle geben wird. Bis der Ipai-Campus fertig ist, treffen sich die KI-Fachleute im „Zukunftspark Wohlgelegen", wo eilig ein modern ausgestattetes Bürogebäude hochgezogen worden ist. Der Zukunftspark liegt in Laufweite der Innenstadt, auf einer Insel zwischen Neckar und Neckarkanal, mit Blick auf Weinberge.Hier wird zelebriert, wie sich moderne Architekten Arbeit vorstellen: Kunst an Betonwänden, ein paar Rückzugsräume zum Konzentrieren, ansonsten viele offene Flächen, wo die deutsche Industrie sich bei Cappuccino oder Biolimonade mit Zukunft betanken soll. KI aus dem Ipai-Umfeld, also von am Ipai beteiligten Unternehmen, gibt es

› *Fortsetzung nächste Seite*

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

Rafael Laguna de la Vera entstammt einer „Multikulti-Unternehmer-Freiberufler-Familie“ und wuchs in der DDR und im Sauerland auf. Er ist selbst Mehrfach-Gründer und Innovator. Die Leitung der Sprind hätte er sich nicht antun müssen. Geld hat er eigentlich schon genug verdient. FOTO: MATTIA BALSAMIN/SPRIND GMBH

Der Mutmacher

Rafael Laguna soll zeigen, dass der Staat besser darin ist, wichtige Neuerungen in die Welt zu bringen, als ihm die meisten zutrauen.

Von Christoph Koch

Der Ort für die Fünfjahresfeier ist passend gewählt. In den Leipziger Pittlerwerken wurden Ende des 19. Jahrhunderts über 200 Patente im Bereich Maschinenbau ertüftelt, die den industriellen Aufschwung jener Zeit förderten. Genau diese Gründerzeit, diesen Erfindergeist, der die deutsche Wirtschaft einst groß machte, will Rafael Laguna de la Vera wieder neu erwecken.

Der 60-Jährige steht der Bundesagentur für Sprunginnovationen (Sprind) vor. Diese sitzt rund sieben Kilometer Luftlinie entfernt von den Pittlerwerken ebenfalls in Leipzig. Im Industrie-Backstein-Ambiente der alten Werkzeugmaschinenfabrik feiert sie an einem Donnerstag im Oktober mit rund 500 geladenen Gästen ihren fünften Geburtstag.

„Staatlich geförderte Innovation – wie soll das gehen?“, fragt Bundeskanzler Olaf Scholz per Gratulationsvideo. Und gibt gleich selbst die gönnerhafte Antwort: „Lieber Herr Laguna de la Vera – so, wie Sie das machen. Genau so geht das!“ Aber die Frage ist durchaus berechtigt. Denn ist der Staat nicht diese unflexible Monsterbürokratie, die alle wirklich guten und innovativen Ideen im Keim erstickt? Die gute Ansätze zwischen endlosen Behörden- und Ministerienfluren und bitte per Fax einzureichenden Formularen einfach verhungern lässt? „Gerade die Start-up- und Venture-Capital-Szene erweckt gerne den Eindruck, als seien private Investoren viel besser geeignet, um große Innovationen in die Welt zu bringen“, sagt Laguna. „Aber das stimmt in sehr vielen Fällen einfach nicht – und ich sage das als jemand, der selbst lange Teil dieser Welt war.“

Sprunginnovationen sind so neu, dass sie ihren Markt oft selbst erschaffen müssen

Und tatsächlich: Viele der wirklich bahnbrechenden Neuerungen, vom chirurgischen Laser über das Smartphone und die GPS-Navigation bis zum mRNA-Impfstoff, fußen entweder auf staatlicher Förderung oder auf Grundlagenforschung. Die italienische Ökonomin Mariana Mazzucato räumt in ihrem Buch „The Entrepreneurial State“ mit dem Mythos „träger Staat versus agile Privatwirtschaft“ auf. Vereinfacht gesagt: Da, wo eine schnelle Rendite zu erwarten ist – eine weitere Dating-App, noch ein Online-Shop –, ist der private Kapitalmarkt sofort mit dem Scheckbuch zur Stelle. Dort, wo es mühsamer und langwieriger wird und die Gefahr des Scheiterns hoch ist, da zögern die sich gerne risikoaffin gebenden Wagniskapitalfirmen. Gerade die sogenannten Sprunginnovationen – häufig medizinische Forschung, komplexe Hardware, große Energieanlagen – benötigen jedoch nicht nur eine visionäre Idee, sondern auch viel Zeit bis zu einer eventuellen Rendite.

Da kommen Laguna und die Sprind ins Spiel. „Sprunginnovationen erkennt man daran, dass man sich hinterher kaum noch vorstellen kann, wie das Leben vorher war“, erklärt Laguna den Begriff. „Sie sind außerdem etwas so Neues, dass es zunächst noch keinen Markt für sie gibt. Den müssen sie erst selbst erschaffen.“ Staatliche Unterstützung könne helfen, die Phase zu überbrücken, in der der Markt versagt. Laguna – schwarze Kleidung, grauer Stoppelbart, Tesla-Fahrer seit über zehn Jahren – nennt es „das Tal des Todes“.

Laguna selbst stammt, wie er es nennt, aus einer „Multikulti-Unternehmer-Freiberufler-Familie“. Seine Urgroßmutter und deren zweiter Ehemann besaßen eine Maschinenfabrik im sächsischen Pegau. Sein spanischstämmiger Vater und seine deutsche Mutter arbeiteten in der DDR als Dolmetscher. 1964 wurde Laguna geboren. Als er zehn Jahre alt war, ermöglichte die spanische Botschaft in Ostberlin die Ausreise aus der DDR. Die Familie ließ sich im Sauerland nieder, seine Eltern starteten mit Californian Products eine der ersten deutschen Skateboardfirmen, Laguna selbst sagt: die erste.

Über einen Onkel in Los Angeles kam Laguna ab 1976 mit den ersten Personal Computern in Berührung. Er wurde Hacker und Computerbastler. 1980 gründete er seine erste eigene Firma Elephant Software, mit der er Software aus den USA importierte und eigene Programme entwickelte. Nach dem Zivildienst versuchte er sich kurz als Kinobetreiber. Dann entwickelte er für eine IT-Firma in Olpe ein PC-Kassensystem für den Getränkefachhandel. Ein Informatikstudium brach er ab.

Seine nächste Firma Micado verkaufte er 1995 für viel Geld in die USA. Nach einigen Jahren als leitender Angestellter in Columbia im US-Bundesstaat South Carolina kehrte Laguna nach Deutschland zurück und stieg mit Firmen wie Suse Linux und Netline ins Open-Source-Geschäft ein, so nennt man Software, deren Quelltext öffentlich ist. Die von ihm 2005 gegründete Softwarefirma Open-Xchange beliefert Großkunden wie 1&1 oder Strato. Weltweit laufen etwa 75 Prozent der E-Mailserver mit Software von Open-Xchange.

Als die Regierung unter Angela Merkel 2018 beschloss, eine Agentur für Sprunginnovationen einzurichten, wie es sie in den USA und Großbritannien bereits gibt, wurde Laguna Teil der zwölfköpfigen Gründungskommission. Diese fand jedoch trotz monatelanger Suche niemanden, der eine solche Agentur leiten wollte. Schließlich verließ Laguna die Kommission und bewarb sich selbst um die Leitung der Sprind, die Ende 2019 als GmbH des Bundes gegründet wurde. Nötig hatte er den Posten sicherlich nicht. In seinen verschiedenen Rollen als Gründer, Investor, Interimsmanager und Berater von Wagniskapitalfirmen hat Laguna eine Menge Geld verdient. Vielleicht ist das der Grund, warum er den Job mit Entspanntheit und Humor ausübt. „Eine Mischung aus Galeere und Schokoladenfabrik“, so lautet seine Standardbeschreibung. Galeere wegen der – zumindest anfangs – wohl recht rigiden Vorgaben von öffentlichem Vergaberecht und einzubeziehenden Ministerien. Schokoladenfabrik, weil es jeden Tag etwas zu staunen und probieren gibt.

Es gibt verschiedene Arten, wie Ideen zur Sprind kommen. Zum einen kann sich jede und jeder mit einer innovativen Idee bewerben. So tat es der inzwischen verstorbene Ingenieur Horst Bendix: Unmittelbar nach der Gründung der Sprind sprach dieser mit dem Konzept eines Riesenwindrads bei Laguna vor. Da der Wind weiter oben stärker weht, so Bendix, müsse es doppelt so hoch sein wie die derzeit üblichen. Dafür könne man rund dreimal so viel Energie ernten. Nach Prüfung durch diverse Fachleute und einen testweise errichteten Windmessturm, der den höheren Energieertrag bestätigte, begann im September 2024 in der Lausitz der Bau des ersten Riesenwindrads mit rund 300 Metern Nabenhöhe.

Etwas zielgerichteter als bei den offenen Einreichungen geht die Sprind bei den sogenannten Challenges vor. Hier suchen Laguna und sein Team Lösungen für ein bestimmtes Problem. Wie sie dieses angehen, bleibt dabei den teilnehmenden Teams überlassen. „Wir sagen zum Beispiel: Wir suchen einen Weg, CO_2 aus der Atmosphäre zu entfernen – nachhaltig, skalierbar, billig“, beschreibt Laguna das Prinzip. „Wir sagen nicht, ob das mit Pflanzen oder auf dem Meeresgrund passieren soll.“ Sechs solche „Wettbewerbe für Weltveränderer“ hat die Sprind bislang gestartet. Die Themen reichen von nachhaltigen Energiespeichern bis zu neuen Wegen, noch unbekannte Viren zu bekämpfen.

Bei der neuesten Challenge sind noch bis Mitte Januar 2025 Bewerbungen möglich. Unter dem Begriff „Composite Learning“ werden dabei Konzepte gesucht, die ein dezentrales Training von KI-Modellen möglich machen. Denn derzeit sind fast nur die ganz großen Internetkonzerne in der Lage, die erforderliche Rechenleistung bereitzustellen, die nötig ist, um stärkere Modelle zu schaffen.

Vorbild sind Innovationsschmieden aus den USA wie Darpa oder Arpa-E

Das Besondere an den Challenges: Es gibt am Ende nicht einen großen Preisgeldtopf für ein Siegerteam. Stattdessen werden mehrere Teams, sofern sie tragfähige Ideen vorlegen, für einen gewissen Zeitraum gefördert. Die „Composite Learning“-Challenge beispielsweise soll sich über 30 Monate erstrecken und dabei drei Stufen umfassen. Wer sich vor der Jury qualifiziert, der erhält bis zu 530 000 Euro für den ersten Zeitraum. Danach werden die Fortschritte evaluiert und bis zu sieben Teams mit dem größten Potenzial erhalten weitere 520 000 Euro für die nächste Stufe. Wer daraufhin in Stufe drei vorrücken darf, erhält noch einmal bis zu 600 000 Euro für die weitere Entwicklung und, im Idealfall, die Umsetzung.

Das bedeutet zum einen, dass statt erbitterter Konkurrenz eher Kooperation unter den verschiedenen Teams herrscht. Zum anderen, dass am Ende einer Challenge mehrere Teams übrig bleiben können. So wurden bei der Fünfjahresfeier in den Leipziger Pittlerwerken mehrere Konzepte ausgezeichnet, die sich dem Kampf gegen neuartige Viruserkrankungen verschrieben haben. Von nanokleinen DNA-Fallen bis zu einem neuartigen Nasenspray, das die natürliche Schleimbarriere des Körpers gegen Viren stärkt, reichten die Lösungen.

Bei der „neuen Gründerzeit“, die Laguna beschwört, denkt man in Deutschland unweigerlich an Namen wie Daimler und Bayer, Siemens und Schering. Ging es damals also nicht auch ohne Staat? Eben nicht, sagt Laguna: „Das Kaiserreich steckte damals Millionen Reichsmark aus französischen Reparationszahlungen in die Wissenschaft – explizit mit dem Ziel, deren Innovationen auf die Straße zu bringen.“ Deutschland habe zwar nach wie vor eine exzellente Forschung. Die Umsetzung und Kommerzialisierung erfolge aber zu oft in den USA – wo es mit Agenturen wie Darpa oder Arpa-E seit Jahrzehnten staatliche Innovationsschmieden gibt.

Manchmal mahlen die staatlichen Mühlen jedoch auch nach dem Geschmack der Sprind zu langsam: Nachdem alles andere fertig war, die Planung stand und der ideale Ort gefunden war, mussten Laguna und sein Team nach seinen Angaben noch mehr als ein halbes Jahr auf die Baugenehmigung für das Riesenwindrad warten.

› *Fortsetzung von Seite 1*

bereits. Fischer etwa nutzt eine App, die per Handykamera den Baustoff bestimmt und die passende Dübelart empfiehlt. Außerdem baut das Unternehmen an einem „vollautomatischen Bohrroboter“. Konkurrent Würth arbeitet an einer „visuellen Suchmaschine, spezialisiert auf passende Schrauben“.

Das Ipai selbst produziert vorerst nichts, es geht vor allem ums Vernetzen. Getragen ist das Projekt von dem Glauben, dass Innovation entsteht, wenn die Informationen und Ideen zwischen möglichst vielen Akteuren hin- und herfliegen. Dafür gibt es „Roundtables“, „Hackathons“ und eben auch „Experience Days“. Heilbronn lehrt: Neues kann entstehen, wenn es viele unbedingt wollen. Weil es so sehr fehlt. Doch das Neue braucht in Deutschland leider oft länger, als alle es gern hätten. Siehe Baustellenschild.

Station Nummer drei: Darmstadt, wer hätte das gedacht?

Wer an Start-ups in Deutschland denkt, kommt auf Berlin oder München. Aber Darmstadt? Ja, genau: Darmstadt. Der IT-Verband Bitkom kürte die 165 000 Einwohner-Stadt 2017 zur „Digitalstadt“. Laut Bundesverband Deutsche Startups liegt die Stadt an Platz drei deutschlandweit, wenn es darum geht, wer pro Kopf die meisten neuen Unternehmen gründet. Nach Berlin und München, ja, aber noch vor Hamburg oder Aachen. Wie hat die Stadt das geschafft? Steckt ein Masterplan dahinter – oder eine Folge glücklicher Zufälle?

In Darmstadt jedenfalls zeigt sich, dass Ideen auch in Deutschland Wirklichkeit werden können. Ein Beispiel: die Mathildenhöhe am Fuße des Hochzeitsturms, wo sich bei gutem Wetter gerne Boule-Spieler tummeln. Dort stehen Platanen, denen es lange sehr schlecht ging, weil der Boden sehr dicht ist und es zu selten regnet. Um die Bäume wieder aufzupäppeln, ließ die Stadt eine unterirdische Bewässerungsanlage bauen, die mithilfe von Sensoren an den Wurzeln misst, wie viel Wasser die Bäume brauchen, und es ihnen gibt.

„Die Leute sind nah beieinander“, sagt der frühere Oberbürgermeister

In Darmstadt traut man sich was. Das gilt nicht nur für Bäume, es gilt auch für die Wirtschaft. Wer wissen will, wie das funktioniert, kann mit Jochen Partsch sprechen. Zwölf Jahre lang war er Oberbürgermeister Darmstadts, bis er im März 2023 nicht mehr zur Wahl antrat. Als man ihn an einem Novemberabend in seinem Häuschen im Osten der Stadt trifft, weißer Fliesenboden, schwere braune Möbel und ein Piano, muss er erst noch ein Telefonat beenden. Partsch koordiniert jetzt Hilfsfahrten in die Ukraine. „Darmstadt ist einfach so eine dynamische Stadt. Mit so viel Power und Energie“, sagt er. Partsch hat in seiner Amtszeit vieles angestoßen, wenn er auch nicht alles zu Ende bringen konnte – und jetzt fehle ihm sein altes Amt ein wenig, sagt er.

Darmstadts Erfolgsrezept, von Partsch miterfunden, ist eine Mischung aus Wirtschaftspower und staatlicher Forschungsplanung: Die TU Darmstadt gehört zu den führenden technischen Unis Deutschlands. Hier wurde 1882 der weltweit erste Lehrstuhl für Elektrotechnik gegründet, später etablierten Forscher der Universität Informatik und künstliche Intelligenz als Lehrfächer. Auch drei Fraunhofer-Institute tüfteln an Cybersicherheit, Datenverarbeitung und Betriebsfestigkeit und ziehen entsprechend viele kluge Köpfe an. „Wir haben eine starke Wissenschafts- und Technologielandschaft“, sagt Ex-Oberbürgermeister Partsch. Und: „Die Leute sind nah beieinander.“

Und was für Leute, was für Unternehmen das sind, die hier in Darmstadt sitzen: Da ist der forschungsstarke Dax-Konzern Merck und die Biosupermarktkette Alnatura. Da ist Döhler, der europäische Marktführer für Getränke-Essenzen. Und Wella, die mit den Shampoos. Die Software AG macht spezielle Firmensoftware und Digitalisierungslösungen, auch europaweit führend. Dazu kommen viele kleine Zulieferer und die Deutsche Telekom mit ihrem größten Standort außerhalb Bonns. Und: Darmstadt ist das Tor zum Weltraum. Der europäische Weltraumkonzern Esa unterhält hier sein Raumflugkontrollzentrum European Space Operations Centre (Esoc). Im Zentrum Eumetsat werden Satelliten im All kontrolliert. All diese Firmen, Zentren, Denker und Erfinder treffen auf Darmstadts Mathildenhöhe zum Boule zusammen. Innovation, das zeigt sich in Darmstadt, findet sich oft dort, wo man nah beieinander ist – und so wächst etwas, nicht nur Bäume.

Wer die kleinsten Pflänzchen wachsen sehen will, kann zum Darmstädter Start-up-Center fahren. Für die vielen Studierenden und andere gründungswillige Menschen hat die Stadt mit der Industrie- und Handelskammer und den beiden Hochschulen ein Experimentierfeld geschaffen. 2017 eröffnete das Start-up-Center „Hub31“.

Das Hub31 liegt in einem ehemaligen Gebäude der Telekom in der Nähe des Hauptbahnhofs. Laura Abascal ist hier Geschäftsführerin, sie wacht über 65 Jungunternehmen, über zwei Stockwerke mit Büroräumen und viele junge und auch ältere Erfinderinnen und Existenzgründer. Abascal führt durch eine lange Kaffeeküche, wo eine Gruppe gerade zum Lunch beisammensitzt. Natürlich seien nicht alle Darmstädter Neugründungen erfolgreich, aber viele, sagt sie: „Neun von zehn Start-ups, die im Hub gestartet sind, gibt es auch nach sechs Jahren noch“, das habe eine interne Auswertung ergeben. Normalerweise ist es umgekehrt: In Deutschland scheitern acht von zehn Start-ups innerhalb der ersten drei Jahre.

Im Trakt neben der Kaffeeküche sitzt das Start-up „IoT Venture“, das Tracker für E-Bikes macht, damit man sie nicht verliert oder, wenn sie gestohlen werden, per App verfolgen kann. Im Innenhof hat das Start-up „Energy Robotics“ eine provisorische Roboterteststrecke gebaut: Gelbe, rasenmähergroße Gefährte stehen herum, die meisten auf Rädern. Energy Robotics baut sie nicht selbst, sondern die Software, um sie zu steuern. Die Kunden des Start-ups, meist Industrieunternehmen oder Öl- und Gasproduzenten, nutzen die Software, um per Roboter teils lebensgefährliche Bohrstätten oder Chemiewerke zu warten. Energy Robotics bekam das Gründerstipendium „Exist“. Ins Büro haben die Gründer ein Bild gehängt, auf dem sie neben Angela Merkel stehen. Die Altkanzlerin signiert da einen Roboter.

In Darmstadt messen Sensoren, wann Müllanlagen voll sind

Praktisch für die vielen Erfinder in Darmstadt, sei es bei den großen Konzernen oder den kleinen Robotertüftlern: Die Stadt selbst ist auch gern Kundin, testet auch gern etwas Neues. Müllanlagen zum Beispiel sind mit Sensoren bestückt, die Bescheid geben, wenn sie geleert werden müssen. Manche Straßenlichter gehen nur bei Bedarf an, um Energie zu sparen. Eine Ampelphasenassistenten-App verrät, mit welchem Tempo man die grüne Welle schafft.

Innovation in Deutschland, das sind eben manchmal Bürgermeister, die selbst gern etwas ausprobieren, die Sensoren an Ampeln, Baumwurzeln und Mülltonnen installieren lassen. Manchmal sind es auch KI-Typen vor Riesenbaustellen-Schildern. Und manchmal Konzernstrategen mit geheimen Aktenkoffern.Wichtig ist: Die Erfinder sind da, der Erfindergeist auch. Jetzt müssen das Land und seine Unternehmer nur noch etwas daraus machen.

Bei Bosch in Renningen jedenfalls muss Thomas Kropf jetzt dringend los, zum Strategiemeeting der Mobilitätssparte. Bevor er geht, kramt er in seinem Aktenkoffer und zieht ein kleines Plastikpäckchen hervor. Darin steckt das Elektronikteil aus Pittsburgh. Kropf hält es in die Luft und lächelt geheimnisvoll. Mal sehen, ob der Rest der Konzernstrategen gleich so baff ist wie er.

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

„Wirtschaftswahlkampf“

Der deutsche Wohlstand dümpelt dahin. Nicht verzagen, findet Ulrike Malmendier. Es gibt Ideen, da wieder herauszukommen. Mit mehr Chaos, mehr Arbeit und einer anderen Rente.

Ulrike Malmendier ist Professorin in Berkeley und Expertin für Verhaltensökonomie. Seit zwei Jahren ist sie zudem eine der fünf Wirtschaftsweisen, die die Bundesregierung beraten. FOTO: FRIEDRICH BUNGERT

Interview: Lisa Nienhaus

Ulrike Malmendier lebt und forscht in Amerika, ist aber Deutsche und Mitglied im Sachverständigenrat für Wirtschaft. Als sie im November nach Berlin gereist ist, um dessen Jahresgutachten vorzubereiten, war das ausgerechnet an dem Tag, an dem morgens die Wahl Donald Trumps zum amerikanischen Präsidenten verkündet wurde und abends die deutsche Koalition platzte. Ein paar Wochen später kann man Malmendier, noch in Deutschland, zum Interview treffen.

SZ: Frau Malmendier, aus dem US-Wahlkampf sind Sie im deutschen Wahlkampf gelandet. Was ist der größte Unterschied?
Ulrike Malmendier: Was mich optimistisch stimmt: Ich sehe in Deutschland deutlich mehr politische Stabilität als in den USA. Ich glaube nicht, dass es hier je nach Wahlergebnis zu gewaltsamen Unruhen kommen könnte. Das habe ich in den USA durchaus befürchtet.

Differenzen in Wirtschafts- und Finanzpolitik waren der Grund, dass die Ampelkoalition auseinandergebrochen ist. Ist es eine gute Sache, dass man das jetzt neu sortieren kann?
Es ist eine Chance. Wir hatten zuletzt hohe wirtschaftspolitische Unsicherheit. Die Unternehmer haben deswegen wenig investiert. Die Konsumenten waren nicht bereit, mehr Geld auszugeben, obwohl sie es durch Lohnerhöhungen hatten. Eine neue Regierung könnte es schaffen, dass es nicht so viel Hin und Her gibt. Das hängt aber davon ab, wie stark die extremen Ränder gewählt werden. Sollten die mehr Zulauf erfahren, dann könnte es sogar sein, dass wir uns noch mal wehmütig an die „Einigkeit der Ampel“ zurückerinnern.

Das hoffe ich nicht.
Ich auch nicht.

Wirtschaft ist das Thema, an dem die Koalition zerbrochen ist. Wird es auch den Wahlkampf bestimmen?
Es kann ein Wirtschaftswahlkampf werden. Das Bewusstsein, dass Deutschland nicht aus der Stagnation herauskommt, ist da. Seit 2019 sind wir um gerade einmal 0,1 Prozent gewachsen. In der Zeit sind die USA um zwölf Prozent gewachsen und selbst Europa um vier Prozent. Wir sind abgekoppelt vom weltweiten Wirtschaftswachstum. Das spüren die Leute. Es könnte auch um die fehlenden langfristigen Investitionen gehen: Schienen, Straßen, Brücken, Verteidigung und – für mich ganz wichtig – Bildung. Wir hatten traditionell eine gute Verkehrsinfrastruktur und ein gutes Bildungssystem. Das hat den Standort Deutschland ausgemacht.

Was ist wirtschaftlich das größte Problem des Landes?
Das Nummer-1-Problem für unser Wachstum? In Deutschland wird zu wenig gearbeitet, es sind zu wenige Arbeitsstunden. Das kann man teilweise inländisch erhöhen, indem man die Teilzeitquote senkt oder älteren Bürgern oder auch Bürgergeldbeziehern Anreize gibt, mehr zu arbeiten. Aber das wird nicht reichen. Wir müssen ein attraktives Land bleiben für Fachkräfte aus dem Ausland. Wir dürfen die politische Polarisierung nicht so weit kommen lassen, dass wir gegen jegliche Einwanderung sind. Das wäre wirtschaftlich eine Katastrophe.

Stimmt das noch? In der Industrie werden beinahe täglich Stellenstreichungen verkündet.
Da wollen wir doch wieder herauskommen. Und das hat auch nicht die Dimension. Im Augenblick werden Arbeitskräfte gehortet. In der Folge machen zwei das, was auch einer machen könnte, die Arbeitsproduktivität ist im Keller und das Unternehmen nicht rentabel. Wir müssen wieder einen Arbeitsmarkt haben, der beweglich ist. Damit Arbeitskräfte an die Stellen gelangen können, wo sie am produktivsten eingesetzt werden.

Was nützen Arbeitskräfte, wenn die Firmen nicht voranstreben? Ist Deutschlands Problem nicht auch, dass es verlernt hat, Neues zuzulassen?
Wenn man nur bei dem bleibt, was man schon hat, dann flacht die Wachstumskurve ab. Wir brauchen neue disruptive Unternehmen mit neuen Technologien: in der Biotechnologie, künstlichen Intelligenz, IT, Umwelttechnik. Wir haben eine sehr gute Ingenieursausbildung in Deutschland. Wie können wir das besser nutzen? Die positive Nachricht ist: Es hat sich einiges gut entwickelt für die Start-ups. Wenn ein kluger Ingenieur eine Idee hat und ein Produkt testen will, dann ist das inzwischen in Deutschland sehr gut möglich, auch mit staatlicher Co-Finanzierung. Meine Studenten in Berkeley können davon nur träumen.

> **„Das Nummer-1-Problem für unser Wachstum? In Deutschland wird zu wenig gearbeitet, es sind zu wenige Arbeitsstunden.“**

Haben wir genug Gründer im Land?
In der Start-up-Phase hat Europa aufgeholt. Da stehen wir Asien und den USA fast gleichwertig gegenüber. Aber wenn sich aus zehn Start-ups später ein oder zwei herauskristallisieren, die das Potenzial haben, erfolgreich zu sein, dann gelingt es uns nicht, diese in Deutschland zu halten. Wenn etwa wie beim Elektroflugzeughersteller Lilium plötzlich ein größerer Kapitalzuschuss notwendig ist, dann wird es schwierig. Das ist ein Riesenthema. Es fehlt Wagniskapital und Kapitalmarkttiefe in Deutschland und Europa.

Oder fehlt einfach die Risikobereitschaft?
Das glaube ich nicht. Start-ups sind ja das Riskanteste überhaupt – und da hat sich die Lage sehr positiv entwickelt. Als ich studiert habe, wollten meine Kommilitonen in Deutschland alle in die Beratung oder ins Investmentbanking. Heute hat sich die Idee ausgebreitet, doch lieber etwas Eigenes zu gründen. Und einen Ansatz könnten wir uns dazu noch von Großbritannien abschauen: *regulatory sandboxes*, auf Deutsch vielleicht: regulatorische Experimentierräume.

Klingt bürokratisch.
Im Gegenteil. Die regulatorischen Experimentierräume sollen neuen Technologien Freiräume zum Experimentieren schaffen. Am Anfang, wenn Firmen klein sind, vereinfacht man Regulierungen, senkt Hürden. Gleichzeitig gibt es eine Art Fallbetreuer, der auch dafür sorgt, dass die Firmen Aufmerksamkeit bekommen. Großbritannien hat das bei den Fintechs angefangen – und hatte enormen Erfolg damit. Sie haben China eingeholt. Ganz viele Länder haben es ihnen nachgemacht, nur Deutschland nicht. Das wäre doch mal eine Idee.

Experimentierräume kosten nicht viel, anderes ist teuer. Etwa Firmen wie Lilium zu finanzieren, die schon größer sind. Manche finden, da müsse jetzt auch der Staat ran.
Das allein ist viel zu teuer. Es fehlt uns an privatem Wagniskapital. Es stehen keine großen Kapitalsammelstellen bereit, die hier breit gestreut investieren. In anderen Ländern, wo es kapitalgedeckte Altersvorsorge gibt, sind es oft die Pensionsfonds, die das tun. Die haben wir leider nicht. Das ist ein anderes Problem von Deutschland, dass unsere Rente auf so wackeligen Füßen steht.

Das könnte man vielleicht parallel angehen?
Wenn ich mir eines wünschen könnte, dann das. Es gibt eine klare Verbindung zwischen der Einführung eines kapitalgedeckten Rentensystems und höherer Kapitalmarktorientierung, das sehen wir in anderen Ländern. Beides parallel anzugehen, wäre fantastisch.

Also mehr verpflichtende private Rente. Was genau?
Ich bin relativ offen, an welcher „Säule“ des Rentensystems wir es festmachen. Aber ich würde es verpflichtend machen. Wir stecken im umlagefinanzierten System drin, und zu wechseln, ist immer schwierig. Doch zurück zum Thema Kapitalmarkt: Die anderen großen Kapitalgeber sind die Versicherungen. Die haben sich in Deutschland traditionell sehr mit Wagniskapitalinvestitionen zurückgehalten. Da ist auch noch Luft. Insgesamt wir müssen davon wegkommen, so bankenzentriert zu denken. Wenn ich ein neues *Large Language Model* (*ein KI-basiertes Sprachmodell wie Chat-GPT, Anm. der Red.*) an den Start bringen will, dann ist das nichts für den Bankkredit-Sachbearbeiter, sondern für einen Risikokapitalgeber.

Start-ups sind das eine, das andere sind große Firmen. Viele stecken fest, was neue Ideen angeht, etwa in der Autoindustrie. Kann Innovation in Konzernen einfach nicht entstehen?
Wenn man führend war in einer Technologie, etwa im Verbrennungsmotor, dann ist es vorhersehbar, dass man der letzte ist, der auf andere Technologien umsattelt, etwa auf E-Autos. Das ist ein Gesetz der Innovationsökonomie. Die deutschen Autofirmen waren die Platzhirsche auf dem Weltmarkt. Und es gibt bei den Platzhirschen eine Blindheit gegenüber neuen Produkten, die fundamental anders sind. Dazu kommt, dass die Innovation, die größere und ältere Firmen nutzen, oft aus kleinen Unternehmen kommt, die sie entweder aufkaufen oder mit denen sie strategische Allianzen bilden.

Weil das Neue eben nicht im Konzern entsteht?
Ja, dazu gibt es einiges an Forschung. Menschen mit neuen Ideen entwickeln diese eher in kleinen, flexiblen, chaotischen, unsicheren Unternehmen als in einer großen Firma mit Hierarchien. Konzerne versuchen, das nachzumachen, indem sie *Innovation Hubs* innerhalb der Firma bilden, aber das klappt oft nicht.

Es gibt Ausnahmen: Als Apple das iPhone entwickelt hat, war es schon ein großes Unternehmen. Nicht so groß und dominant wie heute natürlich.
Ja, aber selbst Apple, Google oder Facebook sind inzwischen Firmen, die sehr davon leben, dass sie für Innovationen kleine Unternehmen aufkaufen. Ein ganzes Ökosystem von Ex-Googlern oder Ex-Applern gründet eigene Firmen und lässt sie möglicherweise vom ehemaligen Arbeitgeber wieder aufkaufen. Aber sie brauchen offenbar den Moment, in dem sie ausbrechen aus dem System und ihr eigenes Ding machen, damit wirklich die interessanten Produkte herauskommen. Und Deutschland braucht genau diese Fluidität.

Könnte es nicht auch mit Standortfaktoren zu tun haben, dass in Deutschland so wenig Neues entsteht? Hohe Arbeitskosten, ein inflexibler Arbeitsmarkt?
Das ist ein schlüssiges Argument. Allerdings war Deutschland nie ein Niedriglohnland und auch nie das Land, wo jemals alles einfach und flexibel war. Und trotzdem hat es funktioniert. Wir sind stark darin, Ingenieure zu haben, die ganz neue Technologien erdenken. Ich würde das stärken. Also dafür sorgen, dass sie ihre Ideen wirklich umsetzen können.

Manche finden: Wenn es die Schuldenbremse nicht gäbe, dann wäre alles ganz leicht mit dem Wachstum. Sehen Sie das auch so?
Nein. Die Schuldenbremse hat eine wichtige Funktion. Selbst in den USA sagen alle Ökonomen: Es wird irgendwann zu einer Schuldenkrise kommen. Und die wollen wir in Deutschland vermeiden. Die Grundidee ist also gut. Aber das Design der Schuldenbremse ist zu grob – sowohl die strikte Begrenzung der Schuldenneuaufnahme auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, unabhängig vom Schuldenstand, als auch der Notfallregelung. Sie zu reformieren, wäre gut. Aber das wird nicht alles regeln. Das größere Problem ist, dass bei Entscheidungen über Ausgaben langfristige Investitionen zu kurz gekommen sind. Vielleicht müssen wir zusätzlich zur Schuldenbremse noch eine „Kurzsichtigkeitsbremse“ einführen. Bund und Länder müssten sich verpflichten, langfristige Investitionen zu tätigen, komme, was wolle. Man könnte zum Beispiel eine Quote festlegen für die Bildungsinvestitionen der Länder. Das wäre ein Anfang.

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

Die eine Idee für Deutschland So kommt die

FOTO: FRIEDRICH BUNGERT

TINA MÜLLER
CHEFIN VON WELEDA

Transparente und unbürokratische Förderprogramme

Ich bin fest davon überzeugt: Nachhaltigkeit stärkt die Wettbewerbsfähigkeit. Aber Investitionen in Nachhaltigkeit erfordern Mut und Zuversicht. Weil die Kosten im Vergleich zu herkömmlichen Projekten oft deutlich höher liegen – zumindest auf den ersten Blick. Was braucht es, damit Unternehmen diesen Weg mitgehen? Ganz einfach: Mehr Anreize statt Druckmittel.

Die CO_2-Bepreisung muss das Instrument für die nachhaltige Transformation sein. Dafür muss die Politik innovative Projekte stärker unterstützen. Entscheidend sind transparente und unbürokratische Förderprogramme, etwa für Photovoltaik und Geothermie. Die Mittel können direkt aus den Einnahmen der CO_2-Bepreisung stammen. Dadurch werden solche Unternehmen belohnt, die Vorreiter sind bei nachhaltigem Wirtschaften. Noch sind unsere Förderprogramme ein Flickenteppich – manchmal mehr Hürde als Hilfe. Das muss sich ändern. Je schneller, desto besser.

Genauso wichtig ist ein Umdenken in der Wirtschaft, in den Unternehmen. Verantwortungsbewusstes Wirtschaften ist kein Luxus, sondern schlicht notwendig, um das Netto-Null-Ziel 2050 zu erreichen und den Standort Deutschland zu stärken.

Bei Weleda haben wir Mut bewiesen. Der Bau des Weleda Cradle Campus, unseres neuen umweltfreundlichen Logistikzentrums in Schwäbisch Gmünd, war ein finanzieller Kraftakt, mit über 90 Millionen Euro die größte Investition in der Geschichte unseres Unternehmens. Aber auch die lohnendste. Er ist errichtet aus Holz und Lehm und läuft vollständig emissionsfrei. Nachhaltigkeit ist Zukunft. Unsere Kinder und Enkelkinder werden uns fragen, was wir unternommen haben, um den Planeten und unsere Lebensgrundlage zu schützen. Wir dürfen uns dieser Verantwortung nicht entziehen. Nur Mut!

FLORIAN HUETTL
OPEL-CHEF

Ein „Masterplan Batterie“

Man kann eine der größten Herausforderungen für die deutsche Autoindustrie mit einer einfachen Rechnung beschreiben: Eine Kilowattstunde in einer Elektroautobatterie kostet aktuell ungefähr 120 Euro. Damit kommt man für ein Auto, das rund 500 Kilometer Reichweite hat, auf Kosten von mehr als 10 000 Euro. Dann muss man noch den elektrischen Motor und das Ladesystem hinzurechnen. Ein vergleichbarer Verbrennungsmotor mit seinen Antriebskomponenten kostet ungefähr die Hälfte. Das Problem ist: Den Verbrennungsmotor und alles, was dazugehört, entwickeln und bauen wir in Deutschland selbst. Es gibt dafür Werke, es gibt sehr gut ausgebildete Ingenieure.

Doch bei den Batterien für Elektroautos sieht die Situation ganz anders aus. Wir haben gerade als Joint-Venture-Partner von ACC in Frankreich die erste europäische Batteriefabrik in Betrieb genommen. Das ist ein wichtiger erster Schritt. Was wir dort aber sehen: Auch die Anlagen, mit denen diese Akkus hergestellt werden, sind quasi komplett in asiatischer Hand. Ohne diese Maschinen kann man momentan keine Batterie produzieren.

Dabei ist der Maschinenbau ja eigentlich immer eine deutsche Kernkompetenz gewesen. Wir haben hier in Deutschland mit den besten Ingenieuren die modernsten Anlagen entwickelt und die dann in die ganze Welt verkauft. Darin bestand ein wichtiger Teil der Wertschöpfung, auch in der Autoindustrie. Und genau dahin müssen wir auch bei der Zukunftstechnologie Batterie wieder kommen. Wir müssen Rückstand aufholen und Innovationen schaffen, und das ist möglich.

Es bräuchte dafür eine Art „Masterplan Batterie“. Ich bin überzeugt, dass es langfristig entscheidend ist, in Europa, aber vor allem in Deutschland, bei der Batterieentwicklung und -produktion eigenständig zu sein, am besten führend. Das teuerste Teil eines Autos sollte in Deutschland hergestellt werden. Damit wir den Rückstand aufholen können, braucht es drei Dinge: Erst einmal ein klares politisches Bekenntnis zur Elektromobilität in Deutschland. Denn nur wenn die Nachfrage nach E-Autos planbar hoch ist, werden Unternehmen in Deutschland in eine Batteriefertigung investieren. Zweitens müssen die Energiepreise sinken, denn die Akkuherstellung verbraucht sehr viel Strom. Und drittens müssen wir gezielt in Forschung und Ausbildung investieren. Dazu gehören Kompetenzen in der Elektrotechnik, in der Produktion, aber auch in der Elektrochemie. Es müssten Cluster entstehen, in denen Hochschulen und Unternehmen zusammenarbeiten.

FOTO: FRIEDRICH BUNGERT

FOTO: CHRISTOPH HARDT/IMAGO

JULIA KLÖCKNER
CDU-ABGEORDNETE

Mehr Arbeiten, weil es sich lohnt

Wir müssen bei der Arbeit ansetzen, um unsere Wirtschaft wieder in Schwung zu bekommen. Konkret: Flexibilisierung bei den Arbeitszeiten, gepaart mit finanziellen Anreizen bei Mehrarbeit. Im Vergleich zu anderen europäischen Staaten hinken wir mit unseren Arbeitsstunden hinterher, 200 Stunden sind es pro Vollzeitstelle weniger als in der Schweiz. Und die Produktivität sinkt seit Jahren. Das liegt nicht an den einzelnen Arbeitnehmern, sondern an den falschen Anreizen. Es braucht eine Agenda für die Fleißigen. Die Arbeitnehmer brauchen hierfür mehr Freiräume und Flexibilität, aber auch Entlastungen.

Das heißt konkret: Wir müssen eine wöchentliche statt tägliche Höchstarbeitszeit einführen, wie sie das EU-Recht zulässt. Das bedeutet mehr Flexibilität bei den Arbeitszeiten und bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gleichzeitig müssen wir Mehrarbeit durch steuerliche Anreize belohnen. Auch die Arbeit im Alter muss attraktiver werden. Wer freiwillig länger als bis zum gesetzlichen Rentenalter weiterarbeitet, soll bis zu 2000 Euro im Monat steuerfrei bekommen. Klar ist auch, dass Fehlanreize beseitigt werden müssen. Das vermurkste Bürgergeld gehört durch eine neue Grundsicherung ersetzt. Unser Staat unterstützt Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind. Aber wer arbeiten kann, muss auch arbeiten und darf nicht auf Kosten der Gemeinschaft leben.

FOTO: BALDERTON

SHIKHA AHLUWALIA
WAGNISKAPITALGEBERIN

Ein KI-Budget für kleinere Unternehmen

Deutschland muss vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU) stärken. Immerhin trägt das „Rückgrat der deutschen Wirtschaft“ knapp 50 Prozent zur Nettowertschöpfung des Landes bei. Der Fachkräftemangel erschwert KMU allerdings, ihre Innovationskraft voll auszuschöpfen. Auch hinken sie bei der Digitalisierung hinterher. Vor allem kleine Unternehmen zögern, neue Technologien einzusetzen.

Es braucht eine gezielte Technologieförderung, etwa in Form eines KI-Budgets speziell für KMU. Dies würde einen leichteren Zugang zu KI-Technologien ermöglichen, um diese Lösungen zu testen. Gleichzeitig profitieren auch KI-Start-ups durch einen besseren Zugang zu einem großen Markt.

Finanzieren ließe sich solch ein KI-Budget aus einem Mix aus öffentlichen Mitteln und privaten Investitionen. So könnten Fördergelder aus dem „Zukunftsfonds Deutschland“ ergänzt werden. Zusätzlich könnten steuerliche Anreize für Unternehmen geschaffen werden, die aktiv in digitale Technologien investieren. Partnerschaften mit der Industrie könnten ebenfalls einen Teil der Finanzierung tragen. Ein konkretes Beispiel wäre ein Budget von 10 000 Euro für jedes KMU, um Technologien wie Software zu testen. Ein solcher Technologiefördertopf, der die richtigen Anreize setzt, würde sich demnach auf rund 30 Milliarden Euro belaufen.

CHRISTIAN SEWING
DEUTSCHE-BANK-CHEF

Ein wirklich europäischer Kapitalmarkt

Die nächste Legislaturperiode wird für Deutschlands wirtschaftliche Zukunft entscheidend sein. Es braucht entschlossene Wirtschaftsreformen, um neue Wachstumsquellen zu erschließen. Gleichzeitig muss unsere Wirtschaft produktiver werden, indem wir stärker auf Technologie setzen, aber im Durchschnitt auch wieder mehr arbeiten. Ein weiterer unverzichtbarer Erfolgsfaktor kommt in der Debatte oft zu kurz: Wir brauchen mehr Europa. Ein Ausbau des gemeinsamen Marktes ist der Königsweg, um relevant zu bleiben in einer Welt, die immer stärker von Isolation und Blockbildung geprägt ist. Und er ist die Voraussetzung dafür, dass wir die notwendige Transformation unserer Wirtschaft überhaupt finanzieren können.

Deutschland und Europa müssen dringend neue Finanzierungsquellen erschließen. Die EU-Kommission schätzt, dass jährlich 750 bis 800 Milliarden Euro an Finanzmitteln benötigt werden. Das können weder die öffentlichen Haushalte noch Europas Banken annähernd abdecken. Daher braucht es private Kapitalgeber. Denen müssen wir allerdings ein attraktives Umfeld bieten, in dem sich ihre Anlagen lohnen. Genau das tun die europäischen Kapitalmärkte derzeit nicht: Sie sind zersplittert, volumenschwach und unkonsolidiert – mit heterogenen Regeln und Vorschriften, die den Kapitalfluss hemmen.

Diese Strukturen müssen wir aufbrechen und einen Kapitalmarkt schaffen, der globalen Investoren eine echte Alternative bietet. Die europäische Kapitalmarktunion ist hierfür der Schlüssel. Sie wäre der größte Wachstumstreiber, den wir in Europa einsetzen können.

Zwar wird ein echter Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen selbst im besten Fall noch Jahre brauchen. Es gibt aber Maßnahmen, die kurzfristig bereits einige Wirkung entfalten können: einfachere Regeln für Verbriefungen am Kapitalmarkt etwa oder jegliche Maßnahmen, die eine kapitalgedeckte Altersvorsorge stärken.

Entscheidend ist, dass wir uns nicht darauf versteifen, dass wir nur voran-kommen, wenn sich alle 27 EU-Mitgliedstaaten einigen. Denn die ersten Schritte zur Stärkung der Kapitalmärkte kann jedes Land alleine gehen.

FOTO: FRIEDRICH BUNGERT

FOTO: TUI

SEBASTIAN EBEL
VORSTANDSCHEF VON TUI

Neue Freude an Einsatz und Leistung

Einsatz und Arbeit sollen sich für Menschen nicht nur lohnen, sie sollen auch Freude machen. Ein Ziel zu haben, sich dafür einzusetzen, auch mal an eigene Grenzen zu kommen – und dann den Erfolg zu feiern. Das kennen wir im Sport. Besonders wichtig sind die Rahmenbedingungen: Welche Unterstützung erhalte ich, wie trainiere ich, wer glaubt an mich, fördert und spornt mich an?

Das gilt auch für das Arbeitsleben. Es sind die Rahmenbedingungen, die von der Politik genauso gestaltet werden wie von Wirtschaft und Unternehmen. Sehen die Menschen, dass ihrer Arbeit wirklich ein Wert beigemessen wird? Glauben sie, dass sie als Individuum einen Unterschied machen? Um den Menschen zu zeigen, dass ihr Einsatz nicht verpufft, sondern wertgeschätzt wird, sind alle gefordert. Rahmenbedingungen, die an den Menschen vorbei durchgedrückt werden – ohne deren Akzeptanz und Verständnis – führen unweigerlich dazu, dass sie abschalten und schlussendlich das Interesse an dem verlieren, was sie leisten können und leisten wollen. Das ist Gift für Innovation und Wachstum. Und sollten wir nicht auch hinterfragen, wie und in welchem Kontext Arbeit und die Arbeitswelt im Alltag kommuniziert werden?

Jede und jeder, der sich mit dem, was er kann, einsetzt, hat Respekt verdient. Das beginnt mit dem ehrlichen Interesse am Gegenüber. Die Elektrikerin genauso wie der Krankenpfleger, der Kassierer genauso wie die Anwältin. Diese Wertschätzung erzeugt vor allem eines: Spaß an der Arbeit und Motivation. Dann wird Arbeit nicht als Last und notwendiges Übel gesehen, sondern als echte Bereicherung. Ohne Freude an Einsatz und Leistung wird Deutschland nicht vorankommen. Wir müssen Rahmenbedingung setzen, die der Arbeit wieder mehr Wert und Wertschätzung geben.

ANNE RABE
SCHRIFTSTELLERIN

Mischt euch ein!

Seit vielen Jahren geht die Bereitschaft, sich konstruktiv an unserer Gesellschaft zu beteiligen, zurück. Oft habe ich den Eindruck, dass Bürgerinnen und Bürger gar nicht wissen, wie eine solche Beteiligung aussehen könnte. Ein Beispiel: Lange war ich ehrenamtlich in einem Ortsverein der SPD aktiv. Dabei ging es ganz pragmatisch zu. Wie bekommen wir den verwahrlosten Park wieder flott? Von Müllaufsammeln bis zu einem Umgestaltungswettbewerb war alles dabei. Zugleich engagierte sich der Ortsverein in der Erinnerungsarbeit, wie dem Stolpersteineputzen, und war Anlaufstelle für die Anwohner im Kiez, zum Beispiel in Fragen des Mietrechts.

Immer wieder jedoch kam es an Infoständen durch Bürger zu Vorwürfen und Beschimpfungen. Oft unterstellten die Passanten den Ehrenamtlichen, sie würden für ihre Arbeit bezahlt und wären daher korrupt. Die Idee, man könnte sich in seiner Freizeit für die Gemeinschaft einsetzen, war vielen fremd. Ein anderes Beispiel. Nach einer Diskussionsveranstaltung in München kamen zwei Studenten auf mich zu und fragten, wie sie sich politisch engagieren könnten. Offensichtlich waren die beiden zwar bereit, sich einzubringen, aber wussten nicht, wie.

Zwischen den gesellschaftlichen Akteuren scheint es Barrieren zu geben, die nur noch schwer zu überwinden sind. Wie das jedoch gelingen kann, zeigt die Stadt Rodewisch, die für ihre Arbeit kürzlich bei der Verleihung des Sächsischen Förderpreises für Demokratie zur „Kommune für Demokratie 2024“ ausgezeichnet wurde. Die Bürgermeisterin Kerstin Schöniger (CDU) hat in ihrer Kleinstadt ein Bürgerbüro eingerichtet, das allen Bewohnern offensteht. Im „Rowi“ wird sowohl das passende Formular für die Beantragung eines Rollstuhls gefunden als auch bei der Wohnungssuche geholfen. Dort können aber auch Ideen eingebracht werden, die Fördermittel brauchen. Initiativen bekommen Räume und Gleichgesinnte können sich zwanglos vernetzen. Die Auszeichnung dafür war berechtigt und trägt hoffentlich zur Nachahmung bei. Bürgerbüros wie das „Rowi“ braucht es in allen Städten und Gemeinden, in Landkreisen und Kiezen. Denn unsere Gesellschaft lebt davon, dass möglichst viele ihre Ideen einbringen und ihre Interessen eigenständig vertreten können. Das stärkt nicht nur den Zusammenhalt, das stärkt auch das gegenseitige Verständnis und das nötige Vertrauen in die Institutionen. So entzieht man extremistischen Parteien den Boden. Ja, das kostet auch Geld. Aber es ist eine Investition, die sich auszahlen wird, weil mehr Menschen ihre Tatkraft ehrenamtlich zum Wohle aller einbringen werden.

FOTO: FRIEDRICH BUNGERT

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

Wirtschaft wieder voran. 13 Vorschläge

CHRISTIAN BRUCH
SIEMENS-ENERGY-CHEF

Klare Vorgaben, damit investiert werden kann

FOTO: FRIEDRICH BUNGERT

Drei Punkte sind aus meiner Sicht entscheidend für eine erfolgreiche Energiewende: Planungssicherheit, Investitionen in Infrastruktur und die Forschungsförderung noch nicht kommerzieller Technologien, die für die Energiewende benötigt werden.

Für Unternehmen im Energiebereich ist Planungssicherheit unerlässlich. Die betrachteten Zeiträume für entsprechende Investitionen liegen meist im Bereich mehrerer Jahrzehnte. Politische Pläne, die nur für eine Legislaturperiode gelten, sind daher nicht hilfreich. Es braucht langfristige politische Rahmenbedingungen und klare gesetzliche Vorgaben, um Investitionen zu tätigen und Projekte zuverlässig planen zu können. Sonst besteht das Risiko, dass wichtige Investitionen ausbleiben und notwendige Projekte nicht realisiert werden.

Eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur ist das Rückgrat der Energiewende und der Industrie in Deutschland. Es bedarf erheblicher Investitionen in den Ausbau und die Modernisierung der Netze, um die Integration erneuerbarer Energien zu gewährleisten. Die Umsetzung einer langfristigen Kraftwerksstrategie, die sich durch den Koalitionsbruch nun verzögert, ist notwendig, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Zudem müssen Speicherkapazitäten erweitert und intelligente Netzlösungen realisiert werden, um eine stabile und effiziente Energieversorgung sicherzustellen.

Viele Technologien für die Energiewende sind heute verfügbar, aber es wird weitere Innovationen brauchen, um die Emissionsziele bei der Energieversorgung zu erreichen. Durch gezielte Forschungs- und Entwicklungsförderung können neue, vielversprechende Technologien zur Marktreife gebracht werden, sei es auch erst in 20 Jahren. Dies erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen Staat, Forschungseinrichtungen und der Industrie.

Deutschland muss in Planungssicherheit, Infrastruktur und die Förderung innovativer Technologien investieren. Nur so kann eine nachhaltige Energiezukunft sichergestellt werden.

FOTO: ANDREAS POHLMANN / SIEMENS AG

MORITZ SCHULARICK
PRÄSIDENT DES IFW KIEL

Viel mehr Geld für die Verteidigung

Die Zeiten, in denen Deutschland seine Friedensdividende genießen konnte, sind endgültig vorbei. Wir brauchen schnell, dauerhaft und unwiderruflich deutlich höhere Verteidigungsausgaben, deutlich mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Drei bis dreieinhalb Prozent würden uns zum Niveau der alten BRD zurückbringen, das wären dann 120 bis 150 Milliarden Euro pro Jahr, verglichen mit aktuell gut 50 Milliarden jährlich. Die Ausgaben fürs Militär könnten als Nebeneffekt einen dringend benötigten Wachstumsimpuls geben und die technologische Innovationsfähigkeit Deutschlands voranbringen.

Die Gründe für höhere Verteidigungsausgaben liegen auf der Hand. Solange wir uns ohne Hilfe der USA nicht verteidigen können – die Bedrohung der Nato-Ostflanke durch Russland ist leider sehr real –, wird Donald Trump uns in Handelskonflikten erpressen. Derzeit sind die Rüstungskapazitäten zu klein und obendrein das Beschaffungswesen desolat. Allein für die Bundeswehrbestände von vor rund 20 Jahren bräuchten wir beim aktuellen Budget und Tempo je nach Waffentyp bis zu knapp 100 Jahre!

Auch die Unterstützung der Ukraine mit Waffen ist so nur unzureichend möglich, sollte aber in unserem unmittelbaren, auch ökonomischen Interesse sein. Seit Kriegsausbruch hat Berlin rund 10,6 Milliarden Euro an Militärhilfe bereitgestellt – vier Euro pro Einwohner und Monat, nur etwa 0,1 Prozent des BIP in diesem Zeitraum. Während des Ersten Golfkriegs 1991 waren es 0,6 Prozent. Ein russischer Sieg käme uns viel teurer zu stehen, nach Schätzungen des IfW Kiel das Zehn- bis Zwanzigfache, rund zwei Prozent des BIP pro Jahr. Deutschland müsste einen Zustrom zusätzlicher Geflüchteter bewältigen, müsste seine Ausgaben für die Verteidigung nochmals erheblich steigern, Handel und Direktinvestitionen würden leiden.

Angesichts der Summen, die wir jetzt für unsere Sicherheit in die Hand nehmen müssen, würden davon spürbare Impulse für das lahmende Wachstum in Deutschland und Europa ausgehen. Jüngere Studien aus den USA zeigen, dass der Multiplikatoreffekt von Verteidigungsausgaben auf das BIP bei eins oder darüber liegt, je nach Ausgestaltung und Finanzierungsweg. 100 Milliarden Euro zusätzlich für die Verteidigung würden also das BIP um mindestens 100 Milliarden Euro erhöhen, insbesondere wenn die Produktion im Inland aufgebaut würde.

Außerdem sehen wir in der Ukraine, dass die Kriegsführung eng mit technologischen Innovationen verknüpft ist. Wenn Deutschland heute mehr in moderne Technologien wie Drohnen und künstliche Intelligenz investieren würde, gäbe es mit Sicherheit positive Effekte für den Rest der Wirtschaft – das Wachstum des Silicon Valley ist dafür das beste Beispiel. Deutschland könnte so also einen Teil seines technologischen Rückstands aufholen.

Zwar wird mittelfristig kein Weg daran vorbeiführen, harte Budgetentscheidungen zwischen „Kanonen und Butter“, also Ausgaben für Verteidigung oder Sozialem, zu treffen. Kurzfristig aber müssen wir für die Verteidigung in konservativer Tradition Kredite aufnehmen. Rabiate Ad-hoc-Kürzungen im Sozialbereich sind kontraproduktiv, weil sie polarisieren und das Land innenpolitisch destabilisieren.

FOTO: BUNDESPOLIZEI

FRANK BUCKENHOFER
ZOLL-GEWERKSCHAFTER

Eine schlagkräftige Finanzpolizei

Seit mehr als einem Vierteljahrhundert kommt Deutschland im Kampf gegen Finanzkriminalität und Geldwäsche nicht über die Verkündung politischer Sonntagsreden hinaus. Generationen von Kabinettsmitgliedern aus Bundesfinanz-, -innen- und -justizministerien haben das Thema entweder ignoriert, verschlimmbessert oder bestenfalls kleinere Korrekturen im Strafrecht vorgenommen. Weder die dysfunktionale Financial-Intelligence-Unit (FIU) – dort werden Geldwäscheverdachtsmeldungen analysiert – noch das Konzept des früheren Bundesfinanzministers Christian Lindner, der eine überflüssige neue Behörde kreieren wollte, überzeugte die Fachwelt.

Dabei liegt seit mehr als 25 Jahren ein taugliches Konzept auf dem Tisch. Deutschland muss den Kriminellen endlich ihre Vermögen wegnehmen. Nimmt man Verbrechern das Geld, nimmt man ihnen die Macht. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordert seit langer Zeit den Umbau der polizeilichen Kontroll-, Fahndungs- und Ermittlungseinheiten des Zolls zu einer schlagkräftigen Finanzpolizei nach italienischem Vorbild, die auch die Möglichkeit bekommt, sich im Verwaltungsverfahren gezielt auf die Suche nach verdächtigem Vermögen zu machen, um dieses zu sichern und gerichtlich einziehen zu lassen. Darüber hinaus soll die Gemeinsame Finanzermittlungsgruppe von Bundes- und Zollkriminalamt im Kampf gegen internationale Geldwäsche deutlich gestärkt werden. Die Finanzpolizei könnte auch die Aufsichtsbehörden bei den Ländern beraten und aufgrund von finanzpolizeilichen Lagebildern gezielter koordinieren.

Zu guter Letzt müsste bei der Hochschule des Bundes im Fachbereich Finanzen eine Aus- und Fortbildungsinitiative starten, die alle Beschäftigten im Kampf gegen Finanzkriminalität qualifiziert und auf ein internationales Top-Niveau bringt. Dieser große Wurf steht noch aus. Die Union fordert diese Zollpolizei, die SPD und die Grünen sprachen mal von einer Finanzpolizei. In der kommenden Legislaturperiode muss das endlich umgesetzt werden. Deutschland steht vor großen Herausforderungen. Um unsere Wirtschaft zu sichern, muss ein starker Fokus auf Bildung, Digitalisierung und Finanzkompetenz gelegt werden.

SAHRA WAGENKNECHT
BSW-VORSITZENDE

Energiepreise für die Industrie senken

In keinem Land Europas ist Strom so teuer wie in Deutschland. Die hohen Energiepreise treiben immer mehr Firmen in die Insolvenz oder ins Ausland. Wenn Deutschland ein Industrieland mit einem starken Mittelstand bleiben soll, ist eine Kehrtwende in der Energiepolitik unumgänglich.

Steuern und Abgaben auf Energie müssen gesenkt werden. Dass der CO_2-Preis im nächsten Jahr steil ansteigen soll, ist Gift für die Konjunktur und auch klimapolitisch unsinnig, weil die meisten Menschen gar keine klimafreundlichen Alternativen haben. Statt negative Strompreise, die bei einem Überangebot von grünem Strom entstehen, mit mittlerweile 20 Milliarden Euro im Jahr zu subventionieren, sollte der Ausbau von Energienetzen und Stromspeichern vorangetrieben werden. Und statt den Netzbetreibern absurde sieben Prozent Eigenkapitalrendite zu garantieren, die die Kunden über hohe Netzentgelte bezahlen, sollten Strom- und Gasnetze in öffentliche Regie übernommen werden.

Wir brauchen auch wieder längerfristige Verträge zum Einkauf fossiler Energieträger, die wir am Kriterium des niedrigsten Preises ausrichten sollten. Und eine stärkere Förderung der Erforschung von Zukunftstechnologien.

FOTO: FRIEDRICH BUNGERT

FOTO: ROLF VENNENBERND/DPA

LEONHARD BIRNBAUM
VORSTANDSCHEF VON EON

Die Energiewende in den Markt entlassen

Eine Säule einer starken Wirtschaft bleibt die sichere, nachhaltige und bezahlbare Energieversorgung. Wir haben die Erneuerbaren in der Fläche zur Marktreife geführt. Jetzt geht es darum, den Mut zu haben, die Energiewende auch in den Markt zu entlassen. Deshalb ist meine Idee für Deutschland: Mehr Markt und Innovation für eine Energiewende 2.0 als zentrale Säule einer wiedererstarkten Wettbewerbsfähigkeit.

Der Emissionshandel ist ein zentrales Instrument, das Klima effizient zu schützen. Zum Markt zählt auch, dass Investoren die Risiken ihrer Investitionen tragen. Das gilt auch für die Betreiber von Erneuerbare-Energien-Anlagen. Wer einen Windpark baut, muss sich bisher keine Gedanken darüber machen, ob die Stromerzeugung an diesem Ort dem Netz nützt oder eher Probleme bereitet. Wenn zu viel Strom da ist und die Anlagen abgeregelt werden, werden die Betreiber hierfür sogar entschädigt. Die Kosten dafür tragen unfreiwillig alle Bürger dieses Landes über die Netzentgelte. Dies müssen wir dringend ändern, sonst werden die Systemkosten zu hoch und die Unterstützung für die Energiewende bröckelt.

NURTEN ERDOGAN
FINANZCHEFIN ING DE

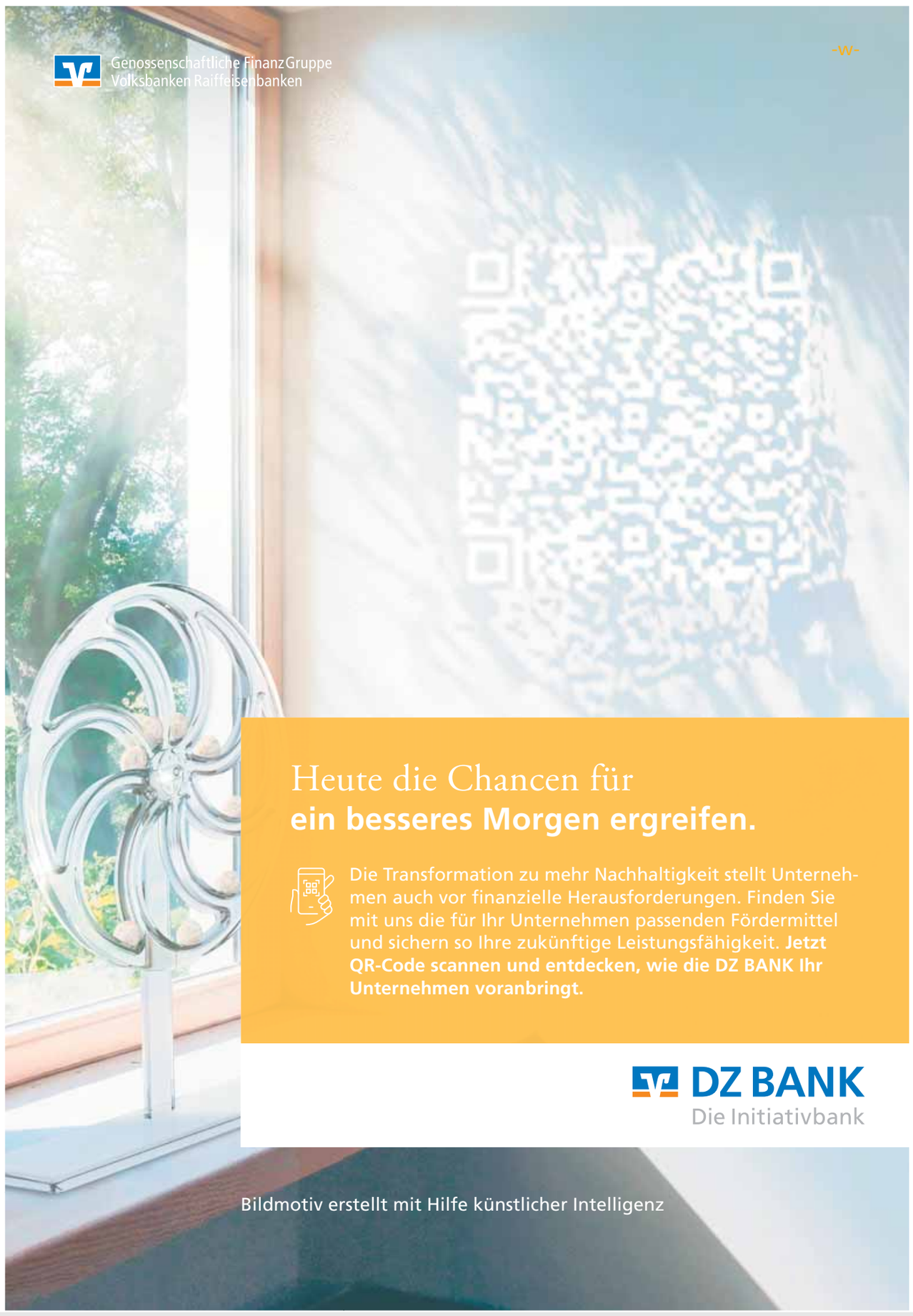
In der Schule lehren, mit Geld umzugehen

Bildung ist einer der wichtigsten Schlüsselfaktoren, um sowohl langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben als auch Chancengleichheit zu fördern. In meiner Rolle als Kuratoriumsmitglied bei „Rock Your Life!“ sehe ich immer wieder, wie viel Potenzial in der nächsten Generation steckt. Gleichzeitig wird deutlich, dass oft die richtigen Voraussetzungen fehlen, um dieses Potenzial voll zu entfalten.

Schulen spielen dabei eine zentrale Rolle. Es geht nicht nur darum, die digitale Infrastruktur wie Internetzugang und Laptops bereitzustellen, sondern auch darum, die Lehrinhalte und -methoden zu modernisieren. Ein moderner Unterricht muss digitale Kompetenzen vermitteln und Fähigkeiten wie kritisches Denken, Problemlösungskompetenz und ein Verständnis für digitale Zusammenhänge fördern.

Besonders am Herzen liegt mir die finanzielle Bildung. Kinder und Jugendliche sollten frühzeitig lernen, verantwortungsvoll mit Geld umzugehen, Budgets zu planen und finanzielle Risiken einzuschätzen. Das stärkt nicht nur ihre persönliche Sicherheit, sondern fördert auch unternehmerisches Denken – eine Voraussetzung für Innovation und Wirtschaftswachstum. Finanzielle Unabhängigkeit ist die Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben.

FOTO: FRIEDRICH BUNGERT



DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

Reise zum Mond

Elon Musk lässt Raketen landen – was machen wir? In Köln simuliert man den Mond. Sogar die Nasa ist neidisch.

Die Astronauten können in der Luna-Anlage auch üben, die richtigen Mondsteine einzusammeln. FOTO: ESA/DLR

Von Dieter Sürig

Die Zukunftsträume der Menschheit materialisieren sich gerade in einer Halle südwestlich von Köln. In der Luna Analog Facility sollen sich künftige Mond-Astronautinnen und -Astronauten auf ihre große Mission vorbereiten. Die bisher einzige Anlage dieser Art weltweit ist eine Art riesiger Mond-Simulator. Sogar die Nasa ist ein bisschen neidisch.

Die Idee

Am Anfang standen eine Studie und Trainingserfahrungen von Astronauten der europäischen Raumfahrtagentur Esa wie Matthias Maurer, der Luna maßgeblich mit aufgebaut hat. 2016 verbrachte er insgesamt 16 Tage im Unterwasserlabor Neemo der US-Raumfahrtbehörde Nasa in Florida, um Strategien für eine Marsmission zu testen. „Das war die Inspiration, warum wir Luna haben wollen", sagt er. „Weil der Wert einer solchen Analogmission unglaublich ist." Der Wert lässt sich an einer Zahl messen: Das Projekt kostet 45 Millionen Euro.

Das Gebäude

Die Luna Analog Facility steht auf dem Gelände des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) nahe dem Flughafen Köln-Bonn und ist ein Gemeinschaftsprojekt der Esa und des DLR. Schon das rechteckige weiße Gebäude des Darmstädter Architekturbüros Hirschmuellerschmidt ist mit dem Lochmuster in der Fassade ein Hingucker. Bald wird noch angebaut. Die 20 mal 50 Meter große Halle wird dann von zwei containerartigen Modulen durchbrochen, in denen Wohn- und Arbeitsräume für die Astronauten sowie ein Gewächshaus untergebracht sind. In der 1000 Quadratmeter großen und neun Meter hohen Halle sind neben der nachempfundenen Mondoberfläche Labors, Vorbereitungsräume, ein Besucherbereich und ein kleines Kontrollzentrum untergebracht.

Mondgestein

In der Luna-Anlage gibt es einen echten Mondstein, die Nasa-Probe 60025,373. Es ist ein Fragment der Nasa-Probe 60025, eine Dauerleihgabe für die Esa. Die Apollo-16-Mondfahrer John Young und Charlie Duke haben dieses Mondgestein im April 1972 im Descartes-Hochland südlich des lunaren Äquators eingesammelt. Astronaut Maurer hat damit bereits einen Mondstein ins Kölner Astronautenzentrum gebracht, bevor er überhaupt selbst auf dem Mond gewesen ist. In den Besucherräumen im ersten Luna-Stockwerk gibt es neben dem Stein auch ein Gefäß mit Mondsand, den man anfassen kann, einem sehr staubigen Regolith-Imitat.

Mondoberfläche

Das Trainingsgelände hat eine Fläche von 700 Quadratmetern. Um die Mondoberfläche möglichst naturgetreu simulieren zu können, formen dort bis zu 900 Tonnen Regolith-Ersatz Ebenen, Hügel und Krater. Der Sand stammt aus dem Basalt eines Steinbruchs im Siebengebirge und ähnelt den Eigenschaften des scharfkantigen Regoliths. Astronauten haben einen Raumanzug an, doch auch andere Luna-Nutzer müssen Schutzkleidung tragen: „Wenn sie über den Sand der Luna-Anlage laufen, wirbelt das so viel Staub auf, dass wir hier mit Atemschutz arbeiten müssen", sagt Maurer.

Um die Luna-Kraterlandschaft zu erklären, gibt der promovierte Materialwissenschaftler ein bisschen Geologieunterricht. „Die dunklen Bereiche des Mondes sind vulkanisch, die hellen Bereiche stellen die erstarrte Mondkruste dar", sagt er. „Die hellen weißen Steine haben wir von den Lofoten in Norwegen mitgebracht, dort trainieren wir ja auch." Andere Elemente sind hier ebenfalls sehr irdisch: Auf dem Regolith-Ersatz liegen zum Beispiel Gesteinsbrocken aus dem Nördlinger Ries. Der Sand ist 60 Zentimeter tief, auf 130 Quadratmetern der Fläche sogar bis zu drei Meter. Dort wird es besonders interessant: „Wir haben ein paar Schätze unter dem Sand versteckt", sagt Maurer. Die sollen auf die Mondmission vorbereiten.

Die Mission

Astronauten des Nasa-Mondprogramms Artemis sollen bei mehreren Missionen nahe dem lunaren Südpol landen und dort nach Wasser suchen. Die Esa möchte auch europäische „Moonwalker" dabeihaben, also Menschen, die den Himmelskörper betreten. Kandidaten wären etwa die deutschen Astronauten Alexander Gerst, 48, und Maurer, 54. „Wir wollen am Mond-Südpol in tiefe, dauerhaft im Schatten liegende Krater hineingehen, wo wir Wassereis vermuten", sagt Maurer. Hier kommen Plexiglaselemente ins Spiel, die im Trainingszentrum das verborgene Wassereis unter der Luna-Oberfläche simulieren und per Radar entdeckt werden können. „Wir haben Proben im Untergrund verteilt, die das gleiche Signal zurückschicken wie das Wassereis auf dem Mond."

Die Astronauten können üben, dieses Wassereis zu finden und Radargeräte testen. „Es ist total spannend zu sehen, ob auf dem Mond organische Spuren in diesem Wassereis vorhanden sind", sagt Maurer. „Das würde uns helfen zu verstehen, wie sich das Leben auf der Erde entwickelt hat." Um Bohrtechniken zu erproben, damit die Raumfahrer das Eis bergen können, besteht sogar die Möglichkeit, den Kölner Mondboden einzufrieren, „das kann sonst keiner".

Aus dem Eis könnten die Astronauten Wasserstoff und Sauerstoff gewinnen, um daraus Atemluft oder Treibstoff zu erzeugen. Im tiefen Regolith-Imitat ist auch eine kleine Lavahöhle versteckt. Solche Höhlen können auf dem Mond als Habitat dienen und vor Strahlung schützen. „Wegen der geringeren Schwerkraft können sich die Lavahöhlen auf dem Mond theoretisch viel größer aufblähen, sodass auch der Kölner Dom reinpassen würde – also richtig groß", sagt Maurer. Die Astronauten wollen freilich auch wertvolles Mondgestein suchen – aber nicht x-beliebige Steine wie bei Apollo. „Deswegen entwickeln wir so eine Art Tricorder wie bei ‚Raumschiff Enterprise', der uns dann sagt: Okay, beep, beep, das ist ein solcher Stein mit dieser Zusammensetzung."

Luna ist mit dem Esa-Kontrollzentrum in Oberpfaffenhofen und mit der Nasa in Houston vernetzt. Die Nasa sei durchaus neidisch auf Luna, sagt Maurer. Womöglich schickt sie auch Astronauten nach Köln. Die Texas A&M University will mit der Industrie aber ebenfalls ein Testareal aufbauen.

Hardware

Um den Mond zu simulieren, reichen Sand und Steine nicht. Schließlich ist da noch die Schwerkraft, die dort einem Sechstel derjenigen auf der Erde entspricht. Wer 90 Kilo wiegt, der hätte auf dem Mond 15 Kilo. Um dies vorzugaukeln, können sich die Astronauten in eine Vorrichtung mit Seilen einklinken und marionettengleich hin und her „schweben". Auch einen schweren Rover können sie anhängen. Esa und DLR entwickeln das Schwerkraftentlastungssystem Puppeteer (Puppenspieler) gemeinsam mit der Firma Space Applications Services. Dieses System könnte auch für die Industriefertigung interessant werden.

Wichtig wird ein Sonnensimulator, der verschiedene Beleuchtungen bieten soll. Die Sonne stehe im lunaren Südpolarbereich sehr tief am Horizont und sei sehr hell, „das blendet die Astronauten", sagt Maurer. „Wenn man irgendwo in den Schatten tritt, dann sind die andererseits so intensiv, dass ich mein Werkzeug gar nicht mehr finden würde, wenn ich es dort ablege." Ein Rampensystem namens Moon Zeppelin soll mit Luftkissen Steigungen bis zu 50 Grad simulieren. VR-Technik soll den Eindruck, auf dem Mond zu sein, abrunden. Am Ende der Halle steht das Modell der geplanten Frachtfähre *Argonaut*. Damit will die Esa Astronauten unterstützen. Rund zwei Tonnen könnte sie transportieren. Etwa kleine Mondrover, wie die des Berliner Start-ups Neurospace, die Maurer gekauft hat. Die Gründer haben dafür Minisatelliten mit Rädern versehen.

Module

Zwei Module sollen die Luna-Halle erweitern. „Im Wohnmodul Flexhab (Future Lunar Exploration Habitat) können die Astronauten ihren Raumanzug pflegen, Experimente vorbereiten, Steine sortieren – alles was man halt so macht auf dem Mond", sagt Maurer. Mit den Modulen können Astronauten Langzeitmissionen eins zu eins von der Landung bis zum Rückstart zur Erde testen – zumal eine Artemis-Crew eine Woche und länger auf dem Mond bleiben soll. Die dänische Firma Saga baut das Wohnmodul für vier Astronauten, mit Privatsphäre, Arbeitsbereich, kleiner Küche, Gemeinschaftsraum und virtuellem Blick auf den Mond. Mit einer Luftschleuse und Tunnelverbindung zur Kölner Mondoberfläche können die Astronauten üben, den Mondsand draußen zu lassen. Apollo-Astronauten hatten Probleme mit scharfkantigem Regolith in der Mondfähre.

Das zweite Modul namens Eden war bereits fünf Jahre lang in der Antarktis im Einsatz, um Mitarbeiter der Neumayer-Station III mit Gemüse, Salaten und Kräutern zu versorgen. Nun soll damit ein Lebenserhaltungssystem für den Mond getestet werden.

Raumanzüge

Die Astronauten müssen in Luna einen sperrigen Raumanzug tragen, da sie ja einen Einsatz auf der Mondoberfläche trainieren. Maurer weiß, wie hinderlich solche Raumanzüge sein können. „Für alles, was ich jetzt draußen auf der Raumstation *ISS* mache, brauche ich fünf- bis zehnmal so lange wie hier auf der Erde. Der Anzug ist aber auch die einzige Möglichkeit, dass ich im Vakuum existieren kann." Der Raumanzug müsse deutlich flexibler werden.

„Ziel ist es ja auch, irgendwo in einen Krater hineinzukrabbeln. Das ist fast schon wie Bergsteigen", sagt Maurer. „Das kann ich mit dem jetzigen Raumanzug definitiv nicht. Da müssen wir uns noch verbessern." Den etwa 25 Kilo schweren Luna-Anzug hat das Pariser Modehaus Pierre Cardin entworfen. Er besteht aus einem weichen inneren Ganzkörperanzug und einem äußeren Schutzanzug. Derzeit stehen zwei Anzüge in gewaltigen Schrankkoffern für den Luna-Einsatz bereit. Da alle Seiten profitieren, mussten Esa und DLR nichts dafür zahlen.

Forschung

Bis Astronauten in der Luna-Halle trainieren können, stehen dort bereits Forschungseinheiten an. Auf dem Kölner Mondboden sind gerade vier Wissenschaftler der TU Dresden in Schutzanzügen zu sehen. Sie graben Löcher, machen Bodenradarmessungen, setzen auch eine Antenne ein, die 2028 bei der Exomars-Mission der Esa mitfliegen soll. Dabei soll ein Rover Leben auf dem Mars suchen. „Es ist schön, dass Wissenschaftler hier bereits konkrete Tests und Versuche machen können", sagt Luna-Projektwissenschaftlerin Brigitte Knapmeyer-Endrun. Für die nächsten Tage hat sich ein Team angesagt, um mit einem Rover Navigationstests zu machen. Schließlich müssen sich die Fahrzeuge an den Untergrund anpassen, Regolith-Imitat ist zum Beispiel deutlich schwerer als herkömmlicher Sand. Auch Firmen sollen in der Halle arbeiten dürfen, sagt Maurer. „Wir möchten das Wissen, das wir hier erzeugen, nutzen, um auch Start-ups eine Chance zu geben, diese Technologie auf den Markt zu bringen."

Die Entdeckung der Langsamkeit

Lilium und Volocopter wollten die ersten auf dem Markt der kleinen Elektroflugzeuge sein. Vielleicht war das zu ambitioniert.

Der Shuttle-Bus zum „Aviation Forum" zeugt noch von besseren Zeiten. Der örtliche Elektroflugzeughersteller Lilium hat den halben Bus, der den ganzen Tag über auf dem Münchner Messegelände Besucher zu einer Luftfahrtkonferenz beförderte, bekleben lassen, um auf diese Weise neue Mitarbeiter anzuwerben – für diese aufregende, neue Branche.

Bei den Besuchern löst der bunte Bus bei der Veranstaltung Ende November allerdings eher Irritation aus. Denn Lilium hat vor wenigen Wochen Insolvenz in Eigenverwaltung beantragt und tauchte selbst bei der jährlichen Zusammenkunft der europäischen Luftfahrtindustrie gar nicht mehr auf – zu beschäftigt ist das Unternehmen derzeit damit, sich selbst zu retten und neue Investoren zu finden. Und auch Volocopter, das andere große deutsche Start-up im Advanced Air Mobility genannten Sektor, hat alles andere als sichere Aussichten für die Zukunft, gerade erst hat das Unternehmen aus Bruchsal die Zulassung des ersten Modells VoloCity wieder einmal um einige Monate nach hinten verschieben müssen.

Schon vor der Lilium-Insolvenz tobte in Deutschland die Debatte über die Zukunft der Branche, vor allem weil sowohl die Firma aus Oberpfaffenhofen als auch Volocopter zuvor staatliche Bürgschaften beantragt haben und in beiden Fällen die jeweiligen Bundesländer und der Bund ablehnten. Die Argumente im Wesentlichen: technologisch zu riskant oder nicht überzeugend genug, der Markt fraglich. Und überhaupt sei es nicht Aufgabe des Staates, Start-ups in Schwierigkeiten zu unterstützen. Zumal, wenn auch die privaten Investoren mit der weiteren Finanzierung zögern. Die Gegenposition: Alle wesentlichen Konkurrenten in den USA, China oder Brasilien haben in der einen oder anderen Form staatliche Hilfen in Anspruch genommen, ohne die die hohen Entwicklungskosten nicht zu stemmen seien, der Markt ist international viel größer als hierzulande.

Lilium arbeitet am Lilium Jet, der sechs Passagiere auf Regionalstrecken von bis zu rund 175 Kilometern umweltfreundlich befördern soll. Später will Lilium größere, elektrisch angetriebene Maschinen bauen. Volocopter baut in dem Werk in Bruchsal gerade die ersten serienreifen VoloCity. Der Elektro-Multikopter ist für zunächst nur einen Piloten und einen Passagier ausgelegt und soll 30 Kilometer weit fliegen. Auch bei Volocopter sollen später größere Modelle mit mehr Reichweite folgen.

Bei beiden geht es kurzfristig vor allem ums Geld

Volocopter-Chef Dirk Hoke beklagt die aktuelle Lage. China habe den neuen Sektor als Priorität in der nationalen Wirtschaftspolitik definiert, in vielen Ländern würde die nötige Infrastruktur nun hochgezogen, etwa nach dem Amtsantritt des neuen US-Präsidenten Donald Trump. „In China kommt das jetzt, und in den USA wird sich die Entwicklung unter Trump beschleunigen", prognostiziert er. „In Deutschland diskutieren wir, warum wir die neue Industrie nicht brauchen." Das sei falsch. „Wir müssen uns zusammenreißen und schneller werden."

Ob Lilium und Volocopter eine Chance haben, wird sich für beide in den nächsten Monaten herausstellen. Die Aussichten für die elektrischen Senkrechtstarter haben sich deutlich verschlechtert – und das hat bei Weitem nicht nur mit Staatshilfen zu tun. Weltweit sind die Investoren vorsichtig geworden, was den Sektor angeht, der Boom der Gründerzeit ist längst vorbei. Die schlechtere wirtschaftliche Lage und die um sich greifende Verunsicherung tun ihr Übriges. Aber es gibt auch technologische Gründe: Ausreichend leistungsfähige Batterien zu entwickeln, die den hohen Sicherheitsanforderungen der Luftfahrt genügen und gleichzeitig große Reichweiten der neuen Fluggeräte garantieren, dauert viel länger, als viele in den Anfängen prognostiziert haben. Damit können die Maschinen nur mit Batterien zugelassen werden, die eher kurze Flüge zulassen. Der Lilium Jet gilt insgesamt als technisch mit das komplexeste Vorhaben der gesamten Branche. Doch bei beiden geht es kurzfristig vor allem ums Geld. Volocopter hat anders als Lilium eine Insolvenz vermieden, aber ebenfalls eine quälende Zeit hinter sich. Die aktuellen Investoren haben das Unternehmen noch einmal per Kapitalerhöhung gestützt, die in mehreren Schritten umgesetzt werden soll. Vor allem der chinesische Technologiekonzern Geely hat mitgeholfen und hält dem Vernehmen nach künftig die Mehrheit an Volocopter. Firmenzentrale und Produktion sollen offenbar in Deutschland bleiben. Mit dem Geld ist Volocopter laut Hoke nun bis deutlich nach der Zulassung des Zweisitzers VoloCity, die jetzt für Mitte 2025 angestrebt wird, durchfinanziert.

Das bedeutet allerdings nicht, dass Volocopter es schon geschafft hat. Die Serienproduktion hochzuziehen wird teuer. Der Zweisitzer ist, weil er nur einen Passagier befördern kann, nicht wirtschaftlich zu betreiben und müsste im täglichen Betrieb subventioniert werden. Es gibt ein Projekt mit dem ADAC, der das Gerät testen will, um Notärzte zu Unfallorten zu transportieren. Um Hubschrauber, die Verletzte transportieren, zu ersetzen, ist der aktuelle VoloCity viel zu klein.

Der Lilium-Jet gilt als eines der komplexesten Vorhaben. FOTO: PICTURE ALLIANCE/DPA

Wirtschaftlich und operationell interessant wird der VoloCity NextGen, der Platz für vier Passagiere plus Pilot haben wird, aber er ist vermutlich nicht vor 2027 oder 2028 fertig. Sprich: Ein profitabel zu betreibendes Elektroflugzeug für sehr kurze Strecken würde in größeren Stückzahlen erst gegen Ende des Jahrzehnts fliegen. Der VoloRegion für längere Strecken soll erst danach folgen, wenn bis dahin die Batterien eine ausreichende Energiedichte erreicht haben. All dies braucht noch sehr viel Geld und Geduld der Aktionäre.

Braucht es nun weniger Geschwindigkeit?

Bei Lilium sind die Geldsorgen kurzfristiger und dramatischer. Zwar sprechen Insolvenzverwalter und Unternehmen mit möglichen neuen Investoren, aber die Zeit drängt. Denn je länger die Unsicherheit um die Zukunft des Projektes andauert, desto wahrscheinlicher ist es, dass die vielen Lieferanten sich aus dem Projekt zurückziehen und ihre Kapazitäten anderswo verplanen. Wirklich herausfinden wird Lilium das erst nach einem möglichen Neustart, und das Risiko macht die Entscheidung für neue Geldgeber noch schwieriger. Schon jetzt ist klar, dass die Insolvenz zumindest viel Zeit gekostet hat. Zwar bauen die Mitarbeiter in Oberpfaffenhofen die Prototypen weiter, aber der Termin für den Erstflug, der zuletzt für das erste Quartal 2025 angesetzt war, ist nicht mehr zu halten. Die Insolvenz hat auch Liliums Frankreich-Pläne vorerst gestoppt: Es gab Signale der französischen Regierung, einen großen Standort mit Endmontage und Batterieproduktion mit mehr als 200 Millionen Euro zu fördern, doch das gilt nicht für ein Unternehmen in Insolvenz.

Bei Lilium ist längst intern die Diskussion darüber entbrannt, was in der Vergangenheit schiefgelaufen ist. Strategisch hatte es das Unternehmen bislang darauf abgesehen, möglichst schnell am Markt zu sein, auch wenn dies bedeutete, dass die Firma jedes Jahr 400 Millionen Euro oder mehr verbrannte. Der Ansatz wäre vielleicht durchzuhalten gewesen, wenn die Investoren weiter so begeistert gewesen wären von dem Konzept wie in den Anfangsjahren – immerhin ist es Lilium gelungen, 1,5 Milliarden Euro zu beschaffen.

Aber der Enthusiasmus schwand, und nun stellt sich die Frage, ob nach einem Neustart nicht deutlich mehr Vorsicht und weniger Geschwindigkeit sein müssen.

Falls Lilium und Volocopter scheitern, gibt es andere Projekte in Deutschland, die vielleicht bessere Chance haben. Vaeridion etwa ist ein Münchner Start-up, das ein elektrisch angetriebenes Flugzeug mit neun Sitzen bis etwa 2030 auf den Markt bringen will, die Reichweite soll bis zu 500 Kilometer sein. Anders als der Lilium Jet soll der Microliner nicht senkrecht starten oder landen, was enorm viel Energie spart und viele der technologisch besonders anspruchsvollen Systeme überflüssig macht. Im November hat die Flugsicherheitsbehörde European Aviation Safety Agency nach einer einjährigen Voruntersuchung bestätigt, dass der Microliner als kommerzielles Flugzeug zulassungsfähig ist. 2027 soll der erste Testflug stattfinden. **Jens Flottau**

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

Der Mangel an Arbeitskräften ist für viele Firmen das größte Wachstumshemmnis. FOTO: IMAGO/ZOONAR

Reformstau

Welche politischen Forderungen tatsächlich das Land stärken würden und welche nicht.

Von Claus Hulverscheidt

Es ist ja gar nicht so, dass es an Rezepten mangeln würde, im Gegenteil: Fragt man die im Bundestag vertretenen Parteien, was sie gegen die anhaltende Wirtschaftsmisere zu tun gedenken, erhält man ein wahres Sammelsurium an Antworten. Es sind eher zu viele als zu wenige – und auch wenn sich manche Ideen ähneln, könnten andere doch gegensätzlicher nicht sein. Die Steuern senken oder doch erhöhen? Mehr oder weniger Zuwanderung? Einhaltung oder Lockerung der Schuldenbremse? Oder lieber etwas Radikales – die Rückkehr zur D-Mark etwa?

Was aber würde die wirtschaftliche Dynamik und Innovationskraft tatsächlich stärken – und was ist ein Irrweg? Die SZ hat drei Menschen vom Fach gebeten, die wichtigsten Ideen zu bewerten: Dominika Langenmayr, Professorin für Volkswirtschaft an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, Clemens Fuest, Präsident des Münchener Ifo-Instituts, und Sebastian Dullien, Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in Düsseldorf. Da die Volkswirtschaftslehre keine Naturwissenschaft ist, bei der es nur richtig und falsch gibt, fallen auch die Einschätzungen der Fachleute teils unterschiedlich aus.

Niedrigere Steuern

Zu den Punkten, bei denen sich Parteien und Experten zumindest prinzipiell einig sind, gehört der Vorschlag, die Steuerlast für Bürger und Betriebe zu senken. Linke und BSW wollen dabei nur kleine und mittlere Firmen, SPD, Union, Grüne und FDP auch große Kapitalgesellschaften entlasten. Richtig, sagt Langenmayr: Niedrigere Steuern erhöhten den Anreiz für Unternehmen und Bürger, zu investieren oder aber sich einen Job zu suchen. Beides bringe mehr wirtschaftliche Dynamik. Das sieht auch Dullien so, der anstelle pauschaler Entlastungen aber eher dafür wäre, Investitionen mit einer Prämie zu belohnen oder den Firmen die Möglichkeit eröffnen, neue Maschinen und Gebäude sofort steuerlich abzuschreiben. Das sei „zielgenauer und billiger".

Auch Fuest und Langenmayr können sich mit diesem Gedanken anfreunden. Der Ifo-Chef hat als langjähriger Politik-Beobachter sogar ein Rezept, wie sich eine Steuerreform in die Praxis umsetzen ließe, ohne die Staatskasse überzustrapazieren: „Die spürbare Verbesserung der Abschreibungen sollte Priorität haben", sagt er. „Eine Steuersatzsenkung hilft ebenfalls, könnte aber später und schrittweise kommen, um die Gegenfinanzierung zu erleichtern." Denn: Eine Reduzierung des Körperschaftsteuersatzes von 15 auf zehn Prozent, wie viele sie fordern, würde Bund und Ländern pro Jahr gut 23 Milliarden Euro kosten. Uneins sind sich die Experten, ob auch alle Einkommensteuerzahler oder aber nur Normalverdiener entlastet werden sollten. Während Fuest für Variante eins plädiert, verweist Dullien darauf, dass für viele Bürgerinnen und Bürger die Steuern gar nicht das Problem seien – sondern die hohen Sozialabgaben. „Wenn man Normalverdienende entlasten möchte, wäre es zielführender, den Anstieg der Sozialbeiträge durch höhere Bundeszuschüsse zu begrenzen", sagt er. Die von der FDP geforderte Abschaffung des Solidaritätszuschlags hat für die Fachleute dagegen keine Priorität.

Geringere Strompreise

Im Vergleich zu anderen großen Wirtschaftsnationen ist der hiesige Strompreis weiter sehr hoch, was vor allem die energieintensive Wirtschaft belastet oder gar aus dem Land treibt. Weitgehend einig sind sich Parteien und Experten, dass die Netzentgelte, die die Kunden zu zahlen haben, gesenkt werden sollten. Union, FDP und AfD wollen darüber hinaus – mit unterschiedlicher Vehemenz – zurück zur Atomkraft, BSW und Linke plädieren dafür, wieder „billiges" russisches Gas zu kaufen.

Letzteres führt aus Sicht der Fachleute völlig in die Irre. „Russland ist offensichtlich kein verlässlicher Partner", sagt Langenmayr, Fuest spricht von „keiner umsetzbaren Option". Dullien erteilt gleich beiden Forderungen eine Absage: „Weder russisches Gas noch die Wiederinbetriebnahme der abgeschalteten Atomkraftwerke verspricht eine schnelle und nachhaltige Entlastung bei den Strompreisen. Russische Gaslieferungen werden unzuverlässig bleiben, Atomkraftwerke lassen sich nur mit großem Aufwand wieder anfahren." Fuest hingegen hat die Atomkraft noch nicht gänzlich abgeschrieben: Sie könnte aus seiner Sicht den Strompreis sehr wohl drücken, wobei „zu klären wäre, ob das rechtlich umsetzbar ist".

Mehr Fachkräfte

Der Mangel an Arbeitskräften ist für viele Firmen mittlerweile das größte Wachstumshemmnis – noch vor der Steuer- und Abgabenlast und dem Wust aus Vorschriften und Dokumentationspflichten. Nach langem Zaudern haben auch die Parteien das Problem mittlerweile erkannt und überbieten sich mit Vorschlägen: Kürzung des Bürgergelds, um arbeitsfähige Bezieher zur Annahme eines Jobs zu bewegen (Union, FDP, AfD), Schaffung von Anreizen, nach Erreichen der Regelaltersgrenze weiterzuarbeiten (SPD, Grüne, FDP), Einführung einer Steuerprämie für neue Fachkräfte aus dem Ausland (SPD, Grüne, FDP), Erhöhung des Renteneintrittsalters (FDP), mehr Migration (alle außer AfD und BSW).

Dullien hält es für „illusorisch", über Kürzungen des Bürgergelds nennenswert voranzukommen. Schließlich handle es sich bei den Empfängern meist nicht um Menschen, die sich rasch als Fachkräfte einsetzen ließen. Mehr Potenzial sieht der Ökonom bei älteren Menschen. Eine Steuerprämie für Fachkräfte aus dem Ausland dürfte hingegen von vielen Bürgern als ungerecht wahrgenommen werden, so der IMK-Chef. Fuest hingegen hält sowohl eine Kürzung des Bürgergelds als auch Arbeits- und Steueranreize für Rentner beziehungsweise Ausländer prinzipiell für sinnvoll, da sie allesamt „das gesamtwirtschaftliche Arbeitsangebot stärken und damit die Wirtschaftsleistung erhöhen" würden.

Mehr staatliche Investitionen

Die öffentliche Infrastruktur verfällt, der klimagerechte Umbau des Landes stockt, die Digitalisierung kommt nur im Schneckentempo voran. Politiker und Experten fordern deshalb einhellig, dass neben der privaten Wirtschaft auch der Staat viel mehr investieren muss. Die Frage ist nur: Woher nehmen? Im Mittelpunkt steht hier die Schuldenbremse des Grundgesetzes, die die öffentliche Kreditaufnahme stark beschränkt und deshalb aus Sicht von SPD, Grünen, Linken und BSW gelockert werden muss. Alle vier Parteien fordern auch die Wiedererhebung der Vermögensteuer. Union, FDP und AfD wollen dagegen vor allem Ausgaben kürzen.

Hier gehen die Meinungen der Fachleute weit auseinander. Dullien will die Darlehensgrenze der Verfassung erhöhen, einen kreditfinanzierten Sondertopf für Investitionen einrichten oder Letztere bei der Schuldenregel einfach ausklammern. Fuest hingegen befürchtet, dass eine Lockerung der Schuldenbremse „in hohem Umfang zu mehr schuldenfinanzierten konsumtiven Ausgaben führen" würde. Sein Fazit: „Nicht sinnvoll!" Auch die Vermögensteuer hat unverändert Anhänger wie Gegner. „Eine Vermögensteuer belastet die Substanz der Unternehmen. Sie macht auch die Gründung neuer Unternehmen unattraktiv", sagt Langenmayr. Ähnlich Fuest: „Das würde zu einem weiteren Rückgang der Investitionen und der Abwanderung von vermögenden Steuerzahlern aus Deutschland führen. Das Wirtschaftswachstum würde weiter sinken." Dullien dagegen hat keine prinzipiellen Bedenken: Zwar würde die Rückkehr zur Vermögensteuer dem Bund nicht helfen, da das Aufkommen allein den Ländern zustünde. „Auch das wäre aber sinnvoll, weil die Bundesländer ebenfalls Finanzprobleme haben", so der IMK-Chef.

Eine Kürzung der Staatsausgaben würde aus Sicht Dulliens dagegen nicht ausreichen, um die strukturellen Schwächen des Landes zu beheben: „Die Investitionsbedarfe sind wesentlich größer als das, was man durch Kürzungen im Bundeshaushalt realistisch erwirtschaften kann." Und auch Langenmayr sagt: „Grundsätzlich ist ein Umschichten weg von konsumtiven Ausgaben wie Bürgergeld und Rente hin zu mehr Investitionen zu begrüßen." Es komme dabei aber sehr darauf an, welche Ausgaben gekürzt werden, so die Professorin mit Blick etwa auf die Forderung von AfD und BSW, die militärische Unterstützung der Ukraine einzustellen: „Die Hilfe für die Ukraine kann man auch als Investition in unsere Sicherheit sehen."

Mehr Radikalität

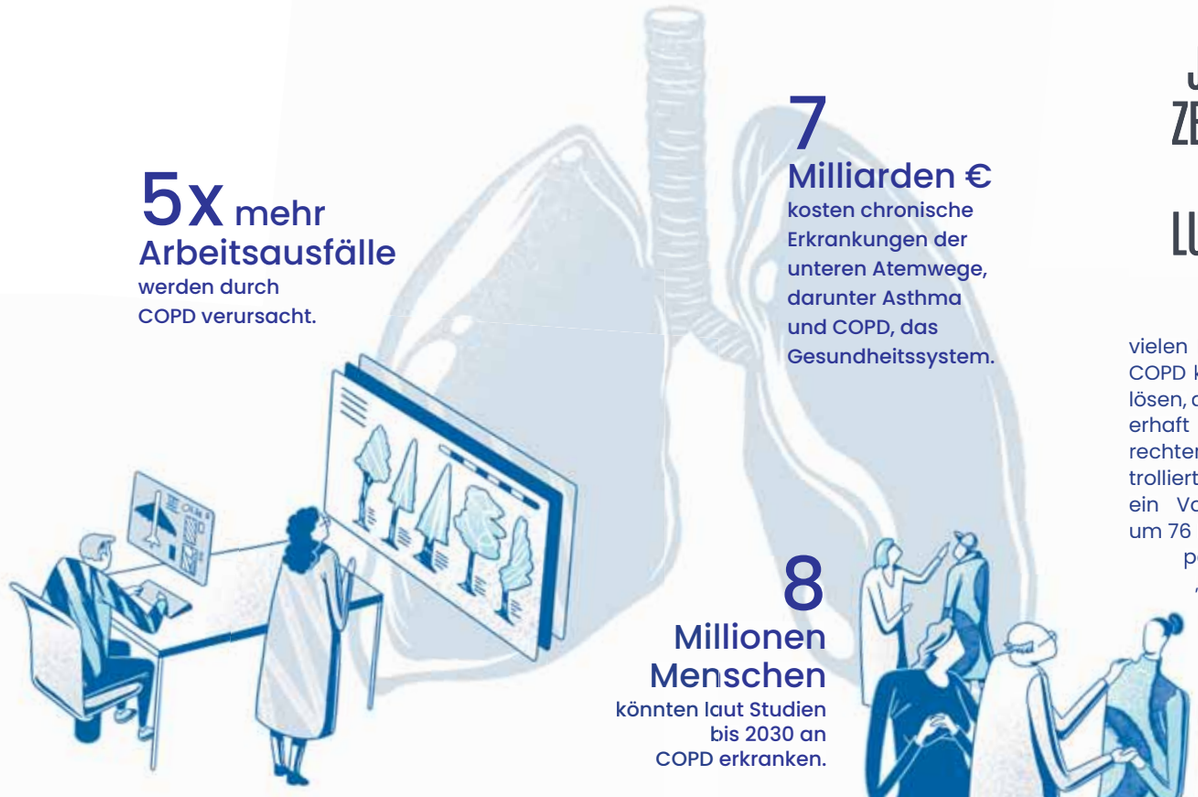
Apropos AfD und BSW: Die beiden Parteien mit dem höchsten Populismusfaktor im Bundestag setzen außer auf konventionelle immer wieder auch auf radikale Rezepte zur Lösung der Probleme: Zu den AfD-Vorschlägen gehören etwa ein Einwanderungs- und Einbürgerungsstopp sowie die Rückkehr zur D-Mark. Auch die Linke hat zuletzt von sich reden gemacht: Sie fordert die Einführung der Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Die befragten Experten können angesichts solcher Ideen nur den Kopf schütteln. „Keiner der Vorschläge hätte eine positive Auswirkung auf die deutsche Wirtschaft – im Gegenteil: Die Rückkehr zur D-Mark wäre für die exportorientierte deutsche Wirtschaft verheerend, eine Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich würde die Lohnkosten erhöhen und den Arbeitskräftemangel verschärfen", sagt Langenmayr. Beinahe wortgleich äußert sich Dullien, der zudem darauf verweist, dass Deutschland wegen der schrumpfenden Erwerbsbevölkerung weiter Einwanderung brauche. Immerhin: Sein Urteil zur Vier-Tage-Woche fällt milder aus. Zwar würde das Vorhaben nicht helfen, die akuten Wachstumsprobleme zu lösen, so der IMK-Chef. Als „gesellschaftliche Vision" aber eigne es sich sehr wohl.

ANZEIGE

WENN DIE LUFT WEGBLEIBT

COPD, Asthma und andere chronische Lungen- und Atemwegserkrankungen verursachen einen hohen Leidensdruck bei den Betroffenen. Aber nicht nur das: Sie belasten auch das Gesundheitssystem. Um die Situation nachhaltig zu verbessern, haben sich Ärzt:innen, Patientenvertreter:innen und Unternehmen aus der pharmazeutischen Industrie in der Initiative „Jahrzehnt der Lunge" zusammengeschlossen und ihre Forderungen gebündelt. Denn sie werden von der Politik zu wenig gehört.



Wenn Rainer S. sich hastig bewegt, kommt die Luftnot. Dann setzt er sich und kontrolliert seine Atemtechnik. Langsam atmet er durch seine leicht geschlossenen Lippen aus, als ob er eine Kerze auspusten würde. Mit der Lippenbremse erhöht sich der Druck in seinen Atemwegen – die Bronchien bleiben länger geöffnet und Rainer S. kann tiefer atmen. Der 78-Jährige hat seit bald drei Jahrzehnten eine chronisch obstruktive Lungenerkrankung, kurz COPD. Seine Bronchienwände sind dicker, seine Atemwege enger als normal – ein Leben ohne Sauerstoffschlauch ist für ihn nicht mehr denkbar. „Heute kann ich besser mit der COPD umgehen, die Angstzustände sind weniger geworden", erzählt er. „Aber die Verschlechterung lässt sich nicht aufhalten." Jetzt im Winter macht ihm die feuchte Außenluft das Atmen schwer. Bei Kälte und Nässe bleibt Rainer S. aus Sorge lieber zu Hause. Um in Bewegung zu sein, setzt er sich auf seinen Heimtrainer und kurbelt gegen seine Krankheit an.

Steigende Fallzahlen und hohe Kosten belasten Patient:innen und Gesundheitssystem

Rainer S. ist einer von über 14 Millionen Deutschen, die von einer chronischen Lungen- oder Atemwegserkrankung betroffen sind – Tendenz steigend. Allein die Zahl der Asthma-Patient:innen ist innerhalb der vergangenen zehn Jahre laut der Deutschen Gesellschaft für Pneumologie und Beatmungsmedizin (DGP) um 17 Prozent gestiegen. Besorgniserregend sind auch die Zunahme von Lungenerkrankungen in anderen Bereichen und ihre Folgen. So leben etwa 64 Prozent mehr Menschen als noch 2010 mit Sauerstoffmangel, beim Schlafapnoe-Syndrom beträgt das Plus in den vergangenen 15 Jahren sogar 92 Prozent.

Anders als bei Herz-Kreislauf- oder Krebserkrankungen fehlt es den Lungenkrankheiten häufig an Aufmerksamkeit. „Wir müssen klarmachen, dass Lungenerkrankungen zu Unrecht stigmatisiert sind – viele denken noch immer, diese seien ausschließlich selbst verschuldet", sagt Professor Claus Vogelmeier, Direktor der Klinik für Innere Medizin mit Schwerpunkt Pneumologie am Universitätsklinikum Marburg. „Daher möchten Betroffene ihre Symptome nicht mit Lungenkrankheiten in Verbindung bringen. Die Dunkelziffer ist hoch – und viele Patient:innen werden zu spät diagnostiziert."

Bessere Prävention und Früherkennung, etwa durch regelmäßige Check-up-Untersuchungen, würde viel Leid und unnötige Kosten sparen. Denn: Eine COPD-Erkrankung beispielsweise verursacht durch Arztbesuche, Medikamente und Therapien pro Jahr Kosten im Durchschnitt von bis zu 10.770 Euro. Arbeitsausfälle und Frühverrentung treiben die indirekten Kosten um bis zu 27.658 Euro indirekte Kosten pro Fall in die Höhe. Das weiß auch Rainer S. nur zu gut: Der gelernte Maler und Lackierer wurde mit 53 Jahren Frührentner. Und allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres musste er fünfmal in die Klinik. Die jährlichen Gesundheitskosten bei COPD-Patient:innen liegen damit um 95 Prozent höher als der Durchschnittswert in der Allgemeinbevölkerung.

Strukturelle Engpässe in der Versorgung erschweren die Behandlung von Lungenpatient:innen

Die politischen Debatten drehen sich vorrangig um die stationäre Versorgung. Patient:innen mit chronischen Erkrankungen werden jedoch in erster Linie ambulant behandelt. Zum Beispiel bei Dr. Jens Becker, Facharzt im Pneumologie Zentrum Lübeck: „Die Probleme sind inzwischen so groß geworden, dass dringend etwas geschehen muss, wenn wir unsere Patientinnen und Patienten noch adäquat behandeln wollen." Becker fährt fort: „Wir beobachten in den Praxen eine rasant steigende Zahl von Menschen mit einer Atemwegserkrankung, haben aber gleichzeitig immer weniger Ressourcen." Wie schlecht Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern abschneidet, wurde erst kürzlich durch den COPD Index der Respiratory Health Initiative bestätigt: Deutschland belegt Rang 28 von 34.

Weil vielerorts Pneumolog:innen fehlen, ist eine optimierte Behandlung umso wichtiger. Deshalb müsse bei innovativen Therapiemethoden zügig agiert werden, fordert Dr. Becker. „Es gibt jede Menge Ideen. Da sich aber nichts von allein bewegt, müssen wir uns dafür einsetzen, dass die Politik moderne Methoden wie Telemedizin möglich macht."

Ein weiterer Lösungsansatz sind Disease-Management-Programme (DMPs). Diese Behandlungspläne dienen dazu, Patient:innen mit chronischen Erkrankungen leitliniengerecht zu versorgen. Aber nur ein kleiner Teil der Lungenkranken ist in den Programmen registriert. „Wir müssen hier bei Ärztinnen und Ärzten sowie bei Betroffenen unbedingt mehr Bewusstsein für die Programme schaffen", sagt Dr. Jens Becker. Aktuell sei jedoch der zugrunde liegende Dokumentationsaufwand oft höher als die positive Wirkung. „Die DMPs müssten neu gestaltet werden. Nämlich so, dass weniger Betroffene stationär behandelt werden müssen und es weniger Arbeitsausfälle gibt. Das eingesparte Geld könnte man sinnvoll in Prämien für die Programmteilnahme stecken."

Lungenkrankheiten früh erkennen, um später Leid und Geld zu sparen

Am besten lässt man es erst gar nicht so weit kommen. Menschen ab 35 haben alle drei Jahre Anspruch auf einen Gesundheits-Check, chronische Lungenleiden werden dabei aber kaum berücksichtigt. Dr. Becker kritisiert, dass bei der Vorsorge nur das Rauchverhalten abgefragt werde. Mit zwei, drei Fragen zu typischen Symptomen wie Atemnot, Husten und Auswurf könnten Lungenbeschwerden frühzeitig diagnostiziert werden. Aber in den Praxen von Hausärzt:innen seien Zeit und Geld begrenzt – also müssen Prioritäten gesetzt werden. „Jede Hausärztin und jeder Hausarzt hat ein Spirometer zur Lungenfunktionsmessung", sagt Dr. Becker. „Aber es wird zu wenig genutzt, weil es komplizierter zu bedienen ist als ein EKG – man braucht geschultes Fachpersonal."

Herz- und Lungenkrankheiten stärker zusammenzudenken wäre ein wichtiger Ansatz. Denn chronische Lungen- und Atemwegs- sowie Herz-Kreislauf-Erkrankungen haben nicht nur gemeinsame Risikofaktoren, sie begünstigen sich in vielen Fällen auch gegenseitig. Eine COPD kann eine Herzschwäche auslösen, da die Lungenerkrankung dauerhaft zu einer Druckbelastung der rechten Herzhälfte führt. Mit unkontrolliertem Asthma steigt das Risiko, ein Vorhofflimmern zu entwickeln, um 76 Prozent. Deswegen fordern Expert:innen auch das geplante „Gesundes-Herz"-Gesetz zu ergänzen und darin chronische Lungenerkrankungen zu berücksichtigen. Eine weitere Forderung mit Blick auf die anstehende Bundestagswahl: ein „Nationaler Aktionsplan Lunge", in dem die verbesserte Früherkennung festgeschrieben wird.

Für eine bessere Prävention muss die Politik zusätzlich gefährdende gesellschaftliche Entwicklungen bremsen. Die Luftverschmutzung führt vor allem in städtischen Gebieten dazu, dass immer mehr Menschen an Asthma und COPD erkranken. Dazu kommt, dass rund 23 Prozent aller Deutschen rauchen – höchste Zeit, Tabakerzeugnisse stärker zu regulieren. „Wir haben einen zu großen Flickenteppich, was den Nichtraucherschutz betrifft", sagt Professor Vogelmeier. „Dafür fehlt mir jedes Verständnis." Auch werde Tabakentwöhnung zu selten angeboten, ergänzt Dr. Becker.

Die COPD bestimmt seit bald 30 Jahren, was Rainer S. zu tun und zu lassen hat. Inhaliert er nicht dreimal täglich oder lässt eine seiner Einheiten auf dem Heimtrainer aus, gewinnt die Krankheit schnell die Oberhand. Er hat aber gelernt, mit ihr zu leben, und gibt seine Erfahrung weiter. Rainer S. leitet mehrere Selbsthilfegruppen, um andere Betroffene nicht allein zu lassen. „Mit der Diagnose bricht erst mal die Welt zusammen", sagt er. „Aber man muss aktiv bleiben – und dabei möchte ich helfen." Ebenso liegt ihm am Herzen, dass die Politik endlich handelt, damit Betroffene und künftige Generationen besser durchatmen können.

Mehr Infos hier:

Das Jahrzehnt der Lunge wird finanziell unterstützt von und kooperiert mit: AstraZeneca | sanofi Die inhaltliche Ausrichtung obliegt den Expert:innen.

V.i.S.d.P.: Miriam Liebelt-Henn, Head of Communication Sanofi-Aventis Deutschland GmbH; Sabine Reinstädler, Head of Public Relations & Communications AstraZeneca GmbH DE-77038/2024 MAT-DE-2404801-1.0-11/2024

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

Ein-Wunder-ung

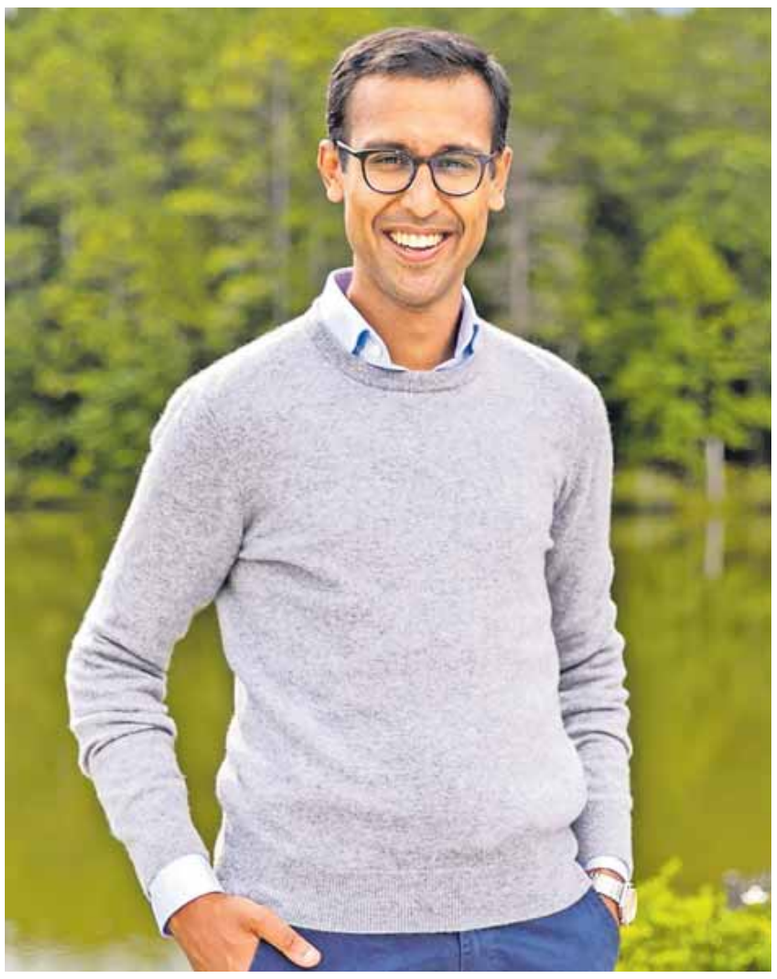
Die Vorreiter der deutschen Medizinbranche heißen Agrawal oder Relógio, Şahin oder Türeci. Das ist kein Zufall.

Von Jonas Junack

Unten klatscht braunes Elbwasser gegen die Hafenkante. Oben pladdert der obligatorische Hamburger Nieselregen gegen die Scheibe. Aus ihrem Büro in der Speicherstadt schaut Angela Relógio direkt auf die Elbphilharmonie. Größer könnte der Kontrast zu ihrer Heimat kaum sein, aber sie mag die Aussicht. Einzig eine Aloe vera, die dem Schreibtisch gegenüber in einem Topf hockt, bringt ein wenig portugiesische Flora in den kleinen Raum. Aber, das wird schnell klar, wenn man mit der Wissenschaftlerin spricht: Die Frage nach dem Wo ist irrelevant, wenn man das Gefühl hat, Teil einer medizinischen Revolution zu sein.

Relógio stammt aus Alentejo, eine Region im Süden Portugals, in der es vor allem den Fluss Tejo, viele Störche und zerfurchte Korkeichen gibt, wie sie sagt. Schon als Kind habe sie ihre Mutter erschreckt, weil sie ständig allerlei Insekten mit sich herumschleppte. Mit sechs bekam sie ihr erstes Mikroskop. Nach der Schule studierte

„Ich wollte nicht unbedingt nach Deutschland."



Mridul Agrawal und Angela Relógio haben zwei Start-ups für Medizintechnik in Deutschland gegründet. FOTOS: DUSTIN CHAMBERS (LINKS); JONAS JUNACK

sie in Lissabon Physik und Maschinenbau und ging um die Jahrtausendwende mit einem portugiesischen Stipendium nach Heidelberg ans European Molecular Biology Laboratory, kurz EMBL. „Ich wollte nicht unbedingt nach Deutschland", sagt Relógio heute, „ich wollte ans EMBL." Ohnehin lebe man in solchen Forschungszentren „wie in einer Blase". Die Teams seien international, in der Wissenschaft werde Englisch gesprochen.

Ein paar Jahre später an der Berliner Charité entwickelte Relógio mit ihrem Team ein Testverfahren, das insbesondere Krebspatienten dabei helfen soll, die effektivsten Zeitpunkte für die Einnahme von Medikamenten zu bestimmen. Dahinter steckt die Erkenntnis, dass jeder Mensch eine Art innere Uhr hat, die im 24-Stunden-Takt verschiedene Körperfunktionen aktiviert und deaktiviert, der sogenannte zirkadiane Rhythmus. Im vergangenen Jahr gründete sie mit ihrem Team das Start-up Time Teller und produziert nun einen Speicheltest, der diese Genaktivität im Tagesverlauf misst.

Relógio ist wichtig, dass ihre Geschichte nicht als repräsentatives Beispiel für Migranten in der deutschen Gesellschaft tauge. Schließlich sei sie ohne jede Not gekommen, nicht geflohen, ja gefördert worden. Und sie hat recht: ein Großteil der Menschen, die aus dem Ausland nach Deutschland kommen, erreicht die Bundesrepublik ohne Stipendium, ohne abgeschlossene Ausbildung als Systemmedizinerin oder europäischen Pass. Aber ihre Geschichte zeugt von einer globalisierten Medizinbranche und Gründerszene, in der Nationalität zur Nebensache geworden ist. Und sie erzählt davon, dass gute Forschungseinrichtungen ebenso gute Leute anziehen, egal welchen Pass sie haben.

Trotz ihrer speziellen Voraussetzungen zählt die Portugiesin auf eine erstaunliche Statistik ein: Menschen mit persönlicher oder familiärer Einwanderungsgeschichte haben einen überdurchschnittlich großen Anteil am Gründungsgeschehen in Deutschland. Der Global Entrepreneurship Monitor des RKW Kompetenzzentrums zeigt, dass Menschen mit Einwanderungsgeschichte hierzulande häufiger zu Gründern werden als jene ohne – in den vergangenen 14 Jahren im Schnitt fast jeder Fünfte gegenüber jedem Zehnten. Warum ist das so?

Eine Untersuchung der Kreditförderanstalt KfW versucht, Antworten darauf zu geben, warum Migranten in Deutschland so einen großen Anteil am Gründungsgeschehen haben. Menschen mit Einwanderungsgeschichte seien risikofreudiger, wenn es um die Unternehmensgründung geht, heißt es dort. Zudem verstärke sich der Effekt selbst, da sie in ihrem Umfeld häufig andere Kleinunternehmer und Gründer haben, die ihnen ein Vorbild sind. Wichtiger sei allerdings auch, dass ihre Chancen auf dem traditionellen Arbeitsmarkt oft begrenzt sind – sei es, weil Abschlüsse nicht anerkannt werden, es an Sprachkenntnissen mangelt oder schlicht aufgrund von Rassismus. Man spricht in solchen Fällen von „Notgründungen".

Die allermeisten Neuankömmlinge in Deutschland starten zunächst als Beschäftigte, nicht als Gründer. Dies führe dazu, dass sie meist in der Branche gründen, in der sie ohnehin arbeiten. Eine qualitative Studie der Hans-Böckler-Stiftung spricht von „Arbeitsfeldern der Ankunft". In diesen sind viele Menschen beschäftigt, die noch nicht lange im Land sind und keinen höheren anerkannten Bildungsabschluss haben. Zu diesen „Arbeitsfeldern der Ankunft" gehören vor allem Dienstleistungsberufe etwa in Gastronomie, Einzelhandel, Sicherheit oder Pflege. Und trotz der überdurchschnittlichen Gründungszahlen gilt: Der Aufstieg aus dem oft migrantisch und von Niedriglöhnen geprägten Dienstleistungssektor bis zur eigenen Unternehmensgründung ist die Ausnahme. Gleichzeitig hat heute mehr als ein Viertel aller in Deutschland praktizierenden Ärzte einen Migrationshintergrund – und nicht wenige von ihnen forschen auch selbst. Es kommen also durchaus auch gut ausgebildete Fachkräfte ins Land und setzen, auch gegen Widerstände, in Deutschland ihre akademische oder berufliche Laufbahn fort.

Menschen wie einst die Eltern von Mridul Agrawal. Ein Videoanruf in Boston. Der Mediziner strahlt in die Kamera. Agrawal wurde 1987 in Berlin-Steglitz als Sohn indischer Eltern geboren und wuchs in Mannheim auf. Besonders wichtig sei es für seinen Lebensweg gewesen, dass er aus einer Medizinerfamilie komme, sagt er. Sein Vater, sein Urgroßvater, sein Onkel und seine Tante arbeiteten alle in diesem Bereich. Und so auch er. Die Zahlen zeigen, dass ähnliche Biografien nicht selten sind. Mehr als die Hälfte aller Gründer mit Einwanderungsgeschichte in Deutschland hat ein Mint-Fach studiert, also ein Fach aus den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik.

„Das klingt jetzt sehr indisch", sagt Agrawal, „aber an der Medizin hat mich schon immer gereizt, dass es ein holistischer, ein dienender Beruf ist." Nach seinem Medizinstudium an der Universität Heidelberg und einem Master in Gesundheitsökonomie zog es ihn in die USA. 2019 gründete er in Mannheim zusammen mit seinem Kollegen Benjamin Hanfstein das Unternehmen Iuvando, ein digitales Rechercheportal, das mithilfe künstlicher Intelligenz Krebspatienten mit passenden klinischen Studien verbindet. Heute hat das Unternehmen 20 Angestellte. Wenn Angela Relógio mit Time Teller den richtigen Einnahmezeitpunkt für ein Medikament bestimmt, organisiert Agrawals Iuvando den Zugang zum neusten Präparat.

Dass beide Produkte aus dem Bereich der personalisierten Medizin, insbesondere im Bereich der Krebsbehandlung, anbieten, ist kein Zufall. Das Geschäft mit Verfahren, die individuell auf jeden Patienten abgestimmt werden, boomt. Die Beratungsgesellschaft EY und der Branchenverband Bio schreiben, dass die Zahl der Beschäftigten der Biotechunternehmen in diesem Jahr um zehn Prozent gewachsen sei und die Marke von 60 000 überschritten habe, vor allem dank der Ambitionen im Kampf gegen Krebs.

Durch die Milliardenerlöse der Corona-Impfstoffe war unter anderem das Mainzer Biotechunternehmen Biontech von den Gründern Uğur Şahin und Özlem Türeci enorm gewachsen – auch zwei berühmten deutschen Gründern mit Migrationsgeschichte. Vor der Pandemie hatten sie sich vor allem in der Krebsforschung engagiert. Dort liegt seit Ende der Pandemie wieder der Fokus, große Kapitalströme fließen in klinische Studien zur Immuntherapie gegen Krebserkrankungen. „Für die medizinische Forschung", sagt Mridul Agrawal, „war die Pandemie der absolute Booster."

Wissenschaftler der Bertelsmann Stiftung haben sich der Frage gewidmet, ob es Menschen mit Migrationsgeschichte schwerer haben, in Deutschland an Wagniskapital zu kommen. Keine der befragten Gründerinnen und Gründer gibt an, damit schlechte Erfahrungen gemacht zu haben. Dennoch kommt eine ältere Studie der Universität Mannheim zu dem Schluss, dass es sehr wohl Stereotype bei den deutschen Kapitalgebern gibt. Gründer aus Ländern mit starker Hightech-Industrie, wie Indien, Japan oder Israel, würden als besonders innovativ angesehen und positiv diskriminiert. Migranten aus anderen Ländern würde eine auf traditionelle Branchen wie Lebensmittel- oder Einzelhandel beschränkte Expertise zugeschrieben.

Hinzu kommt auch bei gute ausgebildeten Einwanderern die Sprachbarriere. Zwar unterstützt das Bundeswirtschaftsministerium explizit migrantische Gründerinnen und Gründer, etwa mit Geldern für das Migrant-Accelerator-Programm, aber amtliche Unterlagen und Anträge werden weiterhin nur in deutscher Sprache herausgegeben und angenommen.

Mit Agrawals Umzug in die USA peilt Iuvando die Expansion auf dem amerikanischen Markt an. Nirgendwo werden so viele klinische Studien vorgenommen wie hier, an kaum einem Ort sitzen mehr Investoren. Ohne Wagniskapital könnten viele Biotechunternehmen gar nicht starten, sagt Agrawal. Und dennoch warnt er:

„Angela, das Wetter ist doch so schlecht", warnte Habeck

Gründer würden oftmals das Blaue vom Himmel versprechen, um an Geld zu kommen, ohne irgendein funktionierendes Produkt zu haben. Er setzt eher auf Wachstum durch Umsätze statt durch Fremdkapital. Iuvando finanziert sich bisher ausschließlich aus Partnerschaften mit Versicherungen und Pharmaunternehmen.

Auch Time Teller kommt bisher ganz ohne risikofreudige Investoren aus. Das Geld kommt aus staatlichen und europäischen Förderprogrammen. Der Speicheltest ist bereits als Medizinprodukt zertifiziert – nur für die Krebsmedizin ist er bisher nicht zugelassen. Relógio ist heute eher Unternehmerin als praktizierende Forscherin. Aber bei einer Tour durch die Laborräume der Hamburg Medical School, in denen auch Time Teller forscht, referiert sie immer noch präzise und in Hochgeschwindigkeit über den Inhalt diverser Gefrierschränke und Plastikröhrchen.

Anfang November war sie das letzte Mal in Portugal. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hatte sie und eine Reihe anderer Gründerinnen eingeladen, ihn bei seinem Besuch der Web-Summit-Tech-Konferenz in Lissabon zu begleiten. Das war gut, sagt Relógio, denn gemeinsam mit der Delegation von Gründerinnen habe sie eine ganze Liste von Forderungen an den Wirtschaftsminister erarbeitet, um insbesondere Frauen das Gründen in Deutschland zu erleichtern. Mit Quoten für staatliche Fonds beispielsweise. Auch eine bessere Kinderbetreuung fordert die zweifache Mutter.

Als der Regierungsflieger wieder in Berlin gelandet war, habe der Schleswig-Holsteiner Habeck sie gefragt, wieso sie die Sonne Lissabons gegen das Hamburger Schietwetter eingetauscht habe. „Angela, das Wetter ist doch so schlecht", habe er gesagt. Relógio lacht, wenn sie daran zurückdenkt. Es gibt Gründe dafür und dagegen, nach Deutschland zu migrieren. Für Relógio zählt das Wetter nicht dazu.

Die Hölle, in der die Ideen verschmoren

Große Firmen sind von Natur aus behäbig. Doch manche schauen sich etwas von Start-ups ab. Wie das gelingen kann.

Jean-Paul Sartre schrieb einmal: „Die Hölle, das sind die anderen." In seinem Drama „Geschlossene Gesellschaft" hocken drei Protagonisten in einem kleinen Raum aufeinander und peinigen einander. Stellt man sich einmal vor, es würde sich statt um drei um Hunderte oder gar Tausende Menschen handeln, fände man sich im Großraumbüro eines Großkonzerns wieder: Neonbeleuchtung, hässliche Tassen in der Kaffeeküche und zu viele Meetings, in denen einer sagt: „Das haben wir doch schon immer so gemacht!"

In den USA gibt es für diese spezielle Art der Hölle den Begriff Corporate Hell. Gemeint ist damit die Hölle, in die Ideen zum Sterben gehen. Und sie liegt geradezu in der Natur eines Großkonzerns. Es ist schließlich so, dass jedes Unternehmen mit einer guten Idee und ein paar motivierten Menschen startet, dann wächst, bis die Führungskräfte nicht mehr alle Mitarbeitenden beim Namen kennen. Die größten Egos werden Chefs, und es entstehen immer mehr Abteilungen, die eher gegeneinander als miteinander arbeiten.

„Die Organisationsstruktur großer multinationaler Unternehmen behindert es tendenziell, dass disruptive Ideen entstehen oder, wenn sie denn entstehen, über die Projekt- oder Konzeptphase hinauskommen", sagt Marcel Tietjen, Partner bei der Unternehmensberatung Bearingpoint mit Fokus auf die digitale Transformation. Auch Menschen in Konzernen haben hin und wieder eine gute Idee, das schon. Eine Idee aber ist ein zartes Geschöpf. Um zu gedeihen, braucht sie Freiraum, Nahrung und sehr viel Kraft – und die wenden Menschen im Konzern oft für andere Dinge auf. „Die Freigabe, den Status quo infrage zu stellen, muss im Konzern von ganz oben kommen", sagt Maresa Schleich, die sich bei der Unternehmensberatung PwC mit Innovationen befasst. „Man muss Strukturen aufbrechen, damit Ideen generiert und dann auch umgesetzt werden." Es helfe, auch bewusst mal außerhalb des Unternehmens zu schauen, welche Lösungen es am Markt gebe und welche anderen Ideen.

Nun ist es so, dass kein Chef etwas gegen Innovationen hat. Niemand will schließlich Nokia sein: vor mehr als einem Jahrzehnt noch Handy-Weltmarktführer und nun bedeutungslos. Oder Kodak: Der einstige Fotofilm-Marktführer entwickelte sogar eine eigene Digitalkamera. Aber die Idee eines Kodak-Ingenieurs sah intern niemand als mehr als eine nette Nischenidee an. Man wurschtelte einfach weiter wie immer. Bis das nicht mehr ging. Solche Beispiele aus der Corporate Hell gebe es viele, denn noch schwerer, als eine Idee zu entwickeln, ist es, ein Geschäftsmodell infrage zu stellen, das ja noch funktioniert und in das man schon Milliarden investiert hat – insofern stehe der deutschen Wirtschaft oft der eigene große Erfolg der Vergangenheit im Weg, sagt Unternehmensberater Tietjen. „Start-ups rümpfen gerne die Nase über die Ideenlosigkeit von Konzernen, aber sie haben ja auch kein Erbe, dem sie verpflichtet sind." Start-ups mit ihrer Wendigkeit und Kreativität sind für viele Menschen in Konzernen ein Sehnsuchtsort. Darum haben viele Unternehmen Konzepte, um sich von Start-ups etwas abzuschauen: Entweder übernehmen die großen Unternehmen eine kleine Firma nach der anderen und schlucken deren Produktideen und besten Köpfe, die Strategie ist zum Beispiel bei US-Techkonzernen beliebt. Oder sie beteiligen sich an den Start-ups und binden sie so an sich, oft zieht das Start-up dann in Räume, die dem Konzern gehören. Oder es gibt eigene Abteilungen im Konzern, die selbst Start-ups ausgründen sollen, also eigenständig arbeiten dürfen. Je nach Konzern tragen die Programme Namen wie Entrepreneurship, Venture Builder oder Ideenlabor. „Es gibt ganz wenige Unternehmen, die es auch aus sich selbst heraus schaffen, über Jahrzehnte hinweg innovativ zu sein", sagt Schleich von PwC. „Darum arbeiten sie so gerne mit Start-ups zusammen und passen deren Ideen dann so an, dass sie genau liefern, was das große Unternehmen braucht."

„Start-ups haben kein Erbe, dem sie verpflichtet sind."

Ortsbesuch in Berlin. Im ehemaligen Post-Fernamt, wo 1929 das „Fräulein vom Amt" per Hand Telefonate vermittelte, gibt es nun Kicker-Tische, einen eigenen Coffee Shop und viel Pink. Der alte ehemalige Staatskonzern und Monopolist Telekom hat hier im jungen, hippen Berlin weit weg von der Telekom-Zentrale im alten Bonn die sogenannten T-Labs angesiedelt, die Telekom Innovation Laboratories. Seit 2004 tüfteln die T-Labs mit Universitäten und Start-ups aus der halben Welt zusammen an Zukunftsthemen wie der Quantenkommunikation. Damit können Hacking-sichere Kommunikationsnetzwerke hergestellt werden. Ein anderes Forschungsthema sind etwa digitale Zwillinge, also virtuelle Kopien. Oft werden die neuen Technologien für das Konzernergebnis erst in ein paar Jahren relevant, manchmal aber bringt die Idee nie Profit für den Konzern, gelegentliches Scheitern ist eingepreist. Stichwort Fehlerkultur.

Ausrangiert: Für große Unternehmen ist es schwieriger, innovativ zu bleiben, als für kleine Start-ups. FOTO: IMAGO/BUSSE

„Die Entscheidungsträger in Bonn haben vor 20 Jahren erkannt, dass wir schneller werden müssen", sagt Riccardo Pascotto, der bei den T-Labs der Verbindungsmann zu Start-ups und Forschern ist. Die Telekom-Märkte bewegten sich schließlich auch schnell, der deutsche Konzern wollte nicht abgehängt werden. Und dazu wollte man früh dabei sein, wenn neue Techniktrends entstehen, 5G oder Surfen im Flugzeug zum Beispiel. Über die Jahre habe sich die Aufgabe der T-Labs leicht verändert, die Aufträge sind wieder näher an das Kerngeschäft gerückt, allzu esoterisch darf die Innovationsarbeit in Berlin nicht sein, erzählt Pascotto. „Wir haben den Forschungsauftrag, auch mal über den Tellerrand zu schauen, aber wir machen nichts einfach so, weil wir Lust dazu haben", sagt er. „Wir sind schon sehr fokussiert auf die strategischen Kernthemen und dann auch die Umsetzung in Prototypen."

Im ersten Stock des alten Gebäudes in Berlin gibt es einen dunklen, warmen Raum, in dem das „Quantum Lab" zu Hause ist. Die Klimaanlage schnurrt, denn hier stehen viele blinkende Computer, die miteinander kommunizieren, und ein neuer Apparat, eine Photonen-Pumpe, die Hitze ausstößt und es gleichzeitig nicht verträgt, wenn der Raum mehr als 25 Grad hat. Hier forscht das Quantentechnik-Team der T-Labs mit externen Wissenschaftlern und Gründern aus verschiedenen Ländern daran, wie man Netzwerke sichern kann, wenn es Quantencomputer gibt, die so stark sind, dass sie jedes Passwort knacken können. „Jetzt wirkt das wie Zukunftsmusik, aber in wenigen Jahren werden wir diese Technik brauchen", sagt Pascotto.

Oft läuft es so ab, dass aus der Bonner Zentrale ein Problem oder eine erste Idee gemeldet wird. Pascotto entwickelt daraus eine sogenannte Challenge und verbreitet über soziale Medien und diverse Uni- und Start-up-Netzwerke den Aufruf, Lösungen vorzuschlagen, zum Beispiel wie künstliche Intelligenz das Netzwerkmanagement der Telekom verbessern kann. Manchmal reichen Hunderte junge Firmen Vorschläge ein, die besten werden ausgewählt, die Telekom vergibt Aufträge oder kauft Anteile. „Das Ziel ist ein Win-win", sagt Pascotto. „Wir bekommen tolle Ideen, die manchmal so aus einer Nische kommen, dass wir das gar nicht selber entwickeln würden. Und für Start-ups ist es natürlich super, wenn sie mit der Deutschen Telekom als Kunden zusammenarbeiten können." Gut 80 Menschen arbeiten fest bei den T-Labs, hinzu kommen viele Projekt-Mitarbeitende, teils von den Partner-Universitäten. Und im Übrigen sei ihm wichtig zu betonen, sagt Pascotto, dass Innovationen natürlich auch an vielen anderen Stellen der Telekom stattfinden dürfen und nicht nur in den T-Labs.

Innovationen in der Konzernzentrale zu entwickeln, ist aber schwerer als in kleineren Einheiten, sagt Unternehmensberater Tietjen. Eine echte Innovation erfordere meist, dass Menschen aus verschiedenen Abteilungen im Unternehmen zusammenarbeiten, also Forschung und Entwicklung, Produktion, Einkauf, Kundenservice und so weiter. Um die Idee groß zu machen, müsste jede Abteilung eigentlich Menschen und Geld dafür zur Verfügung stellen, aber alle haben sowieso schon zu viel zu tun, und das Budget ist knapp. „Darum fokussieren sie sich darauf, in ihrer Abteilung oder ihrem Bereich möglichst gut dazustehen", sagt Tietjen. Silodenken nennt man das. „Innovationen erfordern meistens Zusammenarbeit und Zielvereinbarungen über die Silos hinweg."

Die T-Labs oder die anderen Innovationsausgliederungen der Großkonzerne, ob sie nun Mindbox oder Start-up-Garage heißen, sollen die Silos durchbrechen. Bei der Telekom funktioniert es: Die T-Labs melden seit ihrer Gründung im Schnitt jeden vierten Tag ein Patent an. **Kathrin Werner**

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

XM Cyber

A Brand of Schwarz Digits

Wir schützen die Besten.

XM Cyber schützt nicht nur traditionsreiche Familienunternehmen und Weltmarktführer vor Cyberangriffen, sondern auch Ihr Unternehmen oder den öffentlichen Sektor.

adesso

Privatmolkerei Bechtel Milchtradition seit 1908

Collonil COVER-CLEAN-CARE-COMFORT

DATAGROUP

Dr. Oetker

DÜRR

FC Bayern München

Frankfurter Echt Brandenburg

HORSCH

HPA Hamburg Port Authority

interstuhl

Kaufland

KÄRCHER

prezero

Rausch

sana

SCHUNK Hand in hand for tomorrow

STIHL

Thalia

VfB 18 93

XM Cyber analysiert 24/7 alle Schwachstellen Ihrer Infrastruktur aus Sicht der Angreifer und zeigt auf, wie Sie effizient den Schutz Ihrer wichtigsten Daten und Systeme erhöhen. Beheben Sie dann priorisiert und in einem Schritt zahlreiche Schwachstellen, Fehlkonfigurationen und vieles mehr mit der führenden Lösung für Continuous Threat Exposure Management (CTEM). XM Cyber läuft auf der vertrauenswürdigen und sicheren STACKIT Cloud aus Deutschland.

xmcyber.com

See All Ways™

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

Der Tüftler Nummer 1

Daniel Düsentrieb ist das Urbild des Erfinders. Was das Land von ihm und Helferlein lernen kann.

Von Martin Zips

Drohen unserem Land die Erfinder auszusterben? Die Zahl der Patentanmeldungen gehe immer weiter zurück, darauf hatte Ende Oktober das Deutsche Patent- und Markenamt hingewiesen. Politik und Wirtschaft sollten sich daher wieder mehr um die Förderung kreativer Köpfe kümmern. Und, komisch, als wir das hörten, da haben wir gleich an Daniel Düsentrieb gedacht.

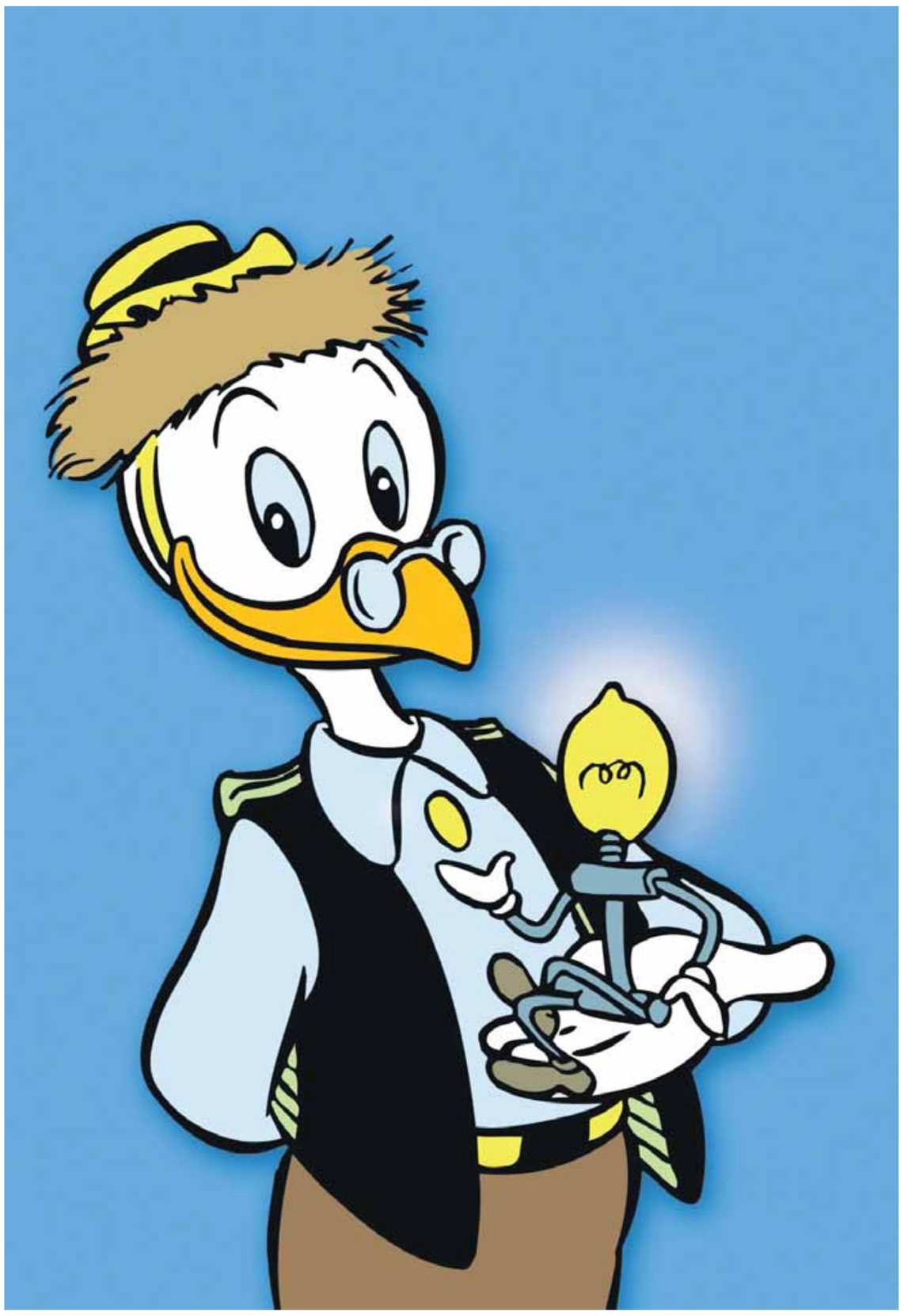
In Disneys Entenhausen nämlich, da gibt es diese Kraft, die stets das Gute will, auch wenn sie manchmal Unsinn schafft. Seinen deutschen Namen hat der Erfinder, der im Orginal „Gyro Gearloose" heißt, also etwa „Kreisel Schraubelocker", von Erika Fuchs, erschaffen wurde er im Jahr 1952 von Disney-Zeichner Carl Barks. In der ersten Geschichte „Eine peinliche Enthüllung" versucht Düsentrieb bereits mittels einer Hüpfstelze und eines ihm umgeschnallten Holzfasses, Sahne in Butter zu verwandeln. Das war schon nicht schlecht. Aber auch nach 7000 weiteren Comic-Auftritten bleibt er ein überaus produktiver Geist. Mal erfindet er die behaarte Türklinke, dann den Kaffeetassenhebekran oder eine Kopfkratzmaschine. Aber auch die Panzerknacker bedienen sich gelegentlich seiner Neuentwicklungen, vor allem, wenn sie mal wieder versuchen, an Onkel Dagoberts Geld zu kommen.

Es ist ja so: Erfindertum hat immer zwei Seiten, eine gute und eine schlechte. Die Techno-Hose von „Wallace und Gromit" etwa, Freunde des Knetgummifilms erinnern sich, machte Wallace zum unfreiwilligen Einbrecher, und in Joe Dantes Film „Gremlins" von 1984 treibt ein Mann namens Peltzer mit den von ihm entwickelten Haushaltsgeräten seine Familie fast in den Wahnsinn. Ähnlich ist es auch mit Caractacus Pott, dem es in Ian Flemings „Chitty-Chitty-Bang-Bang" zwar gelingt, ein kaputtes Auto zum Fliegen und Schwimmen zu bringen, andererseits aber zeichnet Pott für innovative Lutschpfeifen verantwortlich, deren Geräusche Straßenköter anlocken – und das kann recht lästig sein. Doch wo sind sie in Deutschland geblieben, die Leute mit Visionen? Die Einsteins und die Daimlers? Düsentrieb weist – obwohl halb Huhn, halb Mensch – eine gewisse Ähnlichkeit mit US-amerikanischen „Garagenerfindern" wie Bill Gates oder Steve Jobs auf. Zum Glück ist er kein gefährlicher Doktor Frankenstein, nur manchmal ein bisschen zerstreut. Mit Dingen wie dem Brotschmierapparat oder einem Telefon mit eingebautem Bügeleisen möchte er – das ist sein eigentlicher philanthropischer Antrieb – den Entenhausenern ihren Alltag erleichtern. Manchmal erinnert er auch an Professor Lucifer Gorgonzola Butts, der in den Comics des US-amerikanischen Cartoonisten Reuben L. Goldberg zwar nur Nonsensmaschinen hinbekommt, die aber zumindest lustig sind. Und er erinnert an Hergés fürchterlich zerstreuten, aber liebenswerten Balduin Bienlein aus den „Tim und Struppi"-Heften. Und das, was für Wilhelm Buschs Dichter Balduin Bählamm die Ruhe ist, das ist für Düsentrieb die Denkkappe – eine Mischung aus Hut und Nest, die ihm eine gute Konzentration ermöglicht. Sobald er sich die Denkkappe aufsetzt, kann er fast alle Probleme lösen. Zumindest dann, wenn die drei Vögel, die in der Mütze leben, nicht ausgeflogen sind.

Ausgerechnet eine KI steht hier für Menschlichkeit und Werte

Noch richtungsweisender für die Zukunft des Erfindertums ist vielleicht „Little Helper", Düsentriebs Freund. Carl Barks stellte ihm die Figur, auf Deutsch heißt sie „Helferlein", ab 1956 zur Seite und nahm damit bereits lange vor Sam Altman, das Thema „Künstliche Intelligenz" vorweg. Der gesichtslose Kleinroboter nämlich, ursprünglich eine defekte Lampe, die Düsentrieb zur Reparatur vorbeigebracht wurde, ist zwar optisch kaum mehr als eine Glühbirne mit Metallstäben und Gummiringen. Doch umreißt sie bereits all das, was längst nicht nur Siri, Alexa und ihre Freunde für den heutigen Menschen darstellen: Denn „Little Helper" ist nicht nur Roboter, er (oder sie oder es) ist auch Ansprechpartner und Problemlöser. Vor allem aber ist er: ein guter Charakter, der nicht an Geld, Erfolg oder Macht interessiert ist.

Ausgerechnet eine KI steht hier also für Menschlichkeit und Werte, zum Beispiel wenn Helferlein seinen Erfinder bei Krankheit pflegt oder ihm seine Sachen aufräumt. Das Glühbirnen-Kunstwesen scheint zudem deutlich besser programmiert zu sein als der ein oder andere Rasenroboter, welcher in deutschen Vorgärten dieser Tage auf Igeljagd geht. So schiebt Helferlein zum Beispiel mit einem von ihm entwickelten Mini-Boot Düsentriebs kaputtes Motorschiff übers Meer, rettet ihn vor dem Ertrinken oder vor Riesen, Bären oder bösen Krähen.



Wo sind sie in Deutschland geblieben, die Leute mit Visionen? FOTO: ©2024 EGMONT EHAPA MEDIA/DISNEY

Das Jahr, in dem „Little Helper" erstmals in den Disney-Comics auftauchte, war übrigens ausgerechnet das Jahr, welches auch als Geburtsstunde der künstlichen Intelligenz in die Geschichte einging: 1956 traf sich auf der Dartmouth Conference in New Hampshire erstmals eine Gruppe internationaler Wissenschaftler, die den automatischen Computer zum Thema hatte. Damals hätte die Sache eben noch anders ausgehen können als in Richtung Kampfdrohne oder KI-generierter Fake News. Nehmen wir beispielsweise „Posty", Düsentriebs zweifüßigen Briefkasten: Er bringt seinem Besitzer die Post persönlich vorbei und ist damit deutlich sympathischer als jedes nervtötende Handy. Oder Düsentriebs wunderbares Luft-Taxi in Untertassenform! Es bietet keinen einzigen Hinweis auf einen möglichen Einsatz in irgendeiner militärischen Spezialoperation, sondern dient allein zur luftigen Fortbewegung durch Entenhausen. Auch die von Düsentrieb entwickelte Gedächtnisschwundpille könnte man in der heutigen Zeit gewinnbringend einsetzen. Etwa um dem Hass in den sozialen Medien ein paar emotionale Spitzen zu nehmen oder um als Politiker cool zu bleiben. Glücklich ist, wer vergisst!

Bis auf Weiteres aber muss sich die Menschheit eher mit Typen wie Emil Eagle (zu Deutsch: Hugo Habicht) herumschlagen, der in den Disney-Comics zwar auch ein großer Erfinder ist, aber seine Ideen immer nur für irgendwelche Gemeinheiten einsetzt. Damit befindet er sich in bester Tradition auch zu anderen als durchaus gefährlich einzustufenden Exzentrikern wie Jules Vernes „Kapitän Nemo", Robert Louis Stevensons „Dr. Jekyll und Mr. Hyde", H. G. Wells „Doktor Moreau" – und klar, wer denkt jetzt nicht auch an Elon Musk, dessen Automarke den Namen eines auch irgendwie merkwürdigen Tüftlers trägt: Nikola Tesla pflegte eine offene Abneigung gegenüber übergewichtigen Menschen. Heute wäre er unter Donald Trump wahrscheinlich Bildungsminister.

Sie sind Erfinder, die man auch gerne als Freunde oder Nachbarn hätte

Daniel Düsentrieb und sein Helferlein hingegen befinden sich eher in der Tradition des lebenslustigen Grafen von Rummelsdorf aus André Franquins „Spirou und Fantasio"-Comics. Der ist zwar auch irgendwie verrückt, aber nicht so gemein wie sein Gegenspieler und Studienkollege Zyklotrop. Es käme ihm auch niemals in den Sinn, so wie Professor Frink bei den „Simpsons", einen zerstückelten Verwandten wieder zusammenzuflicken oder ähnlich unappetitliche Dinge zum Zwecke der Forschung und des eigenen Ruhms auszuprobieren. Vielleicht sind Düsentrieb und Helferlein in ihren Erfindungen nicht ganz so genial wie ein Professor Farnsworth aus der Zeichentrickserie „Futurama". Doch gegen sie als Freunde oder Nachbarn hätte man wirklich nichts einzuwenden. Weil bei ihnen – trotz aller künstlichen Intelligenz – das Menschliche überwiegt.

Und das könnte ja die Lösung sein, wenn es mal wieder um die Frage geht, wie man die Tüftlerzahlen in Deutschland in die Höhe treiben könnte: Man sollte eine spezielle Förderung für all jene Kreative ausloben, die – trotz eines kleinen Hangs zur Exzentrik – sich vor allem dem Humanismus, der Warmherzigkeit und der Güte verpflichtet sehen. Im Kampf gegen fürchterliche Digital-Kreuzritter und nicht mehr kontrollierbare Schwarmdrohnen könnten sie einen hervorragenden Beitrag leisten, zur Rettung der Menschheit.

„Hätte ich in diesem Alter aufgehört, gäbe es meine Erfindung nicht"

Richard Oberle hält nichts vom Ruhestand. Er ist 85 Jahre alt und hat eine Technik entwickelt, die den Autobau revolutioniert.

Schon morgens um sieben hing Richard Oberle am Telefon, um einen Kollegen in Texas zu schulen, der das Wissen an Beschäftigte im dortigen Tesla-Werk weitergeben soll. Vier Stunden später sitzt Oberle entspannt in einem Café in Dießen am Ammersee und formuliert umgeben von Grünpflanzen, Zinnsoldaten und Weihnachtsdeko Gedanken über Rentenpolitik: „Leute mit 65 oder 67 in den Ruhestand zu schicken, halte ich in vielen Fällen für irrsinnig, da geht so viel Expertise verloren." An ihm sei das Thema Ruhestand jedenfalls vorbeigegangen. „Hätte ich in diesem Alter aufgehört, gäbe es meine Erfindung nicht." Oberle ist 85 Jahre alt.

Europäischer Erfinderpreis für die Giga-Press

Die Erfindung seines Lebens habe „das Potenzial, die Automobilindustrie zu revolutionieren", sagt das Europäische Patentamt. Gemeinsam mit seinem italienischen Ingenieurskollegen Fiorenzo Dioni hat Oberle die größte Aluminium-Druckguss-Maschine der Welt entwickelt: Im Vollausbau ist sie zwei Stockwerke hoch, 25 Meter lang, zehn Meter breit. Die „Giga-Press" ermöglicht es auch dank ihrer außergewöhnlichen Presskraft, den Unterboden eines Autos aus drei großen statt aus 50 oder 60 kleineren Teilen zu fertigen, die wiederum von mehreren kleineren Druckgussmaschinen einzeln hergestellt werden müssen. Dabei wird bis zu 60 Prozent weniger Aluminium verbraucht, und auch der Energieeinsatz ist geringer. Weil also Montagezeit, Material, Aufwand und damit Geld gespart werden, griff der US-Elektroautobauer Tesla zu. Auch an Volvo würden demnächst die ersten Maschinen ausgeliefert, erzählt Oberle, mit Hyundai und Toyota seien die Verkaufsgespräche weit fortgeschritten. Die deutschen Autobauer zögern – warum, darüber wird noch zu reden sein.

Für ihre Giga-Press wurden Oberle und Dioni mit dem diesjährigen Europäischen Erfinderpreis ausgezeichnet, den das Europäische Patentamt vergibt. Eine Jury unter Vorsitz von Wolfgang Heckl, dem Generaldirektor des Deutschen Museums in München, hatte ihre Erfindung unter 550 Bewerbungen aus 75 Ländern in der Kategorie Industrie ausgewählt. „Die für die Fertigung von E-Autos entwickelte Druckgussmaschine ist ein wichtiger Schritt hin zu weniger Ausschuss, weniger Energieverbrauch und weniger CO_2-Emissionen im Automotive-Sektor", so die Begründung.

Die Auszeichnung krönt auch das ungewöhnliche Berufsleben des Ingenieurs Richard Oberle, der vieles kann und will, aber eines nicht: aufhören. Gewiss, mit 85 Jahren folgt er keinen festen Arbeitszeiten mehr und ist inzwischen häufiger auf dem Golfplatz anzutreffen. Aber das Nachdenken kann ihm niemand verbieten. „Wenn ich zum Beispiel mit dem Auto fahre, dann kommen mir viele Gedanken und Ideen, die ich anschließend notiere", erzählt Oberle. Und bei Bedarf gibt er – siehe nicht nur das Beispiel Texas – sein Wissen gerne weiter. Bis heute ist er Berater der norditalienischen Giga-Press-Herstellerfirma Idra. Der Begriff „Ruhestand" hat für Richard Oberle keine Bedeutung.

Nach Italien zog es ihn Ende 1973. In einer Zeit also, als der Arbeitskräftetransfer (Stichwort: „Gastarbeiter") zwischen beiden Ländern eigentlich nur in die Gegenrichtung stattfand. Geradezu geschockt seien Familie und Freunde gewesen, als er Ende 1973 mit seiner Frau nach Brescia übersiedelte, erzählt Oberle. Obwohl das Paar in Elsenfeld, einer unterfränkischen Landgemeinde unweit von Aschaffenburg, bereits ein Haus gebaut hatte. Oberle stammt aus dem Ort, sein Vater war Fabrikarbeiter und Nebenerwerbslandwirt, seine vier Brüder landeten fast alle beruflich am Bau. Er selbst hatte nach Volksschule, Fabrikjahren mangels Lehrstelle, dann einer Werkzeugmacherlehre und schließlich einem berufsbegleitenden Ingenieursstudium bei der Firma Reis im Elsenfelder Nachbarort Obernburg angeheuert. „Ich hatte da eine sehr gute und schöne Arbeit, alles war gut. Aber mir wurde klar: In diesem Job siehst du wenig von der Welt", erzählt Oberle.

Also wechselte er nach zehn Jahren bei Reis zu Idra nach Brescia. „In Norditalien gab es damals schon sehr viele sehr gute Maschinenbauer", sagt Oberle. Acht deutsche Mitarbeiter seien sie in seiner Anfangszeit bei Idra gewesen, „sieben davon waren nach drei Jahren wieder weg". Er blieb, wechselte 1979 zum US-Maschinenbaukonzern Parker Hannifin, arbeitete aber weiter von Italien aus. Als technischer Verkaufsleiter für Italien, und als Experte für Druckguss darüber hinaus. In der Zeit lernte er Fiorenzo Dioni kennen. „Er hat eine enorme Erfahrung auf der mechanischen Seite, ich in der Hydraulik", erklärt Oberle. Die beiden wurden ein kongeniales Team. „Wir können uns hundertprozentig aufeinander verlassen." Die beiden lösten ein ständiges Problem, nämlich dass Maschinen in der Teileproduktion häufiger stillstanden oder auch mal länger ausfielen. Dafür wurden Ventile verantwortlich gemacht. „Ich habe erkannt, dass das Problem nicht beim Ventil selbst lag, sondern darin, wie es von der Steuerung behandelt wird", erzählt Oberle. Er erfand dafür eine Lösung und ließ sie sich patentieren. Da war er bereits in den Siebzigern.

Ans Aufhören hatte er ohnehin nie gedacht. Als seine erste Frau 2011 plötzlich starb, habe ihm die Arbeit über ihren Tod hinweggeholfen, sagt Oberle. Mit seiner zweiten Frau, einer Schweizer Opernsängerin, die lange an der Münchner Staatsoper sang, lebt er einen Teil des Jahres in Dießen, den anderen in Brescia. „Das Leben in Norditalien hat mich bereichert", sagt er. Bei Idra ließen sie ihn einfach machen, erzählt Oberle. 2016 heuerte er dort als Berater wieder an, im Alter von 72 Jahren. „Bei Idra hat mich bis heute nie jemand gefragt, wie alt ich bin", sagt er.

Einfach machen, sich etwas zutrauen, nicht starr werden aus Angst vor Fehlern – das sei die Kultur dort, die ihm in Deutschland oft fehle, sagt Richard Oberle. „Es gibt viele tolle Techniker und Ingenieure in Deutschland, die mit ihren tollen Ideen von Vorgesetzten ausgebremst werden", sagt er. „Die werden von oben zugemüllt mit Berichten, die sie schreiben müssen" – und verlören mit der Zeit an Dynamik und Elan.

Zu viele Controller gebe es, zu viele Vorsichtige statt Wagemutige und solche, die auch einmal ins Risiko gehen. Von Elon Musk möge man halten, was man wolle, sinniert Richard Oberle im Dießener Café, aber in Sachen Giga-Press hätten Tesla und Musk „mutig und schnell reagiert, obwohl das Risiko bestand, viel Geld zu verlieren. Man ließ sich trotzdem nicht abbringen". Oberle schätzt, dass in den Tesla-Werken inzwischen etwa 20 mittlere und große Giga-Press-Maschinen laufen, auch in jenem in Grünheide bei Berlin.

Richard Oberle (rechts) hat die Giga-Press mit einem Kollegen erfunden. Das Gerät spart Montagezeit, Material, Aufwand und damit Geld, Tesla griff bereits zu. FOTO: EUROPEAN PATENT OFFICE

„Die deutschen Hersteller sind sehr vorsichtig."

Und die deutschen Autobauer? „Alle namhaften Hersteller waren in Brescia und haben sich unser System zeigen lassen", sagt Oberle. Gekauft hat es bislang kein einziger. Womöglich scheuen sie den Investitionsbedarf, mutmaßt er, eine Giga-Press koste „einen mittleren zweistelligen Millionenbetrag". Hinzu kämen noch einige periphere Geräte. Häufig fehle es auch an einer Produktionshalle, die groß genug für das alles sei. „Die deutschen Hersteller sind im Moment sehr vorsichtig mit Investitionen in dieser Größenordnung", sagt Oberle. Sie hätten „das Problem, dass sie die Kurve zur E-Mobilität kriegen müssen, ohne das Erreichte zu gefährden".

Was er persönlich erreicht hat, will Richard Oberle in Zukunft mehr genießen. Er wird das Konstruieren und Beraten nicht ganz lassen, aber dennoch etwas kürzertreten, sagt er. Nicht aus Selbstzweck oder wegen einer Alterszahl. Sondern der eigenen Fitness wegen. Fünf Stunden auf dem Golfplatz und dabei alle Löcher ablaufen, statt sie mit dem Golfcart abzufahren – das täte ihm gut und halte ihn fit. Und nachdenken kann man dabei ja auch. **Uwe Ritzer**

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

Operation Größenwahn

Radikale Neuheiten erfinden oft junge Menschen – wie Ediz Osman. Warum werden sie nur immer weniger?

Nein, das ist keine Rakete, das ist ein umweltfreundliches Flugzeug, die Idee dazu hatte Ediz Osman, Preisträger des bundesweiten Wettbewerbs „Jugend forscht“. FOTO: © STIFTUNG JUGEND FORSCHT E.V.

Von Anna Lea Jakobs

Das ist doch größenwahnsinnig. Ein eigenes Flugzeug. Wer kommt denn auf so eine Idee? Das wird Ediz Osman manchmal gefragt, wenn er von seinem Flugzeug erzählt, einem Flugzeug mit Wasserstoff- und Elektroantrieb. Es heißt, er solle doch erst mal gute Noten schreiben. Einen guten Abschluss machen. Dann einen guten Job finden. Und sowieso, sei er nicht zu jung dafür, sein ganzes Taschengeld in ein Flugzeug zu stecken, das vielleicht nie gebaut wird? Er sei doch erst 20 Jahre alt, habe gerade erst sein Abi in der Tasche, ja, das Ingenieurstudium hat doch gerade erst begonnen. Na und wenn schon, antwortet Ediz Osman dann. Man müsse sich nun mal entscheiden, was man mit seinem Leben anstellt. „Und ich baue eben ein Flugzeug.“

Rudolf Diesel war 35 Jahre alt, als er den Dieselmotor erfand

Wegen seines Größenwahns steht Ediz Osman nun auf einem Feld mitten in der Oberpfalz. Der Schnee bedeckt die karge Wiese. Es ist so kalt, dass seine Ohren hochrot angelaufen sind. Heute wird sein neues Modell getestet, ein kleines graues Ding, das etwa 90 Zentimeter lang ist. Später soll es fast 15 Meter messen, wenn sein Flugzeug in 15 Jahren die dreckigen Privatjets ersetzt und die ganze Luftfahrt umweltfreundlicher wird. Mit seiner Idee hat er bereits im letzten Jahr den ersten Platz bei Jugend forscht in der Kategorie Technik gemacht. Nun muss aber erst mal das Modell fliegen. Er verbindet den Akku im Inneren, schließt den kleinen Cockpit-Deckel, was eine richtige Friemelarbeit ist. Ein Flugzeug fliegt über seinem Kopf hinweg. Osman wohnt gleich beim Flughafen Nürnberg, von seinem Haus aus kann er die Flugzeuge starten und landen hören. Und sein eigenes Modell, wird es heute auch abheben?

Der Größenwahn der Jüngeren nährt den Innovationsstandort Deutschland. Das erzählt Oliver Koppel, der beim arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft als Experte für Patente und Innovation arbeitet. „Die radikalen Innovationen verdanken wir oft den Jüngeren“, sagt Oliver Koppel. Die Sprunginnovationen also, die Deutschland braucht, um als Erfindernation weiterzuleben. Junge Menschen denken anders, verlassen sich weniger auf ihre Erfahrung. Auch die Risikobereitschaft ist bei ihnen höher. Oliver Koppel nennt das „den Schmerz der Erfahrung noch nicht gespürt zu haben.“ Das Jugendalter lege den Grundstein für diese radikalen Ideen, die Erfinder dann oft in ihren Zwanzigern oder Dreißigern realisieren.

Im deutschen Selbstverständnis ist dieser Erfinderreichtum des Landes ein wichtiger Teil. Der Dieselmotor, das MP3-Format, der Fernseher. Deutschland war schon immer ein Land voller Daniel Düsentriebe. Und die waren eher jung. Rudolf Diesel war 35 Jahre alt, als er den Dieselmotor erfunden hat. Karlheinz Brandenburg war 28, als er mit Kollegen vom Fraunhofer Institut das MP3 Format entwickelte. Paul Nipkow hat mit 23 Jahren die Grundlage für den Fernseher erfunden.

Und wie steht es heute mit dem deutschen Erfindergeist? Er steckt in einer Rezession. Immer weniger Patente werden beim Deutschen Patent- und Markenamt angemeldet, 2023 sanken sie um 13 Prozent im Vergleich zu 2019. Das hat natürlich viele Gründe. Doch ein entscheidender Faktor ist: Deutschland fehlt der Erfinder-Nachwuchs. „Die nachrückende Generation ist im Durchschnitt nicht so technikaffin, obwohl wir durch den Bevölkerungsschwund eigentlich mehr junge Menschen in MINT bräuchten“, sagt Oliver Koppel. Jugend forscht selbst geht es gut, die Teilnehmendenzahlen sind stabil. Denn die Crème de la Crème der jungen Tüftler, die oft bei Jugend forscht antritt, stirbt nie aus. Doch bei der breiten Masse liegt das Problem: Schüler und Schülerinnen werden im PISA-Test immer schlechter in den Naturwissenschaften, die Zahl der Studienanfänger und Studienanfängerinnen in MINT-Fächern sinkt. Was läuft hier schief?

„Wer als Jugendlicher erfindet, der riskiert dadurch seine Noten und damit seine Chance auf ein gutes Studium“, sagt Ediz Osman. Er sitzt auf seinem Bett, in einem typischen Jugendzimmer. Nur dass es voller Flugzeuge ist: Eines seiner älteren Modelle hängt an der dunkelblauen Wand. Ein Foto von einem Jet von Airbus steht auf dem Bücherregal über dem Bett. Osman stellt eine Rechnung auf: 2500 Stunden hat er allein für den Bundeswettbewerb 2024 bei „Jugend forscht“ investiert, weitere 1000 Stunden danach. Da ist nicht mehr viel Zeit fürs Abitur geblieben. Er habe „nur“ einen Schnitt von 2,3 bekommen, sagt Osman. Damit habe er es nicht auf die TUM geschafft, trotz erstem Platz bei Jugend forscht.

Die Universität Erlangen hat ihn schließlich genommen, aber für ihn steht fest: „Die deutsche Null-Risiko-Kultur beeinträchtigt junge Erfinder und Erfinderinnen.“

„Enzyme, watcha doin todayyy?“ singt der Chor auf der Bühne. Eine umgedichtete Version von YMCA, die GTCA heißt, nach den Basen der DNA. Sie feiern den Erfindergeist der Jugend, hier in Gröbenzell, wo das Gymnasium der Gemeinde im Münchner Speckgürtel zur Forscherschule des Jahres gekürt wird. Die singenden Schüler formen die Buchstaben der DNA-Basen mit ihren Armen. Ein großes G, dann ein T, und so weiter. Zwei Lehrerinnen stehen in weißen Forscherkitteln mit auf der Bühne. Das Gymnasium ist eine Musterschule: Es gibt eine Forscherklasse, das Wahlpflichtfach „Jugend forscht“, einen eigenen Maker’s Space mit 3D-Drucker, Lötkolben und Lasercutter. Ein Paradies für den Erfindergeist.

Auf die Bühne kommt nun Christoph Bürgis. Er ist maßgeblich dafür verantwortlich, dass das Gymnasium Gröbenzell an diesem Tag den Preis Forscherschule des Jahres entgegennimmt, einen Preis vom Sponsorpool „Jugend forscht Bayern“. Zehn Jahre ist es her, seitdem Bürgis hier in die Gemeinde gekommen ist. Und mit ihm der Forschergeist. Christoph Bürgis ist ein engagierter Lehrer, ohne die das Schulsystem nicht auskommt. Doch manchmal verlässt es sich zu sehr auf solche wie Bürgis. „In Deutschland wird viel zu wenig in der MINT-Förderung gemacht“, sagt Bürgis. Wenn man ihn fragt, was hier geändert werden soll, dann sagt er knapp „Bürokratieabbau.“ Und meint damit: weniger seitenlange Gefährdungsbeurteilungen, die Lehrer vor Wandertagen oder Experimenten im Unterricht schreiben müssen, und mehr Freiraum in den Lehrplänen für Projektarbeit. So werden Kinder innovativer.

„Wer als Jugendlicher erfindet, der riskiert dadurch seine Noten.“

Das Programm „Jugend forscht“ ist ein wichtiges Instrument, um den Erfindergeist der jungen Menschen zu wecken. Jedoch kann es auch nicht das fehlende Equipment zum Experimentieren, den Lehrermangel oder die sinkenden MINT-Unterrichtsstunden ersetzen, die öfter als andere Fächern ausfallen. Auch richtet es sich meist nur an Gymnasien, an die Spitze der Bildung. Knapp 70 Prozent der Schulen, die an dem Wettbewerb teilnehmen, sind Gymnasien. Etwa 2,7 Prozent sind Haupt- und Realschulen, 7 Prozent Gesamtschulen. Auch Jugend forscht weiß das, und will es ändern. Doch das Projekt kann nicht das ganze Nachwuchsproblem lösen.

Junge Deutsche liegen im Mittelfeld, wenn es um kreatives Denken geht, ein Schlüssel zur Innovation. Das geht aus der letzten PISA-Studie hervor. Sie zeigt auch: Nur 50 Prozent der Jugendlichen denken, dass ihre Lehrer und Lehrerinnen sie darin fördern, neue Ideen zu entwickeln. Das liegt deutlich unter dem OECD-Durchschnitt. Die Länder, die besonders innovative Kinder hervorbringen, Singapur, Kanada oder Südkorea, räumen in ihren Lehrplänen Zeit für Projektarbeit ein, die solche Fähigkeiten fördert.

Auch Osman hätte sich so eine Schule gewünscht. „Ich bin nicht so der Akademiker“, sagt er, während er durch den Schnee stapft. Ausprobieren, das sei sein Ding. Und das Flugzeug, ist es eigentlich geflogen? Es hat nicht geklappt, zumindest nicht mit dem neuen Modell. Ein Programmierfehler. „Es darf nicht auf Anhieb klappen“, sagt er. „Wenn es auf Anhieb klappt, dann ist es keine Innovation.“

Innovation? „Who gives a shit“

Sie soll so gut wie alle Probleme lösen. Doch Skeptiker halten das Wort für eine Ablenkung vom wirklich Wichtigen.

Jürgen Geuter ist nicht beeindruckt. „Zum Beispiel Flugtaxis, da denkt man: ‚Gut, eine technisch nette Spielerei, aber *who gives a shit*?‘“ Mit dem, was als „Innovation“ angepriesen wird, kann der Informatiker wenig anfangen. Geuter ist Technikexperte, aber auch Autor, und so etwas wie das linke Gewissen der deutschen IT-Szene. „Innovation wird mit etwas sehr Mächtigem, Transformativem assoziiert, aber wir wenden es oft auch auf irgendwelches Zeug an, das halt technisch ist“ – wie Flugtaxis.

„Innovation“ – das Wort ist überall. Besonders in der derzeitigen Krise der deutschen Wirtschaft weisen Politiker ihm eine besondere Rolle zu. Christian Lindner hat im Abschiedsgruß nach seinem Rauswurf als Finanzminister neben liberalen Klassikern wie „Eigenverantwortung“ und „Leistungsbereitschaft“ auch mehr „Innovationsfreude“ angemahnt. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, noch im Amt, ließ sich wenige Tage später im Regierungsflieger mit einem Dutzend Gründerinnen ablichten, dazu der Slogan: „#Startups sind Innovationsmotoren.“

Im Gegensatz zu den Politikern ist Geuter vom Fach: „Ironischerweise ist mein Beruf eigentlich Innovation.“ Er leitet die Forschungsabteilung des Unternehmens Art+Com, das interaktive Ausstellungen unter anderem für Museen entwirft. Geuter sagt, das Schlagwort Innovation lenke von den eigentlichen Problemen ab, vor allem aber von sinnvollen Lösungen. „Es wird oft gesagt, Deutschland müsse innovativ sein. Aber niemand erklärt, warum das denn sein muss.“ Die Forderung laute einfach, man müsste irgendwie Innovationen machen. Wir müssten KI machen, weil alle KI machten. „Davor hieß es: ‚Wir müssen alle Metaverse machen.‘“ Es gehe nur noch darum, „durch irgendwelche Technologien zu rotieren, die dann nach zwei Jahren auch wieder egal sind, weil sie sich nicht bewiesen haben“.

Der Fehler liege in einer Verkümmerung der Vorstellungskraft: An die Stelle politischer Visionen – wie einer gerechteren, lebenswerten Welt – seien technische Innovationen getreten. Statt Staat und Gesellschaft übernehmen Geuter zufolge Technologieunternehmen die Visionen. „Dann kommen halt Flugtaxis oder VR-Brillen raus, mit denen man virtuell auf dem Mars herumlaufen kann.“

Einem übergeordneten Ziel – zum Beispiel dem Kampf gegen den Klimawandel – diene das nicht. „Über die Zukunft reden ohne ein technisches Produkt, das man dann verkaufen kann, – das ist ein Muskel, den wir nicht mehr gut trainieren.“ Statt in einer Gemeinschaft von Erfindern und Programmierern an Lösungen für die Gesellschaft zu arbeiten, „geht man zu Microsoft, wirft Geld rein und bekommt irgendeine Lösung von denen“.

Der Staat selbst versage unterdessen selbst bei den einfachen Schritten der Digitalisierung. Geuter gehört zu jenen, die in vermeintlichen Innovationen eher eine Ablenkung von den wirklich wichtigen Fragen sehen. Ähnlich sehen es die Historiker Lee Vinsel von der Universität Virginia Tech und Andrew Russell von der State University New York, die das Buch „Die Innovations-Täuschung“ (*The Innovation Delusion*) geschrieben haben. Sie schreiben, Innovation sei um die Jahrtausendwende zu einer Art „erotischem Fetisch“ geworden. „Der Begriff ließ sich sowohl von konservativen als auch von sozialdemokratischen Politikern für ihre jeweiligen Zwecke einspannen: Die einen konnten Steuern und Regulierungen herunterfahren mit dem Ziel, innovative Unternehmer zu entfesseln. Die anderen konnten neue Förderprogramme auflegen.“

Die Müllabfuhr ist nicht neu, aber wichtig – anders als manche Innovation. Findet der Informatiker Jürgen Geuter. FOTOS: MICHAEL GSTETTENBAUER/IMAGO, PRIVAT

Vinsel und Russell argumentieren, dass der Fortschrittsglaube, der die Moderne mit ihren Eisenbahnen, Fließbändern und Raketen getragen hatte, schon Ende der Sechzigerjahre erlahmte. Die Kennedy-Brüder waren ermordet worden, die Industrie verschmutzte die Umwelt, der Vietnam-Krieg erschütterte das Bild des vorbildlichen Westens. Anstelle des „großen“ Fortschrittsglaubens, der die Menschheit mit Großprojekten – Mondlandungen, Überschalljets – voranbrachte, trat demnach Innovation. Ein kleinteiligerer Prozess, der tolle Neuerungen bringen sollte, ohne den Anspruch, die Menschheit gleich moralisch auf eine höhere Stufe zu heben.

Immer stärker stützten Ökonomen sich auf die Idee von Innovation als „Faktor X“, der erklären sollte, wie weiter hohes Wirtschaftswachstum möglich sei, schreiben Vinsel und Russell: „Innovation ist zunehmend zum Allheilmittel geworden, zur Lösung aller Probleme, einschließlich stagnierender Produktivität, der schrumpfenden Mittelschicht, generationsübergreifender Armut, Drogensucht und zu vieler weißer Männer im arbeitsfähigen Alter, die nichts anderes tun, als Videospiele spielen.“ Innovation sei aber kein Wert an sich. Sonst sei auch die „innovative“ Droge Crack, die viele Menschenleben kostete, eine tolle Sache gewesen.

Wichtig für die Gesellschaft seien eigentlich Erhalt und Betrieb bestehender Infrastruktur. Und nicht Innovationen, die nur einzelnen Unternehmen und ihren Gründern nützen. Die Helden der Wirtschaft seien all jene, die das bewährte System überhaupt am Laufen hielten. Die Brücken und Zäune reparieren, Müll abholen, uralte Computersysteme reparieren, statt die Infrastruktur mit immer neuen, halbgaren Innovationen zu beglücken.

Jürgen Geuter zufolge macht das Innovationsdenken auch Unternehmen das Leben schwer. Politik und Investoren suchten nach Start-ups, die schnell wachsen könnten, statt nach kleinen Unternehmen, die in Ruhe Dinge entwickeln. „Dabei ist das eigentlich genau die Art von Innovation, die in Deutschland seit Jahrzehnten gemacht wird und die all die Hidden Champions erzeugt hat.“ Das seien häufig kleine und mittlere Unternehmen „irgendwo am Arsch der Heide“, die aber diese eine Maschine bauen könnten wie niemand auf der Welt. Denn sie haben so lange zurückreichendes Wissen und Kompetenz. „Wir haben aber zu wenige Förderstrukturen, die darauf gut passen.“

Jannis Brühl

ANZEIGE

„Hi BYD“, hallo Zukunft!

Beim Euro-NCAP-Sicherheitstest erreichte der BYD TANG mit fünf Sternen die Höchstbewertung.

Das neue Elektro-SUV **BYD TANG** verbindet Hightech wie einen KI-Sprachassistenten mit Eleganz, Leistung und Nachhaltigkeit zu zukunftsweisendem Komfort.

Wieder einmal setzt BYD einen Meilenstein: Mit dem Modell TANG bringt der renommierte E-Auto-Bauer ein allradgetriebenes Oberklasse-SUV auf den Markt, das für nachhaltige Mobilität ohne Kompromisse steht – sowohl bei Leistung und Raumangebot als auch in Sachen Komfort. Modernste Technologie macht es möglich.

Innenraum vortemperieren, Türen entriegeln … Per App lässt sich der BYD TANG fernsteuern.

Bereits serienmäßig verfügt der Siebensitzer über ein intelligentes digitales Cockpit, 32 Fahr- und Sicherheits- sowie einen KI-Sprachassistenten. Ausgelöst durch die Worte „Hi BYD“, können zum Beispiel die Massagefunktion und die Fahrmodi gesteuert oder das Panoramadach geöffnet werden. Viele Funktionen lassen sich per App sogar aus der Ferne managen – vom Vortemperieren des Innenraums bis hin zum Abrufen des Ladestands der preisgekrönten BYD Blade-Batterie. Sie ist umweltfreundlich und aktuell eine der sichersten Antriebsbatterien für E-Autos überhaupt. Übrigens: Ihre hohe Effizienz wird durch eine Wärmepumpe noch gesteigert. Diese ist ebenfalls serienmäßig. Auch hier kennt BYD keine Kompromisse.

530 km
Reichweite WLTP kombiniert

4.9 Sek.
0–100 km/h

108.8 kWh
Batteriekapazität

380 kW
(517 PS)
Systemleistung

Fahrzeugfunktionen lassen sich bequem per Spache oder 15,6-Zoll-Touchscreen steuern.

Mehr Infos unter dem QR-Code oder im Internet unter www.byd.com/de

BYD TANG (2024): Energieverbrauch kombiniert: 24 kWh/100 km; CO_2-Emissionen kombiniert: 0 g/km; CO_2-Klasse: A; Elektrische Reichweite: 530 km (WLTP kombiniert). Weitere Angaben hier: www.byd.com/de/e-fahrzeuge/tang

V.i.S.d.P.: Ruofei Zhao – BYD Automotive GmbH, Albert-Dulk-Straße 9, 70327 Stuttgart

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

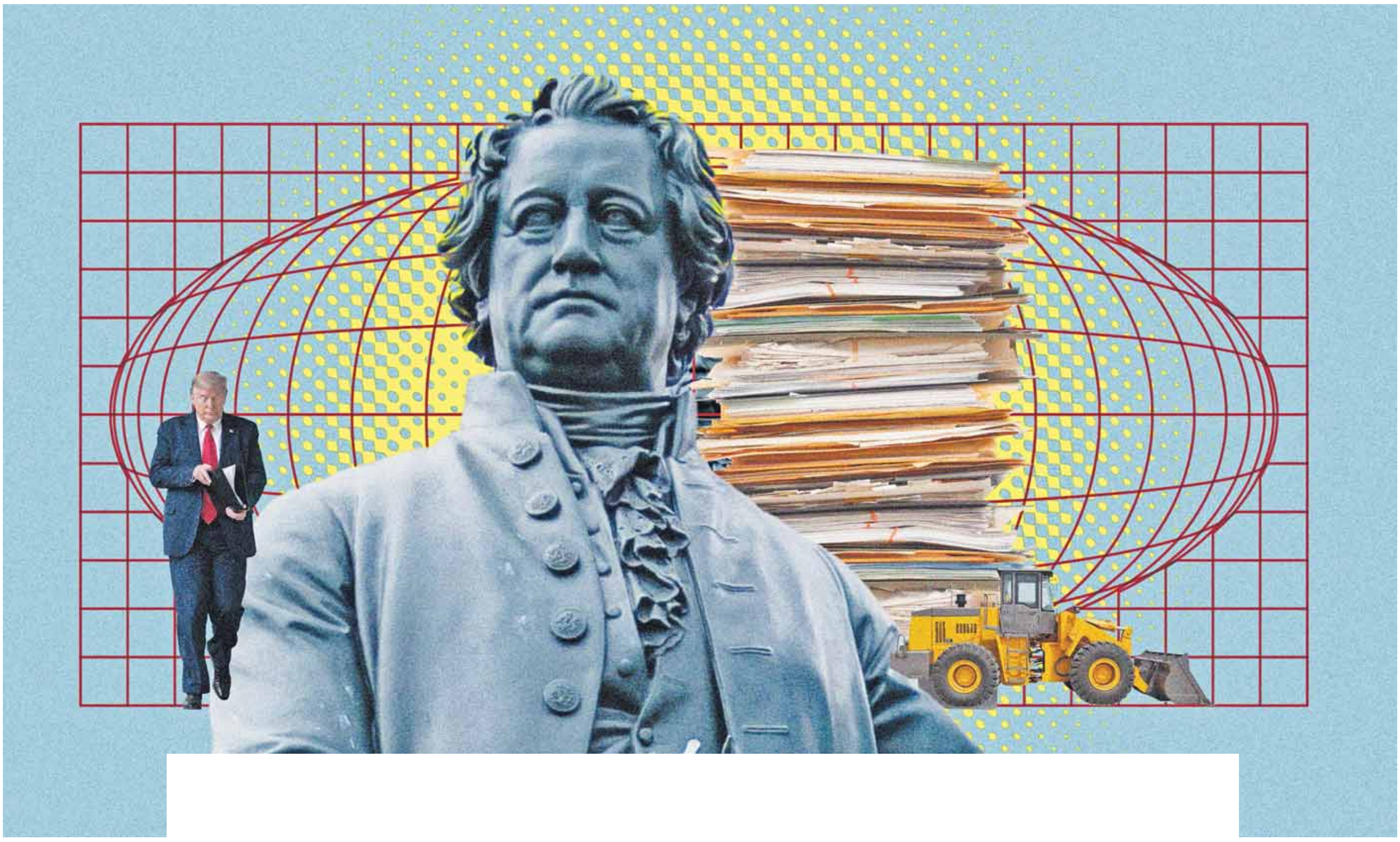


FOTO: IMAGO/ISTOCK/GETTY IMAGES/COLLAGE: SZ

Schon Goethe war ein Bürokrat

Wenige Erlebnisse rufen so starke Gefühle hervor wie Begegnungen mit der Bürokratie. Kein Wunder, dass fast alle Parteien sie bekämpfen wollen. Notfalls mit der Kettensäge wie Milei und Musk. Doch das ist gefährlich. Zeit für ein leises Lob.

Von Kurt Kister

Bürokratie“ ist für die meisten Menschen ein Hasswort. Es beschwört sehr unterschiedliche Assoziationen herauf, weil fast jeder Erwachsene unterschiedliche, persönliche Erfahrungen „auf dem Amt“, in der Firma und anderswo mit dem gemacht hat, was er als, man verzeihe den starken Ausdruck, „Scheißbürokratie“ wahrnimmt. Gefühle im Zusammenhang mit Bürokratie sind oft sehr stark: Man muss nur mal versuchen, für eine alte, leidende Tante schnell einen Pflegeplatz zu bekommen oder als Kleinunternehmer alle jene Meldepflichten pünktlich zu erfüllen, die man erfüllen muss, weil man sonst Ärger mit – wem? – „den Bürokraten“ bekommt. Und wenn einem als Privatmann einmal jene Unbill widerfahren ist, dass man unverrichteter Dinge von einer Behörde zurückkehrt, weil man ein Dokument nur in Kopie, nicht aber im Original dabeihatte, werden die Gefühle noch stärker, zumal in einer Zeit, in der man all diese Dokumente längst digitalisiert verschicken könnte, wenn man denn dürfte. (Ja, die Digitalisierung schreitet auch in der Bürokratie voran. Sie tut das aber bedächtig.)

Jede Regierung, jede Koalition, fast jede Partei und natürlich ganz besonders narzisstische Autokraten vom Schlage Donald Trumps oder des argentinischen Präsidenten Javier Milei schreiben es in Wahlprogramme und Koalitionsverträge, sagen es in Interviews oder posten es in sozialen und unsozialen Medien im Netz: „BÜROKRATIEABBAU!“ Anfang Januar 2025 wird zum Beispiel das „Vierte Gesetz zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie (BEG IV)“ in Kraft treten. Allein der Namen des Gesetzes hört sich so an, als müsste er entbürokratisiert werden. Immerhin regelt dieses Gesetz auch digitale Arbeitsverträge und Steuerbescheide. Ein Fortschritt.

Wenn denn alle irgendwie gegen Bürokratie sind: Wieso gibt es sie dann schon so lange in einer Form, dass sie andauernd abgebaut werden soll? Wo kommt sie her? Und kann es sein, dass die Bürokratie als solche gar nicht grundsätzlich schlecht ist, sondern nur ihre, wie das heute so schön heißt, menschengemachten Über-Ausprägungen? Könnte man in der Bürokratie vielleicht sogar Positives finden – wenn man es nur suchte?

Besonders alt ist der Begriff – und damit auch das zu beschreibende Phänomen – nicht. Er stammt wohl von dem Franzosen Vincent de Gournay, der Mitte des 18. Jahrhunderts unter anderem im Marineministerium selbst Teil jener organisierten Verwaltung war, die er mit dem Begriff *bureaucratie* beschrieb: die Herrschaft (altgriechischer Wortstamm *kratos)* des *bureau* , also jenes für ein System stehenden Arbeitsplatzes, an dem nach Regeln und Vorschriften, die grundsätzlich für alle gelten, mithilfe genau definierter Abläufe das umgesetzt wird, was die Vertreter des Souveräns als Gesetze, Verordnungen oder Vorschriften beschlossen haben. Der Souverän konnte, wie zu de Gournays Zeiten, der Fürst oder der König sein, oder, wie heute, das Volk.

Selbst Johann Wolfgang Goethe war einige Zeit seines Lebens ein Bürokrat. Denn der ihn verehrende Souverän, Herzog Carl August von Sachsen-Weimar-Eisenach, hatte den Dichter in seinen Rat geholt und 1779 unter anderem zum Vorsitzenden zweier Kommissionen gemacht. Unter dem Eindruck seiner bürokratischen Aufgaben, die Goethe als wichtige Pflichten verstand, veränderte er sich auch. Goethe wurde von seinen Erfahrungen in der Bürokratie geprägt, was für den „Nationaldichter“ der Deutschen vielleicht ganz gut passt. Bürokratie jedenfalls sollte „gut“ sein: Die allmähliche Einrichtung einer regelbasierten, ordentlichen Verwaltung sollte die Abläufe etwa im Steuer- und Finanzwesen, in der Staatsökonomie, bei der Sicherheits- und Militärplanung, bei der Vergabe von Lizenzen oder anderen Genehmigungen weniger willkürlich, effizienter, verständlicher (heute sagt man „transparenter“) machen und sogar anfechtbar für Bürger, die sich benachteiligt fühlten. Nach diesem Ideal der guten Verwaltung strebten (und streben immer noch) viele „Bürokraten“. Das deutsche Berufsbeamtentum beruht auf diesem Ideal. Ideale lassen sich allerdings nur schwer erreichen.

Bürokratie erleichtert mindestens genauso häufig das Leben, wie sie es erschwert

Die Bürokratie ist leider oft genug nur ein scheuklappenbewehrter Diener der Obrigkeit, egal wie gut oder böse diese Obrigkeit ist. Das lässt sich nicht nur an der überwiegend willigen „Durchführungs“-Bürokratie in Nazi-Deutschland erkennen, als die „Schreibtischtäter“ die übelsten Verkörperungen einer üblen Bürokratie wurden. Man sieht es auch daran, dass in modernen autoritären Staaten wie China oder Russland die Bürokratie wichtiger Teil des Unterdrückungsapparates ist. Schon im 19. Jahrhundert bedienten sich Polizei, Geheimdienste und Spitzelorganisationen der bürokratischen Arbeitsweise: geregelte Arbeitsabläufe, Karteisammlungen, die „Verwaltung“ von Erkenntnissen über Dissidenzen jeder Art. Bei dieser „dunklen“ Bürokratie gehörte ihre vermeintliche Allgegenwart genauso zu ihrer Identität wie die Anonymität einzelner Bürokraten. Wenn das Dossier aus der Bürokratie in die Hände der Exekutive, der Ledermäntel, geriet, wurde der Mensch, Gegenstand des Dossiers, zum Opfer. Niemand hat diese Erscheinungsform der Bürokratie besser und gleichzeitig furchtbarer beschrieben als Franz Kafka in seinen Romanen „Das Schloss“ und „Der Prozess“.

Je ausdifferenzierter die Vertreter des Souveräns dessen vermeintlichen Willen in Gesetze, Verordnungen und Vorschriften gießen, desto ausdifferenzierter wird auch die Bürokratie sein. In der Bundesrepublik ist ein ausgeprägter Regelungswillen der Politik – nahezu unabhängig von den Parteien – so etwas wie Staatsräson. Je mehr Rechte den Bürgern und Bürgerinnen gesetzlich zugesichert werden, je umfänglicher der Schutz vor den Fährnissen des Lebens wird, desto ausgeprägter wird die Bürokratie. Der Sozialstaat ist notgedrungen genauso ein Bürokratiestaat wie der Rechtsstaat ein Bürokratiestaat ist.

Die Bürokratie schafft sich allerdings ihre eigenen Regeln, wie Dinge zu bearbeiten sind. Dabei spielen Hierarchie, Absicherungsdenken, Zuständigkeiten und die Zerlegung von Arbeitsprozessen in nachvollziehbare Schritte große Rollen. Die Art und Weise, wie die Bürokratie ihre Arbeit organisiert, kollidiert häufig mit den Lebenswelten jener Einzelnen, die in ihrer Gesamtheit den Souverän bilden. Diese Kollisionen tragen erheblich zum negativen Image der Bürokratie in der Öffentlichkeit bei. Das ist auch deswegen misslich, weil die Bürokratie – zumindest die der öffentlichen Verwaltung in Gemeinden, Städten oder Ländern – dem Bürger und der Bürgerin in deren Wahrnehmung als „der Staat“ gegenübertritt. Bürokratieverdrossenheit kann sich zur Staatsverdrossenheit auswachsen.

Der Bürokratieapparat scheint längst nicht mehr nur ein in viele Teile gegliedertes Dienstleistungsorgan zu sein. Er hat sich selbständig gemacht, um seinen eigenen Ansprüchen der Regelbefolgung Genüge leisten zu können. Bürokratie hat die Tendenz, nicht unbedingt *für* sich selbst zu arbeiten, aber doch um ihrer selbst willen. Dabei produziert der Apparat immer wieder das Gegenteil von dem, was er produzieren sollte. Bürokratie erleichtert mindestens genauso häufig das Leben, wie sie es erschwert.

Ein winziges Beispiel: Die SZ hat neulich im sehr wichtigen Lokalteil berichtet, dass und warum viele Grundschullehrerinnen und -lehrer in München kein Mittagessen in der Schulmensa mehr bekommen dürfen, die in der Nachmittagsbetreuung tätigen Pädagogen aber schon. Die Lehrer sind Angestellte des Freistaats, die Pädagogen wiederum sind bei der Stadt angestellt. Die Pädagogen dürfen günstig essen, die Staatslehrer hätten, hieß es in dem SZ-Bericht, „keinen Anspruch auf ein vergünstigtes Mittagessen“ und könnten nicht in der Schule essen, „weil es über das Abrechnungssystem leider nicht möglich sei, das Mittagessen zu einem nicht ermäßigten Preis abzurechnen“. Das ist ein Beleg dafür, wie die bürokratische Anwendung diverser Regeln (zum Beispiel des Schenkungsverbots im öffentlichen Dienst) Absurditäten erzeugt, bei denen man sich eigentlich nur noch an die Stirn schlagen kann. Lehrer dürfen nicht billiger essen, weil das nach den geltenden bürokratischen Regeln bei ihrem Arbeitgeber nicht abrechenbar ist.

Dabei sind jene, die dieses Verbot erlassen haben, nur den bestehenden Regeln gefolgt. Um bei der Anwendung solcher Regeln nichts falsch zu machen, werden sie häufig buchstabengetreu eingehalten. Dieses nachvollziehbare Handeln erzeugt dennoch immer wieder Ergebnisse, die unsinnig und damit falsch sind. Ein Teil des Problems der wortgenauen Befolgung bürokratischer Regeln liegt darin, dass man den Einzelfall den Regeln anpassen will – und sich deutlich seltener darum bemüht, das Gegenteil zu tun. Das Leben allerdings besteht aus Einzelfällen, deren Gesamtheit man durchaus immer wieder mit einem Regelwerk erfassen kann. Aber man kann mit diesem Regelwerk eben nicht das Leben normieren. Und das versucht jede Bürokratie, die auch um ihrer selbst willen arbeitet.

Wer jemals mit Bauvorschriften zu tun hatte, hat vermutlich das Grunddilemma der Bürokratie erlebt und möglicherweise erlitten: Regeln sollen eingehalten werden, weil sie für Sicherheit sorgen, weil es sie gibt und weil bei einer, vielleicht sogar sinnvollen Nichteinhaltung auch andere Antragsteller Ausnahmen fordern („da könnte ja jeder kommen“). An jedem Stammtisch werden Geschichten über die Überschreitung von Traufhöhen, von zu breiten Einfahrten oder vom Streit ums Wegerecht erzählt. Die Klagen von Bauwilligen und Baufirmen über die Fülle der Vorschriften sind laut und kontinuierlich. Wenn man als Bauunternehmer einen Bauantrag stellt, kann einem passieren, was im „Schwarzbuch“ des ostdeutschen Bauverbandes zu lesen ist: Nach zwölfmonatiger Bearbeitungszeit bekam ein Bauunternehmen seine Pläne zurückgeschickt, weil sie „laut geltender Faltungsvorschrift/DIN-Norm falsch gefaltet waren“. Bei so einem Erlebnis scheint einem die Bürokratie als solche falsch gefaltet zu sein. Gerade im Dschungel der Baubürokratie gibt es außerdem ein weiteres Feindbild, oft nicht zu Unrecht: den „bösen Nachbarn“. Der will mithilfe der Bürokratie das durchsetzen, was er für sein Recht hält. Der böse Nachbar zeigt dann zum Beispiel an, dass im Haus nebenan der Balkon verbreitert und tiefer gemacht wurde, als das die örtliche Bauplanung vorsieht. Was den bösen Nachbarn nicht kümmert, ist die Tatsache, dass nebenan ein Rollstuhlfahrer wohnt, der ohne den Ausbau seinen Balkon nicht hätte nutzen könnte. So geschehen in einem oberbayerischen Dorf.

Der Soziologe Max Weber, der von Boomer-Akademikern gerne zitiert wird, betrachtete in den Zwanzigerjahren Bürokratie als eine „rationale“ Form „legaler Herrschaft“. Weber unterschied zwischen drei Herrschaftsformen: der traditionalen, der charismatischen und eben der legalen Herrschaft. „Traditional“ war etwa die Herrschaft von Goethes Carl August und anderer Feudalherrscher, „charismatisch“ die von Napoleon und „legal“ die nicht personengebundene, berechenbare und in aller Regel durch Wahlen zustande gekommene Herrschaft. Die Bürokratie wiederum – ebenfalls nicht personengebunden mit ihrer Anwendung allgemeingültiger, öffentlicher Regeln – galt Weber als die nahezu ideale Umsetzung der legalen Herrschaft. Das liest sich durchaus interessant. Allerdings hat es mit der allgemeinen Wahrnehmung der Bürokratie im Deutschland des 21. Jahrhunderts ungefähr so viel zu tun wie ein Schwimmlehrbuch mit einem Triathlon.

Trump und Musk haben dem „Staat der Bürokraten“ den Krieg erklärt

Um nicht missverstanden zu werden: Es gibt Hunderttausende, die in der öffentlichen Verwaltung tätig sind und die ihre Arbeit gut machen, freundlich auch bei Nervensägen bleiben und sich gelegentlich nicht weniger von den Vorschriften eingeengt fühlen als ihre Kunden. Die Bürokratie in Deutschland funktioniert viel öfter und viel besser, als man ihr nachsagt. In aller Regel ist die Behandlung in einem kleinen Landratsamt besser als in einer Großstadt (Berlin!). Und im Vergleich mit manchen anderen Staaten (Italien zum Beispiel) kann man selbst als deutscher Baugenehmigungsantragssteller – solche Wortungetüme sind auch Kennzeichen des bürokratischen Staats – leidlich zufrieden sein.

Deutschland hat sich seit den Zeiten Vincent de Gournays eindeutig zu einem Bürokratie-Staat entwickelt. Man soll nicht zu viel Völkerpsychologie betreiben, aber die möglichst weitgehende Regelung des Daseins, verbunden mit den von einer Obrigkeit gesetzten Grenzen, entspricht dem hiesigen Wesen. Das zeigt sich auch darin, dass jene, die sich häufig und lautstark über die Kujonierung durch staatliche Bürokratie beklagen, nämlich größere und mittlere Unternehmer, in ihren Firmen selbst eine sehr umfängliche Bürokratie unterhalten. Dies ist nicht nur der Fall, weil die privatwirtschaftliche Bürokratie am besten mit der öffentlichen Bürokratie umgehen kann. Innerbetriebliche Bürokratie dient außerdem der Kontrolle von Menschen, Finanzen und Waren. Personalabteilungen zum Beispiel bringen es ohne Weiteres fertig, den umfangreichen staatlichen Bestimmungen bei Ausschreibungen oder Abhaltungen von Personalgesprächen weiteres internes Regelwerk hinzuzufügen. Die Dokumentationspflicht bei allen möglichen Vorgängen wird nicht nur wegen eventueller Betriebsprüfungen oder juristischer Auseinandersetzungen eingehalten. Den Willen zur Dokumentation haben auch viele Manager, die sich, nicht anders als staatliche Bürokraten, dadurch absichern und gleichzeitig Kontrollmöglichkeiten gegenüber der Mitarbeiterschaft aufbauen. In fast jedem Manager steckt ein Bürokrat. Umgekehrt gilt das nicht.

Die aktuelle Verrohung der politischen Sitten trägt leider auch dazu bei, dass autoritäre Charaktere aus der Bürokratie ein Feindbild und aus den Bürokraten Feinde machen. Am deutlichsten wird dies beim künftigen US-Präsidenten Donald Trump. Er hat den von ihm und anderen Konspirationisten so genannten *deep state*, der von *bureaucrats* organisiert wird, als einen der Hauptfeinde seiner Bewegung ausgemacht. Die Vorstellung, dass Menschen in Ministerien, Kommissionen und Behörden sitzen und dort unabhängig von der jeweiligen politischen Führung den Staat im weitesten Sinne am Laufen halten, ist dem *You're-fired*-Präsidenten so fremd, dass er hinter diesem Bürokratieapparat einen geheimen Staat vermutet. Diesem „Staat der Bürokraten“ hat Trump nun mit Hilfe seines Milliardär-Rasputins Elon Musk den Krieg erklärt. Musk soll einen radikalen Bürokratieabbau betreiben, möglicherweise noch radikaler als der argentinische Präsident Milei, der sich großmäulig als Kettensägen-Reformer sieht. Auch Trumps Kabinettsnominierte – darunter Verbalextremisten, Klimawandelleugner, Kreuzzügler und Sexualstraftäter – haben mindestens zwei Gemeinsamkeiten: absolute Loyalität zu Trump, Feindschaft gegenüber der Bürokratie und dem *deep state*.

Einen modernen Staat ohne Bürokratie gibt es nicht. Allerdings kann ein Staat nicht moderner werden, wenn es zu viel Bürokratie gibt. Wer aber radikalen Bürokratieabbau für eines der Allheilmittel hält, täuscht sich und die Menschen. Wer dies noch dazu mit Musks destruktivem Modernismus oder gar der Kettensäge betreibt, ist gefährlicher als fast jede Bürokratie.

IDEEN FÜR DEUTSCHLAND
Verantwortlich: Lisa Nienhaus
Redaktion: Kathrin Werner, Katharina Wetzel
Gestaltung: Christian Tönsmann, Christopher Stelmach
Bildredaktion: Christine Kokot
Anzeigen: Jürgen Maukner

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de